

**HESSISCHER LANDTAG**

20. 03. 2013

134. Sitzung

Wiesbaden, den 20. März 2013

- Amtliche Mitteilungen** 9425
Entgegengenommen. 9425
Vizepräsident Lothar Quanz 9425, 9444
Günter Rudolph 9425
Vizepräsident Heinrich Heidel 9475
Vizepräsident Frank Lortz 9484
- 32. Entschließungsantrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Ausbildungs-garantie – für ein Recht auf eine berufliche Qualifizierung**
– **Drucks. 18/7124** – 9425
Abgelehnt 9444
Thorsten Schäfer-Gümbel 9425, 9438, 9442
Dr. Ralf-Norbert Bartelt 9427, 9430
Dr. Thomas Spies 9429
Marcus Bocklet 9430
Jürgen Lenders 9432, 9434
Michael Siebel 9433
Janine Wissler 9434, 9441
Minister Florian Rentsch 9436, 9439
Hugo Klein (Freigericht) 9440
Mathias Wagner (Taunus) 9443
- 40. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Breiten- und Spitzensport leisten unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl – Hessen ist führendes Sportland**
– **Drucks. 18/7136** – 9444
Angenommen 9451
- 53. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend positive Fankultur stärken – Konzepte gegen Gewalt fortführen**
– **Drucks. 18/7159** – 9444
Angenommen 9451
Christian Heinz 9444
Mathias Wagner (Taunus) 9445, 9449
Günter Rudolph 9445, 9449
Hermann Schaus 9446, 9451
Helmut von Zech 9446
Minister Boris Rhein 9447, 9448
Daniel Mack 9448
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) 9449
Stefan Müller (Heidenrod) 9450
- 50. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend SPD in Hessen in der Frage eines Flugverbotes in den Nachtrandstunden völlig zerstritten – Täuschungsversuch auf Kosten der Menschen dient ausschließlich parteipolitischer Taktik**
– **Drucks. 18/7156** – 9451
Angenommen 9466
Dr. Walter Arnold 9452
Thorsten Schäfer-Gümbel 9453, 9460
Janine Wissler 9454, 9461
Stefan Müller (Heidenrod) 9455
Tarek Al-Wazir 9457, 9462
Minister Florian Rentsch 9458
Wolfgang Greilich 9463
Dr. Christean Wagner (Lahntal) 9464

- 7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz über den hessischen Landesbeauftragten für die Polizei (Landespolizeibeauftragtengesetz)**
 – Drucks. 18/7134 – 9466
Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen 9474
 Nancy Faeser 9466
 Alexander Bauer 9467
 Jürgen Frömmrich 9469
 Wolfgang Greilich 9470
 Hermann Schaus 9472
 Minister Boris Rhein 9473
- 33. Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine hessischen Waffen für Saudi-Arabien**
 – Drucks. 18/7126 – 9475
Abgelehnt 9485
- 55. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen nach Saudi-Arabien**
 – Drucks. 18/7162 – 9475
Abgelehnt 9485
 Willi van Ooyen 9475
 Daniel May 9477
 Günter Schork 9478
 Michael Siebel 9480
 Mario Döweling 9481
 Minister Florian Rentsch 9483
- 52. Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags**
 – Drucks. 18/7158 – 9485
Nach erster Lesung dem Ältestenrat überwiesen 9489
 Dr. Frank Blechschmidt 9485
 Holger Bellino 9486, 9489
 Günter Rudolph 9487
 Hermann Schaus 9487
 Mathias Wagner (Taunus) 9488, 9489
- 31. Antrag der Landesregierung betreffend Zweite Verordnung über die Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 – Vorgaben zur Nutzung der Windenergie; hier: Zustimmung durch den Hessischen Landtag**
 – Drucks. 18/7123 – 9489
Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen 9504
 Minister Florian Rentsch 9489
 Timon Gremmels 9491, 9494, 9494, 9498
 Dr. Walter Arnold 9493, 9494
 Angela Dorn 9494
 Peter Stephan 9496, 9499
 Janine Wissler 9499, 9502
 Kurt Wiegel 9501
 René Rock 9502, 9504
 Tarek Al-Wazir 9503
- 8. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz**
 – Drucks. 18/7137 – 9504
Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen 9510
 Wolfgang Greilich 9505
 Hermann Schaus 9505
 Nancy Faeser 9506
 Jürgen Frömmrich 9507
 Alexander Bauer 9508
 Minister Boris Rhein 9509
- 42. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen**
 – Drucks. 18/7090 – 9510
Beschlussempfehlungen angenommen 9510
- 41. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft über die Genehmigung der Strafverfolgung gegen einen Abgeordneten des Hessischen Landtags**
 – Drucks. 18/7109 – 9510
Beschlussempfehlung angenommen 9510
 Helmut Peuser 9510

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Heinrich Heidel
Vizepräsidentin Ursula Hammann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Kultusministerin Nicola Beer
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
Sozialminister Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
Staatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretär Horst Westerfeld
Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretär Steffen Saebisch
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Michael Boddenberg
Lisa Gnagl
Jörg-Uwe Hahn
Irmgard Klaff-Isselmann
Jochen Paulus
Astrid Wallmann
Torsten Warnecke

(Beginn: 9:03 Uhr)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen. Ebenso darf ich die Mitglieder der Landesregierung ganz herzlich begrüßen. Die Zahl der Zuschauer ist im Moment noch überschaubar.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Wir kommen damit zur Tagesordnung. Erledigt sind die Tagesordnungspunkte 1 bis 6 und 18.

Verteilt sein und deswegen auf den Plätzen vorliegen müsste der Dringliche Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags, Drucks. 18/7158. Ich gehe davon aus, dass die Dringlichkeit bejaht wird. – Das ist so. Damit wird dieser Dringliche Gesetzentwurf Tagesordnungspunkt 52 und könnte nach Tagesordnungspunkt 33 aufgerufen werden. – Ich sehe Nicken bei den Geschäftsführern. Vielen Dank. Die Redezeit soll fünf Minuten je Fraktion betragen. – Auch das ist Konsens.

An Ihren Plätzen müsste der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend der stellvertretende Ministerpräsident Hahn isoliert Hessen im Bundesrat bei NPD-Verbotsverfahren, Drucks. 18/7160, verteilt sein. Die Dringlichkeit wird auch hier bejaht? – Das ist so. Damit wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 54 und wird mit fünf Minuten Redezeit aufgerufen werden. – Auch hier sehe ich das Kopfnicken der parlamentarischen Geschäftsführer. Vielen Dank.

Wir kommen zum Ablauf der heutigen Sitzung. Wir tagen bis gegen 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 32. Das ist der Entschließungsantrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Ausbildungsgarantie – für ein Recht auf eine berufliche Qualifizierung.

Es gibt die Wortmeldung des Herrn Rudolph. – Herr Rudolph, drücken Sie bitte auf den Knopf.

Günter Rudolph (SPD):

Das mache ich gern. – Herr Präsident, ich habe das schon mit Herrn Kollegen Dr. Blechschmidt erörtert. Herr Hahn ist aufgrund wichtiger Termine auf Bundesebene entschuldigt. Trotzdem lautet die Vereinbarung, dass wir unseren Dringlichen Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 54 morgen am Ende der Tagesordnung aufrufen werden. Das war nicht ganz klar. Deswegen wollte ich das noch einmal zur Klarstellung hier einbringen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank. – Ich hatte das so gemeint, als ich das gesagt habe. Herr Rudolph, vielen Dank für die Klarstellung.

Ich sprach gerade vom Setzpunkt der SPD-Fraktion. Danach folgt Tagesordnungspunkt 40. Das ist der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Breiten- und Spitzensport leisten unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl – Hessen ist führendes Sport-

land. Dazu soll Tagesordnungspunkt 53 mit aufgerufen. Bei Tagesordnungspunkt 40 ist eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vorgesehen. Das wurde gestern so verabredet. Es handelt sich also um eine verkürzte Redezeit bei einem Setzpunkt. Danach werden wir Tagesordnungspunkt 50 mit ebenfalls fünf Minuten Redezeit je Fraktion aufrufen.

Ich darf feststellen, dass heute Herr Staatsminister Michael Boddenberg, Herr Staatsminister Jörg-Uwe Hahn und Frau Abg. Lisa Gnadt entschuldigt fehlen.

Ich darf auf Folgendes hinweisen: In der Mittagspause der heutigen Plenarsitzung wird eine gemeinsame Ausstellung „Die Goldene Wetterau“ der Wölfersheimer Künstlerpalette e. V. und „JubilARTE – 25 Jahre Kunstkreis Schwalbach am Taunus“ in der Ausstellungshalle des Plenargebäudes eröffnet werden. Ich möchte Sie alle dazu herzlich einladen.

Damit sind wir am Ende der amtlichen Mitteilungen.

Ich darf nunmehr **Tagesordnungspunkt 32** aufrufen:

Entschließungsantrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Ausbildungsgarantie – für ein Recht auf eine berufliche Qualifizierung – Drucks. 18/7124 –

Das Wort erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Schäfer-Gümbel.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Setzpunkt beantragt, weil wir der Überzeugung sind, dass das Thema berufliche Qualifizierung, insbesondere der jüngeren Menschen, eines der zentralen Themen der Landespolitik werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zu meinem Einstieg heute ganz bewusst etwas anderes wählen, als es sonst in diesem Haus üblich ist. Ich will mit dem Zitieren eines jungen Mannes, den ich vor wenigen Tagen bei den Bauhaus Werkstätten Wiesbaden kennengelernt habe – Herr Klee kennt sie –, beginnen. Im Rahmen eines Gesprächs zum Thema seiner beruflichen und sozialen Situation, das über zwei Stunden dauerte, sagte er: „Man kann nichts dafür, in welcher Familie man aufwächst.“

Was hat das mit unserem Thema zu tun? – 90.000 Menschen zwischen 25 und 35 Jahre sind in Hessen ohne berufliche Qualifizierung. Sie haben keine Ausbildung gemacht. Davon sind heute 70.000 Menschen auf dem Arbeitsmarkt entweder in Vollzeit oder zumindest in Teilzeit tätig. Ein Viertel aller Menschen unter 35 Jahre, die arbeitslos sind, hat keine berufliche Qualifizierung. 87 % aller ALG-II-Bezieher, die jünger sind, haben keine berufliche Ausbildung.

Die VhU hat vor 14 Tagen im Hessischen Landtag ihre Wahlprüfsteine für die hessische Landtagswahl vorgelegt. Herr Fasbender führte dabei wörtlich aus:

Ca. 400.000 Menschen in Hessen im erwerbsfähigen Alter, von denen 320.000 in Beschäftigung sind, haben keinen Berufsabschluss. Wir möchten diese Menschen für Nachqualifizierung erreichen. Dazu brauchen wir eine flächendeckende und nieder-

schwellige Beratung, berufsbegleitende Qualifizierungsangebote und eine zuverlässige Finanzierung.

(Günter Rudolph (SPD): Recht hat er!)

Zurzeit gibt es nur punktuelle und von zeitlich begrenzter Förderung abhängige Angebote für diese Gruppe.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

In Abstimmung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und im Geiste auch mit der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände schlagen wir vor, dass wir uns auch mit Blick auf das Thema – –

(Hermann Schaus (DIE LINKE): „Im Geiste“!)

– Herr Schaus, ja, okay. – Wir sind der Auffassung, dass wir in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund allen Menschen unter 35 Jahren, die das wünschen, eine Berufsqualifizierung garantieren sollten.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten das für möglich. Ein ähnliches Modell gibt es in Österreich. Das wird dort umgesetzt.

Es gibt eine ähnliche Initiative bereits in Hamburg. Auch dort wird das umgesetzt. Allerdings muss man dazusagen, dass das dort deutlich leichter ist, nicht nur, weil Hamburg ein Stadtstaat ist, sondern weil dort sowohl die kommunalen als auch die landesrechtlichen Kompetenzen zusammengehören.

Aber auch das Land Nordrhein-Westfalen denkt im Moment gerade mit Blick auf das Thema Fachkräftemangel darüber nach, sich dieser besonderen Gruppe anzunehmen. Denn wenn wir in den Kommissionen über das Thema Fachkräftemangel diskutieren, fällt doch diese Gruppe, die mit das größte Potenzial hat, häufig hinten herunter. Das haben die Mitglieder der Koalitionsfraktionen hier hinreichend vorgemacht. Wir diskutieren dann häufig über das Anwerben der Menschen aus der Europäischen Union. Das hat schon seinen Sinn. Aber allein aus dem Anwerben einiger Hundert Menschen aus anderen Ländern ergibt sich noch keine Strategie gegen den Fachkräftemangel.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem wird das der Lebenswirklichkeit vieler junger Erwachsener in Hessen und in der Republik nicht gerecht.

Noch einmal: „Man kann nichts dafür, in welcher Familie man aufwächst.“ Wie das Leben halt so ist, gibt es sehr unterschiedliche Gründe, aus denen es junge Menschen, junge Erwachsene nicht geschafft haben, einen beruflichen Abschluss zu machen. Häufig hat das mit der familiären Situation zu tun, wie das dieser junge Mann zum Ausdruck brachte. Häufig hat es aber auch mit anderen Dingen zu tun, mit besonderen Ereignissen oder manchmal auch damit, dass ein junger Erwachsener nicht in den Betrieb kommt, in dem er sich wohlfühlt, und umgekehrt der Unternehmer, der Ausbildungsbetrieb nicht mit dem Jugendlichen, dem jungen Erwachsenen zurechtkommt.

Deswegen hat Herr Fasbender recht, wenn er davon spricht, dass wir dazu eine zielgerichtete Strategie brauchen. Für Sie ist das nahezu – dieses Wort ist in Hessen gebräuchlich – eine schallende Ohrfeige, wenn die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände Ihnen attestiert,

dass Sie seitens der Landesregierung dazu im Prinzip überhaupt keine Antwort haben, und er diesen Punkt einfordert.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hinreichend Bedarf an Qualifizierung. Das gilt insbesondere für die sozialen Berufe. Ich will nur die Debatte um das KiföG erwähnen. Die Diskussion über die 20 % Nichtqualifizierter hat doch unter anderem etwas damit zu tun,

(Zuruf des Abg. Klaus Dietz (CDU))

dass Sie im Moment nicht in dem notwendigen Umfang Erzieherinnen und Erzieher haben, um Aufgaben, die ab dem 1. August dieses Jahres entstehen, zu bewältigen. Auch da wäre viel zu tun – und im Übrigen nicht erst heute. Dieses Thema ist nicht so neu.

(Zuruf des Abg. Klaus Dietz (CDU))

In den letzten Jahren haben Sie sich mit diesem Thema aber null Komma null beschäftigt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sind die alle Ihre Opfer.

Nur eine kleine Randbemerkung zum Thema KiföG. Am Montag saßen wir mit etwa 100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus Hessen zusammen, wohlgemerkt allerdings: sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Herr Beuth, dort gab es eine ziemlich klare Position zum Thema Kinderförderungsgesetz.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU) und weitere Zurufe)

Dort war man sich einig, dass es für dieses Gesetz eine einzige Lösung gibt,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

dass Sie es nämlich zurückziehen und erst gar nicht weiterverfolgen.

(Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): Die sozialdemokratischen Bürgermeister haben doch zugestimmt! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren auf der rechten Seite des Hauses, bitte ein bisschen ruhiger.

(Peter Beuth (CDU): Das ist unfassbar!)

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Dass Herr Beuth sich hier aufregt, wundert nicht. Das tut alles weh. Das wissen wir.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Wie gesagt, zurzeit gibt es nur punktuelle und von zeitlich begrenzter Förderung abhängige Angebote für diese Gruppe. Herr Beuth, das sagt Ihnen die VhU.

Ich will ein zweites Thema ansprechen, bei dem Sie sich in den letzten Jahren ebenfalls nicht zu entscheidenden Refor-

men durchbringen konnten. Das ist der Übergang Schule und Beruf.

Auch dort liegt vieles im Argen. Das sagt Ihnen nicht nur die VhU, das sagen Ihnen auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und alle anderen. Dass inzwischen 19.000 Menschen im Übergangssystem sind, dass wir 19.000 Menschen in der vollschulischen Ausbildung haben, ist angesichts einer Situation, in der das Handwerk, die Wirtschaft, der Mittelstand nach Auszubildenden suchen, schon eine etwas paradoxe Situation.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Allerdings!)

Das hat etwas damit zu tun, dass in den Schulen Berufsorientierung nicht mehr in der Form stattfindet, wie das nötig wäre. Aus den Gesprächen zwischen Ihnen, der VhU und dem Deutschen Gewerkschaftsbund wissen wir, dass insbesondere Sie in der Landesregierung keine Kraft mehr dazu haben, sich mit dem Thema Übergang von der Schule in den Beruf zu beschäftigen.

(Widerspruch des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Deswegen tragen Sie auch eine Verantwortung für die Missstände in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen sehr klar: Mit Blick auf die Fachkräftesituation muss es einen klaren Vorrang für die duale Ausbildung geben. Die Stärken des dualen Ausbildungssystems sind überragend.

Dass wir in einer Zeit, in der viele ohne Ausbildung geblieben sind, die vollschulische Ausbildung hochgefahren haben, war richtig, weil wir den jungen Menschen eine Perspektive geben mussten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber in einer Situation, in der sich die Lage völlig umgekehrt hat, muss auch der umgekehrte Weg wieder möglich sein. Im Übrigen müssen die frei werdenden Kapazitäten dafür eingesetzt werden, um berufsbegleitende, ausbildungsbegleitende Instrumente zu schaffen, damit die schwierigere Situation in der beruflichen Ausbildung gestaltet wird. Aber auch dazu kommt von Ihnen nichts. Stattdessen feiern Sie sich mit Ihrer Fachkräfteinitiative dafür, dass Sie in der Tat einigen wenigen Hundert Menschen aus anderen Ländern eine Perspektive bieten.

(Zuruf des Ministers Florian Rentsch)

Für die aber, über die ich hier heute rede, haben Sie bislang keine Antwort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine letzte Bemerkung. Aus den letzten Tagen ist mir ein zweites Gespräch in Erinnerung, ein Gespräch bei einem Besuch an der Gießener Tafel. Dort war einer dieser unter 35-Jährigen anwesend.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schäfer-Gümbel, Sie kommen dann zum Schluss?

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Der letzte Satz. – Dieser unter 35-Jährige war dankbar dafür, dass er durch ein solches Angebot endlich wieder eine Chance bekommen wird. Denn es ist mitnichten so, dass er

eine solche Chance nicht ergreifen wollte, sondern sein Problem ist – wie sagte es der andere junge Mann? –, dass man eben nichts dafür kann, in welcher Familie man aufwächst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollte für uns alle Ansporn genug sein, um uns dieses Themas ernsthaft anzunehmen, statt solcher Schaufensterveranstaltungen wie die, die die Landesregierung derzeit macht.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sagt der Richtige!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Dr. Bartelt gemeldet.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schäfer-Gümbel, Hessen hat 3,35 Millionen Erwerbstätige – so viele wie nie zuvor.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In Hessen wird am besten verdient. Die Arbeitslosenquote ist dauerhaft niedrig: 6,1 %, bei Jugendlichen 5,7 %. Den Hessen geht es gut. Die arbeitsmarktpolitische Herausforderung ist heute die Besetzung freier Lehrstellen.

Meine Damen und Herren, uns berührt das Schicksal jedes einzelnen Arbeitssuchenden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir brauchen jeden für den Arbeitsmarkt. Daher waren innovative Wege auf dem Arbeitsmarkt – Fördern und Fordern, aktivierende Arbeitsmarktpolitik – immer Schwerpunkte der Politik dieser Landesregierung. Hessen war auf Bundesebene hier immer Motor. Daher gibt es jetzt Fördern und Fordern unter einem Dach. Wir haben die Optionskommunen und die Arbeitsgemeinschaften rechtssicher und zukunftsfähig gemacht. Wir sind das Land der Optionskommunen. Die Arbeitssuchenden bekommen schnellstmöglich Kontakt mit einem Betrieb. Die heimische Wirtschaft hat Vertrauen in die kommunalen Jobcenter.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Die Leiharbeitsbetriebe!)

Das ist in Hessen Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben dies gegen erhebliche Widerstände, gegen den damaligen SPD-Bundessozialminister Scholz erkämpft.

Ich gebe zu: Auf Bundesebene mussten wir auch die eigene Fraktion überzeugen. Das Land unterstützt Optionskommunen und Arbeitsgemeinschaften.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Rund 20 Millionen € bekommen die Kommunen, um langzeitarbeitslose Jugendliche ohne Schulausbildung und Alteinziehende für den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Warum haben Sie das in den letzten Jahren gekürzt?)

Die Kommunen entscheiden selbst, wie sie diese Mittel einzelfallgerecht einsetzen. Im Jahr 2011 wurden Zielvereinbarungen zwischen Sozialminister Stefan Grüttner und

den einzelnen Sozialdezernenten abgeschlossen. Fördersummen und Zielgruppen wurden festgelegt. Darüber hinaus haben die Kommunen freie Hand, den Menschen effektiv und schnell zu helfen.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser erfolgreichen Innovation von einer Vernachlässigung der Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche zu sprechen, zeigt Ihre verzerrte Wahrnehmung der Lage in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Gauck hat Ihnen bei seinem Besuch am 15. März ins Stammbuch geschrieben: Tun Sie nicht so, als ob bei uns ein Aufstieg nicht möglich sei. – Das sagte der Bundespräsident.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die Überschrift Ihres Antrags lautet: „Ausbildungsgarantie – für ein Recht auf eine berufliche Qualifizierung“. Unter Punkt 4 folgen Vorschläge, die in den kommunalen Jobcentern längst Alltag sind: Hilfe aus einer Hand, Motivation, Analysieren der vorhandenen Qualifikationen, Qualifizieren. – All das tun wir. Das haben wir eingeführt.

Sie schlagen außerdem vor, Jugendhilfezentren einzurichten. – Jugendjobcenter sind Bestandteil der Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Kommunen. Diese Vereinbarung wird umgesetzt. In Frankfurt arbeitet das Jugendjobcenter seit Februar 2012. Adresse: Hainer Weg 44. Schauen Sie sich das einmal an, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Peter Beuth (CDU): Gehen Sie einmal dorthin, Herr Kollege!)

Herr Schäfer-Gümbel, jetzt wird es wirklich ernst, jetzt komme ich zu einem grundsätzlichen Punkt. In Ihrem Entschließungsantrag wird nichts darüber gesagt, wie Sie ein Recht auf Ausbildung staatlicherseits – dahinter mache ich ein Fragezeichen – umsetzen wollen. Soll der Staat Ausbildungsplätze auf verschiedenen Ebenen der Verwaltung anbieten? Das wäre eine massive Fehlsteuerung, abgesehen davon, dass es nicht finanzierbar wäre.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat einen fast gleichlautenden Antrag gestellt. Auch er beantwortet meine eben gestellte Frage nicht. In der Drucks. 17/10116 des Deutschen Bundestages fordern Sie eine Garantie der Bundesregierung auf einen Ausbildungsplatz und fordern, für Menschen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, aus öffentlichen Mitteln eine Ausbildungsgarantie zu finanzieren. Wie soll das funktionieren?

(Zurufe von der SPD)

Sie haben zwar in Ihrem Antrag und auch in Ihrer Rede das duale Ausbildungssystem wortreich gelobt, ich muss aber sagen: Das ist nicht glaubhaft.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich glaube Ihnen das nicht. Sie treten den Ausbildungsbetrieben ständig vors Schienbein, indem Sie ihnen vorwerfen, dass sie immer weniger junge Menschen ausbilden, oder indem Sie jetzt sagen, man müsse das duale System ein bisschen umkehren, man müsse – so Ihr Antrag – eine „triale“ Ausbildung mit mehr staatlichen Elementen ein-

führen. Was soll das denn sein? Sie fordern, Druck auf die Ausbildungsbetriebe auszuüben. Das steht wörtlich im Antrag Ihrer Bundestagsfraktion. Sie fordern, externe Berater in den Betrieben einzusetzen. Man könnte vielleicht auch „Kontrolleure“ sagen. Das motiviert die Ausbildungsbetriebe natürlich sehr, junge Leute einzustellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Es kommt aber noch viel schlimmer. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Brase stellt in der Bundestagsdebatte über den vorgenannten Antrag folgende Fragen an die Ausbildungsbetriebe:

Wie groß ist ...eure Ausbildungsfähigkeit? Seid ihr immer in der Lage, die ausreichende Qualität zur Verfügung zu stellen? Wie kommt es, dass der ganze Hotel- und Gaststättenbereich, ... das Nahrungs- und Genussmittelhandwerk Probleme haben, Auszubildende zu bekommen? Hat das nicht auch etwas mit Betriebsstrukturen zu tun?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

– Das habe ich aus einem Bundestagsplenarprotokoll vorgelesen. Sie hätten sich das einmal durchlesen sollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dieser Unsinn kommt doch aus Ihrer Feder. Was sollen denn diese Angriffe auf ganze Branchen? Sollen die Betriebsstrukturen etwa so geändert werden, dass die Azubis morgens in der Bäckerei und abends in der Gastronomie ausgebildet werden? Wenn das Thema nicht so ernst wäre, würde ich mir die etwas flapsige Formulierung erlauben: Ich mache mir schon Sorgen, ob man unter Rot-Rot-Grün morgens noch frische Brötchen bekommen würde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es stellt sich daher grundsätzlich die Frage – –

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Da horchen auch Sie auf.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So kleine Brötchen wie Sie können wir gar nicht backen! – Weitere Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Es gibt ja keine mehr, auch keine kleinen.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, wie die SPD heutzutage zu „Fördern und Fordern“ und zur Agenda 2010 steht. Zum zehnten Jahrestag der Agenda wurden aus den Reihen der SPD nicht ihre Verdienste gewürdigt – da hätten Sie sich einmal selbst loben können –, sondern es wurden grundsätzliche Änderungen angemahnt. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat am 14. März berichtet, Frau Kollegin Ypsilanti finde die Feierlaune zum zehnten Jahrestag der Agenda 2010 „befremdlich“.

(Zurufe von der SPD)

– Ich habe da sehr gut zugehört. – Der Bundestagsabgeordnete Barthel, immerhin Bundesvorsitzender der Arbeitsge-

meinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, sagt: Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat die Verarmung der gesamten Gesellschaft in Deutschland beschleunigt.

(Demonstrativer Beifall bei der LINKEN)

Zum heutigen Wahlprogramm triumphiert er aber, es drücke Lernprozesse aus, die vor zehn Jahren nicht möglich gewesen wären. Das beantwortet die Frage, wo die SPD heute steht und welche Entwicklung sie in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dazu ein Kommentar in der „FAZ“ vom 13. März:

Peer Steinbrück

– Ihr Spitzenkandidat, noch –

muss das Kunststück fertigbringen, sich im Wahlkampf in das Prokrustesbett der Agenda-Folgen zu spannen.

Prokrustes war ein Riese, der die Menschen entweder streckte oder ihnen Gliedmaßen abschlug, also eine Einheitsnorm herstellte. – Das Wahlprogramm wird Steinbrück dabei nicht helfen.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Bartelt, Sie kommen bitte zum Schluss.

(Zurufe von der CDU: Schade! – Lebhaftige Zurufe von der SPD)

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Ich komme zum Schluss. – Ich beende das Zitat. Es enthält alles, was er vor Jahr und Tag noch als Humbug bezeichnet hätte.

Manchmal muss er sich dabei vorkommen wie ein Clown.

So müssten auch Sie sich mit Ihrem Antrag vorkommen.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Dr. Bartelt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Setzpunkt versenkt!)

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Dr. Spies zu Wort gemeldet.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Sehr verehrter Herr Kollege Dr. Bartelt, wenn es einer Demonstration bedurft hätte, dass Sie das Problem nicht nur nicht verstanden haben, sondern dass es Sie auch nicht interessiert, dann haben Sie sie uns gerade geliefert.

(Lachen bei der CDU)

Lassen Sie mich einen Punkt anführen. Der ehemalige Lieblings-Sozialdemokrat der Union, Wolfgang Clement, hat als Erster die Bestimmung eingeführt, dass jedem unter 25-Jährigen das Angebot einer Ausbildung oder eines Ein-Euro-Jobs, also auf jeden Fall ein Angebot zu machen ist. Das ist keine Leistung der Union und auch keine Leistung dieser Landesregierung gewesen, Herr Kollege Dr. Bartelt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie haben den Bundespräsidenten mit der Aussage zitiert, dass in diesem Land jedem ein Aufstieg möglich ist. Möglich ist er durchaus, Herr Kollege Dr. Bartelt,

(Zurufe von der CDU)

das Problem ist aber, dass es nur außerordentlich wenigen gelingt. An dieser Stelle war Ihr Umgang mit der dualen Ausbildung geradezu eine Zumutung.

(Lachen bei der CDU)

In Hessen nimmt die Zahl der dual ausbildenden Betriebe von Jahr zu Jahr ab. Das ist unterirdisch angesichts Ihrer desolaten Bildungspolitik, mit der Sie beim Bildungserfolg auch heute noch die soziale Differenzierung vorantreiben, anstatt sie abzuschwächen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie retten es nicht mehr! – Peter Beuth (CDU): Es wird immer schlimmer!)

Die duale Ausbildung ist nämlich seit 50 Jahren – –

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Es ist gut. Ich bitte um mehr Ruhe.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Ich kann lauter als die!)

Herr Dr. Spies, Sie haben jetzt wieder das Wort.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Die duale Ausbildung ist nämlich in Deutschland seit 50 Jahren der Weg, um die soziale Diskriminierung im Bildungssystem zu kompensieren und gerade denen, für die sich die Art und Weise, wie Schule stattfindet, nicht eignet, im praktischen Bezug die Integration in die Arbeit und damit in der Zukunft den eigenständigen Erwerb des Lebensunterhalts zu ermöglichen.

(Peter Beuth (CDU): Herr Kollege, es ist gut! Sie werden die Situation nicht retten!)

Herr Kollege Bartelt, deshalb ist der Zusammenhang unterirdisch, den Sie gerade an dieser Stelle herzustellen versucht haben.

Lassen Sie mich einen dritten Punkt ansprechen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Aber ganz kurz. Herr Dr. Spies, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Herr Kollege Bartelt, ich habe nachvollzogen, dass Sie nicht verstanden haben, wie das geht.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Damit stehen Sie nicht ganz allein. Aber, Herr Kollege Bartelt, ich erkläre Ihnen das gern noch einmal in Ruhe. Wenn Sie mit Vertretern von Handwerksbetrieben und mittelständischen Unternehmen reden und von ihnen erfahren, dass sie mit den Lehrlingen heute nicht mehr so gut zurechtkommen wie früher und Unterstützung dabei brauchen, sind gerade Sie als Sozialpolitiker aufgefordert, deutlich zu machen,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Zwei Minuten Redezeit haben Sie!)

wie Sie ihnen bei dieser Aufgabe helfen wollen, anstatt jeden Versuch, das zu machen, als Kontrolle zu diskriminieren.

(Peter Beuth (CDU): Oje, oje! Meine Güte!)

Nein, Herr Dr. Bartelt, Sie haben das Problem nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Bartelt, Sie haben Gelegenheit zur Antwort. Bitte schön.

(Peter Beuth (CDU): Sie haben das nicht gerettet! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie haben das versenkt!)

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Spies, Sie wissen, dass ich Sie als Kollege – in doppelter Hinsicht – außerordentlich schätze. Aber dann haben Sie Herrn Clement zitiert. Auf der Veranstaltung – das war eine Podiumsdiskussion –, an der auch Ihr Kollege Decker teilgenommen hat, hat Ihnen Herr Clement ganz schön die Leviten gelesen, und das zu Recht.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen, wir hätten Ihren Antrag, in dem ein „triales“ Ausbildungssystem vorgeschlagen wird, nicht richtig verstanden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt!)

Das ist auch völlig unverständlich; das kann kein Mensch verstehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Gegenteil, die anderen Länder – unsere Partner und Freunde in Europa – wollen das duale Ausbildungssystem ebenfalls einführen. Das ist Weltklasse. Das ist Benchmark. Vor einigen Wochen war ein Mitglied des griechischen Kabinetts hier. Er hat die Landesregierung besucht und sich bei der IHK die Umsetzung in der Praxis angeschaut, damit sie dort in der Lage sind, dieses System zu implementieren. Das sind Lösungswege aus der Krise. Das duale System wird auf der ganzen Welt verstanden; Ihr triales System versteht dagegen kein Mensch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich finde es ein wenig zynisch, wenn Sie auf der einen Seite Berater in die Betriebe schicken wollen und diese dauernd kritisieren und auf der anderen Seite sagen, die mittelständische Wirtschaft werde von Ihnen unterstützt. Fragen Sie einmal die Leute selbst, ob sie sich durch solche Anträge unterstützt sehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Peter Beuth (CDU): Man kann Herrn Spies keinen Vorwurf machen! Er hat wirklich alles versucht!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr. – Wir fahren fort. Als Nächster spricht Herr Bocklet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Bartelt, wir haben heute Frühlingssanfang. Aber das, was Sie heute zu dem Thema „Jugend und Ausbildung“ gesagt haben, entsprach der tiefsten Steinzeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mittelschwer entsetzt darüber, dass es Ihnen in Ihrem zehnminütigen Redebeitrag und in Ihrer zweiminütigen Kurzintervention gelungen ist, keine einzige Antwort auf die Frage zu geben, wie wir mit diesen Jugendlichen umgehen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Dr. Bartelt, Ihr Redebeitrag ist noch hinter die Ausführungen in der Diskussion zurückgefallen, die wir vor drei Jahren darüber geführt haben. Ich habe im Wortprotokoll die Beiträge zu der Diskussion über die Ausbildungsplatzsituation nachgelesen, die wir hier vor drei Jahren geführt haben. Die Wortbeiträge von Ihrer Seite waren um einiges deutlicher und empathischer; denn Sie haben wenigstens anerkannt, dass es eine Gruppe von Jugendlichen gibt, die keine Ausbildung haben, und dass Tausende von Jugendlichen in Übergangssystemen und in unnötigen Warteschleifen sitzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich hätte von Ihnen gern gehört, dass Sie wenigstens ein Problembewusstsein entwickelt haben. Selbst das haben Sie nicht gemacht. Was für ein fataler Niedergang.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nein, es ist in der Tat so, wie es die SPD in ihrem Antrag beschreibt: Eine gute Ausbildung ist für jeden Jugendlichen eine zwingend notwendige Grundlage für den Einstieg ins Berufsleben und damit für ein selbstständiges Leben in unserer Gesellschaft. Auch wir GRÜNE wollen deshalb, dass alle Jugendlichen eine Ausbildung abschließen.

Dieses Ziel ist nicht nur ein bildungspolitisches und ein sozialpolitisches, sondern auch ein gesellschaftliches Muss. Wir müssen feststellen, wir haben dieses Ziel noch nicht erreicht. Herr Dr. Bartelt, wer also nicht alles unternimmt, um dieses Ziel zu erreichen, muss sich fragen lassen, ob

ihn das Thema wirklich interessiert oder ob er das hier zu einer Unterhaltungsshow machen will.

Ich möchte Ihnen einige Zahlen aus dem Berufsausbildungsbericht des Wirtschaftsministeriums nennen. Das sind die Zahlen Ihres Ministeriums, Ihrer Landesregierung. Dort wird festgestellt, dass sich 25.000 Jugendliche – eine konstant hohe Zahl übrigens – im Übergangssystem befinden. Das steht auf Seite 85 des Berichts; Sie können das gern nachlesen. Das sind nicht die Zahlen einer verzweifelten Opposition, sondern Regierungszahlen. 25.000 Jugendliche befinden sich in unnötigen Warteschleifen oder im Übergangssystem. Diesen Menschen fehlt eine Ausbildung. Herr Dr. Bartelt, liebe Mitglieder der CDU, was ist Ihre Antwort darauf?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Seite 70 des Berufsausbildungsberichts des Wirtschaftsministers: Wir haben 43.000 Ausbildungsplatzangebote und 47.000 Ausbildungsplatzsuchende. Ergo besteht ein Defizit von 4.000 Ausbildungsplatzangeboten: 4.000 Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ich frage Sie: Was ist Ihre Antwort darauf?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

– Ich kann Ihnen den Bericht nur empfehlen. Allerdings erschweren zu viele Zahlen manchmal die muntere Debatte. Ich habe jedenfalls zwei seriöse Zahlen zitiert, die von Ihrer Landesregierung vorgelegt worden sind.

Ein weiterer Punkt: Wie viele Menschen nehmen jedes Jahr zum ersten Mal an Fördermaßnahmen teil? Von den Schulentlassenen im Schuljahr 2011/2012 kamen 2.500 Jugendliche, die keinen Abschluss haben, neu in die Fördermaßnahmen. Herr Dr. Bartelt, liebe Kollegen von der CDU und der FDP, was machen Sie, um dieses Problem zu bekämpfen? Es gibt einen Vorschlag, über den Sie sich lustig machen. Aber wo sind denn Ihre Antworten auf dieses Problem?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wer etwas für die soziale Gerechtigkeit machen möchte und will, dass Jugendliche überhaupt die Möglichkeit haben, an dieser Gesellschaft teilzuhaben und einen Zugang zu finden, und wer verhindern will, dass wir Zustände wie in den französischen Vororten bekommen, wo die Jugendlichen aus Verzweiflung Autos in Brand stecken, muss sich etwas einfallen lassen.

(René Rock (FDP): Wer regiert da? Die Linke!)

Da gibt es drei Felder. Ich sage Ihnen, um was es sich bei diesen drei Feldern handelt. Erstens. Sie haben einen Ausbildungspakt: Ausbildung im ersten Ausbildungsmarkt.

(René Rock (FDP): Jetzt kommt der Arbeitsmarkt!)

Es ist doch unbestritten, dass zunächst die Wirtschaft gefordert ist, Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen. Wenn man aber feststellt, dass es eine Lücke gibt, muss man sich seitens des Staates die Frage stellen, was man macht, um sich um diese Jugendlichen zu kümmern. Das tun Sie nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die erste Säule ist also der erste Ausbildungsmarkt.

Zweite Säule. Den Jugendlichen, denen es offensichtlich nicht gelingt, die Schule mit so einer Qualifikation zu verlassen, dass sie einen Ausbildungsplatz finden,

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Herr Rock, denen muss im allgemeinbildenden Schulsystem deutlich besser geholfen werden. Sie müssen individuell gefördert werden. Sie müssen frühzeitig ab der 7. Klasse die Möglichkeit einer Lebensweltorientierung, einer Ausbildungsorientierung bekommen. Wir wollen, dass ab der 7. Klasse eine Kompetenzfeststellung stattfindet. Wir wollen, dass die Jugendlichen darauf vorbereitet werden, dass sie spätestens ab der 9. Klasse eine Ausbildung antreten können. Dazu haben wir konkrete Vorschläge gemacht. Wir brauchen im allgemeinbildenden Schulsystem deutlich bessere individuelle Förderung, sodass weniger Jugendliche ausbildungsunfähig herauskommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine ganz wichtige zweite Säule.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Bartelt, ich weiß, manche neuen Vorschläge sind für jemanden, der immer dasselbe macht und bestimmte Probleme nicht zur Kenntnis nehmen will, vielleicht nicht ganz leicht verständlich. Aber schauen Sie, wir haben eine unglaublich hohe Ausbildungsabbrecherquote. Ich selbst war beruflich in einem Träger der Berufsbildung aktiv. Es gibt bildungsschwache Jugendliche, die eine Ausbildung antreten, sie abbrechen, und immer wieder aus denselben Gründen. Da ist es doch nur mehr als logisch, dass wir da nicht wegschauen, sondern dass wir eine begleitende Ausbildung anbieten, dass wir sagen: Jugendliche, wir begleiten euch bei euren Problemen in der Ausbildung, ob das ausbildungsbegleitende Hilfen sind, ob das Lebensalltagshilfen sind und vieles mehr.

Wir haben eine hohe Abbrecherquote bei der Ausbildung. Wir können doch nicht sagen: Wir haben 2.000 Jugendliche, denen es nie gelingt, eine Ausbildung abzuschließen. – Wenn es dann von uns im September 2012 ein Angebot gibt oder jetzt von den Sozialdemokraten, die das triale Ausbildung nennen, also ausbildungsbegleitende Hilfe, damit Jugendliche ihre Ausbildung durchstehen, dann ist das doch ein sinnvoller Vorschlag, und dann können Sie sich doch nicht darüber lustig machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Das Dreisäulenmodell ist simpel. Erster Ausbildungsmarkt: deutlich mehr Ausbildungsplätze und dadurch auch Druck auf die Unternehmen. Ich habe die Zahlen damals zitiert. Sie haben sich nicht verändert. Die 30 DAX-Unternehmen haben eine Ausbildungsquote von 1 bis 2 %. Der Durchschnitt beträgt 7 %. Bei den 30 deutschen DAX-Unternehmen: 1 bis 2 %. Da muss man es politisch auch einmal zur Chefsache machen und mit denen deutlich reden. Das sind schlicht zu wenige Ausbildungsplätze im ersten Ausbildungsmarkt.

Zweite Säule: Das allgemeinbildende Schulsystem muss sich deutlich stärker um die Jugendlichen kümmern. Schließlich brauchen sie auch geförderte und begleitete Ausbildungsplätze, auch in Produktionsschulen. Wir haben das in unserem Konzept beschrieben. Nur durch diese drei Säulen, durch das Zusammenwirken dieser drei Maßnah-

men, wird es uns gelingen, 25.000 Jugendliche aus Warteschleifen zu holen, wird es uns gelingen, dass tatsächlich jeder Jugendliche eine Ausbildung abschließen kann und einen Schulabschluss erhält. Nur wenn man es will, kann man es auch verändern. Sie wollen es gar nicht. Das ist der sozialpolitische Skandal an dieser Situation.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Aus Sicht von uns GRÜNEN wiederhole, betone und unterstreiche ich: Ich hätte hier von Ihnen von der CDU ein Problembewusstsein erwartet, dass Sie sagen: Ja, wir haben viele Jugendliche, die keinen Abschluss haben. Ja, wir haben viele Jugendliche, die keine Ausbildung haben. Ja, wir haben zu viele Jugendliche in den Warteschleifen. – Dieses Problembewusstsein hätte ich von Ihnen erwartet. Am liebsten hätten wir von Ihnen auch gehört, dass Sie dafür Lösungen haben. Aber wer verbraucht und erschöpft ist, hat keine Antworten mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Bocklet. – Als Nächster wird Herr Lenders für die FDP-Fraktion zu uns sprechen.

Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Bartelt hat eben in der Tat eine hervorragende Rede gehalten und das Problem wirklich auf den Punkt gebracht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Es gibt doch gar kein Problem!)

Die SPD hat es wieder einmal geschafft, Zerrbilder an die Wand zu schmeißen, ein Problem zu zeichnen, das in diesem Umfang überhaupt nicht existiert, und hat dann auch noch an der Sache vorbeigeredet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Dr. Thomas Spies (SPD): Ungeheuerlich! Wir reden über 25.000 Menschen! – Gegenruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Wenn Sie dran sind: 50.000 Menschen!)

– Hören Sie doch erst einmal zu. – Wenn Sie wissen wollen, was unsere Antwort darauf ist, dass es immer noch viele junge Menschen gibt, die ohne Berufsabschluss oder in Weiterqualifikationsmaßnahmen sind, dann schauen Sie sich doch einmal die Bilanz an. Jugendarbeitslosigkeit in Hessen: 5,8 %. In der EU liegt sie bei 23 %; in Spanien ist jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Das ist wirklich eine verlorene Generation. Ich bin froh, dass diese Hessische Landesregierung nach Spanien gereist ist und Jugendlichen aus Spanien in Hessen eine Perspektive bietet.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Minister Florian Rentsch: Solidarität!)

– Das ist Solidarität, ganz genau.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Unter Rot-Grün war Deutschland noch der kranke Mann in Europa. Es hieß, wir würden die rote Laterne in Europa hinter uns hertragen. Meine Damen und Herren, das hat

sich grundlegend geändert. Dadurch haben Jugendliche eine Riesenchance auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Eines ist mir in beiden Redebeiträgen aufgefallen: wie Sie heute über Übergangssysteme und Fördermaßnahmen nachdenken. In den Siebziger- und Achtzigerjahren hatten wir mit dem Problem zu tun, dass wir nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen konnten. Damals waren die Übergangssysteme für viele Jugendliche tatsächlich quasi eine Schleife. Das ist heute doch mitnichten mehr der Fall. Sie haben doch klar gekennzeichnet, dass es Jugendliche gibt, die wir weiterqualifizieren müssen. Genau dazu sind doch die Übergangssysteme da. Was zeichnen Sie eigentlich für ein Bild von höheren Handelsschulen?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Genau das ist doch die Weiterqualifizierung, die Sie eingefordert haben. Jugendlichen, die in Fördermaßnahmen stecken, zu sagen, sie seien Bildungsverlierer, wie Sie das in Ihrem Antrag machen, oder Jugendlichen, Schülern, die auf einer Hauptschule sind, zu sagen, sie seien Bildungsverlierer: Welches Bild zeichnen Sie eigentlich von diesen Menschen? Wir brauchen jeden, wir wollen jeden, ob er auf der Hauptschule war, ob er auf der Realschule war oder auf dem Gymnasium. Für uns ist jeder Mensch gleich wichtig. Bei uns gibt es keine Verlierer.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Besonders bemerkenswert finde ich, was Sie in Punkt 2 Ihres Antrags schreiben:

Erforderlich ist die optimale Förderung statt Selektion ...

Meine Damen und Herren, ich weiß wirklich nicht, welches Bild Sie mit dem Begriff Selektion zeichnen wollen. Aber das hat mit dem, wie wir Weiterqualifizierung in Hessen machen, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich gehe nun auf die Forderungen ein, die Sie hier aufgestellt haben: eine Ausbildungsgarantie, eine Beschäftigungsgarantie. Mich hat gewundert, dass die Ausbildungsplatzabgabe, die sonst immer an dieser Stelle gefordert wird, hier nicht vorkommt. Vielleicht haben Sie etwas dazugelernt. Allein, mir fehlt der Glaube.

Aber ich will Ihnen eines zu Ausbildungsgarantie, Beschäftigungsgarantie, wie es übersetzt heißen muss, sagen: Eine Ausbildungsplatzabgabe würde dazu führen, dass die Unternehmen, die im dualen Ausbildungssystem tätig sind, sich aus dieser gern übernommenen Verantwortung zurückziehen würden. Sie würden das an ihre schulischen Träger übergeben. Meine Damen und Herren, das, was Sie fordern, würde dazu führen, dass das duale Ausbildungssystem, das ein Erfolgsmodell in Hessen ist, zunichtegemacht werden würde.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ihre Politik vernichtet Ausbildungsplätze bei den mittelständischen Unternehmen.

Das, was Sie ansonsten noch fordern, ist auch alles besonders schön. Sie sagen, das sei ein Flickenteppich. Herr Schäfer-Gümbel, das haben Sie eben in Ihrer Rede gesagt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das sagt Herr Fasbender! Ich habe ihn zweimal zitiert!)

– Dann war es Herr Fasbender, gut. – Wenn Sie wirklich ernst meinen, was Sie sagen und hier aufgeschrieben haben, abgesehen von dem, was bereits alles getan wird und was Ihnen der Kollege Bartelt schon um die Ohren gehauen hat, dann bleibt doch, dass Sie sagen: „Es reicht aber nicht.“ Dann müssen Sie aber sagen, dass mehr Geld ins System muss. Meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, Sie müssen mir erklären, an welcher Stelle und in welchem Umfang Sie die Steuerschraube eigentlich drehen wollen, um alles das zu finanzieren, was Sie den Leuten versprechen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wie hoch sollen die Steuern eigentlich sein, und wer soll sie bezahlen?

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Meine Damen und Herren, es ist eigentlich unglaublich, was der Faktionsvorsitzende der SPD aus diesem Setzpunkt gemacht hat. Er hat über den Fachkräftemangel und das KiföG geredet. Ich habe mich an dieser Stelle gefragt, ob ich als wirtschaftspolitischer Sprecher überhaupt der richtige Ansprechpartner bin. Das war eine Generalabrechnung, was er hier versucht hat. Man kann nur sagen: Das ist gehörig schiefgegangen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt wollen Sie von uns noch hören, was wir tun. Wir haben umfassende Maßnahmen verabschiedet, um die Ausbildung zu verbessern. Eines der Probleme sind – jawohl, der Kollege von den GRÜNEN hat es gesagt – die Abbrecher. Wir müssen viel mehr darauf achten, dass Auszubildende, wenn sie sich für einen Beruf entschieden haben, in der Ausbildung bleiben. Das müssen Sie dann auch begleiten, und Sie müssen den jungen Menschen eine Chance geben; denn nichts ist schlimmer als eine abgebrochene Berufsausbildung.

(Michael Siebel (SPD): Was passiert denn momentan als Begleitung?)

– Es ist schön, dass Sie überhaupt noch zuhören. Oder, Herr Kollege? – Okay, er ist im anderen Film.

Das ist in der Tat ein Problem. Mit unseren Maßnahmen begleiten wir nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Jugendlichen, damit sie im Vorfeld wissen, welchen Beruf sie ergreifen und was in der Berufsausbildung auf sie zukommt. Dazu müssen sie in viel praxisorientiertere Schulen gehen, damit die jungen Menschen auch eine Vorstellung davon bekommen, was sie nachher erwartet.

Wir haben z. B. gerade für die Hauptschüler, die bei Ihnen jetzt anscheinend überhaupt keine Rolle mehr spielen, Maßnahmen ergriffen. Diese haben wir auf die Hauptschüler konzentriert, die beim ersten Durchgang noch keine Ausbildungsstelle gefunden haben. Wir unterstützen die Unternehmen, um diesen Jugendlichen eine Chance zu geben. Sie sind bei uns eben keine Verlierer, sondern sie sind Zukunftspotenzial. Wir investieren in diese jungen Men-

schen, weil wir uns von diesen viel versprechen. Eines gilt dann auch: kein Abschluss ohne Anschluss.

Meine Damen und Herren, für uns gibt es in Hessen keine Sackgasse. Jede Ausbildung führt dazu, dass jemand eine Zukunftsperspektive, eine Chance hat und dadurch ein wichtiges Mitglied dieser Gesellschaft ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Zerrbild, das Sie hier zeichnen, existiert so nicht. Es dient am Ende nur dazu, hier Ihre Politikansätze, so wirt sie auch sein mögen, zeichnen zu können. Mit der Realität in Hessen hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Lenders. – Ich darf Herrn Siebel zu einer Kurzintervention das Wort erteilen.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Jetzt wird wieder versucht, das mit allen Mitteln zu retten!)

Michael Siebel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss in der Tat sagen, dass mich diese Debatte sehr aufregt. Herr Lenders, Sie haben davon gesprochen: Bei uns gibt es keine Verlierer. – Wenn Sie Ihre Rede mit solchen Worten strukturieren, dann muss ich feststellen, dass Sie die Augen vor der Realität verschließen.

Herr Lenders, wir haben die Situation, dass 90.000 Menschen in Hessen keine berufliche Qualifikation haben. Herr Lenders, was tun Sie denn dagegen? – Herr Lenders, Sie haben davon gesprochen, dass es eine Begleitung der von Ihnen beschriebenen Jugendlichen geben soll. Herr Lenders, genau für diese Jugendlichen ist in dem Antrag der SPD ein Vorschlag gemacht worden. Das ist es, was wir unter trialer Ausbildung verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Was ist Ihrerseits denn in den letzten 14 Jahren passiert? – Was Sie vorgelegt haben, war doch alles Stückwerk. Deshalb ist es in der Tat richtig und konsequent, wenn die SPD eine Garantie realisieren will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist das denn für eine Situation, wenn wir in diesem Land hergehen und Jugendliche nach der Schule von uns das Signal kriegen: „Wir brauchen euch nicht“? – Wir brauchen diese Jugendlichen. Ich will das noch einmal unterstreichen: Das ist notwendig, und Sie setzen das falsche Signal.

(Widerspruch bei der CDU – Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Das ist unerhört!)

Herr Lenders, eine weitere Bemerkung zur Ausbildungsplatzabgabe; das will ich durchaus aufnehmen. Dazu muss ich Ihnen sagen: Offensichtlich fehlen Ihnen auch ein paar Kenntnisse. – Wir haben in bestimmten Bereichen, Herr Staatsminister Rentsch weiß das, durchaus ausbildungsplatzabgabebezogene Systeme, beispielsweise in Darmstadt und Weiterstadt bei den Gerüstbauern und im Krankenhausbereich. Es gilt doch, diese Konzepte fortzuentwickeln. Das ist doch nicht so platt, wie Sie es hier versuchen darzustellen.

(Zuruf von der CDU: Ach!)

(Hans-Christian Mick (FDP): Jetzt kommt einmal ein sachlicher Beitrag!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Siebel, kommen Sie bitte zum Schluss.

Michael Siebel (SPD):

Abschließende Bemerkung. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es nach 14 Jahren Stückwerk in diesem Land eine Auseinandersetzung über die Frage geben muss, dass für die Auszubildenden zu wenig gemacht worden ist, ist eine wichtige, notwendige und gesellschaftlich angesagte Diskussion. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Judith Lannert (CDU): Das war keine Kurzintervention, sondern ein Redebeitrag!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Siebel. – Frau Lannert, ich habe Sie nicht verstanden, aber Sie können es gern wiederholen.

(Judith Lannert (CDU): Das war keine Kurzintervention! – Günter Rudolph (SPD): Die hat wieder rumgeblubbert!)

– Er bezog sich auf die Rede von Herrn Lenders. Das hat der Redner getan. Daran gibt es sicherlich keinen Zweifel.
– Herr Lenders, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

Jürgen Lenders (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Sie sind stark getroffen, da Sie jetzt wirklich alles aus Ihrer Fraktion in die Bütt schicken, um zu retten, was zu retten ist. Sie haben Ihren Setzpunkt grandios versenkt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Siebel, ich kann Ihnen das nur noch einmal sagen: Für CDU und FDP ist jeder Mensch gleich wichtig. Für uns gibt es keine Verlierer. Wir sehen in jedem Menschen eine Zukunft, und wir haben alle gern bei uns in der Wirtschaft. Wir werden auf jeden angewiesen sein, und wir werden mit Sicherheit niemanden zurücklassen.

(Michael Siebel (SPD): Das glauben Sie doch selbst nicht! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb wird auch der Armutsbericht gefälscht!)

Meine Damen und Herren, Sie haben mich gefragt, was wir tun. 63 Millionen € aus Landes- und ESF-Mitteln stehen in den Jahren 2013 und 2014 zur Verfügung. Erklären Sie, wo Sie noch mehr Geld in das System hineinbringen, wem Sie es abnehmen wollen und wie Sie das alles dann finanziell ausgestalten wollen, was Sie sich gerade so wünschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Lenders. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD benennt ein wichtiges Problem, nämlich dass die Unternehmen ihrer Verantwortung, junge Menschen auszubilden, nicht ausreichend nachkommen. Deswegen bin ich der Meinung, man sollte jeden Unternehmer, der gerade über den Fachkräftemangel jammert, fragen, wie viele Ausbildungsplätze er in diesem Ausbildungsjahr geschaffen hat und wie hoch die Ausbildungsquote in seinem Betrieb ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer über Fachkräftemangel klagt, muss eben auch dafür sorgen, dass die Unternehmen mehr Fachkräfte ausbilden. Das ist eine gesellschaftliche Verantwortung, und dieser kommen die Unternehmen nicht ausreichend nach.

Auch in Hessen ist die Lage am Ausbildungsmarkt nicht rosig. Laut dem Bericht des Wirtschaftsministeriums zur Berufsausbildung in Hessen 2012 sank die Zahl der Ausbildungsbetriebe sogar. Auch die Ausbildungsquote, also der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten, ist gesunken. Sie liegt in Hessen bei nur 5,2 % und damit weiterhin unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Das Wirtschaftsministerium spricht in dem Zusammenhang sogar – ich zitiere – von einem „Trend abnehmender Ausbildungsbereitschaft“.

Herr Bartelt, da frage ich mich schon, ob die verzerrte Wahrnehmung, die Sie der Opposition unterstellen, auch schon Eingang ins Wirtschaftsministerium gefunden hat, weil das Wirtschaftsministerium offensichtlich auch nicht davon überzeugt ist, dass es hier kein Problem gibt, sondern es zeigt ganz im Gegenteil auf, dass wir eine ganz bedenkliche Tendenz, nämlich eine Abnahme der Ausbildungsbereitschaft, haben.

Es zeigt sich immer wieder sehr deutlich, dass die Klein- und Kleinstbetriebe überproportional ausbilden, während sich die Großkonzerne aus der Verantwortung stehlen. Auch deshalb halten wir die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage für dringend notwendig. Wenn die Großunternehmen schon zu wenig ausbilden, dann sollen sie sich doch wenigstens an der Finanzierung beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das käme dem Handwerk zugute!)

– Das käme dem Handwerk zugute. Das käme den kleinen Unternehmen zugute.

Die Anzahl der unversorgten Bewerber ging in Hessen zu Beginn des letzten Ausbildungsjahres zwar zurück, aber im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich. Im Bund sind die Zahlen um 9,3 % zurückgegangen, in Hessen um nur 6,1 %.

Die Redner von der Regierungskoalition haben auch nicht erwähnt, dass es gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungsmarkt ganz besonders schwer haben. Bei der dualen Übergangsquote klafft noch immer eine große Lücke zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Es muss doch Aufgabe dieser Landesregierung sein, diese Lücke zu schließen und dafür zu sorgen, dass alle Jugendlichen die gleichen Chancen haben und Jugendliche mit

Migrationshintergrund nicht in dieser Form diskriminiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

In Hessen befinden sich besonders viele Jugendliche im Übergangsbereich, also in berufsvorbereitenden Maßnahmen, deren Arbeitsmarktchancen vergleichsweise schlecht sind; der Kollege Schäfer-Gümbel hat es bereits angesprochen.

Laut Wirtschaftsministerium mussten sich in Hessen „vergleichsweise viele Bewerber eine Alternative zur gewünschten Berufsausbildung suchen“ – und das, obwohl der Anteil der öffentlich geförderten Unterstützung in Hessen besonders hoch ist. Das zeigt natürlich auch die Schwäche der Programme, die es im Moment gibt.

Natürlich hatte das duale System immer eine staatliche Komponente; denn die Bildung in den Berufsschulen war selbstverständlich immer aus Steuergeldern finanziert. Aber weil die Unternehmen eben ihrem Teil der Aufgabe nicht nachkommen, ist darüber hinaus ein Wirrwarr von Ersatzangeboten entstanden, die von den Arbeitsagenturen, den Kommunen, dem Land und dem Bund finanziert und organisiert werden.

Es liegt in der Natur der Sache, dass niemand mehr einen genauen Überblick über diese Programme hat. Es wird geschätzt, dass bundesweit ungefähr 4,5 Milliarden € pro Jahr für diese Maßnahmen ausgegeben werden. Dennoch bleiben jedes Jahr 150.000 Jugendliche dauerhaft ohne Berufsabschluss und haben als Ungelernte geringe Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.

Ein Großteil der jungen Menschen, die eine vorbereitende Maßnahme durchlaufen, findet auch danach keinen Ausbildungsplatz. Deswegen will ich sagen: An der Stelle von einem Übergangssystem zu sprechen, ist eigentlich falsch; denn wir haben es hier nicht mit einem System zu tun, sondern vielmehr mit einem unsystematischen Durcheinander. Hier wird auch nicht der Übergang ins Berufsleben oder eine reguläre betriebliche Ausbildung sichergestellt; stattdessen werden in den Warteschleifen keine anerkannten Abschlüsse erworben, und die Arbeitsmarktchancen vieler Menschen, die diese Maßnahmen durchlaufen, bleiben schlecht.

Das Einzige, was passiert, ist, dass die Teilnehmer einige Schritte weiter in Richtung der sogenannten Ausbildungsreife gebracht werden sollen. Man muss einmal fragen, was eigentlich damit gemeint ist.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Das Klagen über die fehlende Ausbildungsreife der heutigen Schulabgänger – das sage ich ganz ehrlich, Herr Lenders – halte ich in Teilen wirklich für ein Ablenkungsmanöver. Neu ist die ganze Debatte nämlich nicht. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat schon 1967 die mangelhaften Fertigkeiten der Azubis in Lesen, Schreiben und Mathematik für die Probleme bei der Ausbildung verantwortlich gemacht.

Fakt ist, dass wir eine rechnerische Lücke haben. Gemessen an den Bewerbern haben wir nicht genug Ausbildungsplätze im Angebot.

(Jürgen Lenders (FDP): Das stimmt doch nicht!)

Deswegen finde ich es einfach nicht in Ordnung, wenn die Unternehmen die Verantwortung für fehlende Ausbil-

dungsplätze den Bewerbern und den jungen Menschen zuschieben, statt selbst zu überlegen, welche Fehler sie bei der ganzen Sache begehen.

(Beifall bei der LINKEN – Jürgen Lenders (FDP): Das stimmt nicht!)

In Hessen finden nur 42,4 % der Bewerber – auch das sind Zahlen des Wirtschaftsministeriums – einen ungeforderten Platz in der dualen Ausbildung. Das ist nicht einmal die Hälfte. 8 % finden dann noch einen Ausbildungsplatz, der gefördert ist. Deswegen muss man doch einmal die Frage stellen, was da schiefgeht, wenn nicht einmal die Hälfte der Bewerber einen Platz in der ungeforderten dualen Ausbildung findet. Da kann man sich nicht einfach hinstellen und sagen, die duale Ausbildung sei total erfolgreich, und noch der Opposition vorwerfen, sie wolle das zunichtemachen. – Werfen Sie das doch einmal den DAX-Konzernen vor: Diese machen doch die duale Ausbildung zunichte, indem sie einfach nicht ausreichend ausbilden.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss auch über die Frage der Qualität der Ausbildungen sprechen. Die DGB-Jugend hat eine umfassende Untersuchung dazu durchgeführt. Der Ausbildungsreport Hessen 2012 zeigt, dass die Qualität der Ausbildung in vielen Bereichen deutlich zu wünschen übrig lässt. Da werden Azubis häufig zu regulärer Arbeit herangezogen und als billige Arbeitskräfte missbraucht, anstatt dass ihnen etwas beigebracht wird. Gerade im Hotel- und Gaststättengewerbe sind Überstunden an der Tagesordnung, und die Vergütung reicht nur in ganz wenigen Berufsbildern für den Lebensunterhalt aus. In vielen Branchen liegt sie nicht wesentlich über einem Taschengeld. Es ist traurig, aber wahr, dass das wirtschaftsstarke Hessen bei der Ausbildungsvergütung das Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern bildet.

Vor diesem Hintergrund besteht dringender Handlungsbedarf. Wir wollen es jungen Menschen ersparen, dass sie zum Teil jahrelang erfolglos Bewerbungen verschicken müssen und zum Schluss vielleicht das einzige Angebot annehmen, das sie überhaupt bekommen. Bei der Wahl einer Ausbildung geht es schließlich um eine Entscheidung für das Leben. In so eine Entscheidung sollte niemand aus dem Druck der Verhältnisse gezwungen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte in diesem Zusammenhang an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erinnern. Dieses hat in einem Grundsatzurteil entschieden, dass die Umsetzung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf freie Berufswahl erst dann erfüllt ist, wenn das Ausbildungsplatzangebot 12,5 % über der Zahl der Bewerber liegt. Erst dann kann man seinen Beruf wirklich frei wählen. Wenn das Verhältnis 1 : 1 ist, kann von einer freien Berufswahl überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die DGB-Jugend hat sich deshalb lange Zeit für die Verankerung eines Grundrechtes auf Ausbildung im Grundgesetz eingesetzt. Das wäre formal eine Ausbildungsgarantie durch den Bund.

Vonseiten dieser Landesregierung erleben wir leider nur sehr wenig Initiative. Aus ihrer Sicht gibt es ja nie ein Problem, das haben die Redner hier noch einmal deutlich gemacht. Sie schauen sich die Statistiken zu dem Zeitpunkt

an, wenn die Bewerber in den Übergangsmaßnahmen geparkt worden sind und aus statistischer Sicht als versorgt gelten. Aber Sie schauen eben nur dabei zu, wie unter ganz erheblichem finanziellem Aufwand hier einfach nur dafür gesorgt wird, dass Menschen statistisch irgendwo geparkt werden, ohne dass sie eine Perspektive haben.

Der Vorschlag der SPD für eine Ausbildungsgarantie hat offensichtlich die Initiative der rot-grünen Landesregierung aus NRW zum Vorbild. Dort wurde das Projekt einer Ausbildungsgarantie vor drei Jahren aus der Taufe gehoben. Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Schneider hat erklärt, dass sich die Landesregierung an der Ausbildungsgarantie messen lassen will.

In NRW hat das Projekt Ausbildungsgarantie bisher nicht alle Hoffnungen erfüllt. Das haben auch die Gewerkschaften kritisiert. Auf Nachfrage des „Deutschlandradios“ rückte das Arbeits- und Sozialministerium in Düsseldorf von dem Begriff ab und erklärte, es handle sich nicht um eine Ausbildungsplatz-, sondern lediglich um eine Ausbildungsgarantie. Es handelt sich also eher um ein politisches Bekenntnis als um einen einklagbaren Anspruch.

Dennoch begrüßen wir als LINKE dieses Bekenntnis ganz ausdrücklich. Das ist wichtig, reicht aber nicht aus. Die Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden. Auch Land und Kommunen sind hierbei in der Pflicht. Sie müssten mit gutem Beispiel vorangehen und Ausbildungsplätze schaffen, aber das tun sie nicht. Stattdessen nimmt die Bedeutung des öffentlichen Dienstes auf dem dualen Ausbildungsmarkt ab. Das ist auch eine Folge der schlechten finanziellen Ausstattung der Kommunen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Wissler, kommen Sie bitte zum Schluss.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Das Land muss erkennen, dass es hier in der Verantwortung ist. Die Unternehmen müssen aktiv in die Verantwortung genommen werden, z. B. durch die Ausbildungsplatzumlage. Es ist zweifelsohne Zeit für eine grundlegende Reform des sogenannten Übergangssystems. Hier müssen Programme gebündelt und teils neu ausgerichtet werden. Überbetriebliche Ausbildungsverbände müssen wieder stärker gefördert werden.

Eines ist uns vor allem ganz wichtig, nämlich dass auch hier gilt: Bildung ist ein Menschenrecht. Das gilt eben auch für die Berufsausbildung. Deshalb dürfen die Lebensperspektiven junger Menschen nicht abhängig von der Konjunktur oder der Haushaltslage sein. Hier geht es um das Leben junger Menschen. Deswegen stellen Sie sich dieser Verantwortung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Frau Wissler. – Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Rentsch.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Europa wird diskutiert, wie man mit einem der größten Probleme, nämlich der hohen Jugendarbeitslosigkeit, umgeht. Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat es angesprochen: Wir – Herr Boddenberg, Herr Grüttner und ich – waren in Spanien, wo wir mit den Verantwortlichen lange und sehr intensiv diskutiert haben. Es ist doch erstaunlich, dass diese Region Madrid mit 6 Millionen Einwohnern eine Partnerschaft mit Hessen über die Frage geschlossen hat, die duale Ausbildung dort einzuführen, während wir diejenigen sind, die dafür Tipps und Hilfestellung geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, wie kann es eigentlich sein, dass Sie heute Morgen einen so unmotivierten Antrag vorbringen, Europa aber schaut, wie wir es geschafft haben, die Jugendarbeitslosigkeit so gering zu halten und eine so hohe Qualität der Ausbildung überhaupt sicherzustellen? Wie passt das denn zusammen?

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Die Qualität der Ausbildung sinkt aber, Herr Minister!)

Da reicht es eben nicht – sogar die Linkspartei hat es kritisiert, insofern will ich Frau Wissler da eindeutig zustimmen –, Anträge abzuschreiben, sich dreimal auf die VhU zu beziehen und dann noch die Notassistenten in Form zweier Kurzinterventionen aus der Sozialdemokratie zu brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin zu jeder Diskussion über die Frage bereit, was wir besser machen können. Aber bevor wir überlegen, was wir besser machen können, müssen wir erst einmal die Realität anerkennen. Ich glaube, dass wir ganz speziell in Hessen – Frau Kollegin Wissler hat auch diese Zahl genannt – die Situation haben, dass die Zahl der Ausbildungsplätze unterdurchschnittlich zurückgegangen ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, was zeigt, wie stark die Wirtschaft in Hessen ist, wie viel Verantwortung sie in Hessen übernimmt und wie gut die Struktur ist, die wir geschaffen haben, damit Unternehmen dort aktiv werden können.

Diese Situation zeigt doch, dass wir in Deutschland ein Erfolgsmodell haben zwischen Staat und Wirtschaft. Diese Zahlen belegen aber auch, dass wir es geschafft haben, das Thema Jugendarbeitslosigkeit über die letzten Jahre – daran war die Agenda 2010 nicht völlig unschuldig; denn Fördern und Fordern haben Sie eingeführt, und wir sagen Danke dafür, weil es richtig war, es so zu machen; denn vieles an der Stelle ist richtig gewesen –

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das ist auch der Grund dafür, warum wir heute so gute Zahlen haben. Natürlich – da gibt es eine Gemeinsamkeit – müssen wir uns um jeden Jugendlichen kümmern, der es in diesem Bereich nicht schafft. Aber auch das sind Zahlen, die Frau Wissler gerade aus dem Bericht des Wirtschaftsministeriums verlesen hat. Wir haben ein Problem, dass viele Jugendliche Ausbildungsplätze suchen. – Immerhin hat sie gelesen, was wir vorgelegt haben. Das war nicht bei allen Rednern heute der Fall.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE), auf die Reihen von CDU und FDP deutend: Ja!)

Ich wollte die Linkspartei einmal loben. – Die Zahlen, die wir dort haben, zeigen, dass viele Jugendliche Ausbildungsplätze in Bereichen suchen, in denen es ein zu geringes Angebot gibt. Deshalb müssen wir schauen, und das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass wir das Angebot noch stärker mit der Nachfrage koordinieren und verbinden. Es ist unser Anspruch, dort besser zu werden.

Ich sage, wer sich die Zahlen in Hessen ansieht, kommt zu dem Ergebnis: Wir scheinen nicht alles falsch gemacht zu haben. Auf der einen Seite stehen den 535 unvermittelten und bei der BA gemeldeten Bewerberinnen und Bewerbern knapp 2.000 gemeldete freie Stellen im Ausbildungsjahr gegenüber. Das zeigt, zurzeit gibt es ein Überangebot bei den Ausbildungsstellen. Das ist die Realität. Aber wir müssen für viele Ausbildungsstätten – deswegen sind wir in einem so intensiven Diskurs zwischen Kultusministerium, Wirtschaftsministerium und Sozialministerium – die Qualität der Auszubildenden, der Schulabgänger steigern. Es ist unser gemeinsamer Anspruch, dort noch besser zu werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zwei Zahlen, und dann zu dem, was wir machen wollen. Herr Kollege Bocklet, Sie haben vom Übergangssystem gesprochen. Wir haben – ich will Ihr Gespräch nicht stören, aber ich sage es trotzdem, Entschuldigung – in den Bereichen einen Rückgang um über 6.000 Menschen in drei Jahren. Wir sind von 32.000 gekommen und liegen jetzt bei ungefähr 25.800. Das heißt, die Zahlen gehen zurück. Dieses Übergangssystem ist unbestrittenermaßen reformbedürftig. Deswegen sind wir nicht nur in einem intensiven Diskurs, sondern das Kultusministerium hat einen abgeschlossenen Vorschlag gemacht. Wir diskutieren zurzeit darüber, wie wir diesen Bereich noch besser machen können, weil unser Angebot auch dazu führen muss, dass wir bei den Fachkräften nach vorne kommen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

Wir haben Ausbildungsplatzinitiativen und Programme, z. B. die Strategie „OloV“, die „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang“. Dazu bekommen wir zurzeit von vielen anderen Ländern Anfragen, wie wir das organisieren. Wenn diese Maßnahmen, die mittlerweile ihre Wirkung gezeigt haben, in einer solchen Debatte keine Rolle spielen, sondern wenn nur allgemein fabuliert wird, was man besser machen könnte, dann wird das der Arbeit der vielen Tausenden Mitarbeiter auf Landesebene, in den BAs, in den Kommunen in Hessen nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir koordinieren das Angebot und die Nachfrage. Wir sorgen mit OloV dafür, mit den regionalen Akteuren, mit den individuellen Vereinbarungen mit den Jugendlichen, dass es einen gezielten Übergang gibt. Deshalb ist – das sage ich ganz bewusst – auf Bundesebene das Modell, das wir in Hessen zum Übergang von Schule zum Beruf haben, mittlerweile das Vorbild, wie es andere Länder nachmachen. Sogar rot-grüne Länder machen es jetzt so, wie wir es machen. Also kann an der Stelle nicht so viel falsch sein. Aber ich weiß, die Details interessieren nicht. Das war mehr eine Generaldebatte zu vielen anderen Themen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich frage mich wirklich, aus welchen alten Anträgen Sie das heute zusammenfabuliert haben.

(Minister Boris Rhein: Zusammengefrüemelt!)

Zum Schluss – Herr Schäfer-Gümbel, da bin ich bei Ihnen – sollten wir uns gemeinsam die Frage stellen: Wo haben wir noch Arbeit vor uns? – Ja, ich glaube, das Thema Übergangssystem ist ein Bereich, wo wir besser werden müssen. Wir haben die Ansprüche in Hessen, top zu sein, und wir sind noch nicht so weit. Wir werden in der nächsten Zeit ein Modell vorlegen, gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren.

Ich will einen Bereich nennen, den Sie nicht angesprochen haben. Ich erlebe in den Gesprächen mit der Bundesagentur für Arbeit, mit dem Handwerkstag, der übrigens, Frau Kollegin Wissler, nicht nach einer Ausbildungsabgabe schreit, wie Sie es gerade gesagt haben –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das habe ich nicht gesagt!)

– Es war Ihr Wunsch, dass es so ist, aber das Handwerk steht relativ sicher an der Seite der Landesregierung, wenn es darum geht, ordentliche Wirtschaftspolitik zu machen

(Beifall bei der CDU und der FDP)

und nicht das Land über Abgaben, Rechtsansprüche und Programme zu steuern, wie das so ein bisschen die Philosophie bei Ihnen ist.

Wir müssen uns Gedanken machen über die Menschen, die langzeitarbeitslos sind und keine qualifizierte Ausbildung haben. Knapp 50 % jeder Alterskohorte der Langzeitarbeitslosen haben keine Ausbildung. Deswegen müssen wir – da bin ich bei Ihnen – darüber diskutieren, wie wir es schaffen, dass diese Menschen eine qualitativ anspruchsvolle Ausbildung bekommen, damit sie nicht die Ersten sind, die in einem Unternehmen entlassen werden, wenn es wirtschaftlich schlechter läuft. Das ist eine schwierige Aufgabe, weil das häufig Menschen sind, die schon Familie haben, die sie mit einem normalen Ausbildungssalär nicht ernähren können.

Deshalb werden wir an dieser Stelle gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren, auch der VhU – ich freue mich, dass Sie heute so eine VhU-Nähe gezeigt haben –, dem Handwerk, aber auch den Arbeitnehmervertretungen, überlegen, wie man an dieser Stelle zusammenkommen kann. Das ist eine lohnende Aufgabe, aber das ist keine Placebo-Diskussion, sondern da muss man seriös und konkret vorgehen und nicht nur allgemein fabulieren, wie man sich eine Gesellschaft vorstellt, die mit Rechtsansprüchen und Programmen gesteuert wird, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Das ist heute eindeutig zu wenig gewesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb sage ich noch einmal für die Landesregierung, aber die beiden Regierungsfractionen haben es auch gesagt: Uns ist jeder Jugendliche in diesem Land wichtig. Wir wollen, dass jeder junge Mensch in diesem Land eine Ausbildung bekommt. Wir wollen aber auch, dass er Eigeninitiative übernimmt und sich selbst einen Ausbildungsplatz sucht, sein Engagement so organisiert, dass er schaut, wo seine Fähigkeiten sind, wo er sich bewirbt, wie er sich richtig bewirbt und wie er zeigen kann, dass er einen Ausbildungsplatz haben will. Es geht nicht darum, dass der Staat diesen jungen Menschen Ausbildungsplätze

zuweist. Das ist ein Gesellschaftsbild, wie wir es definitiv nicht wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb geht es um Qualität. Es geht um Anreize. Es geht um ordentliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Deshalb sind wir in Hessen auch so erfolgreich.

Ich könnte noch viele Programme aufzählen. Das ist z. B. QuABB, „Qualifizierte berufspädagogische Ausbildungsbegleitung in Berufsschulen und Betrieb“, gerade für die Jugendlichen, die möglicherweise Probleme haben. Die werden in Hessen speziell an die Hand genommen, damit sie den Ausbildungsweg nicht verlassen.

Zusätzlich dazu will ich noch etwas sehr Politisches sagen. Wir haben heute den 20. März. Wir wählen in sechs Monaten einen neuen Landtag. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, das war heute Morgen der Setzpunkt der Sozialdemokratie in diesem Land. Man kann in Interviews lesen, was Sie mit diesem Land alles vorhaben. Ein bisschen motivierter, ein bisschen besser vorbereitet, das dürfte man von einem Oppositionsführer hier erwarten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Wenn das heute alles war. – Herr Kollege Al-Wazir, ich freue mich, dass Sie so lachen. Sie lachen in der letzten Zeit fast jeden Tag so stark. Ich merke bei den GRÜNEN, wie die Unruhe groß wird, dass die Sozialdemokraten diese Landtagswahl wieder versammeln und Sie nicht an die Macht kommen. Aber Sie haben recht, so wird es auch sein. Genau so wird es ausgehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Staatsminister, die Redezeit der Fraktionen ist erreicht.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ja, aber meine noch nicht. Vielen Dank, Herr Präsident.

Wenn das wirklich alles war, freue ich mich auf diesen Wahltermin. Wir werden Ihnen dieses Land nicht überlassen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Niemals.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Rentsch. – Wir setzen die Aussprache fort. Ich darf Herrn Schäfer-Gümbel das Wort erteilen. Für unsere Zuschauerinnen und Zuschauer: Fünf Minuten Redezeit sind jetzt möglich.

(Zurufe)

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wobei das „lieb“ nicht für alle gilt! Sie erfüllen heute Morgen alle Erwartungen, die wir gestern in der Fraktion für dieses Plenum diskutiert haben: Überheblichkeit, Arro-

ganz, Aggressivität, Ignoranz. All das erwarten wir von Ihnen, und zwar nicht nur am heutigen Tage, sondern die ganze Zeit, auch in den nächsten sechs Monaten. Genau das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Heute Morgen haben Sie etwas offensichtlich nicht begriffen. Das gilt jetzt insbesondere für Herrn Lenders, der heute Morgen von einer Generalabrechnung sprach. Ich glaube, Sie haben den Tagesordnungspunkt verwechselt.

(Zuruf von der FDP: Ach du liebe Zeit!)

Wir haben hier einen Antrag gestellt, um uns mit der Frage zu beschäftigen, wie wir mit dem Fachkräftemangel – den eine gemeinsame Kommission auf Bitten der Landesregierung festgestellt hat – und mit der realen Situation umgehen, dass in Hessen 400.000 Personen im Berufsalltag stehen, die keinen berufsqualifizierenden Abschluss haben. Das ist nicht unsere Zahl, sondern die Zahl der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände. Genau genommen sind es nur 320.000 Personen, denn 80.000 sind arbeitslos. Vielleicht hat das ja etwas miteinander zu tun.

Und wie lautet Ihre Antwort, auch auf die Kritik der VhU? Es gibt einige Programme, von denen Herr Rentsch auch erzählt hat, aber es gibt keine Strategie, wie man damit umgeht. Die VhU hat Ihnen vor 14 Tagen gesagt, dass sie eine Strategie erwartet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier nicht um eine Generaldebatte, Herr Lenders. Es geht darum, wie wir mit dem Problem umgehen. Und jetzt nenne ich Ihnen noch ein Geheimnis:

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir stellen solche Anträge nicht, um Sie zu überzeugen. Dass das nicht gelingt, wissen wir. Uns geht es darum, deutlich zu machen, was wir anders machen würden. Wir wollen eine solche Strategie. Wir gehen mit dem Thema um und stellen uns nicht nur ins Schaufenster, Herr Lenders,

(Beifall bei der SPD)

und lassen uns – richtigerweise – dafür feiern, dass wir jungen Menschen aus Spanien eine Perspektive geben. Wir beschäftigen uns mit dem großen Problem.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich finde es ja schön und charmant, wenn Herr Bartelt uns dann erzählt, hier gebe es blühende Landschaften. Ja, Deutschland geht es erheblich besser als vielen anderen Ländern, und in Deutschland geht es Hessen deutlich besser als allen anderen.

(Zuruf von der CDU: Seien Sie doch einmal dankbar für dieses Land!)

Das ist für die 400.000 Personen, von denen die VhU und ich heute Morgen gesprochen haben, aber leider keine qualifizierte Antwort, Herr Lenders.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommt Herr Rentsch mit seinen Stichwortzetteln, sage ich einmal, nach dem Motto: „ordentliche Wirtschaftspolitik“. Da dürfe man über Umlagesysteme nicht reden. Mit Verlaub: Eines der erfolgreichsten Umlagesysteme, die

es in diesem Lande gibt, ist eines, das tariflich organisiert ist, nämlich im Bau.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Dort funktioniert das seit vielen, vielen Jahren, und zwar hoch qualifiziert. Auf Organisation der Verbände gibt es die Verbindung zwischen betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildung. Das sind Ideen, die wir in der Tat klug finden; denn sie sorgen dafür, dass auch kleinere Unternehmen, die die Ausbildungskapazitäten teilweise gar nicht haben, durch die Verbundausbildung die Chance erhalten, in ihren Betrieben qualifiziertes Personal auszubilden. Was spricht eigentlich dagegen, Herr Rentsch?

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Außer vielleicht, dass das nicht in Ihre Klassenkampf-Ideologie passt. Das passt einfach nicht hinein.

(Beifall bei der SPD)

Daher noch einmal: Wir haben gestern lange über die Frage gesprochen: Was werden Sie in diesem Plenum wieder tun, um sozusagen in munterer Stimmung einen Punkt nach dem anderen, den Sie als schwierig erachten, zu überwinden?

(Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Das war völlig klar: Arroganz, Überheblichkeit, Ignoranz. Das ist das, was Sie können, Herr Wagner.

(Widerspruch bei der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Hören Sie endlich auf mit der Beschimpfung! Sie werben für einen fairen Wahlkampf und beschimpfen nur!)

Das ist das, was Herr Wagner kann.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Reinste Beschimpfungen, nichts anderes! – Unruhe)

Es gibt in dieser Debatte einen einzigen Satz –

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist Ihrer nicht würdig!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Wagner, ich darf Sie bitten, im Plenum den Redner zu Wort kommen zu lassen. Vielen Dank.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Es gibt aus dem Regierungslager einen einzigen Satz, der etwas zur Sache beigetragen hat. Das war der Hinweis von Herrn Rentsch – darauf habe ich ebenfalls mehrfach hingewiesen –, dass 25- bis 35-Jährige in der Tat ein Problem haben, wenn sie so etwas wie eine Ausbildungsvergütung erhalten. Damit können sie ihre Familie nicht ernähren. Eine Antwort darauf hat Herr Rentsch allerdings nicht gegeben. Dasselbe gilt übrigens auch für das Übergangssystem Schule – Beruf.

Ich will zum Abschluss nur noch sagen: Fragen Sie einmal beim Deutschen Gewerkschaftsbund oder bei der VhU nach, warum sie eigentlich gerade keinen Ausbildungskonsens hinbekommen. Das hat unter anderem etwas damit zu tun, dass beide Organisationen den Vorwurf erheben, dass Sie nicht in der Lage sind, das Übergangssystem Schule – Beruf, das im Wesentlichen im Verantwortungsbereich von Frau Kultusministerin Beer liegt, zu reformieren. Das sind

die Hausaufgaben, die auf dem Tisch liegen und die Sie nicht bearbeiten. Darum ging es uns heute Morgen. Es ging nicht um Klamauk, wie Sie ihn heute Morgen veranstaltet haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Ich darf erneut Herrn Minister Rentsch das Wort erteilen.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Schäfer-Gümbel, gehen Sie einmal davon aus, dass wir auch in diesem Jahr einen Ausbildungspakt hinbekommen werden.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da bin ich sehr gespannt!)

Wenn Sie behaupten, dass der hessische Ausbildungspakt keine Strategie habe, ist das nicht nur eine Kritik an der Landesregierung, sondern auch an den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern. Aber das will ich alles einmal dahingestellt sein lassen. Ich habe viel Verständnis für politische Debatten, und dass es in diesem Landtag teilweise auch etwas heftiger zur Sache geht, ist nicht unbekannt.

Was ich aber nicht akzeptiere: wie Sie mit der Initiative umgehen, die die Landesregierung in Spanien auf den Weg gebracht hat. Jetzt sage ich es noch einmal ganz bewusst: Ausländische Fachkräfte machen in unserer Fachkräftestrategie vielleicht 5 % aus. Die Lösungen für unsere vielen Probleme mit Fachkräften liegen hier in Deutschland, in Hessen. Wenn Sie jedoch immer mitschwingen lassen – wie wir es zum Teil auch von den LINKEN gehört haben –, man möge sich nicht auf das Ausland, sondern auf Hessen konzentrieren, dann lasse ich das hier nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dass wir uns in dieser Situation in Spanien engagieren, ist gelebte Solidarität in Europa, wie man sie überhaupt nur leben kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist europäische Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden die massive Krise in Europa – und das ist keine theoretische Krise, sondern dahinter stehen die Schicksale von Millionen Menschen – nicht lösen, wenn wir den Blick nur auf uns richten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir tragen auch Verantwortung für Europa und für die jungen Menschen. Dieser werden wir gerecht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Wir setzen die Aussprache fort. Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Klein gemeldet.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ist ja toll, wenn wir alle jungen Leute dann hierher holen! – Gegenrufe von

der CDU: Super Solidarität! – Sind Sie ausländerfeindlich? – Glockenzeichen des Präsidenten)

Hugo Klein (Freigericht) (CDU):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich musste Ihnen schon vor einigen Wochen einmal Nachhilfe gewähren, als Sie Hauptschüler und Realschüler als Bildungsabsteiger dargestellt haben, weil Sie nicht in der Lage waren, zu erkennen – –

(Beifall bei der CDU – Heike Habermann (SPD): Sie wissen, dass das nicht stimmt! – Unruhe)

Sie waren nicht in der Lage, zu erkennen, dass diesen Menschen im Umfeld der dualen Ausbildungssysteme Chancen geboten werden. Sie können parallel zur dualen Ausbildung in den beruflichen Schulen ihren Fachoberschulabschluss erreichen. Anschließend können sie an einer Fachhochschule studieren.

Heute haben Sie erneut die Berufsorientierung an den Schulen diskreditiert.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der SPD)

– Dann sollten Sie einmal im Protokoll nachlesen, was Sie gesagt haben. Das kann man Ihnen weder damals noch heute durchgehen lassen.

Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen: Besuchen Sie doch nicht nur die Tafel, sondern besuchen Sie einfach auch einmal die Philipp-Reis-Schule im schönen Gelnhausen im Main-Kinzig-Kreis.

(Zuruf von der SPD: Friedrichsdorf!)

Informieren Sie sich dort einmal, was diese Schule hinsichtlich einer optimalen Berufsorientierung leistet. Junge Menschen erhalten dort ab der 5. Klasse Unterstützung in dieser Hinsicht. Diese Schule in Gelnhausen hat ein Berufsorientierungscurriculum mit über 80 Seiten geschrieben. Ganz vorsichtig gestuft werden die Schüler ab der 5. Klasse bis zur 9. Klasse in Form von Kooperationen mit Betrieben und beruflichen Schulen an das Thema herangeführt. Man verzeichnet dort riesige Erfolge. Die jungen Menschen, die in den SchuB-Klassen sind, erhalten fast durchgängig, durch die Bank – –

(Unruhe – Petra Fuhrmann (SPD): Ja, du lieber Himmel! Thema verfehlt!)

– Frau Fuhrmann, nicht immer nur plappern, sondern etwas Sachliches sagen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das Thema ist mir zu ernst, als dass ich auf Ihr Geplapper eingehen will. Diese Schulen leisten Hervorragendes. Wir haben hoch motivierte Lehrkräfte. Die leisten eine hervorragende Berufsorientierung im Unterricht, mit dem Erfolg, dass die jungen Leute dort im Handwerk, im Mittelstand eine Lehrstelle finden.

(Zurufe von der SPD)

Gehen Sie einmal an die Friedrich-Dessauer-Schule, eine berufsbildende Schule in Limburg. Schreiben Sie sich das gleich einmal auf. Ich gebe Ihnen nachher auch die Adresse. Besuchen Sie die einfach einmal, Herr Schäfer-Gümbel.

bel. Gehen Sie am besten einmal donnerstags dorthin. An diesem Tag sind in Limburg 360 Schülerinnen und Schüler von allgemeinbildenden Schulen aus der Stadt Limburg an dieser berufsbildenden Schule und parallel dazu an den beiden weiteren Schulen am Standort, die einmal für Körperpflege und einmal für die Verwaltung zuständig sind.

Dort wird eine Riesenberufsorientierung betrieben. Immer nur hierher gehen und plappern: „Es taugt alles nichts, und es ist nichts wert, und zu wenig“ – nehmen Sie doch einmal die Realität zur Kenntnis, dass wir viel weiter sind, als Sie hier permanent darzustellen versuchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Herr Schäfer-Gümbel, ich habe gar kein Problem damit, dass man das eine oder andere bestimmt noch besser machen kann. Aber wenn ich von Ihrer Seite höre, jetzt plappern Sie auch ungeprüft nach, was von VhU und anderen gesagt wird, von heute auf morgen – –

(Zurufe von der SPD: Oh! – Gegenruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Er weiß, wovon er spricht!)

– Ich finde es schön, dass Sie meinen Mut bewundern. Ich sage Ihnen auch, warum.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die Leute, die, als wir Schülerberge hatten, nicht in der Lage waren, zu helfen, und jetzt, wenn es Fachkräftemangel gibt, aber schreien, alle Übergangssysteme sollten abgeschafft werden – da muss man den Mut haben, ganz sachlich mit denen zu diskutieren und festzustellen, dass wir dort, wo die Möglichkeiten sind, überall schauen müssen, wo wir junge Menschen direkt in eine berufliche Erstausbildung im dualen System bringen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Und wie wollen Sie das tun?)

Frau Fuhrmann, Sie wissen doch selbst – –

(Zurufe von der CDU und der FDP sowie des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

– Herr Spies, Lautstärke ersetzt keinen Sachverstand.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) – Glockenzeichen des Präsidenten)

Herr Spies, ich erkenne an, dass Sie in bestimmten Bereichen bestimmt Sachverstand besitzen. Aber eines glauben Sie mir einmal: Wenn es ums Thema berufliche Bildung geht, da können Sie mir die Hand nicht reichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Herr Kollege Spies, dort, wo wir diese Systeme minimieren können, dort, wo die schulische Arbeit im Übergangssystem eingegrenzt werden kann, werden wir es schleunigst mithilfe der Wirtschaft machen. Aber gehen Sie einmal in Regionen wie Nordhessen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Rudolph, ich habe noch 30 Sekunden. Sie müssen mich noch 30 Sekunden ertragen.

(Günter Rudolph (SPD): Das Leben ist hart, ich weiß!)

Gehen Sie einmal nach Nordhessen. Während wir hier eine höhere Berufsfachschule vielleicht schließen können, weil das duale System das ersetzen kann, haben wir in Nordhessen ganz andere Voraussetzungen. Da brauchen wir händelringend so eine höhere Berufsfachschule.

Lernen Sie endlich einmal, dass wir regionalbezogen entscheiden müssen und nicht mit der Keule kommen und sagen: Alles abschaffen, jetzt haben wir duales System, da bröselst das Ganze schon. – Es bröselst das Ganze ein bisschen auf, aber mehr auch nicht. Herr Schäfer-Gümbel, lassen Sie uns aus dem Grund vernünftig über Berufserziehung reden. Loben wir die Schulen, die schon tolle Arbeit leisten, und schauen wir, dass wir mithilfe von Mittelstufenschulen und anderen Möglichkeiten noch mehr im Rahmen der Berufserziehung leisten können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Klein. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben eben gesagt, die Zahl der unversorgten Bewerber in Hessen ginge im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich zurück, was an der Stärke der hessischen Wirtschaft liegen würde. Ich finde, diesen Zusammenhang müssen Sie aber wirklich einmal erklären, wenn man bedenkt, dass nicht nur irgendwelche relativen Zahlen zurückgegangen sind, sondern dass ganz real die Zahl der Ausbildungsbetriebe in Hessen rückläufig ist.

Das heißt also, in Hessen bilden weniger Betriebe aus, als das noch vor ein paar Jahren der Fall war. Heute bilden sogar weniger Betriebe aus, als es noch zur Zeit der Krise war. Selbst die Betriebe, die ausbilden, bilden weniger aus als in den Jahren zuvor. Deshalb ist die Ausbildungsquote rückläufig. Das habe ich alles dem Bericht des Wirtschaftsministeriums entnommen. Herr Minister, wie soll das ein Zeichen für die Stärke der hessischen Wirtschaft sein?

(Heiterkeit des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Ich finde, das ist ein Zeichen für die Kurzsichtigkeit vieler hessischer Unternehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Minister Florian Rentsch: Von hohem Niveau in Hessen!)

– Das Problem ist nicht, dass Hessen auf hohem Niveau gewesen ist, sondern dass in Hessen selbst das Niveau rückläufig ist, und nicht nur im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Vielleicht sollten Sie Ihre eigenen Berichte auch einmal lesen, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Herr Klein, weil Sie das eben wieder angesprochen haben: Das duale System wird doch nicht durch die Opposition im Hessischen Landtag bedroht. Das ist doch dummes Zeug. Das ist doch absurd. Wer das duale System bedroht, das sind die Unternehmen, die sich weigern, Ausbildungsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das duale System lebt davon, dass die Wirtschaft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommt und Ausbildungsplätze schafft. Wenn in diesem Land die Hälfte aller Bewerber keinen Ausbildungsplatz in der dualen Ausbildung mehr findet, dann ist das doch ein Problem, das Sie nicht einfach leugnen können. Sie können sich doch nicht hierhin stellen und sagen: Die duale Ausbildung funktioniert, alles ganz prima.

Man muss doch vielmehr überlegen, ob man mit Selbstverpflichtungen und mit Appellen wirklich weiterkommt oder ob man auch Maßnahmen ergreifen muss, die die Unternehmen dazu zwingen, dieser Verantwortung nachzukommen. In den nächsten Jahren sind es doch genau diese Unternehmen, die dann jammern, dass es einen Fachkräftemangel gibt.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Sozialismus pur!)

– Herr Irmer, von Sozialismus verstehen Sie ja richtig viel.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ich habe gar nichts gesagt!)

– Es war Herr Bellino, der ist noch so ein Sozialismusexperte. Herr Irmer, es hätte von Ihnen sein können; das Niveau hat gestimmt.

Dann will ich etwas zum Thema ausländische Fachkräfte sagen, Herr Minister, weil Sie Kommentare zur Position der LINKEN gemacht haben. Ich will an der Stelle ganz klar sagen, dass DIE LINKE von der FDP ganz sicher keine Nachhilfe beim Thema Internationalismus braucht. Das ist ja wohl ein schlechter Witz, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU und der FDP)

Wir LINKEN stehen für internationale Solidarität. Wir stehen für offene Grenzen, was man nicht von jedem in diesem Haus behaupten kann. Und wir stehen natürlich auch für Arbeitnehmerfreizügigkeit. Aber wir wollen gleiche und faire Bedingungen, damit nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen dürfen ausländische Facharbeiter doch nicht als Lohndrücker missbraucht werden. Ich finde, dass Sie sich hierhin stellen und das einfach leugnen, das ist doch absurd. Sie haben doch den Fall Amazon erlebt. Spanische Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland gekommen, haben hier zu viel geringeren Löhnen als die Stammbesetzung gearbeitet. Wir haben doch die erschütternde Reportage gesehen. Ist das denn Ihr Verständnis von Internationalismus, was Amazon da gemacht hat?

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Deswegen sagen wir: Ja, natürlich Arbeitnehmerfreizügigkeit, aber zu fairen Bedingungen. Es geht doch nicht, dass die Verzweiflung der Menschen in den Krisenländern missbraucht wird, um sie hier in Deutschland als günstige Facharbeiter einzusetzen, oder damit sich deutsche Unternehmen hier die Ausbildungskosten sparen.

Wenn sich ein junger Spanier entscheidet, dass er in Deutschland leben und arbeiten möchte, dann ist es richtig, und dann ist es gut, dass er das kann. Aber es darf nicht

sein, dass die wirtschaftliche Krise missbraucht wird, um Menschen zu entwurzeln, weil sie in ihrem Heimatland einfach überhaupt keine Perspektive haben.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Der DGB kritisiert zu Recht, dass das keine Strategie gegen den Fachkräftemangel ist, dass es einzig und allein dazu führt, dass die Unternehmen Ausbildungskosten sparen.

(Zurufe von der FDP)

Deshalb ist das keine Strategie gegen den Fachkräftemangel. Herr Minister, deshalb verwahre ich mich gegen Ihre Belehrungen des vermeintlichen Internationalismus der FDP. Um was es Ihnen geht, ist, Arbeitskräfte in verschiedenen Ländern gegeneinander auszuspielen, gegeneinander in Wettbewerb zu setzen.

(Horst Klee (CDU): Ei, ei, ei!)

Das ist nicht das, wofür wir LINKE stehen. Wir wollen faire Bedingungen, gleiche Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – völlig egal, aus welchem Land sie kommen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Frau Wissler. – Meine Damen und Herren, wir setzen die Aussprache mit Herrn Schäfer-Gümbel fort, der erneut Redezeit bekommen hat, weil der Minister nach ihm gesprochen hat. Sie haben erneut fünf Minuten, Herr Schäfer-Gümbel.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir uns heute Morgen ein bisschen mehr Zeit nehmen, um über das Thema Ausbildung und berufliche Abschlüsse zu reden.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Das war nicht ganz zu erwarten. Wenn der eine oder andere gesprochen hätte, wäre ich nicht mehr nach vorne. Aber der Beitrag von Herrn Klein ist es in der Tat wert, sich noch einmal mit seinen beiden Argumenten auseinanderzusetzen.

(Zurufe von der FDP)

Herr Klein, ich will zunächst noch einmal etwas hinsichtlich dessen klarstellen, auf das sich Ihre erste Bemerkung bezog. Sie bezog sich nämlich auf das Thema der sogenannten Bildungsab- und -aufsteiger. Der Hintergrund ist, dass ich aus einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Dezember 2012 zitiert habe, die zu dem Ergebnis kommt, dass in Deutschland im Bundesdurchschnitt auf ein Kind, das einen Schulwechsel von der Hauptschule auf die Realschule oder von der Realschule auf den gymnasialen Zweig vornimmt, vier Kinder kommen, die den umgekehrten Weg gehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

In Hessen ist das Verhältnis anders. In Hessen kommen auf ein Kind, das diesen Stufenwechsel vornimmt, neun Kinder, die den umgekehrten Weg gehen.

Frau Beer erzählt dann immer, dass die Zahlen nicht stimmen würden. Ich habe die Zahlen der Bertelsmann Stiftung zitiert. Ich sage das, damit wir wissen, über was wir reden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das gesagt, um die Ebenen klar zu kriegen.

(Zuruf des Abg. Günter Schork (CDU))

Der zweite Punkt, zu dem Sie gesprochen haben, betraf das Thema Übergangssysteme zwischen Schule und Beruf. Auch das lohnt es sich in der Tat noch einmal aufzugreifen. Denn es geht dabei um sehr unterschiedliche Themen. Herr Klein, ich will dazu noch einmal sagen, dass ich die Frage der Situation im Übergangssystem von Schule auf Beruf in meiner Rede nur am Rande gestreift habe, weil ich mich in meinen Ausführungen insbesondere auf den Block der Menschen zwischen 25 und 35 Jahren konzentriert habe. Die sind vom Übergang von der Schule in den Beruf in aller Regel gar nicht mehr betroffen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Herr Klein, ich habe am Ende meiner Rede gesagt, dass wir auch da eine Baustelle haben.

(Zuruf)

– Ja, Zuhören ist da schwierig.

(Manfred Pentz (CDU): Das ist auch wirklich schwierig!)

– Mit Ihnen redet im Moment keiner. Ich rede gerade mit Herrn Klein.

(Zurufe)

– Darf ich weiterhin mit Herrn Klein reden? – Ich versuche, auf seine Argumente einzugehen. Es ist hier „gelegentlich“ üblich, das zu tun. Danke schön.

Die zweite Bemerkung, die ich zum Thema Schule und Beruf gemacht habe, ist eine, die ich jetzt mit zwei oder drei Teilbemerkungen unterstreichen will. Beim Thema Schule und Beruf geht es unter anderem um die Herausforderung bei den vollschulischen Ausbildungsgängen. Wir haben dort etwa 19.000 – das ist die Zahl, die zumindest mir vorliegt –, die sich derzeit in vollschulischen Ausbildungsgängen befinden.

Nun gibt es in den Regionen bestimmte Situationen. Ich nehme jetzt einmal Alsfeld. Da werden im Moment von der Industrie und vom Gewerbe Industriekaufleute gesucht. Gleichzeitig wird von den beruflichen Schulen derselbe Ausbildungsgang angeboten. Das ist eine Konkurrenzsituation, die ich zumindest überdenkenswert finde. Man muss sich überlegen, ob das klug ist.

Herr Klein, da sind wir uns schon einmal einig. Da sind wir nicht weit auseinander.

Zweite Bemerkung. Bei dem derzeitigen System des Übergangs von der Schule in den Beruf erleben wir die Situation, dass sich ein Teil der jungen Menschen, die von der Schule abgehen, zwar in den Statistiken der Schule befunden hat, aber in den Statistiken der beruflichen Bildung dann nicht mehr auftaucht. Sie sind weg. Ich habe vor einigen Jahren in Gießen eine Runde mit Vertretern aus dem Staatlichen Schulamt, der Bundesagentur für Arbeit, der Jugendberufshilfe und einigen anderen Trägern zusammengeholt, um einmal zu schauen: Wo gehen die eigentlich

hin? Wo sind sie? – Denn auch die brauchen wir. Auch sie wollen wir in Ausbildung bringen.

Das ist ein Thema, das wir angehen müssen. Ich stelle fest, dass das nicht systematisch geschieht. Im Einzelfall gibt es dazu Projekte. Aber es gibt keinen systematischen Zugang.

Deswegen hat unter anderem die VhU in den letzten Wochen mehrfach kritisiert, dass das System des Übergangs von der Schule in den Beruf nicht funktional ist und dass es dort erhebliche Hausaufgaben zu machen gibt. Auf nicht mehr und nicht weniger habe ich hingewiesen. Denn der Schwerpunkt meiner Ausführungen lag auf dem, was Herr Rentsch mit einem Satz angesprochen hat.

Ich sprach z. B. von den 25- bis 35-Jährigen, die in der Tat das Problem haben, dass sie, wenn sie schon Kinder haben, aufgrund der Ausbildungsvergütung überhaupt nicht mehr in der Lage sind, eine Ausbildung zu machen, weil sie dann nicht wüssten, wie sie ihre Familie ernähren sollten. Teilweise wollen sie auch nicht auf das Amt gehen, um mögliche Zuschüsse zu erhalten.

Das sind die Herausforderungen, um die es uns heute Morgen ging. Ich nehme Sie jetzt einmal ausdrücklich aus. Aber einem Teil von Ihnen ging es offensichtlich um etwas anderes. Das interessiert uns aber nicht. Denn wir sprechen im Kern nicht über das, was Sie interessiert, sondern über das, was die Menschen interessiert, die von dem betroffen sind, was wir ändern wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schäfer-Gümbel, vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie so oft in der Politik gibt es in mancher Debatte zwei Wahrheiten. Auch wenn wir über die berufliche Ausbildung der Menschen in unserem Land reden, gibt es zwei Wahrheiten. Sie widersprechen sich noch nicht einmal.

Natürlich ist es richtig, dass das duale System der Bundesrepublik Deutschland ein Erfolgsmodell ist, um das wir weltweit beneidet werden. Das ist völlig richtig.

(Günter Rudolph (SPD): Das hat auch keiner bezweifelt!)

Das will auch niemand infrage stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eine gute und erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Auch das ist eine Wahrheit, die keiner bestreiten sollte.

Die andere Wahrheit ist aber, dass es auch viele Menschen gibt, die bislang keinen Platz für eine Berufsausbildung gefunden haben. Sie sind in dem Alter zwischen 18 und 35 Jahren und haben bisher keine berufliche Ausbildung bekommen. Wahr ist auch, dass weiterhin viele junge Menschen nach der Schule keine berufliche Ausbildung finden

und in das sogenannte Übergangssystem gehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, warum fällt es Ihnen eigentlich so schwer, anzuerkennen, dass wir auch für diese Menschen etwas tun müssen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Es hilft eben nicht, sich in den guten Daten des Arbeitsmarktes zu sonnen. Es hilft nicht, zu sagen: Es gibt viele, denen es gut geht. – Vielmehr muss die Aufgabe der Politik immer auch darin bestehen, nach den Menschen zu fragen, denen es nicht gut geht und die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Auch um diese müssen wir uns kümmern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, wenn Sie dem Fehler erliegen, sich von den guten Zahlen des Arbeitsmarktes blenden zu lassen, Ihren eigenen Parolen zu glauben und in unserem Land die Menschen zu vergessen, denen es nicht gut geht, dann machen Sie einen entscheidenden Fehler.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie sprechen von Wohlstand, und Sie sprechen von Chancen. Meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, wir fragen Sie: Von Wohlstand für wen und von Chancen für wen reden Sie? Lassen Sie sich blenden, oder haben Sie noch einen Blick für die Probleme in unserem Land?

Wir müssen doch etwas für die 2.500 jungen Menschen in jedem Jahrgang tun, die nach der Schule eben nicht in eine Berufsausbildung, sondern in das Übergangssystem gehen. Für sie müssen wir doch eine Antwort auf die Frage haben, wie auch sie eine berufliche Qualifikation bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie wollen doch nicht allen Ernstes behaupten, dass das sogenannte Übergangssystem, so wie es in Hessen organisiert ist, also das, was wir da tun, effektiv ist? Es ist auch in anderen Bundesländern so organisiert. Das sage ich, damit wir hier nicht wieder einen Streit an der falschen Stelle bekommen.

Bei ganz vielen Maßnahmen ist es doch so, dass die Teilnehmer wissen, dass sie sinnlos sind. Diejenigen, die sie anbieten, wissen, dass sie sinnlos sind. – Wir stecken wahnsinnig viel Geld da hinein. Deswegen ist es doch der Mühe wert, dieses System zu reformieren, damit sich die jungen Menschen nicht in Warteschleifen befinden, sondern am Ende eine berufliche Qualifikation haben. Darum geht es.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Jetzt gibt es zwei Fraktionen in diesem Haus, nämlich die der CDU und der FDP, deren Mitglieder sagen: So, wie wir es in den letzten 14 Jahren gemacht haben, ist das alles prima gewesen. Wir müssen daran nichts ändern.

Es gibt zwei Fraktionen, nämlich die der SPD und der GRÜNEN, deren Mitglieder konkrete Änderungsvorschläge gemacht haben, die zeigen, wie wir es besser machen könnten. Die Bürgerinnen und Bürger können darüber entscheiden, was die bessere Position ist. Zum einen gibt es

Fraktionen, die etwas verändern wollen. Es gibt aber auch Fraktionen, deren Mitglieder sich im Wohlstand für viele sonnen wollen und dabei die Probleme einiger übersehen. Genau das ist die Entscheidung, um die es hier geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist doch völlig richtig, sich um die Menschen zu kümmern, die unter 35 Jahre alt sind und noch keine berufliche Ausbildung bekommen haben. Wenn wir über den Fachkräftemangel reden und wenn wir darüber reden, die Potenziale aller Menschen zu nutzen, dann sollten wir doch bei denen anfangen, denen wir bislang keine Chancen gegeben haben. Das ist doch aller Mühen wert. Es sollte keine plumpen Beschimpfungen von Schwarz-Gelb für diejenigen geben, die sich darüber Gedanken machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Herr Kollege Lenders von der FDP-Fraktion hat die Frage angesprochen: Wie wollt ihr das denn bezahlen? – Herr Kollege Lenders, Geld ist beim Übergangssystem nicht das Problem. Das Problem besteht darin, dass dieses Geld nicht effektiv eingesetzt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Hier gibt es die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP, die sagen: Das ist uns wurscht. In den 14 Jahren war all das, was wir gemacht haben, erfolgreich.

Es gibt die Mitglieder zweier Fraktionen, die sagen: Lasst uns die Steuergelder sinnvoller einsetzen, damit für die jungen Menschen auch etwas herauskommt. – Ich glaube, was besser ist, kann jeder beurteilen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aussprache zu dem Entschließungsantrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth und Fraktion betreffend Ausbildungsgarantie – für ein Recht auf eine berufliche Qualifizierung.

Über diesen Entschließungsantrag stimmen wir jetzt ab. Wer möchte zustimmen? – Die Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu amtlichen Mitteilungen.

Zunächst darf ich Herrn Abg. Warnecke für heute noch entschuldigen; offensichtlich ist er ganztägig erkrankt.

Auf Ihren Plätzen müsste jetzt liegen ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend positive Fankultur stärken – Konzepte gegen Gewalt fortführen, Drucks. 18/7159. Ich darf davon ausgehen, dass die Dringlichkeit bejaht wird? – Dann kann nämlich dieser Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 53 werden und gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 40 aufgerufen werden.

Das ist auch der nächste Tagesordnungspunkt, mit dem wir uns beschäftigen. Wir kommen also zu **Tagesordnungspunkt 40:**

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Breiten- und Spitzensport leisten unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl – Hessen ist führendes Sportland – Drucks. 18/7136 –

sowie zu **Tagesordnungspunkt 53:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend positive Fankultur stärken – Konzepte gegen Gewalt fortführen – Drucks. 18/7159 –

Das Wort für die FDP-Fraktion wird jetzt der Kollege Heinz ergreifen.

(Günter Rudolph (SPD): FDP?)

– Entschuldigung, für die CDU-Fraktion.

Christian Heinz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Hinweis auf die FDP nehme ich sportlich – ich gehöre immer noch zur CDU, aber wir vertragen uns bestens.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Das haben wir als Kompliment verstanden!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Millionen Hessen treiben Sport. Darüber haben wir gestern anlässlich der Regierungserklärung gesprochen. Millionen Hessen begeistern sich auch für Sport. Der Sport Nummer eins ist in Hessen – wie überall in Deutschland – der Fußball.

(Unruhe)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege Heinz, bitte eine Sekunde. Das geht nicht von Ihrer Redezeit ab.

Ich möchte doch sehr herzlich darum bitten, dass die Abgeordneten ihre Plätze wieder einnehmen. Wer rausgehen möchte, der tue das, aber bitte nicht hier im Plenarsaal stehend Gespräche weiterführen.

Christian Heinz (CDU):

Ich wollte das auch nicht als Aufforderung verstanden haben, uns jetzt im Plenarsaal zu bewegen und uns hier sportlich zu betätigen. Dazu ist noch Zeit, wenn die Landtagsfußballmannschaft spielt.

Der Sport Nummer eins in Hessen ist, wie in ganz Deutschland, der Fußball. Für viele unter uns hier im Saal, aber auch für viele Millionen Hessen sind die wichtigsten knapp zwei Stunden der Woche dann, wenn ihr Lieblingsverein am Wochenende antritt. Dann sind die Straßen leer und die Plätze vor den Bildschirmen und in den Stadien voll. Viele Tausend besuchen die Spiele der hessischen Profivereine in Frankfurt, Wiesbaden, Offenbach und Darmstadt, und genauso viele die zahllosen Spiele der Amateurevereine im ganzen Land.

Für 99 % der Stadionbesucher ist Fußball ein friedliches Vergnügen, ein schöner Wochenendausflug mit der Familie.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind auch sehr froh darüber, dass das so ist. Die Stadien sind viel sicherer geworden, als sie es früher waren – auch dank der Sportförderung des Landes, die geholfen hat, die Stadien sicherer zu machen. Ausschreitungen der Fans sind die absolute Ausnahme.

Zu diesem Mehr an Sicherheit hat ein sehr erfolgreicher Dialog beigetragen, den der Innenminister und Sportminister mit den Fans und Vereinen seit sehr vielen Jahren in diesem Land pflegt. Die friedlichen Freunde des Sports stehen mit den Sicherheitskräften und auch mit der Landesregierung Hand in Hand, gemeinsam gegen diejenigen, die die Freude am Sport stören wollen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu bekennen wir uns ausdrücklich. Deshalb ist es sehr richtig und wichtig, die Fanprojekte, die es vielfach in diesem Land gibt, noch weiter zu fördern und sie sogar noch weiter auszubauen.

(Günter Rudolph (SPD), an die Koalitionsfraktionen gewandt: Das ist ein Setzpunkt von euch! – Gegenrufe – Manfred Pentz (CDU): Das ist unverschämt von Ihnen! Hören Sie doch einmal zu!)

– Herr Rudolph, vielleicht können auch Sie Ihren Sport unterbrechen und sich wieder hinsetzen. – Leider gibt es in diesem Land immer noch eine ganz kleine Gruppe an Gewaltbereiten – „Fans“ möchte ich sie nicht nennen –, an Gewalttätern und Straftätern, die der großen Gruppe Sportbegeisterter ihr Wochenendvergnügen verderben und dies stören will. Wir sind uns hoffentlich einig: Diese Chaoten sind keine Fans, das sind Gewalttäter, Straftäter.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wer ins Stadion geht, um andere in ihrem Spaß am Sport zu stören, um dort Krawall zu machen und das gesundheitliche Wohlbefinden seiner Mitmenschen zu stören, der kann bei uns auf keinerlei Toleranz hoffen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt keine Toleranz bei Straftaten und bei Rassismus. All das hat auf den Sportplätzen nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Um diese kleine Gruppe von Störern aus unseren Stadien fernzuhalten, hat die Landesregierung, haben wir alle gemeinsam zum Glück viel unternommen. Die Gewalttäterdatei Sport ist ein Beispiel dafür. Sie hilft, diejenigen zu identifizieren, die kommen, um Krawall zu machen, und nicht, weil sie sich für den Sport begeistern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Helmut von Zech (FDP))

Genauso wichtig wie der Dialog mit den Fans sind aber auch die Gespräche mit den Verbänden. Deshalb begrüßen wir es ganz außerordentlich, dass der hessische Innen- und Sportminister Boris Rhein im Rahmen seines Vorsitzes bei der Innenministerkonferenz die Gespräche mit dem DFB

und der Deutschen Fußball Liga intensiviert und diesen Dialog weiter ausgebaut hat.

Wir sehen also: Wir als Landesregierung und auch der Landtag machen den Fans zahlreiche Angebote. In Hessen haben wir einzigartige Angebote – auch das gilt es, hier festzuhalten – wie den spieltagsorientierten Dialog, mit dem wir auch die Ultra-Fans erreichen wollen. Das ist bundesweit einmalig. Die Landesregierung ist ein großartiger Ansprechpartner für alle Fragen der Fans. Hessen ist Vorreiter bei der Gewährleistung der Sicherheit in den Fußballstadien.

Wenn wir einen Strich darunter ziehen, können wir feststellen: Hessen ist nicht nur führendes Sportland, sondern Hessen ist auch ein sicheres Sportland. Darauf sind wir stolz, und daran werden wir weiter arbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Heinz von der CDU-Fraktion; selbstverständlich wiederhole ich das gerne nochmals. – Herr Wagner, Sie haben jetzt Gelegenheit zur Rede für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am vergangenen Tag haben wir das Thema Sport in einer dreistündigen Debatte behandelt. Meine Fraktion kann nicht erkennen, was sich in den letzten 24 Stunden so grundlegend geändert hat, dass wir dieses Thema jetzt erneut debattieren müssten.

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Bedeutung des Sports in unserer Gesellschaft am gestrigen Tag und sparen damit Redezeit. Das ermöglicht es uns allen vielleicht, heute noch ein bisschen Sport zu betreiben. Nur vom Darüber-Reden wird man nicht fit. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Wagner. – Als Nächster spricht Herr Kollege Rudolph für die SPD-Fraktion.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich verweise auf meinen sachlich guten Vortrag – wie Kollege Klee sagte – von gestern Abend. Bis heute hat sich bei diesem Thema nichts geändert.

Insofern nehmen wir zur Kenntnis, dass der Setzpunkt der CDU irgendwie nicht funktioniert hat. Deswegen wollen wir Redezeit sparen und beteiligen uns nicht an dieser Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Rudolph. – Als Nächster hat Herr Schaus für die Fraktion DIE LINKE Gelegenheit zur Rede.

(Michael Siebel (SPD): Das ohne Redemanuskript?)

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern haben wir ausführlich drei Stunden lang über den Sport diskutiert. In den letzten Stunden hat sich an diesem Thema nichts geändert. Meinen Ausführungen von gestern habe ich heute nichts hinzuzufügen. Wir können hier gemeinsam Redezeit sparen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Schaus. – Dann darf ich Herrn von Zech das Wort für die FDP-Fraktion erteilen.

(Zuruf von der SPD: Der hat auch schon gestern zu diesem Thema geredet! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nehmen Sie sich einmal ein Beispiel an uns, Herr von Zech! – Michael Siebel (SPD): Jetzt aber etwas Neues! – Weitere Zurufe)

Helmut von Zech (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mir von gestern noch etwas aufbewahrt.

(Beifall bei der FDP – Zurufe)

Vielleicht haben Sie gemerkt, dass ich gestern nur 23 Minuten geredet habe, obwohl ich 30 Minuten lang Zeit hatte.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem wir gestern ausführlich Gelegenheit dazu hatten, über das in Hessen in der Sportlandschaft insgesamt Erreichte zu debattieren, bietet der heutige Antrag zur Fankultur die Chance, in die Zukunft zu schauen und zu diskutieren, wie wir die Bedingungen bei sportlichen Großveranstaltungen – gemeinsam mit Fans und Vereinen – für alle Beteiligten angenehmer gestalten können.

(Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Gestern haben alle Redner in ihren Beiträgen zum Ausdruck gebracht, dass der Sport auch hinsichtlich der Fankultur bestimmte Regeln und Erwartungen mit sich bringt, die es einerseits einzuhalten gilt und die andererseits zu Konflikten führen können. Am deutlichsten hat das der Kollege Klee zum Ausdruck gebracht. Die Tatsache, dass er an dieser Stelle seiner Rede aus allen Fraktionen des Hauses Applaus bekommen hat, zeigt, dass es hier einen grundlegenden Konsens gibt, der uns über Parteigrenzen hinweg eint, auch wenn wir oft über Einzelheiten streiten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Begeisterung für den Sport ist eine gute Sache. Auch das haben wir gestern parteiübergreifend gehört. Eine Debatte zur Fankultur ist aber nicht komplett, wenn man sich nicht auch Gedanken über die Grenzen der Begeisterung macht.

Es liegt mir fern, bestimmte Klubs oder Fanggruppierungen besonders hervorzuheben oder zu stigmatisieren. In der Szene als „Ultras“ bekannte Gruppen sind zunächst einmal besonders engagierte und leidenschaftliche Fans, die zudem oft als harter Kern organisiert sind. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich zum Ausdruck bringen. Im Gegenteil, speziell Fußball, aber auch Eishockey – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen –, profitierten im Stadion oftmals erheblich von der Stimmung, die von den Sprechchören und Fan-Choreografien geschaffen wird, die meist von Ultras angeleitet werden. Dies reißt auch die Zuschauer mit und sorgt auf dem Platz ab und an für den nötigen „Schub“, dass die Sportler in den letzten paar Minuten noch einmal 110 % Leistung geben. Zugleich darf man die positive Seite des Engagements aber nicht zum Anlass nehmen, blind für die Verfehlungen von Fans, auch von besonders engagierten Fans, zu bleiben.

Wir haben im Rahmen einer Bundessportkonferenz unserer Partei von Sicherheits- und Pyrotechnikexperten vorgeführt bekommen, auf welche Art und Weise man verbotene Gegenstände ins Stadion schmuggeln kann und welche Wirkung diese pyrotechnischen Pulver- und Bengalofackeln haben können. Es handelt sich dabei meist um Seenotrettungsfackeln, die konstruktionsbedingt weder durch Sand noch durch Wasser löslich sind. Die darin enthaltenen Stoffe brennen sogar unter Wasser weiter und erreichen Temperaturen von weit über 1.000 °C. Das bedeutet allerdings, dass in einem dicht gedrängten Fanblock Kleidungsstücke schon aus einiger Entfernung in Brand gesetzt werden können, ohne dass man in direkten Kontakt mit der Fackel kommen muss.

Knallkörper sind weitere hochgefährliche Ärgernisse für Fans, Spieler und Schiedsrichter gleichermaßen. Ich erkenne ausdrücklich an, dass der Kollege Mack in seiner gestrigen Rede unmissverständlich klargemacht hat, dass auch aus seiner Sicht derartige Fanbräuche im Stadion nichts zu suchen haben und bestraft gehören.

Dennoch hat, wie ich bereits gestern sagte, reine Konfrontation keine großen Aussichten auf Erfolg. Wenn Fans, Vereine und Sicherheitsbehörden gemeinsam nicht dasselbe Ziel verfolgen, nämlich ein sicheres und erfreuliches Sporterlebnis für alle Beteiligten zu garantieren, enden die Auseinandersetzungen oft in Krawall und wechselseitigen Vorwürfen.

Die Fanprojekte spielen in dieser Hinsicht bereits eine hervorragende Rolle. Von den Vereinen, den Ligen und dem Land in anteiliger Finanzierung geförderte Initiativen begleiten Fans bei Auswärtsspielen, wirken deeskalierend und leisten immense Beiträge in der Jugendarbeit und in der Gewaltprävention. Auch die Polizei sucht den Dialog mit Fangruppen und verfolgt immer öfter eine Strategie, die ebenfalls auf Deeskalation setzt – leider nicht immer mit Erfolg.

Die Kosten für die Polizeieinsätze sind in den letzten Jahren von 4,5 Millionen € auf 6,7 Millionen € gestiegen. Man darf nicht naiv sein: Manche, die sich als Fans definieren, sind in Wirklichkeit nur auf Randalen und Krawall aus. Sie suchen diese insbesondere beim Fußball, weil ihre Ziele dort aufgrund der Regeln und der hochschlagenden Emotionen leichter erreichbar sind. Auch Sprechchöre mit rassistischem oder beleidigendem Inhalt haben meines Erachtens im Stadion nichts verloren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb begrüßen die Liberalen, dass die Hessische Landesregierung nunmehr mit Vertretern der hessischen Vereine und Verbände im Dialog steht und mit den Fans und den Fangruppierungen sportliche Großereignisse im Nachhinein analysiert und Möglichkeiten sucht, das Auftreten von Probleme zukünftig besser zu verhindern.

Einen großen Schritt weiter sind wir schon mit dem spieltagsorientierten Dialog in Hessen, wo für die Fans gemeinsame Anlaufstellen von Polizei, Vereinen und Fangruppierungen gebündelt werden. Hierdurch wird ein ansonsten wenig vorhandenes Verständnis für polizeiliche Einsatzmaßnahmen geschaffen, da die Polizei konkrete Vorgänge unmittelbar und transparent erläutern kann.

Alles in allem brauchen wir im Sport mehr positive Fan- kultur. Miteinander zu reden, statt übereinander, das ist der richtige Weg, damit der Sport wieder im Mittelpunkt stehen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat habe auch ich mir etwas aufgehoben, was ich gestern nicht mehr sagen konnte.

(Heiterkeit)

Ganz im Ernst: Bei aller Begeisterung für das Thema Sport und bei aller Begeisterung für den Fußball, der in der Tat etwas ist, was große Freude macht, der d e r Integrationsmotor in Deutschland ist, der d a s große soziale Projekt in Deutschland ist, will ich sehr deutlich sagen, dass ich es begrüße, dass CDU und FDP diesen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße das deshalb, weil ich glaube, dass man mit dem Thema nicht so verantwortungslos umgehen kann, wie Sie das tun, indem Sie lachen,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir lachen über etwas anderes!)

indem Sie mit großer Geste so tun, als gebe es keine Probleme.

Aber es gibt Probleme, denn die Wahrheit ist die, die Herr von Zech und Christian Heinz vorgetragen haben, dass es nämlich eine kleine, aber sehr laute und problematische Minderheit im Fußball gibt, die den Fußball als Bühne für Krawall nutzt. Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann sieht man, dass sich das „Lagefeld Fußball“, wie die Polizei sagt, stark verändert hat. Wir haben einen wachsenden Fanreiseverkehr, wir haben eine Verlagerung der Auseinandersetzungen auf die An- und Abreisezeit, und wir haben die Situation, dass insbesondere sehr junge Fans die Polizei als Feind ansehen. Bei einem Bundesligaspiel in Frankfurt

am Main ist ein Bundespolizist fast zu Tode gekommen, und Sie bekommen es nicht einmal fertig, hier zu diesem Thema zu reden. Das finde ich eigenartig.

Wir haben eine Steigerung der Zahl sicherheitsrelevanter Vorgänge, wir haben einen Anstieg der Zahl der Angriffe und der Verletzten, und wir haben eine steigende Einsatzbelastung. Das ist ein Thema für die hessische Polizei und damit natürlich auch für uns, weil wir hier über das Geld zu entscheiden haben, das für die hessische Polizei ausgegeben wird. 2011/2012 haben hessenweit 1.000 Beamte pro Tag mit rund 7.000 Einsatzstunden für Fußballveranstaltungen Dienste geleistet. Die Gesamteinsatzkosten 2011/2012 belaufen sich auf 6,7 Millionen €. Das heißt, jedes der 108 Spiele kostete im Durchschnitt 62.000 €. Das bedeutet: Je Spieltag reden wir über 370.000 €, die beim Fußball auf der Uhr stehen.

Deshalb will ich sehr deutlich sagen: Wir mussten handeln, weil das Ende der Fahnenstange erreicht war. Wir haben gehandelt. Von Christian Heinz wurde auf den runden Tisch mit DFB, DFL, dem Bundesinnenministerium und der Innenministerkonferenz unter hessischem Vorsitz verwiesen. Christian Heinz hat auf den Zehn-Punkte-Plan von DFB und DFL verwiesen. Daraus hat sich eine Taskforce entwickelt. Daraus hat sich 2012 die DFB-Konzeption „Sicheres Stadion“ entwickelt. Gerade wir Hessen haben von Anfang an die Bedeutung des Themas sehr deutlich gemacht. Wir haben Handlungsbedarfe angemahnt. Wir haben die Verantwortung der Vereine deutlich gemacht. Ich glaube, man kann feststellen, dass wir mit DFB und DFL um Lösungen gerungen haben. Wir haben aber nicht nur um Lösungen gerungen, sondern auch eine gemeinsame Linie gefunden. Ich will den Tag nicht vor dem Abend loben, aber die Zahlen sind heute ganz andere, als sie es exakt noch vor einem Jahr gewesen sind.

Ich will auch sehr deutlich sagen: Wir brauchen keine generalisierenden Sanktionen. Wir brauchen keine Pauschalverurteilungen. Wir müssen dafür sorgen, dass individuelles Fehlverhalten individuell sanktioniert wird. Wir müssen sehr deutlich machen, dass wir nicht die Falschen treffen wollen, wenn wir über das Thema Gewalt beim Fußball sprechen. Ich will nicht missverstanden werden: Natürlich muss es auch weiterhin Sanktionen geben, aber wir dürfen nicht die Falschen treffen, weil wir sonst das Gegenteil dessen erreichen, was wir erreichen wollen.

Wir haben viel erreicht. Das sieht man, wenn man sich die Bilanz anschaut. Ein Beispiel: eine klare Absage an Pyro im Stadion. Herr von Zech hat darauf hingewiesen. Wer hätte denn vor zwei oder drei Jahren daran geglaubt, dass die Eintracht jemals in der Lage sein würde, einen Anti-Pyro-Paragrafen in ihre Satzung zu schreiben? Das ist das Ergebnis der Diskussion, die wir hier geführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ein weiteres Beispiel: Es gibt einen ständigen Dialog zwischen der Polizei, den Vereinen und den Fans. Vor wenigen Jahren hätte es keiner für möglich gehalten, dass es solche Gespräche geben würde, dass Choreografien abgestimmt werden würden, dass wir mit gemeinsamen Teams in die Blocks hineingehen würden. Niemand hätte sich beispielsweise den spieltagsorientierten Dialog vorstellen können, der vorhin genannt wurde.

Meine Damen und Herren, endlich haben wir in den Stadien qualifizierte Ordner, die das auch hinbekommen. Vor wenigen Jahren wäre es nicht vorstellbar gewesen, dass

Auswärtsspiele von vereinseigenen Ordnern begleitet werden. Auch das ist ein Ergebnis der Diskussion.

Eintracht Frankfurt macht uns auch in diesem Fall vor, wie das gehen kann: An jedem Spieltag sind bei Eintracht Frankfurt bis zu 800 Ordner im Einsatz. Ich finde, das ist vorbildlich. Vor wenigen Jahren wäre das nicht denkbar gewesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist auch darauf hingewiesen worden, dass die Fanprojekte der Dreh- und Angelpunkt bei friedlich ablaufenden Fußballspielen sind. Deswegen hat die Landesregierung die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen. So hat es das noch nie gegeben. In Kassel gibt es erstmals ein Fanprojekt, und für Wiesbaden gibt es eine Zusage.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Lieber Kollege Frömmrich, ich sage das heute, weil es heute auf der Tagesordnung steht.

(Beifall bei der CDU)

Für den FSV wird ein eigenes Fanprojekt aufgelegt, was wiederum das Fanprojekt der Eintracht Frankfurt nicht nur entlasten, sondern in besonderer Weise stärken wird. Die Projekte in Offenbach und in Darmstadt werden mithilfe des Landes weiter ausgebaut. Bei den Fanprojekten ist eine Offensive zu verzeichnen, die wir vor wenigen Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten. Mittel- und langfristig wird sich das auf den Fußball positiv auswirken.

Ich finde es besonders bedauerlich, dass Sie das Thema heute nicht aufgegriffen haben;

(Beifall bei der CDU)

denn wir reden natürlich nicht nur über den Bundesligafußball, sondern auch über den Amateurfußball. Wir sprechen auch über all das, was jedes Wochenende dort geschieht. Horst Klee hat gestern wichtige Beispiele aus diesem Bereich erwähnt. Sie zeigen uns, dass wir auch hier handeln müssen.

Deswegen schnüren der Präsident des Hessischen Fußballverbands, Rolf Hocke, und ich ein entsprechendes Maßnahmenbündel, mit dem wir intensiv dort ansetzen, wo die Probleme sind. Dazu gehören beispielsweise die Intensivierung der Sportsozialarbeit, der verstärkte Einsatz der Konfliktberater des Hessischen Fußballverbands und auch ein klarer Ehrenkodex, mit dem wir uns gegen Gewalt, gegen Antisemitismus und auch gegen Sexismus aussprechen. Das, was man teilweise erlebt, zieht einem die Schuhe aus.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister, entschuldigen Sie bitte, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Minister Boris Rhein: Natürlich gestatte ich Zwischenfragen!)

– Gleich oder nachher?

(Minister Boris Rhein: Gleich, sehr gern!)

– Herr Mack, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Daniel Mack (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, warum haben Sie diese Äußerung nicht schon gestern gemacht?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion, die auch für Sie galt. Was hat Sie gestern daran gehindert, solch schöne Äußerungen zu den Fanprojekten und zur Sicherheit im Stadion zu machen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Mack, wir haben heute einen großen Fortschritt bei den GRÜNEN erlebt. Ihr Fraktionsgeschäftsführer hat dafür gesorgt, dass Sie heute nicht mehr geredet haben. Das war ein erster großer Fortschritt für den Sport in Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Mack, ein weiterer Punkt: Ich rede heute zu dem Thema, weil es heute auf der Tagesordnung steht. Ich weiß nicht, ob Sie die Tagesordnung nicht gelesen haben.

(Beifall bei der CDU)

Da steht: „Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend positive Fankultur stärken – Konzepte gegen Gewalt fortführen“. Sie wollen sich an dieser Diskussion nicht beteiligen. Das haben wir in Hessen zur Kenntnis genommen. Wir werden in Hessen weiterhin darüber reden, dass Sie sich bei dem Thema nicht beteiligen. Das ist der Grund, warum ich heute dazu rede.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich fortfahren. Wir werden bei diesem Thema natürlich auch die Eltern intensiv einbinden müssen. Sie sind Vorbilder; aber sie sind in diesem Bereich – ich weiß, wovon ich rede; denn ich habe mir Fußballplätze angeschaut – leider manchmal furchtbar schlechte Vorbilder. Wir werden gemeinsam mit dem Hessischen Fußballverband – auch unter Einbindung der Kreisfußballwarte – einen hessischen Fair-Play-Preis ausloben, mit dem wir deutlich machen, dass Fairness und Toleranz die tragenden Säulen des hessischen Fußballs sind. All das werden wir gemeinsam mit den Vertretern des Amateurfußballs vereinbaren, sodass wir eine andere Situation haben werden, als es heute der Fall ist.

Sie sehen, wir sind in diesem Bereich sehr gut aufgestellt. Trotz der unerfreulichen Debatte – aber eigentlich hat keine Debatte mit der Opposition stattgefunden – habe ich einen Appell an den Hessischen Landtag: dass wir nicht, so, wie Sie es jetzt gemacht haben, in parteipolitischem Klein-Klein vorgehen, sondern dass wir an einem Strang ziehen, wenn es um den Fußball, um den Sport allgemein und um die Gewalt im Sport geht. Dieser Strang sollte in die ein und dieselbe Richtung gezogen werden. Ich glaube, das wäre ein starkes Signal. Sie sind weiterhin eingeladen und aufgefordert, sich an diesem starken Signal zu beteiligen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Müller, CDU-Fraktion.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich habe heute in der Zeitung eine schöne Erklärung vom Landessportbund gelesen!)

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehöre diesem Landtag seit 1978 an. Manche denken, das sei zu lang. Aber ich muss sagen, so etwas wie heute habe ich noch nicht erlebt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch nicht!)

Es geht um die Sportförderung in diesem Land. Es gab zu allen Zeiten und unter allen Regierungen Minister, die bewiesen haben, dass sie ein Herz für den Sport haben. Ich will mich nicht in die strategischen Überlegungen einiger Fraktionen einschalten. Aber als Mann des Sports und als jemand, der seit 50 Jahren ehrenamtliche Arbeit in einem Sportverein leistet, sage ich: Die ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Vereinen haben es nicht verdient,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

dass die Diskussion über ein brennendes Thema, das uns alle im Sport beschäftigt, verweigert wird und dass die Vertreter bestimmter Fraktionen hier ein ostentatives Desinteresse und eine Überheblichkeit an den Tag legen, die nichts mit der Wertschätzung des Ehrenamts zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich stelle fest, es ist auch deswegen ein trauriger Tag für den Sport, weil im Landtag zum ersten Mal – zumindest zum ersten Mal in den mehr als 30 Jahren Tätigkeit, die ich überblicken kann – die bisher geübte Solidarität der Sportler in allen Fraktionen aufgegeben worden ist.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Damit haben wir nichts zu schaffen!)

Lassen Sie mich fortsetzen. Ich stelle fest: Die eindeutigen Verursacher dieser Entwicklung haben sich heute selbst entlarvt. Ich finde es sehr traurig, dass der Sport und die Wertschätzung des Sports hier in dieser Art und Weise mit Füßen getreten werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Rudolph, SPD-Fraktion.

(Holger Bellino (CDU): Ach, ist er wach geworden?)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Müller, ich bin bisher davon ausgegangen, dass der Landessportbund eine überparteiliche Organisation ist.

(Beifall bei der SPD – Holger Bellino (CDU): Ist er auch! – Zuruf des Ministers Boris Rhein)

– Ich brauche weder Zwischenrufe noch Belehrungen und auch keinen Hinweis auf einen „Schmutzwahlkampf“. Als Mitglied des Kabinetts müssen Sie aufpassen, dass nicht der Verdacht entsteht, dass das Kabinett beim Landessportbund Wahlkampf machen will. Herr Innenminister, seien Sie also ganz vorsichtig.

(Zurufe von der CDU)

Herr Dr. Müller, ich will deutlich machen: Wir sind auf die Erklärungen der Vertreter des Landessportbunds im Rahmen der parlamentarischen Anhörung zu dem Glücksspielstaatsvertrag gespannt: wie das die Vereine vor Ort einschätzen und ob das möglicherweise die Funktionäre so sehen.

Meine Damen und Herren, eines geht nicht: Wir hatten gestern 30 Minuten Redezeit. Das ist für parlamentarische Beratungen ein sehr langer Zeitraum; da kann man alles unterbringen. Herr Innenminister, Sie haben aber zu zentralen Fragen keine Stellung genommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Sie haben nicht zugehört!)

Wer so wenig Bezug zum Sport und seinen drängenden Problemen zum Ausdruck gebracht hat wie der Kollege Heinz von der CDU, darf sich nicht wundern. Den Setzpunkt haben Sie verweigert.

Deswegen sage ich: Wir sind bereit, uns mit den Problemen des Sports auseinanderzusetzen. Wir weisen auf die Probleme hin. CDU und FDP sind diejenigen, die im Moment versuchen, den Sport parteipolitisch zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Das haben Sie heute nicht bewiesen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Wagner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Holger Bellino (CDU): Die versenken einen Setzpunkt nach dem anderen!)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Müller, niemand in diesem Haus hat ein Desinteresse am Sport.

(Peter Beuth (CDU): Sie haben es doch zum Ausdruck gebracht!)

Niemand in diesem Haus hat ein Desinteresse an der Leistung des Sports für unser Gemeinwesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Beuth (CDU): Das müssen Sie betonen!)

Es gibt aber ein großes Desinteresse daran, wenn einzelne Parteien versuchen, den Sport parteipolitisch zu instrumentalisieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Es gibt ein großes Desinteresse in diesem Haus, wenn eine Fraktion, die erschöpft und verbraucht ist, offenkundig, weil ihr nichts einfällt, in diesem Plenum zweimal das exakt gleiche Thema anspricht. Daran gibt es ein großes Desinteresse in diesem Haus und, ich glaube, auch bei den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Kollege Müller, wenn Sie in diesem Hause als Abgeordneter dieses Hauses reden, sind Sie nicht „der Sport in Hessen“.

(Peter Beuth (CDU): Er ist Abgeordneter der CDU-Fraktion!)

Ich bitte Sie sehr eindringlich, diese Grenze auch immer zu ziehen – im Interesse des Sports in unserem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Das macht er seit Jahrzehnten! – Peter Beuth (CDU): Es ist sehr bedrückend! Jemand, der sich noch nie bei den Freunden des Sports hat sehen lassen! Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Nein, es ist nicht sehr bedrückend, Herr Kollege Beuth. Es ist sehr bedrückend, dass die Not so groß ist, dass Sie nicht mehr zwischen Verbänden und Parteiarbeit unterscheiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Peter Beuth (CDU): Das hat der Sport nicht verdient, dass sich solche Menschen wie Sie hier so ereifern! – Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Ich sage ausdrücklich: Wir schätzen die Arbeit des Landessportbundes. Wir schätzen auch die Arbeit von Herrn Müller als Vorsitzenden des Landessportbundes. Aber wir lassen es nicht durchgehen, wenn diese beiden Sphären vermischt werden. Herr Kollege Müller, wenn Sie in diesem Hause reden, sind Sie nicht „der Sport“, damit das ganz klar ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Peter Beuth (CDU): Er ist Abgeordneter der CDU-Fraktion!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP und lieber Herr Innenminister, da sind wir bei einem spannenden Thema. Was Sie hier tun und was Ihnen hier passiert, ist nicht ungewöhnlich für Fraktionen und Regierungen, die sehr lange im Amt sind. Sie verwechseln nach 14 Jahren im Amt einmal mehr Staat und Partei. Sie sind nicht der Staat, Sie sind nicht der Sport. Sie sind zwei Fraktionen und auch noch zwei sehr schlechte Fraktionen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) – Lachen bei der CDU und der FDP – Minister Boris Rhein: Reden Sie doch zum Sport! – Holger Bellino (CDU): Warum haben Sie sich nicht gleich zu Wort gemeldet? – Gegenruf des Abg. Peter Beuth (CDU): Weil er zum Sport nichts zu sagen hat!)

Der Sport ist zu wichtig, um sich für irgendwelche Mätzchen herzugeben, für irgendwelche trampolinspringenden

Staatsminister, für irgendwelche Federball spielenden Innenminister. Das hat der Sport in unserem Land nicht verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Wolfgang Greulich (FDP): Herr Wagner, in der Sache Fehlanzeige!)

Machen Sie von CDU und FDP nur so weiter. Verwechseln Sie weiter Staat und Partei,

(Holger Bellino (CDU): Zum dritten Mal! Es wird dadurch nicht glaubwürdiger!)

und Sie nehmen das Schicksal von allen Parteien, die glauben, sie seien die Gesellschaft, sie seien der Staat. Die Gesellschaft des Sports wird Ihnen zeigen, wer die Gesellschaft in diesem Land ist, wer der Sport in diesem Land ist. Meine Damen und Herren, Sie sind es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Holger Bellino (CDU): Das werden wir sehen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Müller, FDP-Fraktion.

Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht war es ganz gut, dass eine kurze Pause war. Denn der Beitrag eben war so unterirdisch,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

dass es für mich, ehrlich gesagt, besser gewesen ist, dass ich eine kurze Pause hatte. Das war überheblich, das war arrogant, und das war selbstverliebt. Herr Wagner, das kennen wir von Ihnen. Das haben Sie eben hier wieder gezeigt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, wer Herrn Müller vorwirft, dass er eben als Präsident des Landessportbunds geredet hat, der hat nicht zugehört. Das hat er nicht getan.

(Minister Boris Rhein und Minister Axel Wintermeyer: Richtig!)

Er hat eindeutig als Sportmensch geredet. Dazu zähle ich mich auch, der ich jahrelang als Übungsleiter im Turnverein und sonst wo ehrenamtliche Arbeit gemacht habe.

(Peter Beuth (CDU): Herr Wagner weiß nicht, was Sache ist!)

Ich habe erst vorgestern Abend wieder mit Mitgliedern des Sportkreises im Rheingau-Taunus-Kreis Gespräche geführt, die sich die Stunden um die Ohren schlagen. Sie stellen sich hierhin und sagen, Sie wollen zu dem Thema nicht mehr reden, weil gestern schon genug gesagt worden ist. Was fällt Ihnen eigentlich ein?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrer Not versteigen Sie sich dazu, uns Lobbyismus vorzuwerfen. Ja, bisher waren wir uns einig, dass wir hier alle Lobbyisten des Sports sind. Sie haben sich dort heute ausgeklüftet.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Demonstrativer Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie kommen hier jedes Mal und sagen, wir vertreten Verbände und sonst was. Sie reden ständig vom BUND, Sie reden ständig vom NABU, Sie reden ständig von Gewerkschaften, usw. Sie betreiben Lobbyismus pur, und zwar in Reinkultur.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weise es energisch zurück, dass Sie uns jedes Mal wieder unterstellen, wir würden Politik für Verbände machen. Wir machen Politik für die Menschen im Land. Wir machen Politik für die Sportler in diesem Land. Das ist unsere Aufgabe, und das machen wir.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind die fertig! Louis de Funès war lustiger! – Gegenruf des Ministers Florian Rentsch: Zu mehr als Arroganz reicht es nicht! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine Wortmeldung aufrufen. Geht das jetzt? – Danke schön. Herr Schaus, Sie haben das Wort.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Müller, nicht wer lauter schreit, hat recht, kann ich an dieser Stelle nur sagen. Ihre künstliche Empörung kann ich in der Tat nicht nachvollziehen.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Das können Sie nicht nachvollziehen! Warum nicht? – Weitere Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Herr Dr. Blechschmidt, ich will es Ihnen gerade ganz sachlich begründen. – Wenn man sich die parlamentarische Geschichte dieser Debatte betrachtet, stellt man fest, dass es zunächst der Setzpunkt der CDU war, den die CDU selbst von zehn auf fünf Minuten Redezeit reduziert hat – das zu dem Stellenwert des Sports und Ihrem Setzpunkt. Parallel dazu war die Regierungserklärung der Landesregierung, die mit 30 Minuten angesetzt war. Ich erinnere an meinen Beitrag von gestern, in dem ich kritisiert habe, dass der Minister in der Regierungserklärung keinen Ton – wirklich keinen Ton – zum Thema Gewalt im Sport und Doping gesagt hat. Die Regierungserklärung ist nach meinem Verständnis eine Erklärung der Regierung zu einem umfassenden Thema. Aber was wird hier gemacht?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Abschiedsrede!)

Die CDU hat einen Entschließungsantrag als Setzpunkt eingebracht. Der umfasst inhaltlich exakt das, was gestern diskutiert wurde. Heute wurde in kürzester Zeit von den Regierungsfractionen ein weiterer Entschließungsantrag zum Thema Fankultur nachgeschoben. Der Minister und alle Vertreter der Regierungsfractionen haben sich auf diesen nachgeschobenen Antrag und auf nichts anderes bezogen, nicht auf den Antrag zum Setzpunkt. Der war gar

nicht mehr Thema. Wenn man diese Abläufe sieht, dann ist ganz klar, was hier gestrickt wird, dann ist ganz klar, dass hier von der Regierungsseite und von den Regierungsfractionen Wahlkampf gemacht wird. Erzählen Sie uns nicht, wer sich hier für den Sport einsetzt. Das sind die Leute, die ehrlich damit umgehen und nicht wahltaktisch.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse dann über den Tagesordnungspunkt 40 abstimmen, den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/7136. – Herr Schaus, zur Geschäftsordnung.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich bitte darum, dass über die Ziffer 4 des Entschließungsantrags betreffend Breiten- und Spitzensport getrennt abgestimmt wird.

Präsident Norbert Kartmann:

Das werden wir dann so machen. – Dann frage ich zunächst, wer den Ziffern 1 bis 3 und 5 bis 7 des Entschließungsantrags Drucks. 18/7136 zustimmt. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann sind diese Punkte mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der anderen Fraktionen angenommen worden.

Wer kann der Ziffer 4 zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass Ziffer 4 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Ablehnung durch die anderen Fraktionen dieses Hauses angenommen worden ist.

Dann rufe ich den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend positive Fankultur stärken – Konzepte gegen Gewalt fortführen, auf. Wer diesem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass dieser Dringliche Entschließungsantrag bei Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP und bei Enthaltung der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 50** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend SPD in Hessen in der Frage eines Flugverbotes in den Nachtrandstunden völlig zerstritten – Täuschungsversuch auf Kosten der Menschen dient ausschließlich parteipolitischer Taktik – Drucks. 18/7156 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Ich erteile Herrn Dr. Arnold für die Fraktion der CDU das Wort.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das wird fachlich ja doch noch interessant! Herr Arnold, das war jetzt ein Kompliment!)

Dr. Walter Arnold (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vier SPD-Oberbürgermeister der Region, aus Frankfurt, Offenbach, Hanau und Mainz, legen am Montag dieser Woche völlig überraschend ein gemeinsames Positionspapier vor und verlangen die Ausweitung des Nachtflugverbots auf einen Zeitraum von 22 bis 6 Uhr.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Guter Vorschlag!)

Nur 14 Tage vorher, am 9. März 2013, hat der Landesparteitag der hessischen SPD auf Drängen des SPD-Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel entsprechenden Initiativen zur Ausweitung des Nachtflugverbots eine klare Absage erteilt, und in das SPD-Wahlprogramm wurde die strikte Einhaltung des Nachtflugverbots am Frankfurter Flughafen von 23 bis 5 Uhr geschrieben. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, da frage ich mich doch: Was gilt denn jetzt? Wer hat in der hessischen Landespolitik denn jetzt eigentlich das Sagen? Hat es der Parteitag, der Landesvorsitzende oder neuerdings eine Oberbürgermeisterriege?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, die spannende Frage ist doch: Haben Sie von dieser Initiative vorher gewusst und sie gebilligt? – Dann wäre dieser Vorgang ein klares Täuschungsmanöver

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ja!)

und eine billige parteipolitische Taktik, denn damit bedienen Sie, wider besseres Wissen Ihrerseits, ausschließlich die Forderungen der Flughafengegner.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Oder haben Sie davon vorher nichts gewusst und sind von dieser Initiative ebenso überrascht worden wie wir? – Dann zweifle ich allerdings an Ihren Führungsqualitäten, dann sollten Sie lieber von Ihrem Amt als SPD-Landesvorsitzender zurücktreten, Herr Kollege Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen und Zurufe von der SPD – Janine Wissler (DIE LINKE): Müssen wir jetzt die Führungsqualitäten des SPD-Vorsitzenden diskutieren? – Norbert Schmitt (SPD): Heute ist Frühlingsanfang, man merkt es!)

Wenn ich mir rein theoretisch einmal vorstelle, dass sich in meinem starken CDU-Kreisverband vier selbstbewussteste Bürgermeister – Sie wissen, ich habe davon einige – zusammenrotten

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Zusammenrotten“?)

und mir in der Öffentlichkeit ein Forderungspapier vorlegen würden, das gegen einen von mir 14 Tage zuvor formulierten Parteitagbeschluss gerichtet ist, dann ginge ich postwendend, am gleichen Tag, entschieden gegen diese Initiative vor und stellte den Sachverhalt richtig, vor allem weil ich weiß, dass diese Bürgermeister etwas fordern, was rechtlich gar nicht geht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Oder ich würde als Parteivorsitzender zurücktreten, weil ich in meinem Kreisverband keine Mehrheit mehr habe.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Ich sage Ihnen eines: Sie, Herr Schäfer-Gümbel, haben zu diesem Vorstoß der vier Oberbürgermeister am Montag und gestern beharrlich geschwiegen. Das Interview in der „Frankfurter Rundschau“ von heute reicht mir nicht. Das allein lasse ich nicht gelten.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch Ihr Problem!)

Ich fordere Sie auf: Kommen Sie hier ans Rednerpult, und sagen Sie deutlich, was Sache ist.

(Zurufe der Abg. Ernst-Ewald Roth und Gerhard Merz (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Roth und Herr Merz, bitte.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch eine Karikatur einer Regierung!)

Dr. Walter Arnold (CDU):

Also warten Sie einmal ab – –

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Dr. Arnold, einen Augenblick, bitte. Ich möchte erst einmal Klarheit schaffen und prinzipiell etwas sagen. – Man kann nicht über andere Leute schimpfen, wenn man sich selbst so verhält. Das gilt bitte für alle. Wenn Sie einmal dazwischenrufen, dann ist das in Ordnung, aber irgendwo muss auch Schluss sein.

Herr Dr. Arnold, Sie haben das Wort.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Dass die Opposition so unruhig wird, halte ich eigentlich nur für ein Zeichen dafür, dass Ihnen nicht gefällt, was ich Ihnen hier sage.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Herr Schäfer-Gümbel, wenn Sie davon tatsächlich nichts gewusst haben, dann treten Sie besser von Ihrem Amt zurück; denn wenn Sie Ihre kleine SPD-Riege schon jetzt nicht im Griff haben, dann sage ich Ihnen klar, dass Sie in meinen Augen für höhere Führungsaufgaben absolut nicht geeignet sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Oder, was ich als noch schlimmer erachte, wenn Sie von dieser Bürgermeisterinitiative gewusst, der dann gespannten Öffentlichkeit seit Montag aber nichts gesagt und das sozusagen stillschweigend gebilligt haben, dann wird die Angelegenheit besonders spannend.

Sie, Herr Schäfer-Gümbel, wissen sehr genau, durch das Rechtsgutachten, das Sie in Auftrag gegeben haben, dass es nach der Entscheidung in Leipzig keine rechtliche Möglichkeit gibt, das Nachtflugverbot auszuweiten. Wenn Sie die vier Oberbürgermeister mit dieser Forderung jetzt sozusagen lospreschen lassen, dann nenne ich das eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Diese Doppelstrategie lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Sie bedienen mit dem SPD-Parteitagbeschluss ganz offensichtlich die Sorgen der Wirtschaft und die Sorgen der Flughafenbeschäftigten um ihre Arbeitsplätze. Einerseits wissen Sie sehr genau, dass der Wegfall dieser Nachtstunden die Bedeutung Frankfurts als internationales Luftverkehrs-drehkreuz zum Ende bringen würde. Auf der anderen Seite wissen Sie genauso gut wie ich, dass mit dieser Initiative der vier Oberbürgermeister vor allen Dingen die Hoffnungen der Fluglärmgegner bedient werden sollen – Hoffnungen, die sich nach der Rechtslage erkennbar nicht erfüllen lassen. Deswegen fordere ich Sie auf, die Menschen nicht im Unklaren zu lassen.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Es reicht mir auch nicht, wenn Sie im heutigen „Rundschau“-Interview sagen: Die vier OBs vertreten die Interessen der Region. – Diese vermeintliche Distanzierung halte ich für doppelzünftig. Diese erkennbare Doppelstrategie der SPD nenne ich eine Täuschung und durchsichtige parteipolitische Taktik.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist Demokratie!)

Deswegen kommen Sie nach vorne, stellen Sie sich Ihrer Verantwortung als hessischer Landespolitiker, sagen Sie klar, wo Sie stehen, und sagen Sie, ob Sie als hessische SPD noch weiterhin zu den Ergebnissen des Mediationsverfahrens stehen, nämlich zum Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr ohne Wenn und Aber und ohne parteipolitische Spielchen. Die Menschen in unserem Land haben ein Recht darauf, von niemandem getäuscht zu werden. – Herzlichen Dank.

(Norbert Schmitt (SPD): So ein Tiefpunkt!)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Schäfer-Gümbel, SPD-Fraktion.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Arnold, ich bin erst einmal froh darüber, dass Sie es nach knapp 18 Stunden jetzt geschafft haben, Ihre Sprechfähigkeit zu diesem Thema zu finden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hätten das nämlich schon gestern Mittag diskutieren können. Sie wissen, dass wir beantragt haben, das gleich zu diskutieren, weil wir an der Stelle überhaupt keinen Anlass haben, auch nur einen Millimeter an unseren Positionen zu wackeln.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Dann hätten wir nicht diese Schlagzeile gehabt!)

Die hessische Sozialdemokratie ist seit 15 Jahren die einzige Partei, die in dieser Frage eine glasklare, auf der Mediation stehende und eindeutige Position hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie eben von Täuschungsversuchen sprechen,

(Wolfgang Greilich (FDP): Was war das denn jetzt, Herr Schäfer-Gümbel? Warum diese Schlagzeile? – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Na, die Wahrheit!)

dann will ich daran erinnern, Herr Arnold, dass es die Regierungsfraktionen und der damalige Wirtschaftsminister waren, die bei dem Mediationsergebnis mit den 17 Ausnahmen das Wort gebrochen und den Antrag gestellt haben, in der Nacht alle 20 Minuten ein Flugzeug fliegen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Das war ein Tiefflug! – Gegenruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war kein Nachtflug, sondern ein Tiefflug!)

Sie haben das Mediationsergebnis nicht vor dem Start der Landebahn umgesetzt, sondern erst danach, nachdem Sie gemerkt haben, wie stark die emotionalen Bewegungen in der Region sind. Dann haben Sie sich mit den unterschiedlichsten Initiativen angestrengt, nachzusteuern. Sie haben das Mediationsergebnis gebrochen.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Dann hätten wir nicht diese Schlagzeile gehabt!)

Von Ihren Trickereien nach der Entscheidung in Leipzig – Stichwort: Planklarstellung – mal ganz zu schweigen.

(Holger Bellino (CDU): Das Schlimme ist, dass er das auch noch glaubt, was er sagt!)

Aber die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sagte neulich in einem Kommentar nach Wiesbaden, der Steuermann wirke seltsam abwesend. – Das ist Ihr zentrales Problem bei diesem Thema und in dieser Debatte.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Sagen Sie doch einmal etwas zu den Oberbürgermeistern, Herr Kollege!)

Ich habe immer klar gesagt, dass die Debatte um den Frankfurter Flughafen weitergehen wird, weil die Konflikte rund um den Frankfurter Flughafen nicht gelöst sind. Der Vertrauensbruch, den Sie zu verantworten haben, aufgrund der Art und Weise, wie Sie mit dem Mediationsergebnis umgegangen sind und diesen Prozess gesteuert haben, wirkt nach. Dieser Vertrauensbruch wirkt lange, lange nach.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen haben wir auch Gutachten zu der Frage in Auftrag gegeben, was wir nach den Entscheidungen in Leipzig und der Planklarstellung eigentlich an rechtlichen Instrumenten nutzen können. Diese sind eindeutig; das haben wir sehr klar gesagt. Ich fühle mich durch das Gutachten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das gestern vorgestellt wurde, in dieser Einschätzung 1 : 1 unterstützt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Na ja! – Zurufe)

– Lieber Tarek, wir beide sehen uns jetzt einmal tief in die Augen. Zu dem, was dort an politischen Initiativen drinsteht, haben wir gesagt, dass die gangbar seien. Was aber die Frage der rechtlichen Würdigung angeht, was rechtlich und von Amts wegen durchsetzungsfähig ist, gibt es keinen Unterschied zwischen dem Gutachten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und unserem,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Na ja!)

einmal jenseits aller politischen Bewertungen, die dahinterstehen mögen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

– Ich komme noch dazu, Herr Dr. Arnold, keine Sorge. – Deswegen habe ich von Anfang an gesagt, wie ich das im Übrigen seit viereinhalb Jahren tue: Ich verspreche niemandem irgendetwas, wovon ich persönlich nicht überzeugt bin, dass wir es am Ende nicht auch hinbekommen. Das gilt auch für die Frage des Nachtflugverbots, bezogen auf 22 bis 6 Uhr. Ich ergänze dazu immer – das können Sie heute in der „Frankfurter Rundschau“ und der entsprechenden dpa-Meldung dazu nachlesen –: „aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen“, weil ich immer auf genau diesen Kontext hinweise, dass es zwei Argumentationen gibt, die für uns dagegen sprechen, 22 bis 6 Uhr umzusetzen.

Zu den Oberbürgermeistern will ich noch einmal sagen, dass diese in der Tat ihre jeweils regionale Position vertreten. Das ist im Übrigen, für sich genommen, auch völlig legitim,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

weil der SPD-Landesvorsitzende Oberbürgermeistern nicht in irgendeiner Form eine Position vorzugeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Verquickung von Partei und Staat, die in manchen Parteien üblich ist, Herr Arnold. Bei uns ist sie das ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Mit Verlaub: Die SPD wird nicht über ein Zentralkomitee geführt. Das gab es bei uns noch nie, und das wird es auch nicht geben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Deswegen werde ich mich auch in Zukunft mit unterschiedlichen regionalen Positionen auseinandersetzen müssen, wie es übrigens jede unserer Parteien tut. Es ist doch nicht so, dass Sie aus der Flörsheimer CDU oder der Mühlheimer CDU keine anderen Positionen hören würden. Die Debatte um den Flughafen wird weitergehen.

Ein letzter Satz, Herr Präsident. Vier Oberbürgermeister haben sich positioniert. In dieser Frage wird mein Leben in Zukunft nicht leichter, weil am 1. Juli 2013 ein fünfter dazukommt, nämlich der Wiesbadener Oberbürgermeister. Er wird sich ähnlich positionieren. Aber ich sage Ihnen: Es ist mir recht, wenn wir möglichst viele Oberbürgermeister haben, die sich für ihre Region einsetzen. Was wir am Ende als Landespolitik umsetzen, entscheidet ein Landesparteitag,

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

und, Herr Bellino, das haben wir getan.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Ich begrüße auf der Tribüne unseren ehemaligen Kollegen, den Oberbürgermeister von Rüsselsheim, Patrick Burghardt. Herzlich willkommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Das letzte Aufgebot! – Weitere Zurufe)

Frau Wissler, Sie haben das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! CDU und FDP bringen einen Antrag zum Thema Fluglärm in den Landtag ein – aber nicht etwa, weil die Situation für die betroffenen Anwohner unerträglich ist oder weil sie als Regierungsparteien endlich einmal handeln wollten, nein: Sie thematisieren den Fluglärm hier nur, weil sich die SPD beim Nachtflugverbot innerparteilich nicht einig ist.

Deshalb will ich hier als Erstes einmal über die Situation der Betroffenen sprechen; denn deren Problem ist – mit Verlaub – nicht, dass vier Oberbürgermeister der SPD Herrn Schäfer-Gümbel auf der Nase herumtanzen, wie Sie es genannt haben, sondern deren Problem ist, dass Fraport der ganzen Region auf der Nase herumtanzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich war gerade vor zwei Wochen zu Gast in Flörsheim und habe einige Anwohner zu Hause besucht. Die Menschen machen sich völlig zu Recht Sorgen um ihre Gesundheit und die ihrer Kinder. Sie können ihre Fenster nicht mehr öffnen, die Gärten nicht mehr nutzen. Sie werden morgens um fünf aus dem Schlaf gerissen, manchmal aber auch mitten in der Nacht, wenn das Nachtflugverbot wieder einmal gebrochen wird.

Auf dem Friedhof in Flörsheim müssen bei Ostwind Beerdigungen und Trauerfeiern unterbrochen werden, weil man kein Wort mehr verstehen kann. Mir haben Menschen erzählt, dass sie ihr Leben mittlerweile nach dem Wind planen, dass Gartenpartys oder Grillfeste abgesagt werden müssen, wenn Ostwind weht. Diese Menschen wollen doch keine Wegzugsprämien, sie wollen ihr Leben zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb fordere ich jeden, der den Flughafenausbau heute noch verteidigt, dazu auf, seine diesjährigen Sommerferien in der Einflugschneise zu verbringen und sich selbst einmal dem Lärm auszusetzen, den man anderen zumutet.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Mutter hat mir immer gesagt: Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.

(Zuruf von der CDU: Eine kluge Frau!)

Es geht dabei nicht nur um Lärm und Schadstoffe, sondern auch um die Gefahr beispielsweise der Wirbelschleppen.

Immer wieder verursacht der Luftstrom der Wirbelschleppen Schäden an den Dächern innerhalb der Einflugschneise. Nach Angaben von Fraport passiert das fünf- bis fünfzehnmal im Jahr.

Erst vor Kurzem wurden innerhalb einer Woche drei Dächer in Flörsheim durch Wirbelschleppen beschädigt, Dachziegel wurden in Vorgärten geschleudert. Die Menschen haben mittlerweile Angst, ihre Kinder überhaupt im Freien spielen zu lassen.

Das Problem ist, dass sich niemand dafür zuständig fühlt. Oftmals kann man gar nicht nachvollziehen, welche Flugesellschaft für die Beschädigungen eigentlich verantwortlich ist. Was sagt das Verkehrsministerium dazu? Ein Sprecher teilte auf Anfrage mit, es handle sich hier um Einzelfälle. Wirbelschleppenschäden würden nicht statistisch erfasst oder ausgewertet. Aber sollten die Fälle eine andere Dimension annehmen, so – Zitat – „will ich nicht ausschließen, dass man tätig werden muss“, erklärt der Sprecher des Verkehrsministeriums. – Was soll das denn heißen, Herr Minister, dass die Fälle eine andere Dimension annehmen? Muss erst ein Kind von einem Dachziegel erschlagen werden, bevor das Ministerium an dieser Stelle tätig wird?

(Beifall bei der LINKEN)

Ständig wird in diesem Haus von Sicherheit gefaselt, aber die Luftverkehrswirtschaft genießt offensichtlich Narrenfreiheit in diesem Land. Das Recht der Flughafenanwohner wird durch den Bruch des Nachtflugverbots permanent verletzt. Allein in der letzten Woche gab es in einer Nacht 33 Ausnahmegenehmigungen. Herr Minister, das Ministerium ist dafür zuständig, das Nachtflugverbot einzuhalten. Sie sind doch kein verlängerter Arm der Fraport, und Sie können doch nicht zulassen, dass die Nachtruhe permanent gebrochen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei allem Verständnis für gestrandete Passagiere: Die Menschen in der Region müssen morgens auch zur Arbeit, in die Schule und ausgeruht sein. Sie haben ohnehin nur sechs Stunden Ruhe. Deswegen kann es nicht sein, dass, wenn die Flugpläne durcheinandergeraten – ob wegen der Witterung oder aufgrund der Unfähigkeit der Flugesellschaft –, die Anwohner dies ausbaden müssen, Herr Minister. Es kann doch nicht wahr sein, dass die Luftverkehrswirtschaft über dem Gesetz steht.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun haben vier Oberbürgermeister der SPD gefordert, das Nachtflugverbot auszuweiten. Und das verkünden sie eine Woche nach dem Parteitag der hessischen SPD, bei dem alle Anträge für ein verlängertes Nachtflugverbot abgelehnt wurden. Ich persönlich finde, die Initiative wäre glaubwürdiger gewesen, hätte man sie vor oder auf dem Parteitag gestartet

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und vielleicht versucht, die innerparteiliche Meinungsbildung zu beeinflussen. Aber gut, die Herren Oberbürgermeister haben es anders entschieden, und Herr Schäfer-Gümbel hat klargestellt, dass die Oberbürgermeister nicht für die SPD sprechen würden. Mehr als sechs Stunden Nachtruhe gibt es mit der SPD nicht.

Etwas merkwürdig fand ich den Hinweis, dass die Oberbürgermeister die Interessen der Region vertreten würden, weil ich mich schon frage, welche Interessen dann die Landes-SPD vertritt. Wessen Interessen vertreten Sie, wenn die Oberbürgermeister die Regionen vertreten?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich würde einmal in die Landesverfassung schauen, Frau Kollegin! – Weitere Zurufe von der SPD)

Im Verwaltungsverfahrensgesetz ist festgelegt, dass Planfeststellungsbeschlüsse auch rückgängig gemacht werden können. Deswegen sagen wir: Wo ein politischer Wille ist, da ist auch ein juristischer Weg. Wir brauchen eine Reduzierung der Flugbewegungen, ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, und ja, diese Landebahn muss stillgelegt werden, weil alles andere überhaupt nicht tragbar ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Bei einer der letzten Montagsdemonstrationen hat eine Pfarrerin aus Sachsenhausen, Frau Alves-Christe, gesprochen. Sie sagte:

Sie alle wissen, wie viele Lügen, gefälschte Statistiken, Gefälligkeitsgutachten, geschönte Berechnungen, gebrochene Versprechen und falsche Versprechungen diese Landebahn überhaupt erst möglich gemacht haben. ...

Präsident Norbert Kartmann:

Bitte kommen Sie zum Schluss.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Eine Fehlentscheidung wird nicht dadurch richtig, dass sie teuer war.

Ich finde, sie hat vollkommen recht. Die Versprechungen sind nicht eingetreten. Es gibt keine 100.000 Arbeitsplätze. Deshalb werden wir als LINKE die Proteste weiterhin unterstützen, und wir wünschen den Flughafens-BIs viel Ausdauer und viel Durchhaltevermögen, um diesen Irrsinn endlich zu beenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Müller für die FDP-Fraktion.

Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Wissler hat eben auch einiges Richtiges gesagt. Denn das Perfide an der Situation, das Perfide an dem Spiel, das die SPD treibt, ist, dass sie den Menschen in der Region Hoffnungen auf etwas macht, was es nicht geben wird. Herr Schäfer-Gümbel, mich ärgert, dass Sie sich hierhin stellen und sagen: Meine Leitlinie ist, dass wir nichts versprechen, was wir am Ende nicht halten können. – Gleichzeitig lassen Sie Ihre Oberbürgermeister vor Ort herumlaufen und erzählen – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Moment mal. Da bin ich gespannt. Sie stellen als SPD den Oberbürgermeister in Hanau. Sie stellen den Oberbürgermeister in Frankfurt. Sie stellen den Oberbürgermeister überall.

(Beifall bei der SPD – Dr. Thomas Spies (SPD): Das stimmt, wir sind gut!)

Aber dann ist es nicht Ihr Bürgermeister, wenn er arbeitet, oder wie? Erst stolz verkünden, dass das alles Ihre Bürgermeister sind, aber dann sagen, mit der SPD haben sie nichts zu tun. Das ist sehr widersprüchlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Wir sind doch nicht bei der CDU! Aber selbst bei der CDU klappt es nicht mehr!)

Meine Damen und Herren, das Problem ist doch: Die SPD-Landtagsfraktion gibt ein Gutachten in Auftrag. Das Gutachten zeigt: Es ist rechtlich nicht machbar, das Nachtflugverbot auszudehnen. – Die GRÜNEN geben ein Gutachten in Auftrag, das ergibt: Es ist rechtlich nicht möglich, das Nachtflugverbot auszudehnen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na!)

Dann gehen Ihre Oberbürgermeister vor Ort, wissend, dass das so ist, hin und erzählen den Menschen: Aber wir werden dafür kämpfen, dass das Nachtflugverbot ausgedehnt wird.

Aber das wird nicht möglich sein. Wer den Menschen etwas erzählt, Hoffnungen weckt, Sand in die Augen streut, der macht falsche Politik, weil er Hoffnungen weckt, die er nicht erfüllen kann. Das wird sich früher oder später für Sie sehr negativ auswirken. Wie wollen Sie denn mit Ihren Oberbürgermeistern arbeiten, wenn Sie, was Sie sich wünschen und wir zu verhindern wissen werden – hoffentlich –, regieren?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): „Hoffentlich“, genau!)

– Ja, das entscheidet der Wähler. Deswegen bin ich da vorsichtig in meiner Ausdrucksweise. Ich hoffe, da sind wir uns einig, auch wenn Sie in der Frage sehr selbstbewusst auftreten – das sage ich sehr vorsichtig; man könnte auch andere Worte verwenden. Ganz ehrlich, das ist der Punkt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nicht die „Bescheidenheit“, die die FDP hier an den Tag legt, meinen Sie?)

Wenn der Landesvorsitzende sagt, die Oberbürgermeister sprechen nicht für die SPD, dann ist das schon ein ziemlicher Hammer. Wofür sprechen sie denn? Sie sagen, sie sprechen für die Region.

(Zurufe von der SPD)

Sie sagen damit aber gleichzeitig, dass Sie nicht für die Menschen in der Region sprechen, die davon betroffen sind. Denn Sie vertreten andere Positionen. Sie sind innerhalb der SPD tief gespalten. Da will die kommunale Ebene etwas anderes als die Landesebene.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme auch noch kurz zur Bundesebene; denn Sören Bartol, verkehrspolitischer Sprecher und aus Hessen,

(Nancy Faeser (SPD): Guter Mann!)

lobt im Flughafenkonzept der SPD die großen Errungenschaften, die das Fluglärmschutzgesetz 2007 unter Führung von Sigmar Gabriel gebracht hat, was den Schallschutz betrifft. Das sind übrigens die Regelungen, auf deren Grundlagen der Planfeststellungsbeschluss beruht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

– Doch. Es gab dann noch Veränderungen, aber das war der Ausgangspunkt. Was das Fluglärmschutzgesetz anbelangt, sind das die entscheidenden Rahmenbedingungen, die gesetzt wurden.

Meine Damen und Herren, was passt denn jetzt? Ist es die Bundesebene, die der Wirtschaft verspricht: „Wir schaffen Arbeitsplätze und sorgen für gute Arbeitsbedingungen“? Ist es die Landesebene, die allen etwas verspricht, wobei man nicht weiß, was Sie wollen? Vielleicht können wir darüber mit Herrn Grumbach reden; denn er vertritt auch die Auffassung „von 22 bis 6 Uhr“. Das hat sein Bezirksparteitag Südhessen auch so beschlossen.

(Heike Habermann (SPD): Hat er nicht! Lesen Sie es nach! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber hier im Landtag sagt man etwas anderes, und auf kommunaler Ebene laufen wieder Leute herum, die erzählen: Wir dehnen das Nachtflugverbot auf 22 bis 6 Uhr aus.

Was gilt jetzt für die SPD? Was bekommt jemand, der die SPD in Hessen wählt? Bekommt er das, was ihm die Oberbürgermeister versprechen? Bekommt er das, was ihm die Bundes-SPD verspricht? Oder bekommt er das, was ihm die Landes-SPD verspricht?

(Heike Habermann (SPD): Das können wir ihnen nicht geben, weil es rechtlich nicht möglich ist!)

Solange wir da keine Klarheit haben, ist es ungemein wichtig, dass wir diesen Tagesordnungspunkt heute aufgenommen haben und das deutlich machen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben als CDU und FDP im Gegensatz zu Ihnen eine ganz klare Linie: Wir haben eine Mediation. Wir haben ein Ergebnis der Mediation, und das setzen wir um. Das haben wir umgesetzt.

(Zurufe von der SPD: Das haben Sie nicht umgesetzt!)

– Wissen Sie, Sie machen es sich aus der Opposition heraus recht einfach. Ein solches Nachtflugverbot rechtssicher umzusetzen ist keine einfache Aufgabe. Aber wir haben es geschafft, wie wir gesagt haben, dass wir es wollen.

(Beifall bei der FDP und CDU – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

– Selbstverständlich haben wir es geschafft. Sie haben uns dafür kritisiert, dass wir das mit der Planklarstellung gemacht haben, dass Dieter Posch das durchgesetzt hat. Aber wir haben es gemacht.

Meine Damen und Herren, wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Lärmschutz in der Region zu verbessern. Wir haben 19 verschiedene Punkte auf den Weg gebracht. Der Wirtschaftsminister ist im Moment unterwegs und versucht, auch andere europäische Großflughäfen davon zu überzeugen, dass lärmabhängige Start- und Landeentgelte der richtige Weg sind, um

eine Umrüstung auf leisere Maschinen zu erreichen. Das alles sind die Punkte, die wir erreichen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das klappt ja super! Fangen Sie mal mit Flörsheim an!)

Wir kämpfen dafür, dass den Menschen, die vor Ort stark betroffen sind, passiver Schallschutz, was auch ein Mittel ist, bereitgestellt wird. Und was macht die SPD? Was macht der SPD-Oberbürgermeister in Frankfurt? Nichts, gar nichts. Er sackt die Dividende der Fraport ein.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Er sagt: Das brauchen wir auch, weil es wichtiges Geld für uns ist. – Aber er tut nichts, um Linderung durch Lärmreduzierung zu erreichen.

Meine Damen und Herren, das ist ein so falsches Spiel. Da zu sitzen und zu grinsen, Herr Schäfer-Gümbel: Wenn man so ein Spiel spielt, dann ist das hämisch und nicht im Interesse der Menschen in der Region.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Al-Wazir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Nordwestbahn ist jetzt eineinhalb Jahre in Betrieb. Ich will am Anfang eine ökonomische Bilanz ziehen. Wir haben sinkende Flugbewegungszahlen. Wir haben inzwischen sogar sinkende Passagierzahlen. Wir hatten im Januar 2013 die geringste Zahl an Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen seit dem Januar 1999.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): 3.000 neue Arbeitsplätze im letzten Jahr! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Nicht 100.000?)

Der zweite ökonomische Bilanzpunkt: von wegen Jobmaschine. Die Lufthansa streicht Stellen. Airberlin streicht Stellen. Die Ertragskraft der Fraport sinkt,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

weil jetzt der Ausbau finanziert und abgeschrieben werden muss. Dazu haben auch die Fehlplanung der Nordwestbahn beigetragen und die Tatsache, dass Roland Koch bei der politischen Setzung einfach die Ticona und die Seveso-II-Richtlinie übersehen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Frage der Zeit, dass auch die Fraport über die Frage nachdenken muss, ob sie zusätzliche Arbeitsplätze schafft oder ob es auch dort einen Abbau geben wird. Ich stelle deshalb fest: Ihre Ausbaustrategie ist ökonomisch gescheitert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Dazu passt, dass die „HNA“ heute meldet, dass von den 180 Plätzen des Erstflugs von Kassel-Calden bis jetzt gerade einmal 30 verkauft wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gleichzeitig haben wir 100.000 zusätzlich von Fluglärm betroffene Menschen. Wir haben seit eineinhalb Jahren anhaltende Proteste, und wir haben Anwohnerinnen und Anwohner, die

nicht mehr wissen, wohin mit ihrer Verzweiflung, weil sie sich ihrer Heimat beraubt fühlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gerade aus den Redebeiträgen von Herrn Arnold und Herrn Müller herausgehört, warum Sie diesen Punkt heute beantragt haben. Sie haben Angst, dass die vier SPD-OBs nahe dran sind an ihren Bürgerinnen und Bürgern. Sie haben Angst, dass viele Wählerinnen und Wähler dabei sind, die das letzte Mal Sie gewählt haben und es jetzt nicht mehr tun werden. Das ist der eigentliche Grund der Debatte, die wir hier führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest: Die Grenzen der Belastbarkeit der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet sind überschritten. Daher kann es so, wie es ist, nicht bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Deswegen sage ich hier ausdrücklich: Das Terminal 3 darf nicht gebaut werden, weil es erstens ökonomisch unsinnig ist, in sinkende Passagierzahlen hinein zusätzliche Abfertigungskapazitäten zu bauen. Es darf aber auch deshalb nicht gebaut werden, weil, falls es ökonomisch irgendwann einmal erfolgreich sein sollte, die Rhein-Main-Region völlig unzumutbar belastet würde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Zweitens brauchen wir eine Obergrenze an Flugbewegungen, und wir brauchen eine Obergrenze an Lärm.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir brauchen auch ein Nachtflugverbot – während der gesamten Nacht von 22 bis 6 Uhr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Dann machen wir doch Frankfurt kaputt!)

Sie wollen es nicht. Ich bin dankbar dafür, dass Sie ausdrücklich sagen, dass Sie es nicht wollen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Richtig!)

Dann können die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, wer ihre Interessen vertritt und wer gegen ihre Interessen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Arbeitsplätze!)

Es ist – ganz ausdrücklich – so, dass die Umsetzung eines solchen Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr nicht einfach werden wird. Denn Sie haben rechtlich alles dazu beigetragen, das so schwer wie möglich zu machen.

Aber ich erinnere daran, dass auch Sie vor dem Jahr 2007 gesagt haben, ein absolutes Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr sei nicht möglich. Sie haben Ihr eigenes Wahlversprechen gebrochen und 17 Flüge genehmigt. Sowohl der Verwaltungsgerichtshof als auch das Bundesverwaltungsgericht haben Ihnen gesagt, dass Sie schlicht falsch lagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Zuruf von der CDU: Nicht gebrochen! – Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen stelle ich fest: Der Bau der Nordwestbahn war, ist und bleibt ein Fehler, den CDU, SPD und FDP gemeinsam begangen haben. Diesen Fehler – und damit die Nordwestbahn – können wir nicht hinwegzaubern.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

In diesem Zusammenhang wäre ich dankbar, Frau Kollegin Wissler, wenn Sie einmal sagen würden, wie Sie denn Ihre Forderung der Stilllegung umsetzen wollen. Diese Frage stelle ich Ihnen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Kommt noch!)

Aber wir müssen wenigstens die Folgen dieses Fehlers abmildern und für zusätzliche Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet sorgen. Die merken nämlich, wer auf ihrer Seite steht und wer gegen sie arbeitet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür kämpfen wir. Wenn uns in diesem Kampf für die Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet vier Oberbürgermeister unterstützen, die der SPD angehören, dann freut uns das, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir merken, dass diese Oberbürgermeister nahe dran sind an ihren Bürgerinnen und Bürgern. Sie wissen, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Sie müssen zum Ende kommen.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Wir sind sicher, dass die realen Verhältnisse – nämlich die unzumutbare Situation, die wir haben – am Ende auch für reale Veränderungen am Istzustand sorgen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. – Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Rentsch. Bitte schön.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt viele Länder in der Bundesrepublik, aber auch außerhalb Deutschlands, die froh wären, wenn sie einen solchen Flughafen hätten. Sie wären froh, wenn sie über diesen Flughafen eine solche Wirtschaftskraft und Dynamik besäßen. Sie wären auch froh, wenn sie es dadurch geschafft hätten, eine derart internationale Ansammlung von Unternehmen in eine Region wie die Rhein-Main-Region zu holen, die die wirtschaftsstärkste in der gesamten Bundesrepublik ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb hat die heutige Debatte extreme Auswirkungen darauf, was in der Zukunft für die Menschen in diesem Land passiert.

Im Frankfurter Süden gibt es einen SPD-Kandidaten, der sich in einer Kampfabstimmung durchgesetzt hat und der fordert: zurück zu den Flugbewegungen von 1996. Herr Schäfer-Gümbel, 1996 hatten wir am Frankfurter Flughafen 55.000 Menschen in Beschäftigung. Heute sind wir bei knapp 80.000 Menschen. Wollen Sie mit Ihrer Partei allen Ernstes, dass wir diese Jobmaschine quasi abtöten und wieder zurück in alte Zeiten gehen? Oder wollen wir weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein und für die Menschen in dieser Region und über diese Region hinaus Arbeitsplätze schaffen?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie müssen den Leuten sagen, was es bedeutet, was Sie erzählen.

Zur Wahrheit gehört auch: Wir bewegen uns auf der Grundlage des Mediationsergebnisses.

(Holger Bellino (CDU): So ist es!)

Das ist vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden. Dieses Mediationsergebnis besagt aber auch, dass wir zurzeit die Grenze der möglichen Betriebseinschränkung erreicht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Eine weitere Einschränkung des Betriebs am Frankfurter Flughafen, Herr Kollege Al-Wazir, würde uns die Hub-Funktion kosten. Das habe ich hier schon ein paar Mal gesagt, aber es scheint bei Ihnen nicht angekommen zu sein.

(Nancy Faeser (SPD): Das ist schlicht falsch! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kaufmann, ganz ehrlich: Dass Sie kein Benehmen haben, weiß der Hessische Landtag. Dass Sie das aber immer wieder bestätigen müssen, zeigt, welche Arroganz die GRÜNEN hier im Landtag an den Tag legen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage es einmal am Beispiel von Frank Kaufmann – insofern passt der Zwischenruf hervorragend. Ich möchte nicht, dass ein Staatssekretär Kaufmann dann in einem Verkehrsministerium das Recht aus grüner ideologischer Sicht so lange biegt, bis am Frankfurter Flughafen weitere Arbeitsplätze flöten gehen. Das möchte ich nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb will ich noch einmal darauf eingehen, was wir alles tun. Wir wollen das wirtschaftliche Wachstum dieses Flughafens. Wir verschweigen aber auch nicht, dass wir durch den Flughafen natürlich auch Belastungen für diese dicht besiedelte Region haben. Das ist doch unbestritten.

Deshalb sind wir unter der Führung des Hessischen Ministerpräsidenten bei der Allianz für Lärmschutz aktiv geworden. Ich nenne das Casa-Programm, den Regionalfonds, die Zuschüsse und Darlehen für Lärmschutzmaßnahmen von Eigentümern und die Zuschüsse für Schulen und Kindergärten sowie Zuschüsse an betroffene Gemeinden. Die Finanzierung von Maßnahmen erfolgte über die Einrichtung eines Regionalfonds im Umfang von 265 Millionen €, meine Damen und Herren.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Was zahlt davon Fraport?)

Damit zeigen wir, dass wir es ernst meinen.

Die Allianz für Lärmschutz umfasst folgende Punkte: eine Anhebung der Flughöhe um 300 m, eine Anhebung der Überflüge im Westen und im Osten sowie die Anhebung der Anflugwinkel auf die Nordwestlandebahn um 3,2 Grad.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf 3,2 Grad!)

Weitere Stichworte sind: konstanter Sinkflug, Dedicated Runway Operations, die vorgezogene Ausflottung von lauten Flugzeugen und die weitere Spreizung der Lärmengelder. Es gibt ein Forschungsprojekt zur Reduzierung von Bodenlärm, ein Forschungsprojekt für lärmärmere Landverfahren und das Monitoring über das Umwelt- und Nachbarschaftshaus.

So viel, wie wir am Frankfurter Flughafen für die Region tun, tut kein Flughafen der Welt, der so erfolgreich ist wie wir, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das alles wissen Sie. Aber darum geht es heute nicht. Heute geht es um die „Frankfurter Rundschau“ und den Spitzenkandidaten der hessischen Sozialdemokraten für die Landtagswahl. Zunächst einmal bin ich froh, dass es die „Frankfurter Rundschau“ noch gibt – nicht wegen der SPD, sondern trotz der SPD; das muss man klar sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Schäfer-Gümbel, erst habe ich gedacht, das sei eine wohlgedachte Strategie. Da hat sich der Schäfer-Gümbel überlegt: Wir schicken die Oberbürgermeister los; die erzählen das eine – das kennen wir sonst nur von den GRÜNEN –, und wir erzählen das andere. Dann nehmen wir beide Personengruppen mit. – Das könnte ja sein, dass Sie einfach ganz bewusst und vorsätzlich versuchen, die Menschen zu täuschen. Vorstellen könnte ich es mir. Vielleicht ist das so.

(Widerspruch der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Aber wer das hier liest, muss sich schon wundern. Ich jedenfalls habe noch nie ein Interview gelesen, bei dem jemand derart die Hosen heruntergelassen hat.

(Holger Bellino (CDU): Hat Spaß gemacht!)

Deshalb muss ich das jetzt einmal wörtlich zitieren. „Wussten Sie, dass da was kommt?“ Antwort: „Ich wusste, dass es eine Pressekonferenz geben wird. Das Positionspapier kannte ich im Detail noch nicht.“ Was wissen Sie eigentlich, Herr Schäfer-Gümbel?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Da gehen führende Repräsentanten Ihrer Partei an die Öffentlichkeit, vor die Presse. Und Sie erzählen – –

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Ich möchte Sie an die Redezeit der Fraktionen erinnern, Herr Staatsminister.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Vielen Dank. – Und Sie erzählen hier: Das ist die Position der Oberbürgermeister. Die können erzählen, was sie wollen. Wir erzählen auf der anderen Seite, was wir wollen. – Aber was ist denn die Position der hessischen Sozialdemokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren? Wo stehen Sie eigentlich?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Nancy Faeser (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich glaube nicht, dass Sie noch einmal den Mut haben, sich hierhin zu stellen und Klartext zu reden. Sie haben es heute wieder mal verpasst, hier klar zu sagen, wofür Sie stehen.

Ich sage Ihnen eines, Herr Schäfer-Gümbel, und das ist auch meine Sorge: Ich glaube, dass die Rechtsgrundlage, die wir haben, eine sehr stabile ist. Aber ich möchte nicht ausprobieren, was passiert, wenn GRÜNE an dieser Rechtsgrundlage herumdrehen, so wie sie es in anderen Ländern mit anderen Infrastrukturprojekten gemacht haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau so ist es!)

Ein Projekt dieser Größenordnung, mit dieser Dimension für die Arbeitskraft und die Arbeitsplätze des Landes Hessen, der Rhein-Main-Region sowie des Nordens von Baden-Württemberg, von Bayern und auch von Rheinland-Pfalz: Der Frankfurter Flughafen in Ihren Händen, meine Damen und Herren, das würde definitiv nicht nur Rückschritt bedeuten, es würde auch das Ende der Wirtschaftskraft unseres Landes bedeuten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Also wirklich!)

Das wollen und werden wir nicht zulassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Das, was wir jetzt haben, ist das Absolute,

(Gerhard Merz (SPD): Das Ende ist nahe!)

was an Einschränkungen des Flugbetriebs geht. Mehr am Frankfurter Flughafen geht nicht.

Zweitens. Wir werden alles daransetzen, dass Betroffene – – Es gibt natürlich Betroffene,

(Günter Rudolph (SPD): Ach!)

und ich habe in den letzten Monaten mehr als Sie, Herr Kollege Rudolph, irgendwo im Schwalm-Eder-Kreis mit Menschen hier in der Region diskutiert, die vom Fluglärm betroffen sind.

(Günter Rudolph (SPD): Überheblichkeit ist kein Erfolgsgarant!)

Deshalb machen wir auch so viel wie kein anderer. Aber am Schluss wird immer die Frage stehen: Sind wir bereit, diesen wirtschaftlichen Erfolg des Flughafens zu unterstützen, oder lassen wir uns auf diesen Schlingerkurs von Rot und Grün ein, wo sich zum Schluss wahrscheinlich die GRÜNEN wieder einmal durchsetzen werden und dieses Land wirtschaftlich in den Bankrott führen, Herr Kollege Al-Wazir?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah! – Heike Habermann (SPD): Eindimensional!)

Wenn Sie über Roland Koch reden, wenn Sie als Politologe über die wirtschaftlichen Kenntnisse von Roland Koch reden, würde ich mich immer für Roland Koch und nicht für Sie entscheiden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Minister Rentsch. – Als nächster Redner hat sich der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Schäfer-Gümbel, zu Wort gemeldet. Bitte schön.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er hat heute ein Dauerabonnement!)

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Rhein weiß ja, wie das mit den Erfolgen rund um den Frankfurter Flughafen ist. Er hat das am eigenen Leib erlebt.

(Peter Beuth (CDU): Hochmut, mein Lieber, kommt vor dem Fall! – Zuruf des Ministers Boris Rhein)

– Deswegen wäre ich ein bisschen vorsichtiger mit Zwischenrufen dieser Art, Herr Innenminister. Da sind wir ganz schnell beim Thema.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es gibt jetzt eine schöne Gelegenheit, noch einmal ein paar Bemerkungen zu machen. Die erste, die ich machen will, ist, dass ich es selten erlebt habe, dass ein Wirtschaftsminister zu diesem Thema hier nach vorne geht und so hart an den Sachverhalten vorbeiredet, wie das eben Florian Rentsch getan hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das fängt schon mit der verwegenen Position an – wörtlich –, dass die Mediation ja in Leipzig bestätigt worden sei.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ein Quatsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt will ich das auch in Richtung Öffentlichkeit sagen: In Leipzig ist nicht die Mediation verhandelt worden, sondern der Wortbruch der Hessischen Landesregierung unter Schwarz-Gelb bei der Nachtruhe.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vor Leipzig ist verhandelt worden, dass Sie entgegen einem Versprechen, das CDU, SPD und FDP über zehn Jahre der Region gegeben haben, dass beim Ausbau des Frankfurter Flughafens als, wie es Herr Hahn immer formulierte, zweite Seite einer Medaille nachts kein Flugzeug fliegen wird, 17 Nachtflüge zugelassen haben. Dagegen ist die gesamte Region aufgestanden und hat gesagt: Das wollen wir nicht. – Dagegen ist geklagt worden, und ich sage: Gott sei Dank mit Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Ihr Wortbruch, der zu dieser Situation führte. Wenn dann Florian Rentsch hier als Wirtschaftsminister erklärt, dass er große Sorge hat vor der rechtlichen Kompetenz von Tarek Al-Wazir und anderen:

(Holger Bellino (CDU): Hat er recht!)

Nun bin ich eigentlich nicht in der Situation, die GRÜNEN zu verteidigen, aber, mit Verlaub,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kannst du ruhig machen!)

angesichts dieser Entscheidung zum Thema Wortbruch oder auch der Frage von Schadenersatzansprüchen von RWE sollten Kabinettsmitglieder dieser Regierung zum Thema Rechtssicherheit besser gar nichts sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich noch einmal zur inneren Verfasstheit von Parteien und dem Staatsverständnis, das heute Morgen hier formuliert wurde.

(Kurt Wiegel (CDU): Ihr Staatsverständnis!)

Ich will es noch einmal zum Mitschreiben sagen: Wir sind nicht im Staatssozialismus. Wir sind nicht in der SED oder anderen zentralistischen Parteien oder solchen, die sich dafür halten.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen gibt es in unserer Partei eine demokratische Verfasstheit, die sich auf die Parteiorgane bezieht.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben mit den Blockflöten nichts zu tun!)

Auf der anderen Seite gibt es Vertreterinnen und Vertreter, die für ihre Gebietskörperschaften sprechen und dabei Positionen beziehen, die nicht meine sind, die auch nicht die Positionen der hessischen SPD sind. Sie haben es aber nicht verstanden. Deswegen wiederhole ich es noch einmal.

(Clemens Reif (CDU): Das haben Sie eben schon gesagt!)

– Herr Reif, da bin ich mir jetzt nicht sicher, aber ich wiederhole es, dann gibt es vielleicht noch einmal eine Chance.

(Clemens Reif (CDU): Hoffentlich verstehen Sie alles!)

Bei anderen hat es an anderer Stelle so auch funktioniert. – Die hessische SPD hat klipp und klar gesagt, was sie will. Das hat sie auf einem Parteitag am Ende nahezu einstimmig entschieden. Dass Oberbürgermeister danach eine andere Position vertreten, ist ihr gutes Recht, weil sie als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, der Stadt Hanau, von Offenbach oder Mainz nicht dem Parteistatut der hessischen SPD unterliegen. Das werden wir auch immer zurückweisen, wenn es denn Versuche gibt, das miteinander in Verquickung zu bringen.

Herr Reif, im Übrigen will ich das noch einmal wegen der Frage „verstehen oder nicht verstehen“ sagen: Das Problem haben Sie im Kern als zweite große Volkspartei in der Region auch. Ich denke an den ehemaligen Landrat Gall. Ich denke an den amtierenden Landrat Cyriax. Ich denke an Herrn Landrat Quilling und manch andere,

(Holger Bellino (CDU): Die Volkspartei!)

die zur Frage des Flughafenausbaus in den letzten Jahren ziemlich dezidiert andere Auffassungen vertreten haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere mich daran, dass jemand, der einmal versucht hat, in Frankfurt Oberbürgermeister zu werden, auf den letzten Metern erklärt hat, warum das mit dem Flughafen alles ganz schwierig ist und man es anders machen muss.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann kam jemand von der anderen Seite – aus Offenbach –, der auch erklärt hat: Wir haben das alles völlig unterschätzt. – Wir alle müssten zumindest so ehrlich miteinander umgehen, dass die Debatte über die Frage, wie man mit den Belastungen und den Erträgen aus dem Frankfurter Flughafen umgeht, in allen Parteien umstritten ist. Das gilt auch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – da gab es in Frankfurt Möglichkeiten, Sachen zu beeinflussen, die in der schwarz-grünen Koalition nicht gemacht wurden. Das gilt für die Debatten innerhalb der Region.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das gilt sogar gelegentlich für einzelne Stimmen aus der FDP. Die LINKE muss ich jetzt ausnehmen. Die haben an der Stelle eine klare Position. Ich weiß nicht, wie sie das umsetzen wollen, was sie da erzählen. Das ist das Perfide. Da bin ich sehr bei all denen, die sagen: Hoffnungen zu wecken, wo man vorher weiß, dass sie nicht realisierbar sind, das halte ich nicht für zulässig.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-tal) (CDU): Sagen Sie das Ihrem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen, Herr Kollege.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Deswegen bleibt es dabei – Frau Präsidentin –, wie ich vorhin gesagt habe und wie ich es seit Jahren sage: Ich verspreche der Region nichts, wovon ich nicht überzeugt bin, dass es umsetzbar ist. – Und das haben wir auf dem Parteitag beschlossen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-tal) (CDU): Dann lassen Sie es! – Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Der Oberbürgermeister war anders!)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. – Als nächste Rednerin hat sich Frau Kollegin Wissler von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der SPD – Glockenzeichen der Präsidentin)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich finde, Ihr Auftritt hat ein bisschen gezeigt, dass Ihnen offensichtlich die Dimension des Problems, über das wir hier reden, nämlich die Verlärmung einer gesamten Region, nicht so ganz deutlich geworden ist. Sie haben die meiste Zeit Ihrer Redezeit dafür gebraucht, über die Führungsqualitäten oder Nichtführungsqualitäten des Landesvorsitzenden der SPD zu reden. Aber das ist hier nicht die Frage, und das ist auch nicht das Problem, das die Menschen in der Region haben.

(Minister Florian Rentsch: Was halten Sie denn von den Führungsqualitäten?)

– Das ist weder Ihre noch meine Aufgabe, es zu beurteilen. Ich finde, dass die SPD ihre innerparteilichen Debatten dort führen muss. – Ich möchte darüber reden, was die Landesregierung tun kann, um dieses Lärmproblem zu beseitigen. Deswegen finde ich es schon ein bisschen armseilig, dass Sie dazu gar nichts sagen

(Beifall bei der LINKEN)

und stattdessen hier nur über die SPD reden. Wir hätten diesen ganzen Antrag nicht gehabt, wenn die SPD hier innerparteilich nicht ein bisschen Zoff gehabt hätte.

(Minister Florian Rentsch legt der Rednerin Papiere auf das Rednerpult.)

– Vielen Dank. Ich sage gleich etwas zu Ihren Maßnahmen, Herr Minister.

(Minister Florian Rentsch: Was ist das für eine Art?)

Ich finde, dass Sie zu einigen Fragen doch einiges hätten sagen können. Herr Minister, ich frage Sie noch einmal: Was ist mit dem Problem mit den Wirbelschleppen? Was muss da passieren, bevor das Ministerium handelt? Es kann doch nicht angehen, dass in Flörsheim Dachziegel durch die Gegend fliegen. Dort spielen draußen Kinder. Da gehen Leute über die Straße.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

– Frau Lannert, ja, das kann doch wohl nicht wahr sein. Wann tun Sie dagegen etwas? Das ist doch wirklich ein Problem, dessen Sie sich annehmen müssten.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt zu Ihren Maßnahmen, die Sie mir gerade freundlicherweise hingelegt haben. Herr Minister, Ihre Lärmschutzmaßnahmen – Sie haben von 265 Millionen € gesprochen. Wie viel zahlt davon die Fraport? Wie viel ist es denn? – Ich brauche nicht nachzusehen, ich weiß es. Es sind 15 bis 20 Millionen €.

Das heißt also: 100 % Verursacher, 8 % der Kosten. Das ist, finde ich, eine Politik, Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren. – Es kann doch nicht sein, dass die Anwohner für die Lärmschutzmaßnahmen auch noch selber blechen müssen, nämlich über die Steuergelder.

Deswegen bin ich nicht der Meinung, dass Sie sehr stolz auf diese Lärmschutzmaßnahmen sein müssen, sondern das Mindeste wäre, die Kosten zu 100 % der Fraport in Rechnung zu stellen, denn die verursacht auch den Lärm.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): 4.350 €!)

– Das ist genau der Punkt: Der maximale Betrag, den man überhaupt bekommen kann, beträgt 4.350 €. – Herr Minister, das reicht nicht einmal für zwei Lärmschutzfenster. Das ist doch lächerlich, was Sie über Maßnahmen erzählen. Wie soll denn das den Menschen helfen, ganz davon abgesehen, dass die Menschen natürlich nicht eingepfercht in ihren Häusern sein wollen, sondern dass sie ihre Gärten und Terrassen benutzen und sich vielleicht auch im Freien aufhalten wollen?

Sie streuen den Menschen doch Sand in die Augen. Sie versuchen hier, kosmetische Korrekturen vorzunehmen. Mehr ist es nicht.

Wir sagen: Wir müssen an der Lärmquelle ansetzen. – Da frage ich einmal ganz ehrlich: Was ist denn die Alternative zur Stilllegung der Landebahn? – Es kann doch nicht so bleiben, wie es ist. Die Alternative kann doch nicht darin bestehen, dass man ganze Gemeinden entvölkert.

Ich sage Ihnen: Laut dem Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetz können Verwaltungsakte widerrufen werden. Sie können widerrufen werden, wenn ohne den Widerruf das öffentliche Interesse gefährdet wäre, wenn neue Tatsachen bekannt werden, oder um schwere Nachteile für das Gemeinwohl zu beseitigen.

Wir reden hier über permanenten Lärm. Wir reden über Schadstoffe und herumfliegende Dachziegel. Das alles ist hochgradig gesundheitsgefährdend. Da frage ich Sie: Wann, wenn nicht in diesem Fall, liegt denn ein schwerer Nachteil für das Gemeinwohl vor? Wann, wenn nicht in dieser Situation, muss eingegriffen werden, um diese Risiken zu vermeiden?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, man muss auch noch einmal vor allem an den Planfeststellungsbeschluss und an die Gutachten herangehen. Es ist doch klar, dass beispielsweise die Frage des Vogelschlagrisikos überhaupt nicht hinreichend gewürdigt wurde.

Es gab Prognosen und Gutachten hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze. Das hat sich in Luft aufgelöst. Herr Müller, Sie sprechen jetzt von 3.000 Arbeitsplätzen. Das ist doch ein Witz.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): 100.000 sollten es sein! – Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Sie haben von 100.000 Arbeitsplätzen für die Region gesprochen. Damit haben Sie versucht, die Menschen in der Region einzukaufen. Jetzt freuen Sie sich, dass es 3.000 Arbeitsplätze sind. Das steht doch in keinem Verhältnis zu der Schädigung, die die Menschen tagtäglich erfahren.

Herr Müller, ich wage sehr stark zu bezweifeln, ob das neue Arbeitsplätze sind. Sie könnten auch dorthin verlagert sein. Lassen Sie einmal ein Gutachten dazu machen, und schauen Sie sich an, welche Arbeitsplätze dort angeblich entstanden sein sollen.

Herr Kollege Al-Wazir hat es angesprochen: Die Zahl der Passagiere ist rückläufig. – Das ist alles Lug und Trug gewesen. Es wurden Gutachten manipuliert. Es wurde mit falschen Fakten gearbeitet, um diesen Ausbau des Flughafens gegen alle Widerstände durchzusetzen.

(Dieter Posch (FDP): Das ist unglaublich, also wirklich!)

Das ist auch der Grund, warum den Flughafenausbauparteien in diesem Land keiner mehr etwas glaubt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zu meinen letzten Sätzen. Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben gesagt, wir würden Hoffnungen schüren und Dinge versprechen, die wir nicht umsetzen könnten. Dazu sage ich als Erstes, dass ich den Menschen sage, sie müssen in allererster Linie weiterhin kämpfen.

Am letzten Montag war die 55. Montagsdemonstration. Die Menschen müssen weitermachen. Sie müssen weiterhin in der Gesellschaft Druck machen.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Ich sage: Das Problem bei Ihnen besteht doch nicht darin, dass Sie es nicht könnten. Vielmehr wollen Sie es doch gar nicht. Die SPD hat immer für den Ausbau des Flughafens gestanden. Sie waren für das Nachtflugverbot von 23 Uhr bis 5 Uhr.

Jetzt erzählen Sie mir nicht, dass Sie nichts anderes umsetzen könnten. Sie wollen es nicht anders. Sie haben diese Entscheidung immer klar getroffen. Sie haben sie auf Ihrem Parteitag wieder einmal bestätigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin Wissler, vielen Dank. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Tarek Al-Wazir von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschafts- und Verkehrsminister meinte, hier sagen zu können, dass er ein Experte in Sachen Flughafenausbau sei. Da wir grundsätzlich über diesen Flughafen sprechen, will ich einmal über die Frage reden, was wir da eigentlich im Rhein-Main-Gebiet haben.

Wir haben dort einen der verrücktesten Flughäfen der Welt. Er hat zwar vier Bahnen, aber keine dieser Bahnen ist voll nutzbar, also so, wie man normalerweise eine 4 km lange Bahn für einen normalen Flughafen bauen würde.

(Zuruf von der CDU: Jetzt spricht der Wirtschaftsfachmann!)

Die beiden Bahnen, die sich im Parallelsystem befinden, sind die Centerbahn und die Südbahn. Diese beiden Bahnen befinden sich so nah aneinander und haben so wenig Abstand voneinander, dass sie nicht unabhängig voneinander zu betreiben sind.

Dann hat man vor 30 Jahren die nächste Fehlentscheidung getroffen und die Startbahn West hineingebaut, die – das gibt es nirgendwo sonst – nur in eine Richtung genutzt wird. Sie wird nur für Starts und nur in eine Richtung genutzt.

Weil dieser Flughafen einfach an der falschen Stelle ist, hat man gesagt: Jetzt kommt der nächste Schritt. – Man hat dann noch die Nordwestbahn hineingequetscht, die nur 2.800 m lang ist. Das heißt, sie ist für bestimmte Flugzeugtypen überhaupt nicht zu gebrauchen. Außerdem wird sie nur für Landungen benutzt.

Während man sonst überall aus dem Ballungsraum herausgeht, ist man hier auf die verrückte Idee gekommen, an die Besiedelung näher heranzugehen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Völlig richtig!)

Sie wollen uns jetzt erklären, wir hätten keine Ahnung von Flughäfen? – Schauen Sie sich doch die Geschichte der letzten 30 Jahre im Rhein-Main-Gebiet an.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich sage Ihnen: Es ist eine verrückte Idee gewesen, den größten Flughafen Europas mitten im Ballungsraum Rhein-Main betreiben zu wollen.

(Holger Bellino (CDU): In der Lüneburger Heide, oder wo?)

Uns war das immer klar. Deswegen waren wir gegen diesen Ausbau.

Sie merken jetzt, dass die Menschen in der Region durch das reale Erleben gemerkt haben, dass die Grenze der Belastung endgültig überschritten ist. Daran müssen wir etwas ändern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Zuruf: Machen Sie einmal einen Standortvorschlag!)

Herr Rentsch, Sie haben von einer Anhebung des Anfluggleitwinkels um 3,2 Grad gesprochen. Es geht um die Anhebung auf 3,2 Grad. Der Unterschied sind 0,2 Grad.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Oh!)

6,2 Grad wäre faktisch schon der Absturz. Insofern gehe ich einmal davon aus, dass er sich versprochen hat. Sie merken doch an diesen ganzen Maßnahmen – –

(Dr. Walter Arnold (CDU): Oberlehrer!)

– Herr Arnold, es geht da nicht um den „Oberlehrer“. Ich wohne da. Alle meine Nachbarn glauben nicht, dass der Anfluggleitwinkel angehoben wurde. Ich kann Ihnen sagen: Ich weiß, dass er angehoben wurde. – Denn von Oktober 2011 bis Oktober 2012 war bei Betriebsrichtung 25R alle 90 Sekunden mein Satellitenbild weg. Seitdem der Anfluggleitwinkel angehoben wurde, ist es permanent da. Das heißt, die Maschinen fliegen ungefähr 90 m höher. Nur, das Problem besteht doch darin, dass man keinen Unterschied hört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das ist doch das Problem all Ihrer ganzen Maßnahmen: Sie lassen sich für Maßnahmen feiern, die real keine Veränderungen bringen.

Das Grundproblem besteht doch darin: Sie zittern vor Angst vor der nächsten Landtagswahl.

(Zuruf von der CDU: Das hätten Sie gerne!)

Man muss sich das einmal betrachten. Herr Kollege Bodenberger hat auf einer Veranstaltung im Südbahnhof in

Frankfurt ernsthaft vorgeschlagen, dass die Flugzeuge, die bei der Betriebsrichtung 25R im Anflug auf die Nordwestbahn ab Gelnhausen quasi auf einer Linie in Richtung Landebahn sind, wenn sie Offenbach überfliegen haben, einen Bogen um seinen Wahlkreis fliegen sollten, um dann zu landen.

Daran merkt man doch, dass der Mann erstens keine Ahnung hat. Zweitens schlottern ihm die Knie vor Angst, weil die Bürgerinnen und Bürger das nicht mehr mitmachen. Das ist das Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Leute merken das. Ich sage Ihnen: Natürlich ist es so, dass die Mitglieder der SPD auch merken, dass sie einen Fehler begangen haben. Als Landespartei hält sie an ihrer Position fest. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber es ist doch so, dass vier Oberbürgermeister, die im Gegensatz zu Ihnen nahe am Volk sind, gesagt haben: So wie es ist, kann es nicht bleiben.

Ich begrüße das ausdrücklich und weiß, dass wir mehr Lärmschutz für die Bürgerinnen und Bürger brauchen. Wir brauchen einen, der sich nicht nur in den Reden des Florian Rentsch wiederfindet, sondern einen, der real etwas bringt. Dazu gehört unabdingbar das Flugverbot in der Nacht und nicht nur für sechs Stunden.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Al-Wazir, vielen Dank. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Greilich von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Herr Kollege Greilich, bitte schön, Sie haben das Wort.

Wolfgang Greilich (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es noch einer Begründung bedurft hätte, warum wir diesen Dringlichen Entschließungsantrag heute diskutieren mussten, dann haben das die Beiträge des Landesvorsitzenden der SPD eindrucksvoll gezeigt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind es gewohnt, dass die neuen und alten Kommunisten und die GRÜNEN Fundamentalgegner des Flughafens sind. Sie machen Fundamentalopposition und sind gegen alles.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eines ist allerdings neu. Das hat sich heute in dieser Debatte sehr deutlich gezeigt. Die SPD verabschiedet sich Stück für Stück aus der Reihe derer, die verantwortlich mit diesem Flughafen umgehen und die verantwortliche Politik für diesen Flughafen machen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe mich schon gewundert, als ich die Berichte von dem viel zitierten Parteitag der SPD gelesen habe. Das ist in der Berichterstattung ein bisschen untergegangen. Herr

Kollege Schäfer-Gümbel, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, waren dort 350 Delegierte versammelt. Es waren dort 350 Delegierte versammelt, um die Positionen der SPD für diese Wahl festzulegen.

Nicht einmal die Hälfte dieser Delegierten ist Ihnen bei Ihrem viel beschriebenen Kurs für den Flughafen, für das Nachtflugverbot von sechs Stunden gefolgt – im Gegenteil: Die meisten sind einfach weggeblieben, als abgestimmt wurde. Nicht einmal die Hälfte der Delegierten haben Sie hinter sich gebracht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das muss man wissen. Wir haben doch Erfahrungen mit SPD-Parteitag. Da gab es einmal eine Spitzenkandidatin der SPD, die hier ein rot-rot-grünes BÜNDNIS wollte. Auch damals war es so, dass man sich dadurch aus der Affäre zog, dass die Hälfte der Delegierten einfach draußen blieb.

(Widerspruch bei der SPD)

Damals schien die Sonne, das Wetter war ein bisschen besser. Aber dass Sie dann nur in kleinen Kreisen solche Beschlüsse fassen,

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

das ist nun offensichtlich einmal sozialdemokratische Tradition.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Gibt es dafür eine Quelle?)

Meine Damen und Herren, wir wollen festhalten, was hier passiert. Herr Schäfer-Gümbel erklärt heute wieder in der „Frankfurter Rundschau“, die Partei folge ihm. Er hat seine Position. Die ist beschlossen – von nicht einmal der Hälfte der Delegierten des SPD-Landesparteitags. Und was die vier führenden Genossen in Oberbürgermeisterämtern wollen, die da anscheinend ganz zufällig hineingekommen sind,

(Günter Rudolph (SPD): Der Wähler war es!)

damit hat die SPD nichts zu tun, das spielt keine Rolle.

Meine Damen und Herren, was Sie hier vorbereiten, ist ein ganz durchsichtiges doppeltes Spiel.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie fahren eine Doppelstrategie. Herr Schäfer-Gümbel bekennt sich zum Mediationsergebnis – das wir umgesetzt haben. Auch das will ich nur einmal ganz nebenbei festhalten.

(Widerspruch des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das rechtssichere Nachtflugverbot, das wir haben, gibt es nur durch den Flughafenausbau. Das müssen sich die GRÜNEN merken.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Und das gibt es nur deshalb, weil Dieter Posch es als eine seiner letzten Amtshandlungen – unter Ihrer Kritik – festgeschrieben hat,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau so ist es!)

unmittelbar nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, Ihre Doppelstrategie ist durchsichtig. In Frankfurt lassen Sie beschließen, dass das Nachtflugverbot ausgedehnt werden muss – von der SPD beschließen. Sie lassen es zu, dass die SPD in Frankfurt Landtagskandidaten abwählt bzw. nicht aufstellt, die sich für die Linie des Landesvorsitzenden einsetzen. Herr Grumbach, stattdessen werden Fundamentalgegner des Flughafens zu Landtagskandidaten der SPD gewählt,

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

und dann schicken Sie Ihre Oberbürgermeister los, um die Position darzustellen, zu der Sie sich selbst nicht trauen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Herr Schäfer-Gümbel, was Sie hier vorbereiten, ist der doppelte Wortbruch mithilfe Ihrer gewählten Oberbürgermeister.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Als nächster Redner hat sich Dr. Wagner von der CDU zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige wenige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Erstens. Herr Al-Wazir, Sie werden mir wahrscheinlich nicht widersprechen, wenn ich feststelle, dass Sie, solange Sie politisch tätig sind, den Frankfurter Flughafen bekämpfen:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, den Ausbau bekämpfe ich!)

in seiner Ausdehnung, in seiner Fortentwicklung und in seiner Existenz.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Angesichts der Tatsache, dass Sie schon gegen die Startbahn West waren, die GRÜNEN, angesichts der Tatsache, dass Sie jetzt gegen die Erweiterung dieses Flughafens sind, frage ich Sie: Wo sind eigentlich Ihre Alternativen? Sie beklagen, dass dieser Flughafen dort sei. Was ist denn Ihr Gegenvorschlag? – Das sind alles destruktive Beiträge aus Ihrem Munde, ohne dass Sie den Menschen in der Region helfen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Zweitens. Meine Damen und Herren, ich muss mich noch einmal mit dem Kollegen Schäfer-Gümbel beschäftigen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das überrascht, Herr Wagner! Das ist doch der einzige Punkt, warum wir das Thema heute hier diskutieren!)

Herr Schäfer-Gümbel, es wird Ihnen nicht dauerhaft gelingen, nach einem der größten politischen Wortbrüche, für den die Hessen-SPD steht, Ihrem politischen Gegner diese Vokabel anzukleben.

(Holger Bellino (CDU): Sehr richtig!)

Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

„Wortbruch“ steht in der jüngsten historischen Vergangenheit eindeutig für den Umfall der SPD Hessen, die plötzlich aus Gründen der Mehrheit und des Machterwerbs mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen wollte. Das ist der Wortbruch, und daraus werden wir Sie auch nicht entlassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich sage Ihnen, jedes Mal, wenn Sie künftig der CDU wieder „Wortbruch“ vorwerfen wollen, werden wir auf diesen Sachverhalt zurückkommen.

(Heike Habermann (SPD): Sie haben Ihr Wort gebrochen!)

Denn Sie sind diejenigen, die für einen Wortbruch riesigen Ausmaßes – damals bundesweit diskutiert – verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ein Weiteres sagen. Auch das gehört zu den Fakten. Die CDU/FDP-Landesregierung – nein, es war damals die CDU-Landesregierung alleine, hat wenige Wochen vor der Landtagswahl, im Januar 2008, gesagt, die Rechtslage ist leider so,

(Holger Bellino (CDU): Jawohl!)

dass wir ein Nachtflugverbot null nicht durchsetzen können

(Günter Rudolph (SPD): Glatt gelogen! Wortbruch!)

und deshalb nach langer Abwägung gesagt haben, es wird 17 Ausnahmen geben.

(Zuruf von der SPD)

Das haben wir wenige Wochen vor der Landtagswahl gesagt, da können Sie doch nicht sagen, wir hätten eine betrügerische Absicht gehabt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Gegenteil, es gehörte erheblicher Mut dazu, wenige Wochen vor der Wahl zu sagen,

(Günter Rudolph (SPD): Sie haben gelogen!)

wir werden unsere ursprüngliche Einschätzung – nämlich: Nachtflugverbot null – nicht durchsetzen können.

(Günter Rudolph (SPD): Sie haben die Wähler belogen!)

Kollege Greilich hat es hier in aller Deutlichkeit gesagt: Deswegen sind wir diejenigen, die politisch dafür verantwortlich sind, dass wir jetzt Rechtsklarheit und Rechtsgewissheit im Hinblick auf die jetzige Regelung des Nachtflugverbots am Frankfurter Flughafen haben.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich will noch Folgendes hinzufügen. Jetzt komme ich auf den Punkt. Herr Schäfer-Gümbel, ich befürchte, dass Sie hier ein großes Manöver – wie soll ich mich vorsichtig ausdrücken? –

(Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

des Sand-in-die-Augen-des-Bürgers-Streuens begehen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Das ist nun aber wirklich parlamentarisch, was ich gerade vorsichtig sage.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Da bin ich ja geradezu ein Waisenknabe gegenüber dem, was Sie permanent der Regierung vorwerfen.

Sie haben bereits in den Koalitionsvertrag Rot-Rot-Grün auf Druck der GRÜNEN und der LINKEN – –

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welcher Koalitionsvertrag Rot-Rot-Grün?)

– Ja natürlich Rot-Rot-Grün, genau so war es im Jahr 2008. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch entsinnen können.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

Meine Damen und Herren, bereits da wollten Sie die Axt an die Wurzel des Flughafens Frankfurt legen. Kassel-Calden hatten Sie auf Druck der GRÜNEN bereits völlig beseitigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen will ich hier klar und deutlich sein. Ich habe lange überlegt: Hat der Herr Schäfer-Gümbel seine Partei nicht im Griff,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Darüber haben Sie lange nachgedacht?)

oder macht er ein Doppelspiel? Inzwischen bin ich zu dem Ergebnis gekommen, nach Ihrem Auftritt: Sie machen ein sehr unangenehmes Doppelspiel, zum Schaden der Bürger in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, wenn Sie zum Schluss sagen, Sie stehen als unangreifbarer Politiker dafür, dass man keine Hoffnungen erwecken dürfe, die man hinterher nicht erfüllen kann: Warum haben Sie das nicht Ihren vier sozialdemokratischen Oberbürgermeistern gestern in aller Klarheit und Deutlichkeit gesagt? Dann würden Sie heute gut dastehen. Dann würden wir Ihnen nichts vorhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Wagner, lesen Sie eigentlich Zeitung?)

Sie geben hier den Moralapostel, beherzigen aber Ihre eigenen Vorgaben nicht. Sprechen Sie mit Ihren vier sozialdemokratischen Parteifreunden. Sagen Sie ihnen in aller Öffentlichkeit, dass das, was sie an Hoffnung erwecken – –

(Holger Bellino (CDU): Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Dr. Wagner, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich bin auch am Ende.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt!)

– Am Ende meiner Rede. Wunderbar, dass Sie so anspruchslos sind und bereits solche kleinen rhetorischen Wendungen aufgreifen, um sich darüber zu freuen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Bitte letzter Satz.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Frau Präsidentin, letzter Satz. – Herr Schäfer-Gümbel, ich fordere Sie auf, endlich Ihren eigenen Maßstäben gerecht zu werden und den Leuten zu sagen, dass die sozialdemokratischen Oberbürgermeister Sand in die Augen der Bürger streuen, wenn sie glauben, dass hier noch etwas drin wäre, im Sinne der GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Dr. Wagner, vielen Dank.

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beendet.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wo bleibt eigentlich der Ministerpräsident?)

Ich lasse über diesen Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend SPD in Hessen in der Frage eines Flugverbotes in den Nachtrandstunden völlig zerstritten – Täuschungsversuch auf Kosten der Menschen dient ausschließlich parteipolitischer Taktik, Drucks. 18/7156, abstimmen. Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP.

(Günter Rudolph (SPD): Wortbruch! Niemals!)

Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das sind die restlichen Fraktionen des Parlaments. Damit ist dieser Dringliche Entschließungsantrag angenommen worden.

(Zurufe von der CDU und Gegenrufe)

– Bitte ein wenig mehr Ruhe.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz über den hessischen Landesbeauftragten für die Polizei (Landespolizeibeauftragungsgesetz) – Drucks. 18/7134 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt siebeneinhalb Minuten je Fraktion. Der Gesetzentwurf wird von Frau Abg. Faeser für die SPD-Fraktion eingebracht. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Nancy Faeser (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen heute einen Gesetzentwurf vor, der die Schaffung eines Landespolizeibeauftragten vorsieht. Der Gesetzentwurf hat das Ziel, für die hessische Polizei ein umfassendes Beschwerdemanagement, sowohl nach innen als auch nach außen Ansprechpartner für die Polizei zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So wollen wir dem Umstand Rechnung tragen, dass über die Mittel der Dienstaufsichtsbeschwerde und des klassischen Rechtswegs hinaus in Hessen für die Bürgerinnen und Bürger keine Möglichkeiten existieren, sich an eine unabhängige Stelle zu wenden, um polizeiliches Fehlverhalten zu problematisieren. Wir wollen dies ändern und mit dem Landespolizeibeauftragten eine Stelle schaffen, die die Anliegen der Bürger prüft und die entstandenen Konflikte zur Wahrung des Rechtsfriedens erledigen kann.

Nicht nur in Hessen, sondern in der gesamten Bundesrepublik gab es Diskussionen über Fälle vermeintlicher Anwendung von Polizeigewalt gegenüber Bürgern. Diese Fälle wurden öffentlich diskutiert. Das war für die Polizei nicht sehr erfreulich. Ich erinnere daran, dass der Fall Wevelsiep in Frankfurt und der Fall des Iraners Syrus Kar in Mainz-Kastel wochenlang zu Spekulationen geführt haben.

Beide Fälle und auch die Berichterstattung darüber haben in großen Teilen der Bevölkerung zu Verunsicherung geführt, die darin gipfelte, dass in der „Frankfurter Rundschau“ vom 1. Februar 2013 von einem „Klima der Angst und des Misstrauens gegenüber der Polizei“ gesprochen wurde. Solchen Entwicklungen in der Öffentlichkeit sollten wir entschieden entgegengetreten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten üben ihren Dienst nämlich gewissenhaft und in Übereinstimmung mit Recht und Gesetz aus.

(Peter Beuth (CDU): Sehr richtig! Deshalb brauchen wir das Gesetz nicht!)

Die Polizei ist bei ihren Tätigkeiten auch auf das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Herr Beuth, wir freuen uns, dass Sie uns an der Stelle unterstützen. Auch Polizeibeamte sind aber nur Menschen, und natürlich passieren auch ihnen Fehler. Es darf aber nicht sein, dass das Fehlverhalten einiger weniger das Ansehen der Polizeibeamten insgesamt beeinträchtigt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Peter Beuth (CDU): Das machen Sie mit dem Gesetzentwurf aber! Das ist das Problem! Sie desavouieren die gesamte Polizei mit diesem Ding!)

In jedem Unternehmen, Herr Beuth, gibt es ein umfassendes Beschwerdemanagement. Bisher gibt es ein umfassendes Beschwerdemanagement bei der Polizei leider nur in den Bundesländern Berlin und Sachsen-Anhalt. Wir hätten hier und heute die Gelegenheit, eine unabhängige Stelle zu schaffen, an die sich die Bürgerinnen und Bürger wenden können. Das wäre einmalig in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine solche unabhängige Instanz würde auch dem Erhalt des Rechtsfriedens dienen. In manchen Fällen handelt es sich nämlich um Missverständnisse, die im Vorfeld gemeinschaftlich ausgeräumt werden können. Solche Ausgleichsmechanismen gibt es in der Justiz schon längst. Ich habe auch schon erwähnt, dass es in jedem Unternehmen ein Beschwerdemanagement gibt – nur nicht bei der hessischen Polizei. Deswegen weiß ich nicht, warum Sie sich gegen den Gesetzentwurf sperren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen, es geht bei alledem um das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei.

Die Definition des Begriffs Beschwerde ist in unserem Gesetzentwurf weit zu fassen. Als Beschwerde gilt grundsätzlich eine artikulierte Unzufriedenheit, die darauf gerichtet ist, die Ursache der dargelegten Situation zu ergründen und so weit wie möglich abzustellen. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden und dass sie schnell eine Antwort erhalten, wenn sie unzufrieden sind. Auch soll das Instrumentarium der Mediation zu einem guten Ausgleich zwischen Bürgern und Polizei in Konfliktfällen dienen. All dies vermögen die klassischen Mittel der Dienstaufsichtsbeschwerde, des zivilrechtlichen Klageverfahrens oder des Strafrechts nach den zurückliegenden Erfahrungen leider nicht. Deswegen brauchen wir eine solche unabhängige Stelle.

Der Landesbeauftragte für die Polizei soll direkt beim Landtag angesiedelt werden, analog dem Datenschutzbeauftragten. Damit sollen seine Unabhängigkeit und Neutralität gewährleistet werden. Der Landespolizeibeauftragte soll aber auch – ich hoffe, das nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Beuth – eine unabhängige Anlaufstelle für die Polizeibeamtinnen und -beamten darstellen. Oftmals trauen sich nämlich die Beamtinnen und Beamten in Hessen innerhalb der Polizeihierarchie nicht, ihre Anliegen vorzutragen. Deswegen wäre es gut, wenn sie sich an einen unabhängigen Beauftragten wenden könnten. Das hat der Innenminister vor ein paar Jahren erkannt und die Stelle eines Landesbeauftragten der hessischen Polizei geschaffen. Landesbeauftragter für die hessische Polizei ist Herr Möller. Wir streiten nicht über Herrn Möller. Er macht gute Arbeit. Wir streiten nur darüber, dass diese Stelle unabhängig angebunden sein sollte – nämlich beim Landtag, nicht beim Innenministerium.

(Beifall bei der SPD)

Für einige Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ist die Anbindung beim Ministerium eine Hürde. Deswegen wollen wir für die Unabhängigkeit des Landesbeauftragten streiten. Wir haben es nach wie vor mit einer sehr schwierigen Führungskultur innerhalb der Polizei zu tun. Schließlich haben sich die Führungspersonen und der Führungsstil in der Polizei in den letzten zwei Jahren nicht verändert.

Außerdem ist zu bedenken, dass das System, wenn es Hinweise auf ein Fehlverhalten eines Polizeibeamten gibt, nun einmal so ist, dass der Dienstvorgesetzte gar nicht anders handeln kann, als ein Disziplinarverfahren einzuleiten oder möglicherweise sogar ein Strafverfahren in Gang zu setzen. Auch deshalb wäre es gut, wenn man die Konflikte vorweg lösen könnte und es möglicherweise einen anderen

Weg gäbe, der nicht ganz so lange dauert, wie es bislang der Fall ist.

Die einzelne Beamtin bzw. der einzelne Beamte können sich also unabhängig von Dienstweg und Dienstrang an diese neutrale Stelle wenden. Dabei soll der Landesbeauftragte für die Polizei im Wesentlichen folgende Befugnisse haben. Er soll Auskunft von allen Polizeidienststellen oder dem Innenministerium verlangen können. Er gibt den Dienststellen Gelegenheit zur Stellungnahme. Er kann den jeweiligen Vorgang an die für die Einleitung eines Disziplinar- oder Strafverfahrens zuständige Stelle weiterleiten. Er soll ein Recht zu unangemeldeten Besuchen auf den Dienststellen erhalten, und er kann Berichte des Innenministeriums zu einzelnen Vorgängen anfordern. Er soll auch an den Sitzungen des Innenausschusses und des Landtags teilnehmen und jährlich einen Bericht erteilen, damit wir auch politisch darauf reagieren können, wenn irgendwo Fehlentwicklungen zu beobachten sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der neu zu schaffende Landespolizeibeauftragte kann sich also aufgrund seiner besonderen Stellung zeitnah und effizient mit den Einzelfällen und sogar mit den strukturellen Problemen innerhalb der Polizei beschäftigen.

Diese unabhängige Stelle war schon einmal Gegenstand der Beratungen in diesem Hause, zumindest was die Polizei betrifft. Sie wurde in der Anhörung, die damals stattgefunden hat, von allen gelobt, weil sie nämlich mit der Anbindung an den Landtag die notwendige Neutralität und Diskretion am besten gewährleisten kann. Das haben übrigens alle Polizeigewerkschaften damals einmütig bestätigt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt gesehen bietet deshalb der von uns vorgelegte Gesetzentwurf ein umfassendes System zur Konfliktbewältigung im Interesse der hessischen Polizei, sodass ich davon ausgehe, dass unser Gesetzentwurf die Zustimmung dieses Hauses finden wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Faeser. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Bauer von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Bauer, Sie haben das Wort.

Alexander Bauer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein weiterer Beleg von Rot-Grün dafür, beinahe bei jeder Gelegenheit Misstrauen gegenüber den Strukturen, Leistungen und der Kompetenz der hessischen Polizei zu streuen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Gesetzentwurf sät Misstrauen gegen existierende Verfahrenswege und bereits bestehende Hilfemöglichkeiten.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist unbestritten, wichtig und unverzichtbar, dass Beamtinnen und Beamte unserer Polizei und die Bürgerinnen und Bürger vertrauenswürdige und zuverlässige Möglichkeiten der Beschwerde haben. Ich darf feststellen: Hierfür bestehen bereits zahlreiche Gelegenheiten und Möglichkeiten. Neben den rechtstaatlich umfänglich geregelten innerdienstlichen Wegen, wie z. B. Disziplinarverfahren, besteht die Möglichkeit, die Staatsanwaltschaft einzuschalten oder zivilrechtlich vorzugehen. Auch besteht die Möglichkeit, sich an Interessenvertretungen zu wenden, beispielsweise an Mitarbeitervertreter und Gewerkschaften.

(Nancy Faeser (SPD): Und der Bürger?)

Der Gesetzentwurf sieht 1 Million € an Haushaltsmitteln als finanziellen Mehraufwand für die Schaffung eines Polizeibeauftragten vor. Das ist für eine weitere Beschwerdestelle schlicht nicht vertretbar.

Es ist zudem auch noch schöngerechnet; denn Sie kalkulieren zwar Einsparungen durch die unterstellte Verkürzung und die effiziente Abwicklung von Verfahren sowie durch die Eingliederung ein, können das aber nicht belegen. Glauben Sie wirklich, dass, wenn es eine weitere Beschwerdestelle gibt, alles besser, einfacher und schneller geht? Meine Damen und Herren, diese 1 Million € sind schlecht ausgegebenes Geld.

(Beifall bei der CDU)

Die Verfahrensdauer hängt in der Regel von der Komplexität des Einzelfalls und den konkreten örtlichen Umständen ab, nicht aber davon, wer die Beschwerde entgegennimmt.

Wir haben für den internen Bereich der Polizei eine gute Lösung gefunden. Vor gut zwei Jahren wurde die bundesweit einmalige Stelle eines unabhängigen Ansprechpartners für die Beschwerden und Anliegen der Polizeibeamten in Hessen geschaffen. In einer Einrichtung mit über 18.000 Beschäftigten gibt es immer wieder Schwierigkeiten; das ist keine Frage. Sie sind bei einer solch großen Behörde unvermeidbar. Da ist ein solcher Ansprechpartner von großem Nutzen.

Diese Aufgabe wird, wie Sie erwähnt haben, von Henning Möller erfolgreich wahrgenommen. Er ist unabhängig; das hat er gezeigt. Er ist ein echter Kümmerer, dem die Polizisten vertrauen. Darauf kommt es an.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den wolltet ihr doch damals auch nicht!)

Er genießt großes Vertrauen bei den Mitarbeitern der Polizei, die auch seine Unabhängigkeit schätzen. Seine Arbeit wurde auch von der Opposition anerkannt und gelobt. Sein Bericht im Innenausschuss hat deutlich gemacht, dass es keine Anhaltspunkte für weitere Beschwerden gibt. Im September 2011 war der Ansprechpartner zu Gast im Innenausschuss. Im Protokoll der Sitzung ist nachzulesen, dass sich die Mitglieder aller Fraktionen darüber freuten, wie positiv Herr Möller berichtete, und dass sie seine Arbeit wertschätzten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Auch für den externen Bereich – für etwaige Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern – haben wir bereits Mittel und Wege gefunden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Welche? – Regine Müller (Schwalmstadt) (SPD): Was denn?)

Ich stelle mir ernstlich die Frage: Woher rührt das Misstrauen der SPD und der GRÜNEN gegenüber der Funktionsweise unseres Rechtsstaats?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bürgerinnen und Bürger, Beamtinnen und Beamte, sie alle können auf den von unserer Rechtsordnung seit Jahrzehnten vorgesehenen und bewährten Wegen ihre Rechte einfordern. Warum wollen Sie das in Abrede stellen?

Ein neues Hilfsorgan zu schaffen, das dem Landtag untersteht, ist auch verfassungsrechtlich problematisch.

(Gernot Grumbach (SPD): Ach ja?)

Wenn es bei der Polizei Probleme mit der inneren Führung gäbe, sollten die Vertreter der Opposition das klar belegen und nicht nur behaupten. Hier sind übrigens auch die Gewerkschaften in der Pflicht.

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht zu erkennen, dass in Hessen eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Bürgerbeschwerden gegen die Polizei vorliegt. Es sind doch Ammenmärchen, die Sie hier erzählen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ganz klar: Die existierenden Beschwerdemöglichkeiten um eine weitere zu ergänzen ist nicht sinnvoll und nicht zielführend.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Es zeugt von einem ganz tief verwurzelten Misstrauen gegen die existierenden rechtsstaatlichen Verfahrenswege und Hilfsmöglichkeiten.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie wissen, Vertrauen ist der Anfang von allem. Gegenseitiges Vertrauen ist für die Polizeibeamtinnen und -beamten bei ihrer Arbeit wichtiger denn je. Wenn die Beamten einander nicht vertrauen, werden auch die Bürgerinnen und Bürger der Polizei nicht vertrauen. Es ist daher für die Arbeit der Polizei von großem Schaden, wenn jeden Tag gegen die Polizei agitiert wird. Das ist zum Schaden der Polizei, nicht zu ihrem Nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Auch hier wird erneut der Eindruck erweckt, dass es der Opposition nicht um den Landespolizeibeauftragten geht, sondern dass sie andere, dahinterliegende Gründe hat.

Die Schaffung eines Ansprechpartners für die Polizisten gehört mittlerweile zur Bilanz der Polizei. Wenn Sie mit dem Misstrauen gegen die Polizei die Polizisten bei ihrer Arbeit weiterhin so demotivieren, wird es schwierig werden, die erfolgreiche Bilanz der hessischen Polizei fortzusetzen. Wir haben eine erfolgreiche Polizeibilanz; Sie wissen das. Aufklärungsquote, Anzahl der Straftaten – ich will das nicht im Einzelnen wiederholen –: Die Polizei leistet hervorragende Arbeit.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Darüber reden wir morgen!)

Unsere hessische Polizei ist sehr gut aufgestellt. Sie genießt das Vertrauen der Bevölkerung, und sie ist der Partner der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In unserer hessischen Polizei gibt es bereits jetzt Mittel und Wege, um die Beschwerden auf- und ernst zu nehmen. Wir brauchen keine weitere Beschwerdestelle, die über 1 Million € kostet, und lehnen deshalb den Gesetzentwurf ab. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bauer. – Als nächster Redner hat sich Kollege Frömmrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es noch eines Beispiels dafür bedurft hätte, dass man Probleme einfach wegleugnen kann, hätte man es eben der Rede von Herrn Bauer entnehmen können.

(Judith Lannert (CDU): Immer derselbe Anfang!)

Herr Bauer, dass es immer wieder um Vorfälle, Veröffentlichungen und Probleme im Zusammenhang mit der Polizei geht, können Sie nicht wegleugnen. Vielmehr sind Sie aufgerufen, sich den Problemen zu widmen. Das machen wir mit dem Gesetzentwurf, den wir Ihnen heute vorlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt überhaupt keinen Streit darüber – Herr Kollege Bauer, ich glaube, darin sind wir uns einig –, dass die überwiegende Zahl der Beamtinnen und Beamten ihren Job gut, engagiert und auch in rechtsstaatlicher Hinsicht einwandfrei macht. Aber das ist ebenfalls systemimmanent – Sie haben gerade selbst die mehr als 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwähnt –: In großen Systemen gibt es auch immer Menschen, die ihren Job nicht ordentlich machen, die Grenzen überschreiten und etwas machen, was nach Recht und Gesetz nicht erlaubt ist. Genau für solche Fälle wollen wir einen Polizeibeauftragten installieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Beuth (CDU): Genau dafür haben wir Mittel und Wege! Das stimmt doch alles nicht! Das ist Unsinn, was Sie da erzählen! Das ist Quatsch! Wir haben einen Rechtsstaat! Nehmen Sie das zur Kenntnis!)

– Herr Kollege Beuth, wenn Sie es aufschreiben, gibt es das, was Sie hier dazwischenrufen, vielleicht auch in intelligent. Vielleicht hören Sie einfach einmal zu. Sie können sich dann gern zu Wort melden.

Bei dem Problembereich, den ich gerade beschrieben habe, geht es um den Fall, dass bei der Polizei etwas im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern passiert. Aber in der Vergangenheit wurde auch eine Fülle von Vorwürfen innerhalb der Polizei erhoben. Wir hatten Probleme im Zusammenhang mit der Führungskultur der hessischen Polizei. Es gab Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich über massives Mobbing in Polizeipräsidien beschwert haben.

Wir wollen, dass der Ansprechpartner auch für diese Personen da ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Beuth, die Behauptung, dass es Probleme im Zusammenhang mit der Führungskultur gibt, haben nicht wir erfunden. Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass der ehemalige Staatssekretär im hessischen Innenministerium und heutige Innenminister, Boris Rhein, das auf einer Gewerkschaftstagung sehr dezidiert beschrieben hat. Er hat von Führungsproblemen innerhalb der hessischen Polizei gesprochen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese Führungsprobleme sind immer noch nicht abgestellt, und deswegen brauchen wir einen solchen Ansprechpartner.

Es gibt immer wieder Vorfälle – Frau Kollegin Faeser hat das gerade erwähnt –, die eine hohe mediale Aufmerksamkeit erregen. Wir hatten einen Vorfall im Zusammenhang mit einer rechtswidrigen Inhaftierung in Mittelhessen. Es gab Vorfälle in Frankfurt und in Wiesbaden. Innerhalb der hessischen Polizei wurden Mobbingvorwürfe erhoben.

Meine Damen und Herren, das alles muss uns dazu bringen, uns den Problemen zu stellen. Die Probleme kann man nur beseitigen, indem man sich ihrer annimmt. Unser Vorschlag ist ein Weg in diese Richtung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese Probleme gibt es nicht nur bei der hessischen Polizei. Wir haben das auch in Berlin und in Hamburg, und wir haben gerade eine riesengroße Debatte über Übergriffe der Polizei in München. Nehmen Sie die Probleme, die es in diesem Land gibt, einmal ernst, und versuchen Sie, daran zu arbeiten, statt in der Innenpolitik nur mit Sprechblasen zu arbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dazu, wie moderne Systeme funktionieren, will ich Ihnen etwas zitieren. Da ist z. B. das Beschwerdemanagement des Landes Berlin. Die nehmen sich der Probleme an:

Eine Behörde wie die Berliner Polizei mit mehr als 22.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die täglich tausendfach in konflikträchtigen Begegnungen polizeiliche Maßnahmen durchzusetzen hat, muss sich dieses Vertrauen immer wieder erarbeiten, darum werben und es erhalten. Dazu benötigt die Berliner Polizei ein gut funktionierendes Beschwerdemanagement, das höchsten Ansprüchen genügt.

Das ist die Art und Weise, wie man mit Problemen umgeht. Man stellt sich ihnen und versucht, sie zu lösen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie sich die Mühe machen, sich mit den Problemen zu beschäftigen, schauen Sie einmal in den Bericht der Zentralen Beschwerdestelle Polizei im Innenministerium von Sachsen-Anhalt. Sehen Sie sich an, wie dort Bericht erstattet wird, mit welchen Vorgängen man sich beschäftigt und wie hoch die Anzahl der Beschwerden ist. Dann er-

kennen Sie, dass es in diesem Bereich durchaus einen Bedarf gibt.

Nicht die Probleme wegleugnen, sondern handeln. Regierungen sind dafür da, dass sie sich den Problemen stellen und dass sie handeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Kollegin Faeser hat unsere Vorschläge schon im Einzelnen erläutert. Wir schlagen vor, dass dieser Polizeibeauftragte am Landtag angesiedelt ist. Ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben. Wir haben auch einen am Landtag angesiedelten Datenschutzbeauftragten. Wir haben das in der Vergangenheit sogar in großer Übereinstimmung erweitert. Wir haben den öffentlichen und den privaten Datenschutz am Landtag zusammengelegt. Warum sollte man das mit einem solchen Polizeibeauftragten denn nicht machen? Im Übrigen ist auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages beim Deutschen Bundestag angesiedelt. Das ist ein weiteres Argument dafür.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen diesen Polizeibeauftragten wählen, weil er dann eine andere Stellung hat, weil er dann ein anderes Vertrauen hat. Wenn Menschen sich von der Polizei schlecht behandelt fühlen – das müssen Sie doch ernst nehmen –, wenn Menschen sich wegen Übergriffen beschweren wollen, dann ist doch die Hürde, zur Polizei zu gehen und dies anzuzeigen, eine wirklich hohe Hürde. Deswegen sagen wir, wir brauchen eine unabhängige Stelle. Das ist unser Vorschlag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Machen Sie sich einmal Gedanken darüber. Wir wollen ein niedrigschwelliges Angebot schaffen. Ich habe das gerade schon gesagt: Man geht nicht zur Polizei, um sich über die Polizei zu beschweren. Ich glaube, es ist besser, wenn man dort eine unabhängige Stelle schafft.

Wir verschließen nicht die Augen vor den Problemen. Wir reden mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir sehen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in diesem Bereich durchaus etwas vorstellen können. Reden Sie z. B. mit Amnesty International oder mit anderen Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind. Die sagen ausdrücklich, dass es solcher Stellen bedarf.

Ziel ist nicht nur, dass wir einen Ansprechpartner schaffen. Ziel unseres Gesetzentwurfs ist es auch, dass wir uns vor die überwiegende Zahl der Polizeibeamten stellen, die ihren Dienst vernünftig, anständig und engagiert machen, und sagen: Ihr macht euren Job ordentlich, und wir trennen die Spreu vom Weizen. – Auch das ist ein Ziel unseres Gesetzentwurfs. Deswegen bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Greilich von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Wolfgang Greilich (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Forderung nach einem Polizeibeauftragten, die uns hier heute zum, ich würde sagen, gefühlt 50. Mal vorgetragen wird, hat dadurch nichts an Substanz gewonnen. Herr Kollege Frömmrich, Frau Kollegin Faeser, was Sie hier vortragen, ist ziemlich saurer Weinessig aus uralten Schläuchen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach herrje!)

Am 29. April 2010 – das ist jetzt fast drei Jahre her – hatten wir hier einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion für ein Gesetz über die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für die hessische Polizei beim Hessischen Landtag. Knapp drei Jahre später, unter dem 14. März, kommt ein aufgewärmter Gesetzentwurf, der jetzt von SPD und GRÜNEN ist. Der wesentliche Unterschied neben einer Veränderung der Abfolge der Paragraphen ist, dass Herr Frömmrich sich jetzt als Mitautor bezeichnen darf. Ansonsten gibt es im Wesentlichen nichts Neues.

(Nancy Faeser (SPD): Natürlich, es gibt eine Beschwerdestelle! – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sollen uns wieder damit beschäftigen. – Herr Kollege Frömmrich, da Sie vorhin offensichtlich etwas mit dem Datenschutzbeauftragten und dessen besonderer Stellung verwechselt haben, will ich eines in aller Klarheit sagen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Echte Charmeoffensive der FDP!)

Worum es hier geht – da stellt Ihr Gesetzentwurf einen Frontalangriff dar –, ist die Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung und Justiz.

(Minister Boris Rhein: So ist es!)

Wir haben in unserer Verfassung eine sehr klare Regelung, wer für was zuständig ist. Das ist getrennt. Da ist nicht das Parlament für die Aufgaben der Exekutive zuständig. Am allerwenigsten ist das Parlament für die Aufgabe der Justiz, der Rechtsprechung zuständig.

(Beifall bei der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Das müssen Sie gerade sagen!)

– Frau Fuhrmann, das wäre eine Erkenntnis, die auch Sie sich aus dem Parlament mit nach Hause nehmen sollten.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion lehnt auch dieses Mal aus den bereits bekannten Gründen klarer Zuständigkeiten in unserem Rechtsstaat diese Pläne ab. Denn in einem Rechtsstaat sind das Verhalten der Polizei und aller Sicherheitsbehörden durch die von Maßnahmen konkret Betroffenen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfbar.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sinnerfassendes Lesen!)

– Herr Frömmrich, sinnerfassendes Lesen ist eine sinnvolle Angelegenheit. Das sollten Sie häufiger einmal tun. Dann würde uns hier manches erspart bleiben, was Sie hier vortragen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Möglichkeiten, die es gibt, gehen von dem Instrument der Dienstaufsichtsbeschwerde über die gerichtliche An-

fechtung von konkreten polizeilichen Maßnahmen und Verfügungen bis hin zur Verfolgung sehr seltener tatsächlicher oder auch nur behaupteter Straftaten durch die Staatsanwaltschaft. An dieser rechtsstaatlichen Zuständigkeitszuweisung wollen wir festhalten.

Ich finde es bezeichnend, dass schon in der Problembeschreibung am Anfang Ihres Gesetzentwurfs die Situation sehr verkürzt, vorsichtig gesagt, dargestellt wird. Sie vergessen bei den Hinweisen auf Strafanzeige und Schadenersatzklage schlichtweg das, was unausweichlich und ganz zwingend dazugehört, nämlich die Möglichkeit der Einschaltung der Verwaltungsgerichte. Das haben Sie komplett ausgeblendet. Insofern ist Ihr Gesetzentwurf nicht nur inhaltlich unsinnig. Er ist auch handwerklich schlecht gemacht.

Meine Damen und Herren, die Opposition vermischt und vermengt zudem elementare Dinge, die nicht zusammengehören. Anscheinend hat man vergessen, dass mit dem Ansprechpartner der Polizei bei dem Innenminister eine sehr gut funktionierende unbürokratische Instanz geschaffen wurde.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den wollten Sie doch damals auch nicht!)

Herr Frömmrich, wir haben sie geschaffen, nicht Sie. Der Innenminister hat das gemacht, und nicht etwa Sie.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst haben Sie es abgelehnt!)

Das, was Sie wollen, was Ihr Gesetzentwurf hier wieder dokumentiert, ist mehr Bürokratie entsprechend rot-grünen Vorstellungen. Das hilft den engagierten hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten überhaupt nichts. Denen würde es viel mehr helfen, wenn Sie aufhören würden, die Polizeibeamten in Hessen in ihrer engagierten Arbeit immer wieder unter Generalverdacht zu stellen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Im Übrigen täuschen Sie, wenn Sie den Eindruck erwecken wollen, dass ein Beauftragter für das Polizeiwesen in einem laufenden Beschwerde- oder Klageverfahren irgendetwas bewirken könnte. Im Gegenteil, er müsste stillhalten. Er könnte dem nicht vorgreifen.

Wir können nur sagen: Das, was Sie hier vorschlagen, führt nicht weiter. Es schafft mehr Bürokratie. Es hilft nicht den Menschen. Es hilft nicht der Polizei. Es wird insbesondere nicht zu mehr Transparenz führen.

Eines finde ich besonders empörend. Deswegen will ich das auch wörtlich aus Ihrem Gesetzentwurf zitieren. In der Problembeschreibung heißt es auf Seite 1 unten:

Die Einrichtung eines im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport verankerten Beauftragten, mit der ein Vorschlag aus der Mitte des Landtags für einen unabhängigen Landespolizeibeauftragten abgewendet wurde, hat nicht den erforderlichen Erfolg und Vertrauenszuwachs erbracht, weil diese Ombudsstelle von den Betroffenen als Teil des obersten Dienstherrn angesehen wird und sich über deren Schaffung hinaus in den Führungsstrukturen der Polizei nichts verändert hat.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Da haben wir etwas anderes gehört!)

– Erstaunlich, Frau Schulz-Asche. Erstaunlich, Herr Kollege Frömmrich. Seit November 2010 haben wir den Ansprechpartner der Polizei, Henning Möller, der diese Arbeit äußerst engagiert betreibt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Frömmrich, am 22. September 2011 war die 58. Sitzung des Innenausschusses. Dort hat nicht nur Herr Möller berichtet. Alle haben auch geäußert, dass es ein guter Bericht war und dass es eine offensichtlich wertvolle Tätigkeit ist.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist nur für die polizeiinternen Sachen zuständig!)

Es gab in dieser Sitzung auch die Einladung zu einem persönlichen Gespräch an alle innenpolitischen Sprecher, an alle Fraktionen. Die Rückmeldungen waren recht eindeutig. Ich habe mir das aus dem Protokoll herausgeschrieben. Frau Wissler hat erklärt, Herr Schaus würde sicherlich sehr schnell auf das Angebot zurückkommen und das Gesprächsangebot von Herrn Möller aufnehmen. Frau Faeser hat sich für die Einladung bedankt und erklärt, vor Ort wird sie sich schnell orientieren. Herr Frömmrich hat erklärt: „Wir werden das Angebot annehmen, was den Besuch ... angeht“, und das Gespräch führen. Kollege Blechschmidt war etwas zurückhaltender in dem Chor und hat gesagt: Na ja, wir nehmen das auch an. Aber wenn so viele kommen, lassen wir uns ein bisschen mehr Zeit. – Wir sind da gewesen.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Genau!)

Wir sind am 31. Oktober 2012 da gewesen, ein Jahr später, und konnten uns davon überzeugen, welch hervorragende Arbeit Herr Möller mit seinen Mitarbeitern dort leistet.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bis zu diesem Zeitpunkt war keine der anderen Fraktionen da, hat sich kein Mensch bei Herrn Möller gemeldet, um diese Informationen einzuholen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat das mit dem Gesetzentwurf zu tun?)

Als ich diesen überraschenden Gesetzentwurf gelesen habe, habe ich die Gelegenheit genutzt, mich zu erkundigen. Bis zum 14. März 2013, bis Sie Ihren Gesetzentwurf vorgelegt haben, haben Sie keinerlei Interesse für das gezeigt, was dort passiert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, was Sie hier machen, ist in keiner Weise vom Interesse für die tatsächlichen Probleme geprägt.

(Minister Boris Rhein: So ist es!)

Was Sie hier machen, ist das, was Sie als Klamaukopposition hier am liebsten machen: Sie machen Klamauk.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Schaus von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Herr Kollege, bitte schön, Sie haben das Wort.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn sich Herr Greilich sozusagen als Detektiv betätigt,

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Das hat er doch gar nicht gemacht, Herr Schaus!)

um zu behaupten, es gebe keinen Kontakt der anderen Fraktionen mit dem Landespolizeibeauftragten Herrn Möller, dann ist dies falsch. Ich brauche in einer Ausschusssitzung keine Aufforderung; ich brauche auch kein Angebot. Ich bin seit längerer Zeit mit Herrn Möller immer fallbezogen in Kontakt, und dann muss das nicht organisiert werden.

(Holger Bellino (CDU): Ei, ei, ei!)

Es mag sein, dass dies nach der Ausschusssitzung nicht mehr der Fall war, aber vorher war es umso intensiver der Fall. Herr Greilich, wenn Sie sich als Detektiv betätigen, dann wenigstens richtig und nicht falsch und propagandistisch.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Ich finde es ausgesprochen bedauerlich, wie mit dem Thema umgegangen wird, dass sowohl CDU und FDP auf der einen Seite als auch SPD und GRÜNE auf der anderen Seite die Debatte über Probleme in der Polizei fortlaufend parteipolitisch instrumentalisieren. Es ist ärgerlich, weil ernste Probleme nicht wirklich untersucht, geschweige denn, aufgearbeitet werden. Das haben wir in der Debatte gerade wieder erlebt.

Stattdessen erleben wir hier immer das gleiche Ritual. Wenn die Presse über entsprechende Probleme und Vorfälle berichtet, dann haben es SPD und GRÜNE schon immer gewusst und gesagt.

(Nancy Faeser (SPD): Herr Schaus, was haben Sie denn vorgelegt? – Gegenruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat jedenfalls nichts Substanzielles gemacht!)

CDU und FDP halten dann dumpf dagegen – auch das haben wir heute erlebt –: Probleme gebe es gar nicht, und die Opposition wolle die gute Arbeit der Polizei nur diffamieren und diskreditieren. – Herr Greilich, Herr Bauer, ich frage Sie: Wer soll denn daran Interesse haben? Glauben Sie wirklich, was Sie da sagen? – Meine Damen und Herren, berichtet die Presse aber nicht mehr, dann war es das wieder, bis zum nächsten Mal.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Substanziell haben Sie nie etwas gemacht!)

Das ist das Ritual, das ich seit Jahren erlebe. Die Diskussionen über Probleme innerhalb und mit der Polizei wabern so seit Jahren zwischen den Fronten hin und her. Das bringt uns in der Sache aber kein Stück weiter.

Vor drei Jahren habe ich die massiven Vorwürfe über Mobbing und schwarze Listen innerhalb der Polizei thema-

tisiert. Als LINKE haben wir seinerzeit schon einen Ombudsmann nach skandinavischem Vorbild vorgeschlagen, also eine unabhängige Stelle, bei der man sich melden kann, damit Vorwürfen über rechtswidriges Verhalten in der Polizei nachgegangen werden kann. Ähnliches gibt es auch in Großbritannien und Irland; und das gab es sogar einmal in Hamburg, habe ich mir sagen lassen.

Die strukturellen Probleme in der Polizei schienen sehr gravierend zu sein, also haben wir das für Hessen vorgeschlagen,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich drangehängt!)

eine Stelle sowohl für Polizistinnen und Polizisten, die interne Probleme belasten, als auch für Bürgerinnen und Bürger, die sich zu Unrecht behandelt fühlen. Eine solche Stelle fordert seit Jahren aus gutem Grund auch Amnesty International.

Wer mit oder innerhalb der Polizei Probleme hat, kann schlecht zur Polizei gehen, um das zu melden. Der Strafrechtler Tobias Singelstein von der Freien Universität Berlin, der sich seit vielen Jahren wissenschaftlich damit beschäftigt, konstatiert ein logisches und systematisches Problem. Viele Anzeigen werden überhaupt nicht aufgegeben, weil es kein Vertrauen gibt, dass Polizisten gegen Polizisten ermitteln, sagt er. Viele Anzeigen kämen wahrscheinlich zu keinem Ergebnis, weil Polizisten gegen Polizisten ermitteln. Man dürfe da nicht pauschalieren

(Zuruf des Ministers Boris Rhein)

– Herr Minister, ich zitiere nur; Sie müssen schon zuhören –, aber die Struktur und der Alltag würden derlei zweifellos begünstigen.

Nach jüngsten Vorfällen und der öffentlichen Debatte über Polizeigewalt sagte Singelstein in einem Interview am 7. Februar in der „Süddeutschen Zeitung“ – Zitat, Herr Minister –:

(Minister Boris Rhein: Ja, ja!)

Das Wichtigste scheint mir zunächst einmal zu sein, dass das Problem ernst genommen und als solches anerkannt wird – und nicht als Ausrutscher einzelner schwarzer Schafe abgetan wird. Nach dem Motto: Wir-machen-doch-alles-richtig. Hier ist insbesondere bei der Polizei, aber auch in erheblichen Teilen von Politik und Verwaltungen noch viel zu tun.

An anderer Stelle sagt er:

Nach wie vor ermitteln hier ja Polizisten gegen Kollegen. Wichtiger wäre, dass da jemand von außen draufschaut, der wirklich unabhängig ist.

(Minister Boris Rhein: Das macht der Innenminister!)

– Sind Sie „wirklich unabhängig“?

(Minister Boris Rhein: Aber hallo!)

Wem wollen Sie denn das erzählen? – Herr Minister, nur jemand, der die Hose mit der Beißzange anzieht, würde das glauben, und der wahrscheinlich noch nicht einmal.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Staatsminister Rhein, nicht von der Regierungsbank dazwischenrufen, bitte.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Es gebe ein bis zwei Mobbingfälle, sagte seinerzeit der Innenminister, und die würden aufgebauscht, um die Polizei zu diskreditieren. Eines der beiden Mobbingopfer wäre sogar selbst schuld, haben Sie damals gesagt. Als der öffentliche Druck zunahm – Herr Greilich, das war es nämlich –, wurde eiligst ein Polizeibeauftragter eingesetzt. Dieser schreibt in seiner Mail vom 20. Dezember 2012 – Zitat –:

Nachdem uns seit meiner Berufung nunmehr ca. 400 Beschäftigte kontaktiert haben, erscheint diese Einrichtung ... sicherlich sinnvoll.

(Nancy Faeser (SPD): Hört, hört!)

Es waren also viel mehr als ein oder zwei aufgebauschte, selbst verschuldete Fälle. Das steht schon einmal fest. Ich frage: Wie kamen Sie nur zu so einer Fehleinschätzung, Herr Minister? Wie kamen Sie zu so einer Fehleinschätzung, meine Damen und Herren von CDU und FDP? – Ich sage es Ihnen: Rituale statt Problemlösungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und SPD und GRÜNE? – Sie wollten vor drei Jahren in einer großen Anhörung über Gewalt in Hessen über sämtliche Ursachen und Formen von Gewalt sprechen, nur nicht über Polizeigewalt. Das wäre kein Thema, waren Sie damals mit CDU und FDP noch einig. Nachdem Ende 2012 die Presse über mehrere Fälle von Polizeigewalt in Hessen berichtete, haben wir eine Anhörung im Landtag vorgeschlagen, die Sie mit Stimmenthaltung und Ablehnung von CDU und FDP quittierten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Sie wollen einen Landespolizeibeauftragten, aber es gibt schon einen Landespolizeibeauftragten. Insofern muss geklärt werden, inwieweit diese beiden Funktionen bestehen bleiben, ausgeweitet oder zusammengeführt werden sollen. Wir wollen, und wir brauchen eine unabhängige Stelle, die materiell und rechtlich vernünftig ausgestattet ist und die wie in anderen Ländern Probleme aus der Polizei wie innerhalb der Polizei sachlich, neutral und kompetent aufarbeitet. Lassen Sie es uns also richtig machen.

Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Als nächster Redner spricht Herr Staatsminister Rhein. Bitte schön, Sie haben jetzt das Wort.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht darf ich drei Dinge vor die Klammer ziehen: Erstens. Die hessische Polizei braucht keinen Landespolizeibeauftragten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie schon einmal gesagt!)

Zweitens. Das ist – Wolfgang Greilich hat darauf hingewiesen – wirklich alter Wein in teilerneueren Schläuchen. Das macht es aber nicht besser. Nach 2010 befassen wir uns jetzt wiederholt mit der Einrichtung eines solchen Beauftragten, zugegebenermaßen in Form eines in wenigen, in wirklich nur ganz marginalen Teilen erneuerten Gesetzentwurfs.

Drittens. SPD und GRÜNE – das will ich sehr deutlich sagen – legen diesem Gesetzentwurf eine Problembeschreibung zugrunde, die ich für die hessische Polizei definitiv so nicht stehen lassen kann. Ich kann sie deswegen nicht stehen lassen, weil sie den alten Geist des rot-grünen Misstrauens gegenüber all dem atmet, was mit Polizei zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist ein Misstrauen, verehrte Frau Faeser, das die hessische Polizei wirklich nicht verdient hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Nancy Faeser (SPD): So, das hat sie nicht verdient?)

– Sie leugnen das; Sie schütteln den Kopf.

Ich will dann einmal aus Ihrem Gesetzentwurf bzw. aus der Problembeschreibung zitieren. Sie zeichnen das Bild einer Polizei, bei der es keine Möglichkeiten gebe, sich über polizeiliches Fehlverhalten zu beschweren. Das behaupten Sie hier einfach.

(Zuruf von der FDP: Und das ist einfach Quatsch!)

Sie behaupten weiter, es sei eine Polizei, bei der persönliche Verantwortung einzelner Polizeibeamter nicht zugeordnet werden könne. Das steht hier und ist ein ungeheurer Vorwurf.

(Zurufe der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Nancy Faeser (SPD))

Drittens zeichnen Sie das Bild von einer Polizei, bei der es nicht bereinigte Konflikte zwischen Bürger und Staat gibt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Etwas weniger Theater, Herr Minister!)

Viertens zeichnen Sie das Bild einer Polizei, bei der – ich beziehe mich wieder auf die Problembeschreibung – aufgrund besonderer hierarchischer Strukturen der Polizei Menschenwürde und Meinungsfreiheit in unrechtmäßiger Art und Weise eingeschränkt würden. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind ungeheuerliche Vorwürfe, die in diesem Gesetzentwurf gegenüber der hessischen Polizei erhoben werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich sage es noch einmal: Das ist der alte Geist des linken Misstrauens gegenüber der Polizei. Das hat mit der Realität im Lande Hessen aber nicht das Geringste zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Wissen Sie, was die hessischen Polizistinnen und Polizisten brauchen? Das ist nicht ein Generalverdacht, unter den Sie sie stellen. Das ist nicht irgendein Misstrauensbeauftragter, bei dem man seine Denunziationen abladen kann.

Das ist auch nicht eine Vorverurteilung, wie Sie es mit der hessischen Polizei tun.

(Nancy Faeser (SPD): Nehmen Sie das ernst oder nicht?)

Was die hessische Polizei vielmehr braucht, ist Vertrauen. Dieses Vertrauen hat sie bei CDU und FDP in diesem Hause und bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Es ist im Übrigen genau dieses Vertrauen, das wir auch in die Institutionen eines Rechtsstaates haben, denen tatsächliches oder auch vermeintliches Fehlverhalten bei einem Polizeieinsatz vorgetragen wird. Es ist das gleiche Vertrauen, das wir in die Organe dieses Staates haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einem Rechtsstaat ist dafür nicht irgendein Polizeibeauftragter zuständig, den man in einem handwerklich eher schlecht gemachten Gesetzentwurf zusammengeschreibselst hat, sondern dafür ist die Staatsanwaltschaft zuständig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn dem Staatsanwalt Beschwerden vorgetragen oder bei ihm Anzeigen erstattet werden, werden diese nach den Regeln der Kunst umfassend und sachgerecht abgearbeitet und ausermittelt. Wenn sich dabei herausstellt, dass Unrecht geschehen ist, werden die entsprechenden Strafdienste und auch zivilrechtlichen Maßnahmen ergriffen, und zwar mit allen Konsequenzen. Das ist wohl völlig klar, weswegen wir einen solchen Landespolizeibeauftragten auch nicht brauchen.

Für mich ist vollkommen rätselhaft – und es wird auch Ihr Geheimnis bleiben –, was ein Landespolizeibeauftragter in einem solchen Sachverhalt tun sollte. Vielleicht soll er die Ermittlungen behindern. Aber er bringt überhaupt nichts.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Deswegen lehnen wir diesen Polizeibeauftragten ausdrücklich ab.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Auch in einem anderen Punkt hat Ihr Gesetzentwurf nichts mit der Realität zu tun. Sie behaupten, die Einrichtung des Ansprechpartners der hessischen Polizei habe nicht den erforderlichen Erfolg gebracht. – Meine Damen und Herren, ich behaupte das Gegenteil und will Ihnen das auch anhand von Zahlen belegen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Sie waren ja noch nicht einmal da, deswegen wissen Sie doch gar nicht, was der Polizeibeauftragte macht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Keiner von Ihnen ist jemals da gewesen. Herr Schaus ist da gewesen. Ich sage aufgrund der Vertraulichkeit nicht, weswegen. Aber als Abgeordneter des Hessischen Landtags oder als innenpolitischer Sprecher waren Sie nie bei Herrn Möller.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Was ist denn da der Unterschied? – Gegenrufe von der CDU)

Tun Sie doch nicht so, als sei es so gewesen. Keiner von Ihnen ist jemals bei Herrn Möller gewesen oder hat mit ihm geredet.

(Zurufe)

Dass er nicht den erforderlichen Erfolg gebracht hätte, will ich anhand deutlicher Zahlen widerlegen.

Herr Schaus hatte über die Zahlen gesprochen. Herr Schäfer-Gümbel, ich bin fasziniert, dass Sie sich – seit ich Ihnen diesen Brief wegen Frau Faeser geschrieben habe – endlich einmal für das Thema innere Sicherheit interessieren. Ich finde es klasse, dass Sie bei diesem Thema auch einmal dabei sind, das haben wir bislang auch noch nicht erlebt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich will jetzt einmal aus den Jahresberichten des Ansprechpartners vortragen, von denen Herr Schaus geredet hat.

In der Tat gab es in der Zeit vom November 2010 bis zum 31. Dezember 2012 rund 400 Anfragen beim Ansprechpartner der Polizei. Jetzt käme eigentlich Frau Faeser, wenn sie denn aufpassen würde, und würde sagen: Hui, so viele Anfragen, da ist ja irgendetwas faul.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von diesen 400 Anfragen waren 150 solche, die nichts mit der Zuständigkeit des Ansprechpartners zu tun hatten. Dabei ging es um Beförderungen, Härtefälle, Tauschversetzungen, Einsatzverpflegung, Einsatzkleidung etc. Also blieben 250 Fälle zur Bearbeitung. Aktuell sind im März 2013 noch 30 Fälle in Bearbeitung. Alle übrigen 220 Fälle sind erfolgreich abgearbeitet worden. Deswegen verstehe ich nicht, dass die Opposition behauptet, die Arbeit des Ansprechpartners der Polizei sei nicht im erforderlichen Maße erfolgreich gewesen und hätte keinen Vertrauenszuwachs erbracht. Das glatte Gegenteil ist der Fall, die Zahlen sprechen eine völlig andere Sprache.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– Das haben Sie nicht gelobt. Sie haben in Ihrem Problembeschreibungsvorblatt geschrieben, das habe nicht den erforderlichen Erfolg gebracht. Was ist denn das für ein Urteil über die Arbeit von Herrn Möller? Was machen Sie denn da, indem Sie so etwas aufschreiben?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Tun Sie in diesem Fall das Einzige, was richtig ist: Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück und vertrauen dem Rechtsstaat, der sich dieses Vertrauen hart erarbeitet hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Ei, ei, ei!)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Rhein. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der ersten Lesung.

Zur Vorbereitung der zweiten Lesung überweisen wir den Gesetzentwurf an den Innenausschuss.

Mir wurde gesagt, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 9 nach der Mittagspause behandelt werden sollen.

Vor Eintritt in die Mittagspause möchte ich Sie noch auf Folgendes aufmerksam machen: In der Ausstellungshalle des Plenargebäudes wird nun eine gemeinsame Ausstellung der Wölfersheimer Künstlerpalette e. V., „Die Goldene Wetterau“, und des Kunstkreises Schwalbach am Taunus, „JubilARTE – 25 Jahre Kunstkreis Schwalbach“, eröffnet. Hierzu und zu dem anschließenden Stehempfang lade ich Sie ein und hoffe auf eine rege Teilnahme.

Ich unterbreche die Sitzung und wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Wir sehen uns in zwei Stunden wieder, also um 15:30 Uhr.

(Unterbrechung von 13:27 bis 15:31 Uhr)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, Platz zu nehmen, damit wir die unterbrochene Sitzung fortsetzen können.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, will ich mitteilen: Eingegangen und bei Ihnen verteilt ist zu Tagesordnungspunkt 13 c ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/7161, zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft und zur Vergabe öffentlicher Aufträge, Drucks. 18/7113 zu Drucks. 18/6492.

Weiterhin eingegangen und auf den Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen nach Saudi-Arabien, Drucks. 18/7162. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 55 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit dem Tagesordnungspunkt 33 aufgerufen werden. – Dann verfahren wir so.

Somit rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 33** auf und bitte um Aufmerksamkeit:

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine hessischen Waffen für Saudi-Arabien – Drucks. 18/7126 –

mit **Tagesordnungspunkt 55:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen nach Saudi-Arabien – Drucks. 18/7162 –

Das ist der Setzpunkt der Fraktion DIE LINKE. Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Für die antragstellende Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Willi van Ooyen das Wort. Werte Kollegen, ich bitte noch einmal, die Gespräche jetzt einzustellen und dem Redner zu folgen. – Bitte schön, Herr van Ooyen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Die SIPRI-Studie ist in den letzten Tagen durch alle Presseorgane gegangen. Ich denke, dass das Anlass genug ist, sich

mit dem Rüstungsexport zu beschäftigen, nicht nur, weil bald Ostern ist.

Von dem Nachkriegsgrundsatz, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, ist kaum noch etwas übrig geblieben. Bestimmend ist vielmehr die Rückkehr des Krieges in die Politik. Obwohl ein Auslandseinsatz der Bundeswehr nach dem anderen blutig und milliarden-schwer scheitert, soll es militärisch weitergehen. Die Begründungen werden immer unglaubwürdiger, was der Bevölkerung nicht verborgen bleibt.

Für die angebliche militärische Befriedung ganzer Länder, die stets auch rohstoffreich sind, ist inzwischen Bündnistreue das vorgeschobene Motiv. Es ist lachhaft, dass deutsche Soldaten mit Patriot-Luftabwehrraketen die Türkei vor möglichen Angriffen aus Syrien schützen sollen. Der syrische Diktator müsste ein Selbstmörder sein, würde er die mehrfach überlegene Türkei militärisch angreifen.

Die Verantwortlichen in Regierung und Wirtschaft wollen einfach immer wieder dabei sein. Die Parole heißt: Nie wieder Krieg ohne uns. Bündnistreue heißt das auch in Mali, wo deutsche Soldaten die malische Armee ausbilden sollen, damit sie die Rebellengruppen zurückdrängen kann – die neueste Parole.

Die Kriegsmehrheit im Bundestag scheint nicht mehr zu wissen, dass Konflikte dieser Art nur durch Interessenausgleich dauerhaft zu lösen sind. Das werden auch unsere französischen Nachbarn mit ihren kolonialen Interessen auf dem afrikanischen Kontinent lernen müssen.

Nun sollen Waffen nach Syrien den Krieg befeuern. Die Versuche der UNO, einer Verhandlungslösung zum Durchbruch zu verhelfen, werden ignoriert. Es hat sich unter den politisch Verantwortlichen niemand damit beschäftigt, dass sich das Ganze zu einem Flächenbrand mit katastrophalen Auswirkungen auch auf Europa ausweiten kann.

Der Tod ist wieder ein Meister aus Deutschland, auch aus Hessen. Die Panzerlieferungen aus Kassel sind der größte Batzen im Rüstungsgeschäft. Das werden wir sicherlich auch beim Hessentag im Juni zum Thema machen.

(Holger Bellino (CDU): Wie immer!)

Zu den besten Kunden deutscher Rüstungsunternehmen gehören repressive Regimes wie Saudi-Arabien. Menschenrechte haben dabei keinen Platz. Die deutschen Rüstungsexporte steigen seit Jahren in schwindelerregende Höhen. Ob Schröder oder Merkel regiert, spielt dabei keine Rolle.

Diplomatie und zivile Krisenprävention finden in Sonntagsreden statt. Auf der Tagesordnung der Vernunft stehen der sofortige Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen und ein Verbot aller Rüstungsexporte – ohne jede Ausnahme.

(Beifall bei der LINKEN)

Keine Soldaten, keine Waffen, kein Geld für die Kriege dieser Welt – nur so gewinnen wir den Frieden.

Jedes Jahr sterben weltweit 500.000 Menschen durch Waffengewalt. Das ist jede Minute ein Mensch. Sie sterben auch mit deutschen Waffen. Ich frage Sie: Wollen Sie eine solche Entwicklung weiter befördern?

Bei der Frage von Rüstungsexporten gibt es eine große Koalition. Ob Union, SPD, FDP oder GRÜNE – ich nehme ausdrücklich den heutigen Antrag, den ich eben erst gese-

hen habe, aus; ich freue mich darüber, dass die GRÜNEN zumindest in dieser Frage bezüglich Saudi-Arabien zu anderen Erkenntnissen gekommen sind –, Sie alle haben immer gemeinsam diese Exporte genehmigt und fortgeführt. Ich frage Sie: Haben Sie das mit Ihren Parteimitgliedern schon einmal offen und ehrlich besprochen?

Deutschland nimmt auf der Liste der größten Waffenexporteure der Welt den dritten Platz ein. Das heißt, es gibt nur zwei Länder, die mehr Waffen exportieren als Deutschland. Das sind die USA und Russland.

In den 20 Topländern, die die meisten Rüstungsgüter im Jahre 2011 von uns bekommen haben, ist die Demokratie Mangelware. Darunter sind die Vereinigten Arabischen Emirate, sie sind auf Platz drei – eine tolle Demokratie. Irak: Platz sechs – ebenfalls eine tolle Demokratie. Algerien: Platz acht – ein Beispiel für Demokratie. Saudi-Arabien: Platz zwölf – ein Land der Menschenrechte? Top, kann ich nur sagen. Ägypten, wo wir jetzt all das erleben, was zu befürchten war: Platz 18. Mit unseren Waffen marschieren Saudi-Arabien in Bahrain ein und schießt auf die Menschen, die sich dort für Demokratie engagieren. – Überallhin werden Waffen geliefert. Das ist das Markenzeichen deutscher Politik.

Ich denke, dass wir Waffen nicht in Kriegsgebiete verkaufen dürfen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, uns schon nicht folgen und Waffenexporte nicht vollständig verbieten wollen, könnte man nicht wenigstens erste Schritte gehen? Die GRÜNEN fangen jetzt damit an. Dazu würde z. B. gehören, dass man die Waffenlieferungen in den Nahen Osten komplett einstellt und sagt: Da gehen keine deutschen Waffen mehr hin, auch keine atomar bestückten U-Boote nach Israel.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre wenigstens ein Signal; das wäre ein Politikwechsel.

Es gibt noch etwas Wichtiges: beispielsweise Sturmgewehre und Maschinenpistolen. Diese Waffen sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts. Nur mit ihnen werden mehr Menschen getötet als mit allen anderen Waffen zusammen. Wäre es nicht wenigstens ein erster Schritt, zu sagen: Wir verbieten den Verkauf von Sturmgewehren und Maschinenpistolen? In den USA scheitert das gerade. Warum fangen wir mit einer solchen Politik nicht bei uns an?

Ein Wort noch zu den Kampfdrohnen, die jetzt eingeführt werden sollen. Kampfdrohnen können niemanden gefangen nehmen, sie können nur töten. Aber diejenigen, die damit töten, sitzen irgendwo in Berlin oder Potsdam, drücken auf einen Knopf und töten gezielt Menschen. Dadurch wird die Hemmschwelle des Tötens gesenkt.

Wir wehren uns dagegen, dass die Militärkaste in unserem Land den Militarismus immer aufs Neue hoffähig machen will. Eiserne Kreuze und Heldengedenkmonumente sind Zeichen einer reaktionären Politik und gehören auf den Müllhaufen der Geschichte.

(Beifall bei der LINKEN)

Um dies zu befördern, gibt es eine breite gesellschaftliche Mehrheit gegen weltweite Kriege, für Frieden und Abrüstung. Eine aktive Friedensbewegung ist ein Garant für den Widerstand gegen den Versuch, die Gesellschaft in unserem Land immer umfassender zu militarisieren.

Initiativen gegen die Rekrutierung junger, insbesondere arbeitsloser Menschen für die weltweite Tötungsmaschinerie berichten von erfolgreicher Überzeugungsarbeit. Die Beratung von deutschen Soldaten und US-GIs, den Kriegsdienst zu verweigern bzw. zu desertieren, zeigt erste Erfolge.

Die Abwehr der Dauerpräsenz der Bundeswehr in den Schulen trifft auf zunehmende Akzeptanz.

Auch im universitären Bereich macht der Widerstand gegen die Militarisierung Fortschritte. Nach dem Senat und dem Hochschulrat hat nun auch das Präsidium der Goethe-Universität in Frankfurt einer universitären Zivilklausel zugestimmt. Damit ist der Weg frei für die Aufnahme der Zivilklausel in die universitäre Grundordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

In ihrer Präambel verpflichtet sich die Goethe-Universität, dafür zu sorgen, dass Lehre, Forschung und Studium zivilen und friedlichen Zwecken dienen. Damit ist sie deutschlandweit die zwölfte Hochschule, die für die Zivilklausel eintritt.

Es ist erforderlich, dass auch in der industriellen Entwicklung Alternativkonzepte entwickelt werden. Wir werden die Debatte um alternative regionale Wirtschaftskonzepte sowie die Frage der Konversion der Rüstungsindustrie wiederbeleben.

Zur Alternativpolitik gehören aus unserer Sicht ein sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, der Abzug der Patriot-Raketen aus der Türkei und die Beendigung aller weltweiten Auslandseinsätze.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir nehmen die Politik in die eigenen Hände. Wir verlangen von der Bundesregierung und der Landesregierung den Einsatz für Frieden und Abrüstung. Wir brauchen mehr Abgeordnete im Bundestag wie auch im Landtag, die sich für diese Ziele einsetzen.

Um ein Zeichen gegen Militarismus und Krieg zu setzen, lade ich Sie zu den Aktionen der Friedensbewegung bei den diesjährigen Ostermärschen herzlich ein.

(Zuruf von der CDU: Oh! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Werbeblock!)

Herzlich willkommen bei der Friedensbewegung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Horst Klee (CDU): Das war eigentlich der wichtigste Satz! Alle Jahre wieder! Ostermarschierer! Habe leider schon etwas vor!)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr van Ooyen. Zeitlich war das genau eine Punktlandung. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege May das Wort.

(Unruhe)

Herr May, Sie haben das Wort. Dann wird man Ihnen auch zuhören.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Frage nach Rüstungsexporten ist in der Tat eine ernst zu nehmende. Sie erfordert aber auch eine differenzierte Betrachtung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das war auch früher schon so!)

Die Frage, ob insbesondere Kriegswaffenexporte nach Saudi-Arabien zugelassen werden sollten, hat die deutsche Öffentlichkeit in den letzten zwei Jahren öfter beschäftigt. Alle Oppositionsfraktionen im Bundestag haben zu Recht die Zulassung von Kriegswaffenexporten durch den Bundessicherheitsrat kritisiert.

Es macht aber – da muss ich Herrn van Ooyen widersprechen – eben doch einen Unterschied, wer auf Bundesebene regiert. Denn ein Argumentationsbestandteil, den auch DIE LINKE in ihren Pressemitteilungen und ihrer Kritik im Bundestag immer wieder anspricht, ist, inwieweit Rüstungsexporte, die jetzt zugelassen werden, überhaupt den Richtlinien genügen, die wir auf Bundesebene haben. Das wird von Ihnen thematisiert. Aber wer ist denn für diese Richtlinien verantwortlich? Das war eben gerade ein Erfolg der rot-grünen Bundesregierung, die diese Richtlinien verschärft hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich will damit nicht sagen, dass zu rot-grünen Zeiten alles in Ordnung und ideal gewesen sei. Manche Entscheidung muss man sicherlich auch einmal kritisch hinterfragen. Aber die Aufnahme der Bestimmung, dass die Menschenrechtssituation ein entscheidendes Kriterium bei der Genehmigung von Waffenexporten sein sollte, war doch ein ganz wichtiger Schritt, den diese Regierung erreicht hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich denke, die Statistiken zeigen, dass sich nach der Regierungszeit von Rot-Grün die Situation nicht zum Besseren gewandelt hat, sondern eher zum Schlechteren. Unter der schwarz-gelben Bundesregierung wird die Rüstungskontrolle wohl eher lax gehandhabt.

Daher ist es richtig, dass insbesondere die wiederholten Exporte nach Saudi-Arabien infrage gestellt werden. Denn die Erfahrung, die wir in Bahrain gemacht haben, wo saudische Panzer – die, wohlgemerkt, nicht in Saudi-Arabien produziert worden sind – gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, zeigt, wieso Kriegswaffenlieferungen strengstens reglementiert werden müssen.

Das Beispiel Saudi-Arabien zeigt auch, dass wir während der Regierungszeit Merkel ein Ausufernd der Rüstungsexporte haben. Das ist unverantwortlich und steht zu Recht in der Kritik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem Thema Menschenrechte muss man auch sagen: Gerade im Fall von Saudi-Arabien ist ganz klar, dass Menschenrechte in diesem Land nicht zählen. Gerade an den wiederholten umstrittenen Waffenexporten nach Saudi-Arabien zeigt sich, dass Union und FDP bei dem Thema Waffenexporte jegliches Maß verloren haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh! – Zuruf des Abg. Alexander Noll (FDP))

Dabei zeigen die eben gerade schon von mir angesprochenen Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie der Gemeinsame Standpunkt der EU betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern ganz klar: Die Einhaltung der Menschenrechte im Empfängerland ist ein zentrales Kriterium für die Exportentscheidung.

In der Realität tauchen Waffen aus Deutschland aber immer wieder in solchen Ländern auf, die die Menschenrechte systematisch verletzen.

Deshalb sagen wir: Deutschland darf keine Waffen oder Rüstungsgüter in Länder exportieren, in denen in der Vergangenheit ähnliche Waffen eingesetzt wurden, um Zivilistinnen und Zivilisten zu unterdrücken oder um Protestbewegungen niederzuschlagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Saudi-Arabien ist hierfür ein drastisches Beispiel. Hier trifft die Bundesregierung immer wieder die falschen Entscheidungen.

Die Rüstungsexportrichtlinie sagt weiterhin ganz klar, dass Rüstungsexporte an Nicht-EU- oder Nicht-NATO-Partner nur dann genehmigt werden dürfen, wenn es ein klares Sicherheitsinteresse Deutschlands gibt. Auch dieses Kriterium ist hier nicht erfüllt. Auch hier übergeht Schwarz-Gelb die Richtlinien.

Daher ist es wichtig, dass wir hier über die Zulassung von Kriegswaffenexporten debattieren. Wir haben in Deutschland eine starke Zivilgesellschaft, und die Öffentlichkeit sieht genau hin, wenn Kriegswaffenexporte genehmigt werden. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass Entscheidungen des Bundessicherheitsrats schneller und besser transparent gemacht werden.

Derzeit haben wir die Situation, dass die Entscheidungen im geheim tagenden Bundessicherheitsrat gefällt werden. Das Parlament erfährt teilweise erst aus der Presse von Exportgenehmigungen. Parlamentarische Anfragen der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN blieben unbeantwortet, weshalb Abgeordnete meiner Bundestagsfraktion vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind, um ihr Auskunftsrecht einzuklagen.

Das alles zeigt ganz deutlich: Auf Bundesebene haben CDU und FDP kein Interesse an einer wirksamen Kontrolle von Rüstungsexporten. Wir hingegen wollen ein Höchstmaß an Transparenz und Kontrolle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Öffentlichkeit besteht ein legitimes Interesse an diesem Thema. Daher ist es auch richtig, dass die Fraktion DIE LINKE dieses Thema setzt. Allerdings finden wir Ihren Antrag wieder einmal nicht zustimmungsfähig, weil Sie ihn so gestaltet haben, dass er zu grundsätzlich ist und Dinge miteinander vermischt, die nicht vermischt werden sollten. Er verallgemeinert und ist in sich auch nicht logisch.

Sie zeigen ein richtiges Thema auf. Von daher ist in Ihrem Antrag die Überschrift richtig. Der obere Punkt 3 ist rich-

tig. Aber ansonsten sind viele Ungereimtheiten enthalten. Der Punkt 3 ist natürlich richtig – er ist ein Zitat aus der Hessischen Verfassung. Das ist natürlich zustimmungsfähig.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Aber der Rest ist doch stilistisch etwas unsicher und in sich auch nicht besonders logisch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das fängt damit an, dass Sie im Vortext davon sprechen: „Hessen ist an der Lieferung von ... Panzern ... beteiligt.“ Das ist vielleicht etwas zu allgemein gesprochen oder zumindest ein stilistisches Unglück. Es geht noch weiter. Wenn Sie in der oberen Ziffer 1 fordern: „Rüstungsexporte ... sind aus politischen wie ethischen Gründen abzulehnen“, ist das eine Verallgemeinerung, die wir nicht mittragen können und die daher nicht zustimmungsfähig ist.

Nach unserer Auffassung muss es grundsätzlich möglich sein, dass Deutschland seinen Verbündeten Rüstungsgüter liefert. Es müssen auch dann, wenn ein berechtigtes Sicherheitsinteresse besteht, Rüstungslieferungen möglich sein.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ein weiterer Punkt, der in der Rede von Herrn van Ooyen auch genannt wurde, ist die Frage „grundsätzlich keine Lieferung in den Nahen Osten“. Auch dazu, ob man Israel beliefern darf oder nicht, haben wir eine grundsätzlich andere Haltung als Sie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Sie noch auf folgende Unlogik hinweisen. Sie schreiben oben, es sei grundsätzlich nicht möglich, Waffenexporte zuzulassen, wollen aber unten neue Richtlinien erlassen, die Rüstungsexporte nur dann ermöglichen, wenn eine effektive Endverbleibskontrolle und Ähnliches gewährleistet sind. Das ist in sich unlogisch, denn Sie können nicht einerseits „grundsätzlich Nein“ sagen und dann unten „unter bestimmten Bedingungen doch“ sagen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das ist unlogisch, und von daher ist der ganze Antrag in sich nicht schlüssig. Er ist außerdem wieder einmal ideologisch überladen.

Von daher haben wir etwas gemacht, was Ihnen bei der Formulierung der Überschrift auch gut angestanden hätte, nämlich sich tatsächlich mit dem Thema Saudi-Arabien und der Genehmigung der Waffenlieferung zu beschäftigen. Wir haben das auf die drei entscheidenden Punkte reduziert, den ideologischen Ballast weggelassen und hoffen, dass damit ein über die Parteigrenzen hinweg zustimmungsfähiges Papier entstanden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse zusammen, was die drei wichtigen Punkte sind. Wir wollen ein Höchstmaß an Transparenz und Kontrolle bei Rüstungsexporten. Wir wollen, dass die menschenrechtlichen Gesichtspunkte harte Bedingungen sind, dass das, was zurzeit als Richtlinie formuliert ist, als Gesetz verabschiedet wird. Und wir wollen vor allen Dingen, dass keine weiteren Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien zugelassen werden. Ich denke, es ist vollkommen klar, dass diese Entscheidung falsch ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege May. – Für die CDU-Fraktion erhält Herr Kollege Schork das Wort.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Noch mehr Krieg!)

Günter Schork (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! DIE LINKE hat einen Entschließungsantrag zu dem Thema Rüstungspolitik eingebracht und Ausführungen zur Sicherheitspolitik gemacht. Was heißt das?

(Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Es ist die letzte Sitzung vor der Osterpause. Die Ostermärkte stehen vor der Tür. DIE LINKE nutzt einen kostenlosen Werbeblock im Hessischen Landtag.

(Horst Klee (CDU): Ah!)

Und das Ergebnis ist: Die Teilnehmer bei den Ostermärkten werden immer weniger.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, fangen wir mit dem Thema der Rüstungsexporte und dem Grundsätzlichen an, das angesprochen worden ist. 58 % der wehrtechnischen Exporte der Bundesrepublik Deutschland gehen an EU-Staaten, an NATO-Länder und ihnen gleichgestellte Länder. Zu den gleichgestellten Ländern gehören Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz.

Das sind alles Verbündete der Bundesrepublik Deutschland. Ich denke, es ist normal und nachvollziehbar, dass sich auch in Fragen der Wehrtechnik Verbündete gegenseitig unterstützen und einen entsprechenden Austausch pflegen. Das Stockholmer Institut für internationale Friedensforschung sagt, dass der Anteil Deutschlands an weltweiten Rüstungsexporten 7 % beträgt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Immerhin!)

Für Russland sind es 26 %. Es sei mir verziehen, dass ich das so deutlich sage: In Ihrem Antrag – das zieht sich durch alle Diskussionen, die wir zu diesem Thema haben – sagen Sie zu dem Thema Rüstungsexporte von Russland und Ihnen nahestehenden Staaten leider nichts.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Hat er doch gesagt! Er hat die USA ausgelassen! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Habe ich gesagt!)

Die wichtigsten Abnehmer der Rüstungslieferungen der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2011 waren Griechenland, Südkorea und die Türkei. Zwei dieser Länder sind NATO-Mitglieder.

Man muss bei den wehrtechnischen Exporten, weil Sie das ansprechen, immer noch einmal darauf sehen, wie die klassifiziert werden und ob das als Dual-Use – also das, was sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden kann – eingeordnet wird.

In der Bundesrepublik Deutschland ist es so, dass es im Jahr 2011 Einzelausfuhrgenehmigungen – ich betone: Einzelausfuhrgenehmigungen – im Gesamtvolumen von 5,4 Milliarden € gab. Jeder Rüstungsexport der Bundesrepu-

blik Deutschland ist durch den Bundessicherheitsrat in einer Einzelgenehmigung zu genehmigen.

Dazu – auch das wurde angesprochen – gibt es die Rüstungsexportrichtlinien, in denen unter anderem ausgeführt wird, dass Exporte in Länder, in denen innere Unterdrückung herrscht, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, nicht durchgeführt werden sollen. Eine entscheidende Rolle spielt natürlich auch das Verhalten der Empfängerländer in bestimmten Situationen und in Konflikten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was ist mit Saudi-Arabien?)

– Wenn Sie etwas mehr Geduld hätten, junge Frau.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN: Oh! – Janine Wissler (DIE LINKE): Wie viel brauche ich denn?)

Vor dem Hintergrund, was ich zu der Frage ausgeführt habe, in welche Länder Exporte durchgeführt werden, ist die Frage von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien sicher eine schwierige Entscheidung, und es ist sicher eine schwierige Abwägung.

(Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Der Bundessicherheitsrat hat die Entscheidung getroffen, dass Waffenlieferungen statthaft sind. Wir alle kennen die exakten Beweggründe nicht. Jetzt können wir über die sicherheitspolitische Bedeutung von Saudi-Arabien – und das macht es so schwer – hier diskutieren.

Natürlich ist das kein Idealland der Demokratie. Natürlich gab es die Frage Bahrain. Aber Sie dürfen auch nicht vergessen, dass Saudi-Arabien in diesem schwierigen Teil der Erde, im Dreieck zwischen Irak und Iran, eine gewisse sicherheitspolitische Bedeutung auch für westliche Interessen hat.

Deswegen ist es so schwer, dort eine Entscheidung zu treffen, und es ist sicher eine schwierige Abwägung. Wir glauben, dass der Bundessicherheitsrat in Abwägung des Für und Wider eine Entscheidung getroffen hat, die wir von hier aus nicht zu kritisieren haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Sie sagen: grundsätzlich keine weltweiten Exporte. Sie sagen: Konflikte werden verschärft. – Herr van Ooyen, wollen Sie wirklich tatenlos zusehen?

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Mali ist ein Musterbeispiel dafür. Sie können Syrien und Libyen dazunehmen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja!)

Wie wäre das denn in Libyen ohne das Eingreifen der westlichen Länder ausgegangen? – Dort würde heute noch der Diktator herrschen, der Land und Leute terrorisiert hat. Schauen Sie sich Mali an, in dem die Islamisten, die Terroristen, die Macht übernommen haben. Die ersten Maßnahmen waren, das Weltkulturerbe in Timbuktu zu zerstören und dem Erdboden gleichzumachen, Menschen zu drangsalieren, Frauen zu vergewaltigen, und all das, was dort vorgekommen ist.

Wollen Sie all dem tatenlos zusehen? – Dann sagen Sie, dass das zu Ihrer Politik dazugehört. Denn das gehört zur Wahrheit auch dazu.

(Beifall der Abg. Mario Döweling und Dr. Matthias Büger (FDP) – Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Wie sieht denn die Lage in Syrien aus? Wer hat denn dort den bewaffneten Konflikt und die Auseinandersetzung mit der eigenen Bevölkerung gesucht? Das ist doch eine hochinteressante Frage. Lassen Sie uns doch nicht darüber streiten, dass man da zu anderen Entscheidungen kommen kann.

Warum wird denn die Frage so ernsthaft diskutiert, ob es notwendig ist, dass wir diejenigen, die die Diktatur stürzen wollen, unterstützen sollen, oder nicht? Das ist im Übrigen eine ähnliche Frage wie die, die in Deutschland während der Nazizeit eine wesentliche war und die insbesondere die Militärs bewegt hat. Ist es trotz eines Eides zulässig, Gewalt gegen einen Diktator anzuwenden? Das ist eine hochspannende und eine sehr ethische Frage, mit der sich insbesondere die Offiziere in der Bundeswehr auseinandersetzen müssen.

Sie können mir glauben, dass ich weiß, wovon ich rede. Jetzt sagen Sie, wie Sie die Entscheidung – –

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege Schmitt, das können Sie ins Lächerliche ziehen. Aber das sollten Sie besser nicht tun.

Schauen Sie sich doch die Situation in Syrien an. Sollen wir weiterhin tatenlos zusehen, wie der Diktator Assad mit Kampfflugzeugen Wohnquartiere bombardiert und wie Friedliche, die mit der Auseinandersetzung nichts zu tun haben, in der Türkei von Syrien aus beschossen werden? – Das alles ist doch passiert. Wollen Sie da tatenlos zusehen? Sie nehmen mir das bitte ab: Ich komme bei diesen Fragen zu einer anderen Entscheidung.

Es ist doch auch nicht richtig, dass die Einsätze der Bundeswehr im internationalen Rahmen zu keinen Ergebnissen geführt hätten. Schauen Sie sich doch die Situation im ehemaligen Jugoslawien an. Wie ist denn die Situation in Bosnien und Herzegowina? Wie ist denn die Situation in Kroatien? Wäre die Situation heute so, wenn die NATO und die internationale Gemeinschaft nicht eingegriffen hätten?

Wir haben doch 1995 bei Srebrenica genau gesehen, was geschieht, wenn die Armee keinen klaren Auftrag hat und sie deshalb tatenlos zusehen muss, wie Terroristen Frauen, Männer und Kinder hinschlachten und ermorden. Das ist eine Erfahrung, die wir aus der Auseinandersetzung in Jugoslawien zumindest zur Kenntnis nehmen müssen, wenn wir daraus nicht sogar lernen müssen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Wolfgang Greilich und Dr. Matthias Büger (FDP))

Das zeigt sehr deutlich, dass es sehr wohl eine ethisch gerechtfertigte Entscheidung sein kann, in solchen Konflikten mit Gewalt und Waffen einzugreifen, um den Frieden und die Demokratie wiederherzustellen.

Ich komme zu meiner letzten Bemerkung. Ich sage das, weil Sie das angesprochen haben. Ich halte es für verwerflich, dass Sie sich hierhin gestellt und gesagt haben, die Ehrungen und die Ehrenmale für die deutschen Soldaten, die im Einsatz für die Bundesrepublik Deutschland und die im Auftrag der Politik ihr Leben gelassen haben – –

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Fuhrmann, das hat er gesagt. Er hat gesagt, dass das auf die Müllhalde der Geschichte gehöre. Das halte ich für verwerflich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Matthias Büger (FDP))

Ich halte es für unbedingt erforderlich, dass wir denen, die wir als Mitglieder der Politik in die Einsätze schicken, also denen, denen wir einen militärischen Auftrag geben, und die im Rahmen dieses Auftrags ihr Leben lassen oder schwer verletzt, verwundet und traumatisiert zurückkommen, ein Minimum an Respekt und Anerkennung zollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schork, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Günter Schork (CDU):

Dazu gehört ein Ehrenmal. Dazu gehört ein ehrendes Gedenken. Wenigstens darauf sollten wir uns in dieser Debatte verständigen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schork, vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Abg. Siebel für die SPD-Fraktion.

Michael Siebel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schork, ich kann das gut verstehen. Denn das ist ein Thema, bei dem es um Emotionen geht. Sie haben hier weniger über den Rüstungsexport, sondern über die Bundeswehreinätze und die gewaltsame oder nicht gewaltsame Lösung von Konflikten gesprochen. Ich will versuchen, das auf den Text des Entschließungsantrags zurückzuführen.

Ich will es gleich zu Beginn unmissverständlich und klar sagen: Für die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion sind Waffenexporte kein Mittel der Konfliktlösung.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Sie müssen restriktiv gehandhabt werden. Sie müssen hauptsächlich öffentlich kontrolliert werden.

Ich möchte die Diskussion noch ein bisschen mehr versachlichen. Es wurde darauf hingewiesen, dass Deutschland nach Erhebungen des Stockholm International Peace Research Institute einen Anteil von 11 % an den weltweiten Waffenexporten hat. Das ist bei den Waffenexporteuren Platz 3 in der Welt.

Geregelt wird der Rüstungs- und Waffenexport unter anderem durch das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Außenwirtschaftsgesetz und die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Herr Kollege Mack hat darauf hingewie-

sen, dass diese von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 beschlossen wurden.

Damit wird die Bundesrepublik zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik und einer umsichtigen Genehmigungspraxis der Exportgeschäfte verpflichtet. Die rot-grüne Regierung hat bereits vor zehn Jahren durchgesetzt, dass drei wesentliche politische Kriterien bei der Frage der Genehmigung der Rüstungsexporte berücksichtigt werden:

Erstens ist das die Situation der Menschenrechte in den Empfängerländern.

Zweitens geht es um die Frage, ob ein Export in das Empfängerland eine nachhaltige Entwicklung be- oder verhindert.

Drittens geht es um den Beitrag, den die Lieferung zum Ziel der Friedenserhaltung und Konfliktvermeidung leistet.

Damit wurde die Verantwortung der Politik bei der Entscheidung über die Rüstungsexporte gestärkt.

Auf der anderen Seite muss man allerdings sagen, dass die Realität bei der momentanen Bundesregierung eine andere ist. In der Begründung der Bundesregierung für Lieferungen in Drittstaaten spielen folgende Argumente zunehmend eine Rolle. Lassen Sie sich diese Argumente in der Tat einmal auf der Zunge zergehen:

Partner in den Konfliktregionen sollen befähigt werden, mithilfe der Rüstungslieferungen ihre Sicherheitsvorhaben selbst in die Hand zu nehmen und als „Stabilitätsanker“ zu dienen. Solche Partnerstaaten würden in die Lage versetzt, nötigenfalls selbst in Krisenregionen zu intervenieren.

Sie könnten also selbst in Krisenregionen intervenieren.

Damit wäre einem direkten militärischen Engagement Deutschlands vorgebeugt. Während Waffenexporte in Konfliktregionen bisher grundsätzlich abzulehnen waren, würden sie gemäß dieser Logik nun zu einem wichtigen Pfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Ich widerspreche dieser Argumentation ausdrücklich. Sie ist scheinheilig und bewirkt das Gegenteil dessen, was wir von einer deutschen Außenwirtschaftsstrategie erwarten und auch verlangen dürfen. Sie soll auch dafür sorgen, dass Krisen nicht noch durch Waffenexporte angeheizt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist egal, ob es sich wirklich um einen Paradigmenwechsel handelt oder ob eine schon lange praktizierte Politik nun offensichtlich begründet wird. Es ist ein gefährlicher Trugschluss, zu glauben, dass die Lieferung von Waffen oder Kriegsgeräten zur Stabilisierung der Lage in Konfliktregionen beitragen könne.

Eine Politik, die mit der Aufrüstung der Staaten „Stabilitätsanker“ schaffen will, greift zu kurz und übersieht die Probleme, die von Waffenlieferungen ausgehen können. Nicht demokratische Staaten können Kriegswaffen zur internen Repression einsetzen, was den Frieden im Land und in der Region zusätzlich gefährden würde. Wer wird die Waffen dann in einigen Jahren gegen wen richten? – Das ist nicht vorhersehbar. In keinem Fall sollte das Kriterium der Menschenrechte in den Empfängerländern bei der Entscheidung über Exporte einer vermeintlichen Stabilität in der Region oder Sicherheitsinteressen untergeordnet werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rechtsstaatlichkeit ist Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Friedenssicherung – mehr als Panzer und andere Kriegswaffen.

Die möglichen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien, Katar und übrigens auch Indonesien wurden nicht nur in der Öffentlichkeit von der Konferenz Kirche und Entwicklung kritisiert, sie lösten auch im Jahr 2012 parlamentarische Diskussionen aus. Wer aber Informationen nicht rechtzeitig erhält, der kann weder argumentieren noch kontrollieren. Dies gilt übrigens nicht nur für die Opposition, sondern auch für die Abgeordneten der Regierungskoalition im Deutschen Bundestag.

Als Gesetzgeber aber könnte sich der Deutsche Bundestag wirksame Informationsrechte verschaffen. Deshalb begrüßen wir nachdrücklich die Anstrengungen, die parlamentarische Kontrolle der Rüstungsexportpolitik zu verbessern. Ich weise darauf hin, dass die SPD-Bundestagsfraktion fast jährlich solche Anträge – im Jahr 2011 war es die Drucks. 17/5054, im letzten Jahr die Drucks. 17/9188 – in den Bundestag eingebracht hat. In diesen Anträgen wird von der Bundestagsfraktion der SPD beispielsweise sehr detailliert ausgeführt, dass man sich künftig streng an die geltenden Exportrichtlinien der Bundesregierung halten soll, an das Außenwirtschaftsgesetz, an die Außenwirtschaftsverordnung – ich habe zu Anfang ausgeführt, dass das die Grundlagen der Waffenexporte sind – usw.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, fast zum Abschluss will ich nun aus der Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zitieren:

Das Ziel, den internationalen Waffenhandel effektiv zu kontrollieren, lohnt alle Mühe. Dafür haben sich auch der Vatikan und der Ökumenische Rat der Kirchen immer wieder eingesetzt, darin sind wir uns mit unseren christlichen Partnerkirchen weltweit einig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Mühe hat sich die Noch-Opposition im Deutschen Bundestag unterzogen.

Doch nicht nur die Kirchen kritisieren damit die Bundesregierung, es mehren sich auch – und deshalb wundert mich der Wortbeitrag von Herrn Schork ein bisschen – die kritischen Stimmen innerhalb der Regierungsfractionen.

Bundespräsident Gauck hat sich seinerseits in diese Debatte eingemischt. Er sagte: Die Lieferung von Waffen an Diktaturen oder fragile Staaten widerspricht den Richtlinien der Bundesrepublik für Rüstungsexporte. – Wenn der Bundespräsident diese Praxis der Bundesregierung kritisiert, dann hat er unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Waffenlieferungen in Länder, die die Menschenrechte missachten, wie Saudi-Arabien, verstoßen gegen die Exportrichtlinien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend will ich eine letzte Bemerkung zu Hessen machen. Auch in Hessen brauchen wir eine Neuausrichtung der Außenwirtschaftsstrategie. Die SPD hat dazu eine eigene Positionierung vorgenommen. Allerdings habe ich nicht den Eindruck, dass in der Außenwirtschaftsstrategie der Landesregierung – so viel Fairness muss sein – diese Frage über-

haupt eine Rolle spielt. Mir ist das bisher noch nicht aufgefallen.

In unserer Außenwirtschaftsstrategie, die wir seitens der SPD entwickelt haben, heißt es in einem ihrer ersten Sätze:

Die Unterzeichnung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland hat auch für die Länder eine höhere Verantwortlichkeit entwickelt. Die Ziele der Erklärung sind eine Verpflichtung für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder. Für uns ist die Verwirklichung der Menschenrechte unabdingbar. Armut kann nur bekämpft werden, wenn Menschenrechte und Demokratie verwirklicht werden, wenn Pressefreiheit herrscht und wenn die Gleichstellung von Frauen und Männern vorangebracht wird.

Und ich ergänze: dies natürlich ohne Waffenexporte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Siebel. – Das Wort hat der Abg. Döweling, FDP-Fraktion.

Mario Döweling (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ostern nähert sich – und Willi van Ooyen begibt sich auf den Ostermarsch.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das hatten wir schon! Und nicht nur er!)

Das ist schon richtig gesagt worden. – Ja, das macht es nicht falsch.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das war jetzt der letzte richtige Satz!)

So erklärt sich dieser Antrag, der uns heute vorliegt. Aber leider muss ich sagen, bei aller guten Absicht, die ich dem Kollegen van Ooyen in seinem gelebten Gutmenschenum unterstelle, dass er darin doch eine ganze Menge durcheinandergeworfen und in friedensbewegter Absicht in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wild gewütet hat, bis hin zu Fragen der Innenpolitik. Ich will Ihnen aber gleich darlegen, warum wir dem auf gar keinen Fall zustimmen können.

Herr van Ooyen, Herr Kollege Schork hat es Ihnen schon ausgeführt:

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich finde es wirklich unsäglich, wie Sie sich hier in den Widerspruch verwickelt haben: Zum einen lehnen Sie eine Waffenlieferung nach Saudi-Arabien ab, weil dort Ihrem Antrag zufolge ein islamistisches Regime an der Macht sei;

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

zum anderen aber stellen Sie sich hierhin und sagen zu der französischen Intervention in Mali – wo wirklich schreckliche Dinge von wirklichen Islamisten angerichtet wurden: Zerstörung von Kulturgütern, Terror gegen die Zivilbevölkerung; Kollege Schork hat es ausgeführt –, Frankreich

werde noch erkennen, dass es mit seiner „imperialen Kriegspolitik“, oder wie Sie das genannt haben, scheitern wird.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das sind Waffen, die aus Libyen kommen!)

Das ist Zynismus. Das ist Hohn. Das ist wirklich blankeste Verspottung der Betroffenen.

(Beifall bei der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das sind Waffen aus Libyen!)

Sie sind sich auch nicht zu schade, in Ihrem Antrag auch noch die Hessische Verfassung zu bemühen und korrekt aus Art. 69 zu zitieren, wonach sich Hessen zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung bekennt und der Krieg geächtet ist.

Wenn Sie schon die Hessische Verfassung mit hineinziehen, dann sage ich Ihnen, es steht auch in der Verfassung des Landes Hessen, in Art. 146:

Es ist Pflicht eines jeden, für den Bestand der Verfassung mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften einzutreten.

Dazu sage ich Ihnen einmal eines: Wer sagt Ihnen denn, dass wir nicht auch in Saudi-Arabien

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die Hessische Verfassung verteidigt?)

dafür einzutreten haben, dass unsere Freiheit hier in Deutschland und in Europa gewährleistet wird?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Am Hindukusch? – Zuruf von der SPD: Die wurde schon einmal am Hindukusch verteidigt!)

Das ist eine der instabilsten Regionen im Nahen Osten. Damit von dort keine Gefahr ausgeht, die zu einem Flächenbrand wird. Wenn Sie es wollen, kann man nämlich das dort hineininterpretieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Ja, Frau Kollegin Wissler, da lachen Sie.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Waffen, die wir nach Libyen geliefert haben, werden jetzt in Mali eingesetzt!)

Herr Kollege van Ooyen, ich sage Ihnen eines: Ich finde es nicht gut, wie Sie hier mit dem moralischen Zeigefinger in diese Richtung zeigen, gleichzeitig aber angreifbar sind. Das sage ich übrigens auch zu den GRÜNEN. Bei denen muss man immerhin konstatieren, dass sie sich doch ganz beachtlich gewandelt haben, was ihre Einstellung zu diesen Dingen angeht,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ja, der Fischer hat es auch anders gesehen! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Leider!)

spätestens seit sie eine rot-grüne Regierung auf Bundesebene gestellt haben. Das hat auch zu erheblichen Verwerfungen bei Ihnen geführt.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Schulz-Asche, ich sage Ihnen einmal eines: Sie und auch der Kollege Siebel haben sich hier mit hoch erhobenem moralischen Zeigefinger hingestellt und gesagt, die

bösen Waffenexporte, und unter Rot-Grün sei alles viel besser gewesen.

(Zuruf von der SPD: Da war alles besser!)

– Es war besser? Na gut. – Ich habe hier eine Meldung aus dem „Focus“ vom Mai 2011, als die erste Empörung über die Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien hochkam. Da ist nachzulesen:

Bei ihrer Empörung über das Panzergeschäft mit den Saudis leiden manche rote und grüne Politiker offensichtlich an Gedächtnisschwächen: Gleich im ersten rot-grünen Regierungsjahr 1999 hatten Kanzler Gerhard Schröder (SPD) und sein Vize Joschka Fischer (GRÜNE) die deutschen Rüstungsexporte mehr als verdoppelt.

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Oh, das ist aber etwas ganz Neues: nämlich auf fast 1,5 Milliarden €, von ungefähr 600 Millionen € unter der letzten Regierung Schwarz-Gelb.

(Wolfgang Greilich (FDP): Wer war das? Wie hieß der?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war unter einem Joschka Fischer.

(Wolfgang Greilich (FDP): Joseph Martin Fischer!)

Ich kann nicht verstehen, dass die GRÜNEN hier mit erhobenem Zeigefinger sagen: Saudi-Arabien – alles ganz schlecht. Ich sage Ihnen: Ja, es gibt Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien. Ich sage Ihnen aber auch: Diejenigen, die die Menschenrechtsverletzungen begehen, sind nicht diejenigen, die die Waffen liefern, sondern immer die, die den Finger am Abzug haben oder die gegebenenfalls am Gaspedal des Panzers sitzen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dazu sage ich Ihnen noch etwas: Richtigerweise haben Sie selbst vorhin gesagt, Sie würden es nie infrage stellen, dass wir Waffen an Israel liefern, um seine Sicherheit zu gewährleisten, als ein wichtiger Partner in der Region neben Saudi-Arabien. Aber ich sage Ihnen sehr klar: Zu dem, was mit unseren Waffen in den besetzten Gebieten dort passiert, sagen Sie nichts. Das muss man schon einmal sehr kritisch anmerken. Daher kann man jetzt nicht einseitig den Finger gegen Saudi-Arabien erheben.

In der Tat ist das eine der schwierigsten Regionen, die wir in der Welt haben. Dort sind sowohl Saudi-Arabien als auch Israel für uns ganz wichtige strategische Partner. Die sollten wir in der Tat stärken.

Übrigens, Herr van Ooyen, Sie haben sich auch dagegen gewendet, dass man im Irak Aufbauhilfe betreibt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): „Aufbauhilfe“ hat er nicht gesagt!)

Da frage ich mich nur: Wie soll im Irak eine funktionierende Staatsstruktur entstehen, wenn wir die Staatsorgane, die demokratischen Kräfte dort nicht in die Lage versetzen, sich überhaupt gegen Gewalt von innen und außen zu wehren? Das müssen Sie mir doch erklären.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Vielleicht machen Sie einmal einen Ostermarsch im Irak. Vielleicht hilft das.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Haben Sie eine Ahnung, was im Irak los ist?)

Vielleicht können Sie damit die demokratischen Kräfte dort stärken.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben in Ihrem Antrag mehrfach den hessischen Beitrag erwähnt, namentlich hessische Firmen in der Region Kassel. Es gibt von Ihrer Fraktion, DIE LINKE, den sogenannten „Rüstungsatlas“. Der ist ganz interessant. Darin werden unter anderem alle Bundeswehrstandorte in Hessen aufgelistet. Darin kann man auch nachschauen, was wir an Rüstungsindustrie in Hessen haben. Die Zahlen, die Sie dort angeben, sind lediglich geschätzt. Sie schätzen angesichts der aktuellen Entwicklungen in diesem Segment, dass wir in der Region Kassel etwa 5.000 Beschäftigte in der Rüstungsindustrie haben. Weiter wird dazu ausgeführt: Volkswirtschaftlich gesehen, ist das eine vernachlässigbare Größe. – Dazu sage ich Ihnen Folgendes. Für die FDP-Fraktion in diesem Hause ist es unerheblich, ob es 5.000 oder 4.999, oder 5.010 Beschäftigte sind. Für uns ist kein Arbeitsplatz in Hessen eine volkswirtschaftlich vernachlässigbare Größe.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Das ist blanker Zynismus gegenüber den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie. Ich bin mir sicher, dass sich die Region Kassel auf dem Hessentag industriell entsprechend darstellen wird.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und der LINKEN)

– Es ist interessant, dass in der SPD-Fraktion jetzt so große Unruhe herrscht. Sonst kämpfen Sie immer für die Belange von Nordhessen. Jetzt höre ich aber kein Wort zu den Beschäftigten in diesem Bereich.

(Norbert Schmitt (SPD): Gerade Sie müssen über Arbeitsplätze reden! – Weitere Zurufe von der SPD)

Bei Ihnen sind einige Dinge schwer durcheinandergegangen. Sie haben beispielsweise einen merkwürdigen Anschein erweckt, indem Sie auf die USA zielten, wo ein Verbot für den Verkauf von Sturmgewehren angestrebt wird. Das ist ein Anliegen, das würde ich voll und ganz unterschreiben. Aber so, wie Sie es dargestellt haben, hörte es sich an, als könne man in Deutschland ein Sturmgewehr kaufen. Das ist mitnichten der Fall. Wir haben zu Recht die strengsten Waffengesetze in der Welt. Das ist eine gute Sache, und was das angeht, sollten wir unseren Verbündeten auffordern, sich an dieser Stelle ein Beispiel an uns zu nehmen.

(Beifall des Abg. Alexander Noll (FDP))

Es muss die Doktrin unserer Sicherheitspolitik sein, dass man Wandel durch Annäherung erreicht. Willy Brandt hat schon in den Siebzigerjahren erkannt, dass man so dazu kommt, die Demokratie in diesen Ländern zu befördern.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Man erreicht das nicht, indem man mit der moralischen Keule und dem moralischen Zeigefinger versucht, diese Länder zu belehren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie sich hier schon als Verteidiger der Menschenrechte gerieren wollen, dann muss man auch klar sagen: Ich habe von Ihnen kein Wort zu einem unserer wichtigsten Wirtschaftspartner gehört, der sehr wichtigen Wirtschaftsnation China. Kollege Siebel von der SPD hat von einer Außenhandelsstrategie gesprochen. China ist für Hessen ein sehr wichtiger Partner, und ich bin mir sicher, die Hessische Landesregierung weist – genauso wie die Bundesregierung – dort immer wieder auf die Menschenrechtssituation hin, denn die ist in China alles andere als befriedigend.

(Zurufe von der LINKEN)

Als Herr Schäfer-Gümbel im letzten Jahr seine Chinareise gemacht hat, habe ich aber kein einziges Wort in der Zeitung gelesen, dass er in dieser Sache vorstellig geworden wäre. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, so geht es nicht, mit dem moralischen Zeigefinger zu drohen und selbst unglaublich zu handeln, wie ich eben dargelegt habe.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Das ist nicht glaubwürdig, und deswegen lehnen wir alle Ihre Anträge zu diesem Thema ab.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Döweling. – Das Wort hat Herr Staatsminister Rentsch.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir während der Debatte Folgendes überlegt. Wenn Willi van Ooyen damals, als er häufig in der DDR war und Geheimgespräche geführt hat,

(Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

und, wie man hört – Herr van Ooyen, das wissen Sie besser –, Geldkoffer wieder mit nach Westdeutschland genommen hat, so intensiv für die Menschenrechte in der DDR gekämpft hätte, dann wäre das eine gute Sache gewesen. Sich heute aber hierhin zu stellen, auf eine bestimmte Seite der Welt zu schauen – darüber kann man durchaus diskutieren –, aber die eigene Vergangenheit komplett auszublenden, das ist schon eine besondere Form der Moral. Die gibt es nur bei den LINKEN.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Kollege Siebel, an einigen Stellen Ihrer Rede war ich definitiv Ihrer Meinung. Ich glaube, dass vieles von dem, was Kollege Siebel gesagt hat, richtig ist, z. B. bei der Frage: War es richtig, die Exportvorschriften in der Vergangenheit gemäß den gesetzlichen Normen zu verschärfen, die wir haben?

Sie haben aber an einer Stelle das Thema Menschenrechte angesprochen. Da will ich Ihnen konkret widersprechen. Die Menschenrechte sind ein Aspekt, der bei der Frage der Exporte geprüft wird, sie sind aber nicht der alleinige Faktor. Gerade bezüglich der Rolle von Saudi-Arabien hört man, wenn man mit den Außenpolitikern der verschiede-

nen Bundestagsfraktionen spricht, unterschiedliche Einschätzungen. Saudi-Arabien erfüllt aber, das hat Herr Kollege Schork aus meiner Sicht zu Recht gesagt, im Nahen Osten eine besondere Funktion für die Stabilität. Das mag einem bei diesem Regime nicht gefallen, es ist aber so. Auch das gehört in dieser Debatte zur Wahrheit. Deshalb kann man über die Entscheidung diskutieren, man kann sie kritisieren, aber man kann es sich nicht so einfach machen, zu sagen, die Entscheidung sei nur schwarz oder weiß zu fällen. Dafür ist das Thema viel zu heikel. Gerade auch die Bedeutung Saudi-Arabiens für die Sicherheit Israels sollte für uns Deutsche immer ein wichtiger Punkt in unseren Debatten sein.

Insgesamt gesehen, teilen wir als Landesregierung den Antrag der LINKEN nicht. Der Antrag ist weder zielführend, noch nimmt er die Realität, die wir in der Welt haben, in Augenschein. 70 % der Waffenexporte gehen an NATO-Partner oder gleichgestellte Partner.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das stimmt nicht! 58 %, mit den gleichgestellten Partnern!)

– Herr Kollege van Ooyen, ich habe Ihnen die Zahlen genannt, ich bin aber gerne bereit, sie in einem privaten Diskurs weiter auszuführen.

Die Situation ist aus meiner Sicht aufgrund von zwei Gesichtspunkten besonders schwierig. Erstens sind viele der Waffen, die wir produzieren, zum Schutz unserer eigenen Soldaten da. Wir haben als Bundesrepublik und auch als Land Hessen, in dem ein Teil der Rüstungsindustrie zu Hause ist – in Nordhessen ist sie mit vielen hoch qualifizierten Arbeitsplätzen ein wichtiger Wirtschaftszweig –, ein Interesse daran, dass diese Waffen unseren Soldaten auch im Ausland einen besonderen Schutz bieten.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Warum müssen die ins Ausland gehen?)

Ich glaube, da sollten wenigstens die Fraktionen, die in diesem Land auf der richtigen Seite Verantwortung getragen haben, sich von der Linkspartei nicht auseinanderdividieren lassen. Es sollte in unser aller Interesse sein, dass die deutschen Soldaten, die an vielen Stellen die Sicherheit unseres Landes verteidigen, geschützt sind, wenn sie ihrem Auslandsauftrag nachgehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Der zweite Punkt – ich will nicht drum herumreden, weil das ja ein bisschen der Vorwurf war –: Ist es ethisch vertretbar, wenn es in diesem Bereich Arbeitsplätze gibt und wenn es dadurch Wertschöpfung gibt? Für mich beantwortete ich diese Frage mit einem Ja. Würden denn weniger Waffen verkauft, wenn wir sie nicht in Deutschland produzierten? Ich meine, nein. Mir ist es lieber, wir haben diesen Wirtschaftszweig in unserem Land, haben strenge Exportkontrollen und hohe Anforderungen an diesen Bereich sowie klare Regeln, als dass diese Waffen in Ländern produziert werden, wo diese Regeln nicht bestehen. Das wäre für die Welt doch kein besseres Geschäft. Es wäre ein Bärendienst für die Sicherheit. Deshalb können wir an dieser Stelle doch sagen: Wir wollen diese Industrie, vor allen Dingen im Norden unseres Landes, und wir wissen auch, dass dieser Industriezweig teilweise eine echtes Experten-tum bei den Arbeitsplätzen erfordert, sehr hohe Anforderungen stellt. Insofern ist daran nichts Unethisches, wenn

man an dieser Stelle wichtige Arbeitsplätze in einem Land hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oje, oje!)

– Kollege Al-Wazir ruft wieder einmal „Oje, oje!“

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit den Argumenten können Sie auch Giftgas exportieren!)

– Herr Kollege Al-Wazir, die GRÜNEN haben in eigener Verantwortung eine schwierige Debatte mitgemacht. Das hat auch Herr Kollege Döweling gesagt. Sie haben es sich nicht leicht gemacht. Man könnte es fast so formulieren, wie Gerhard Schröder es einmal über Jürgen Trittin gesagt hat: „Jürgen Trittin erzählt öffentlich häufig Unsinn, aber zum Schluss steht er immer, wenn es darum geht, etwas durchzusetzen.“ – Auch an dieser Stelle muss man sagen: Hinsichtlich der Verantwortung, die Sie im Rahmen der Exporte von Waffen übernommen haben, sehe ich kaum einen Unterschied zur jetzigen Regierung, auch wenn Sie sich gern aus der Verantwortung stehlen würden. Auch Sie haben damals diesen wichtigen Wirtschaftszweig unterstützt. Ich glaube, da haben Sie nichts Falsches getan, meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irakkrieg!)

Meine Damen und Herren, zum Schluss müssen wir gemeinsam das Ziel verfolgen, im Bereich der Rüstungsexporte und in der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik den Prozess der europäischen Integration aktiv voranzutreiben. Aus meiner Sicht geht es darum, dass wir uns in Europa als eine arbeitsteilige Einheit aufstellen und auch über die Europäische Union die NATO weiterentwickeln. Ich halte das nicht nur aus Kostengründen für ein wichtiges Argument, sondern auch, um sicherheitspolitisch in diesen Bereichen weiterzugehen. Ich glaube, es wäre nicht unsinnig, wenn die Europäische Union in der Rüstungsindustrie die deutschen Standards anwenden würde.

Wir haben die höchsten Standards in der Welt, und wir sind stolz darauf, dass wir sie haben. Aber das darf nicht im Umkehrschluss bedeuten, dass wir nicht mit diesen Arbeitsplätzen rechnen. Beides gehört zusammen, um die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten, und in dem Sinne werden wir den Antrag nicht unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Rentsch. – Wir sind am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine hessischen Waffen für Saudi-Arabien, Drucks. 18/7126, unter Tagesordnungspunkt 33 ab.

Hier gibt es den Wunsch, dass getrennt abgestimmt wird: erst über die Position 1 und die Position 2 und dann über den Rest. Habe ich das richtig verstanden? Unten finden sich zwar noch einmal die Ziffern 1 und 2, aber ich nehme an, es sind die oben stehenden gemeint.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Noch einmal!)

– Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/7126: Ich lasse erst über Position 1, die Rüstungsexporte betreffend, abstimmen und dann über Position 2.

(Günter Rudolph (SPD): 1 und 2 gemeinsam!)

– 1 und 2 gemeinsam?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja!)

– Gut, das können wir auch machen. Wie ihr wollt. – Ich lasse abstimmen: Wer für die Positionen 1 und 2 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die LINKEN. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD und GRÜNE. Damit ist das abgelehnt.

Ich lasse über den Rest des Antrags abstimmen. Wer ihm seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen DIE LINKE und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die GRÜNEN. Damit ist auch der Rest des Antrags abgelehnt.

Dann lasse ich über den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen nach Saudi-Arabien, Drucks. 18/7162, abstimmen. Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist auch dieser Dringliche Entschließungsantrag abgelehnt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber knapp!)

– Knapp? Knapp verloren ist auch daneben. Auf jeden Fall ist er abgelehnt; fertig.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, darf ich Ihnen mitteilen, es gibt einen weiteren Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend mehr Geld für Kinderbetreuung auch in Hessen – Mittelverschwendung durch Betreuungsgeld stoppen, Drucks. 18/7168. – Die Dringlichkeit wird allseits freudig bejaht.

(Holger Bellino (CDU): Freudig nicht!)

Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 56 und kann zusammen mit Tagesordnungspunkt 45 – Aktuelle Stunde – aufgerufen werden. Wie üblich wird direkt nach der Aktuellen Stunde darüber abgestimmt.

(Günter Rudolph (SPD): Schauen mer mal!)

– Das haben wir bisher so gemacht. Gott weiß, was bis morgen noch passiert. Dann sehen wir weiter.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 52** auf:

Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags – Drucks. 18/7158 –

Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Es beginnt der Kollege Dr. Blechschmidt, FDP-Fraktion.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

(Petra Fuhrmann (SPD): Und Kolleginnen!)

Wir beraten heute in erster Lesung über einen Dringlichen Gesetzentwurf aller Fraktionen dieses Hauses. Am heutigen Abend wird der Ältestenrat tagen und eine Anhörung beschließen. Wir werden den Gesetzentwurf vor der Sommerpause in großem Einvernehmen im Landtag verabschieden.

Dieser Gesetzentwurf ist nach der Entscheidung der Landesregierung entstanden, am 22. September zusammen mit der Bundestagswahl auch die Landtagswahl durchzuführen. Darüber wurde zwischen den Fraktionen ebenfalls in großem Einvernehmen diskutiert.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben bis heute noch nicht einmal ein offizielles Schreiben der Regierung!)

– Ja, aber ich lege einfach einmal die Presseerklärung Ihrer Kollegin vom Sommer zugrunde

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

und stelle fest, es steht in diesem Haus nicht zur Debatte, dass auch die GRÜNEN interessiert daran waren, die Landtagswahl am 22. September zeitgleich mit der Bundestagswahl durchzuführen. Wenn ich mich irre, muss das klargestellt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe es bisher so verstanden, dass der gemeinsame Gesetzentwurf dem Rechnung trägt, worüber im Landtag ein Konsens besteht und was dazu dienen soll – das ist der zweite Punkt meiner Ausführungen –, Kosten zu sparen und die Wahl effizient durchzuführen. Zu diesem Zweck wird der für die Bundestagswahl feststehende Termin am 22. September auch für die Landtagswahl genutzt. Das wird jeder im Landtag verstehen.

Ich kann das nur für mich persönlich feststellen; aber ich glaube, auch viele Kollegen sehen das so: Ich freue mich außerordentlich darüber; denn ich habe schon viele Wahlkämpfe zur Winterzeit durchgeführt. Dass wir vom Januar und vom Februar wegkommen, bedeutet für mich, dass ich keine kalten Füße habe und keine langen Unterhosen tragen muss.

(Beifall bei der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte keine weiteren Details!)

Aber das ist ein persönlicher Aspekt, den ich in die Debatte einspeisen wollte. Er soll dazu beitragen, dass der Termin am 22. September die Zustimmung von vielen findet und dass vielleicht doch ein Einvernehmen erzielt wird. Ich erinnere an so manchen Landtagswahlkampf – die Kollegen wissen, was ich meine –, bei dem wir von Infostand zu Infostand gefahren sind, ohne zwischendurch aufzutauen. Die Wahl am 22. September wird anders ablaufen. Darauf freue ich mich.

Wir bringen heute einen Dringlichen Gesetzentwurf ein, der der Situation der gewählten Bewerberinnen und Bewerber Rechnung trägt. Es geht nicht um eine Doppelalimentierung, wie auch ich es am Anfang fälschlicherweise

ausgedrückt habe, sondern um die parallele Entschädigung der neu gewählten Abgeordneten und der alten Abgeordneten. Es wird so geregelt, dass frühestens sechs Wochen vor dem Ende der Legislaturperiode ein Zeitraum und die entsprechenden finanziellen Vorgaben festgelegt werden, was dem Umstand Rechnung trägt, dass der 22. September unter Kostengesichtspunkten als ein guter Termin angesehen werden soll.

Wir regeln die Rechte der neu gewählten Bewerber in den §§ 5, 6, 7 und 16. Wir müssen aber auch Regelungen für die Besonderheit finden – das war ebenfalls etwas, worüber in den Fraktionen einvernehmlich diskutiert wurde und wozu es letztlich einen breiten Konsens gab –, dass Beamte als Kandidaten zur Verfügung stehen. Der § 30 sieht eine Regelung vor, die auch dem Recht der Beamten Rechnung trägt. Sie müssen als gewählte Bewerber in dieser Zeit entsprechend aufgefangen werden, damit die beamtenrechtlichen Gesichtspunkte nicht zum Nachteil der Beamten verwandt werden.

Gleichwohl – daran haben alle Fraktionen mitgearbeitet – trägt der Gesetzentwurf dem Umstand Rechnung, dass auch ein Nichtbeamter, der gewählt worden ist, in einem Mandatsvorbereitungsurlaub alle Möglichkeiten haben muss, um sich darauf einzustellen. Er muss dem Beamten gleichgestellt werden. Gleichwohl wird dem Rechnung getragen, was wir alle wollen: dass wir, wenn wir schon am 22. September wählen, die Kosten durch parallele Belastungen so gering wie möglich halten.

Ich freue mich – das ist ein guter Tag für den Landtag –, dass alle Fraktionen dem zustimmen werden. Ich freue mich auch auf die Aussprache, in der vielleicht noch Akzente aufgezeigt werden. – Danke.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Dr. Blechschmidt. – Das Wort hat der Abg. Bellino, CDU-Fraktion.

(Holger Bellino (CDU): Ich dachte, der Kollege Rudolph ist vor mir dran!)

– Nein, der wollte nach dir sprechen.

(Günter Rudolph (SPD): Ich kann auch kommen!)

– Ihr könnt auch zusammen kommen, dann geht es vielleicht schneller. Macht es so, wie ihr es wollt.

(Günter Rudolph (SPD): Das machen wir nicht!)

Der Kollege Bellino ist jetzt hier. Ich nehme an, er wird anfangen.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist erfreulich, dass wir es durch eine, wie ich meine, vernünftige Platzierung des Termins für die Landtagswahl erreichen konnten, dass zum einen, wie ich vermute, die Wahlbeteiligung steigen wird und dass zum anderen, wie sich heute schon rechnerisch darlegen lässt, Kosten eingespart werden. Man geht davon aus, dass Steuergelder in Höhe von 1,3 Millionen € eingespart werden können.

Erfreulich ist aus meiner Sicht auch, dass wir uns auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf aller Fraktionen einigen können, der vorsieht, dass keine zusätzlichen Kosten durch eine – wie ich es einmal sagen möchte – zu lange Alimentierung der neu gewählten Kolleginnen und Kollegen entstehen. Die CDU hat, wie Sie sich sicherlich erinnern können, direkt nach der Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler signalisiert, dass sie über eine Begrenzung der Alimentierung der neu gewählten Abgeordneten nachdenken will. Wir haben damals aber auch deutlich gemacht, dass eine vorgezogene Alimentierung von Grundsatz her sinnvoll und notwendig ist, da sich die neuen Kollegen einarbeiten und an vorbereiteten Sitzungen teilnehmen müssen.

Aber wegen der außergewöhnlich langen Zeitspanne zwischen der Wahl am 22. September und dem Zusammentreten des Landtags drei bis vier Monate später haben wir das als unverhältnismäßig angesehen und deshalb gemeinsam mit den anderen Fraktionen, aber auch mit Fachleuten von der rechtlichen Seite, nach Möglichkeiten gesucht, wie wir das Ganze so organisieren können, dass es Bestand hat. Insbesondere galt es, sicherzustellen, dass einzelne Bevölkerungsgruppen, beispielsweise Beamte, durch das, was wir hier vorgesehen haben, nicht schlechter gestellt werden.

Es galt, verfassungsrechtliche Fragen nicht nur zu stellen, sondern auch eine Lösung zu finden.

Ich denke, wir haben durch diesen Gesetzentwurf, den wir jetzt eingebracht haben, über die Fraktionsgrenzen hinweg einen Vorschlag erarbeitet, der dem gerecht wird. Er spart auf der einen Seite Kosten. Er nutzt andererseits die Chancen, die mit dem früheren Wahltermin verbunden sind, und er ist von der verfassungsrechtlichen Frage her durchgeprüft.

Konkret: Wir werden am 22.09. wählen. Wir werden mit dem Beginn der Alimentierung ab sechs Wochen vor dem Zusammentreten des Hessischen Landtags Kosten sparen können. Aber die sechs Wochen, die sich als ein Kompromiss darstellen zwischen dem, was gefordert wurde, und dem, was wir jetzt machen, halten wir nicht nur für vertretbar, sondern aus den angesprochenen Gründen der Einarbeitung auch für sinnvoll. Insofern können wir auf der einen Seite Kosten sparen, auf der anderen Seite geben wir den neuen Kollegen ausreichend Zeit, sich entsprechend vorzubereiten.

Wir sind der Meinung, dass es sich hier um einen guten Entwurf handelt, und freuen uns auf die weitere Diskussion, aber auch auf das Feedback, welches aus der schriftlichen Anhörung kommen wird; denn ich gehe davon aus, dass der Ältestenrat diese Anhörung heute Abend beschließen wird. – Herr Präsident, meine Damen und Herren, besten Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Bellino. – Das Wort hat Herr Abg. Rudolph, SPD-Fraktion.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir lösen jetzt ein Problem, das durch die Festlegung des Wahltermins durch die Landesregierung auf den 22. September entstanden ist. Sie haben gesagt, Sie wollen Kosten sparen. Das ist ein Argument, das begierig aufgenommen wird und nicht falsch sein muss. Sie haben dann in das Abgeordnetengesetz geschaut. Da stand drin, dass mit Feststellung des Ergebnisses durch den Landeswahlleiter Abgeordnete gewählt sind, noch nicht mit den vollen Rechten, aber mit den Rechten der Alimentierung, sprich: auch der Diäten. Das passte nicht mehr ganz zu der avisierten Einsparung in Höhe von 1,2 Millionen €. Deswegen lösen wir ein Problem, das Sie mit der Festlegung des Wahltermins geschaffen haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind an der Stelle gern hilfsbereit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Wir sind bei dem Thema auch ganz entspannt. Denn weder Sie noch ich wissen, wie die Wahl ausgehen wird.

(Clemens Reif (CDU): Endlich einmal ein wahres Wort! Gestern haben Sie hier noch eine andere Auffassung vertreten!)

Jetzt ist es so. Herr Kollege Reif, da Sie ein dankbarer Stichwortgeber sind: Ich freue mich insbesondere, dass auch die von Ihnen als Sozialisten und Kommunisten titulierte Kollegen der LINKEN aus diesem Hause bei dem Gesetzentwurf dabei sind. Es geht also. Man kann auch gemeinsame Gesetzentwürfe einbringen. Das muss kein Mangel sein.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das kann sein. Da ist er schmerzfrei. – Meine Damen und Herren, im Kern geht es darum, dass wir die Ansprüche aus dem neuen Rechtsverhältnis auf sechs Wochen vor der Wahl begrenzen wollen. Das ist sachlich geboten. Das ist eine adäquate Einarbeitungszeit für neue Kolleginnen und Kollegen. Es gibt Schätzungen, die besagen, dass wir zwischen 25 und 30 neue Kolleginnen und Kollegen im Landtag haben werden. Das spart dann in der Tat auch Geld. Das ist nachvollziehbar und vernünftig.

Wir haben in dem Gesetzentwurf weiter die Befreiung, die Möglichkeit, Sonderurlaub unter Fortfall der Vergütung in Anspruch zu nehmen, geregelt, und zwar sowohl für Bedienstete im öffentlichen Dienst als auch für Leute außerhalb des öffentlichen Dienstes. Auch das ist sinnvoll und richtig, dass wir das in dem Gesetz rechtssicher gestalten.

Deswegen, glaube ich, ist es gut, dass wir den Gesetzentwurf heute einbringen, zeitig vor dem 22. September. Wir haben uns darauf verständigt, zu dem Thema eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Wir haben im Landtag nichts zu verbergen, obwohl das der eine oder andere gern behauptet. Wir sind gespannt, ob es zu dem Gesetzentwurf auch Stellungnahmen gibt, die dem kritisch gegenüberstehen. Ich sehe keine Argumente, die gegen diesen Gesetzentwurf sprechen. Deswegen, glaube ich, ist es am Schluss ein Signal des Landtags, dass wir das Abgeordnetengesetz in sachgerechter und adäquater Weise einstimmig ändern werden, mit allen Stimmen. Ich hoffe, die Kolleginnen und

Kollegen der CDU bekommen dann auch die Hände hoch, weil die LINKEN mitstimmen. Aber die Sache gebietet es. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Das Wort hat Herr Abg. Hermann Schaus, DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zusammenlegung der Bundestagswahl mit der Landtagswahl

(Clemens Reif (CDU): Ist gut!)

am 22.09.2013 war richtig. Die Landesregierung ist damit einer alten Forderung der LINKEN gefolgt.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben das auch damit begründet, dass insbesondere Kosten eingespart werden können, die der Landeswahlleiter – ich sage: der amtierende Landeswahlleiter – auf 1,3 Millionen € beziffert hat. Weitere Einsparungen erfolgen in den Kommunen, z. B. durch die nicht doppelte Besetzung bei Wahlhelfern in nicht bekannter Höhe.

Die Folge dieser Entscheidung, dass es eine Überschneidungszeit bei den gewählten Bewerbern und den noch amtierenden Abgeordneten von etwa dreieinhalb Monaten gibt, wird jetzt mit einer gemeinsamen Initiative angegangen. Sie werden verstehen, dass wir uns, nachdem die Landesregierung unserer Forderung gefolgt ist, einer gemeinsamen Initiative aller Fraktionen nicht entziehen konnten und wollten.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Insofern tragen wir den Gesetzentwurf in vollem Umfang mit. Die Lösung, die jetzt gefunden wurde, ist ein sinnvoller Kompromiss.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Sechs Wochen Überschneidungszeit und damit Vorbereitungszeit für neu gewählte Abgeordnete ist ein durchaus richtiger und richtig gewählter Zeitraum. Ich will darauf hinweisen, dass diese Regelung eine generelle Regelung ist, keine, die sich nur auf den nächsten Wahltag und die nächste Wahlperiode bezieht, sondern sie ist auch darüber hinaus Bestandteil des Abgeordnetengesetzes für weitere Wahlen.

Lassen Sie mich aber noch eines hinzufügen. In der Presse ist oft von Doppelbezahlung oder Doppelalimentierung gesprochen worden. Ich denke, dass dieser Begriff falsch ist und geradegerückt gehört. Denn er impliziert, dass Abgeordnete doppelt bezahlt oder doppelt alimentiert würden. Davon kann aber keine Rede sein. Es geht hier lediglich um eine Überschneidung von Personen, die in dem gleichen Zeitraum jeweils einen Anspruch auf Diäten haben, wie das im Volksmund heißt, während die anderen Abgeordneten noch in Amt und Funktion sind.

Meine Damen und Herren, wenn es darum geht, Geld zu sparen, dann, finde ich, haben wir eine richtige Entscheidung getroffen. Aber ich würde mir wünschen, dass es in

diesem Zusammenhang noch weitere gemeinsame Initiativen im Landtag gibt. Dazu sind wir bereit in dieser und in den nächsten Legislaturperioden. Ich erinnere daran, dass wir schon im Jahr 2009 gefordert hatten, dass die Pensionsberechtigung der Abgeordneten dadurch verändert wird, dass für uns alle in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden könnte.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Das hätte viel Geld gespart und viel zur Gerechtigkeit beigetragen. Wir werden die Initiative in der nächsten Legislaturperiode wieder aufgreifen und hoffen auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Das Wort hat Herr Abg. Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist durchaus bemerkenswert. Er ist bemerkenswert, weil es in diesem Landtag nicht allzu oft vorkommt, dass sich alle fünf Fraktionen einig sind,

(Günter Rudolph (SPD): Deswegen muss man das wiederholen!)

er ist bemerkenswert, weil es noch viel seltener vorkommt, dass alle fünf Fraktionen gemeinsam einen Gesetzentwurf einbringen,

(Timon Gremmels (SPD): Historischer Moment! – Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

und er ist bemerkenswert, weil wir heute als Hessischer Landtag die Leistungen an Abgeordnete begrenzen und reduzieren. Entgegen dem Bild, das es manchmal über diesen Landtag gibt: Wir reduzieren und begrenzen die Leistungen an Abgeordnete. Das ist auch richtig so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Worum geht es in der Sache? Die bisherige Rechtslage sah vor, dass neu in den Landtag gewählte Abgeordnete ab dem Tag der Feststellung des amtlichen Endergebnisses Leistungen erhalten. Das kann dann einige Wochen sein, bis die Legislaturperiode tatsächlich losgeht. Wir haben gesagt: Dieser Leistungsbezug soll künftig erst ab sechs Wochen vor Beginn der Legislaturperiode starten.

Wir GRÜNE hatten die Initiative dazu ergriffen und hatten einen eigenen Vorschlag vorgelegt. Wir hätten gesagt, vier Wochen wären auch in Ordnung gewesen. Aber damit dieses Haus einmal eine gemeinsame Initiative hinbekommt, können wir uns auch sehr gut mit sechs Wochen anfreunden.

Diese sechs Wochen sind auch angemessen, weil ein neu gewählter Parlamentarier die Gelegenheit haben muss, sich auf seine verantwortungsvolle Aufgabe vorzubereiten, und weil er ab Tag eins der neuen Legislaturperiode tatsächlich handlungsfähig sein muss.

(Clemens Reif (CDU): Was muss der denn wissen? – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das wollen wir jetzt nicht vertiefen!)

Deshalb sind sechs Wochen in Ordnung. Die alte Regelung hätte einen zu langen Zeitraum bedeutet, und er wäre insbesondere bei der nächsten Wahl zu lange gewesen.

Wir sollten auch nicht vergessen, warum diese Neuregelung ausgerechnet jetzt notwendig ist. Bislang war es in Hessen üblich, dass zwischen dem Wahltag und der tatsächlichen Konstituierung des Landtags nicht so wahnsinnig viel Zeit ins Land gegangen ist. Bei der nächsten Landtagswahl ist es so, dass die schwarz-gelbe Landesregierung einen extrem frühen Termin gewählt hat, nämlich vier Monate vor dem Ende der Legislaturperiode.

(Clemens Reif (CDU): So wollten Sie es doch haben!)

Durch diese frühe Terminierung ist das Problem in dieser Schärfe überhaupt erst entstanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, warum macht das diese schwarz-gelbe Landesregierung? Warum legt sie den Landtagswahltermin auf den Bundestagswahltermin? – Das ist ganz einfach: Diese Regierung hat vor einem eigenständigen Landtagswahltermin in Hessen Angst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Horst Klee (CDU): Das haben Sie doch gewollt!)

Deshalb versucht diese Regierung, sich hinter der Bundestagswahl zu verstecken.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Wagner, bevor wir uns verstecken, möchte Ihnen der Kollege Bellino gern eine Frage stellen.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn am Ende noch Zeit ist, gern.

Vizepräsident Frank Lortz:

Also, Herr Kollege Bellino, wenn am Ende noch Zeit ist, jetzt nicht. – Herr Kollege Wagner hat das Wort.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Volker Bouffier versteckt sich hinter der von der Hessen-CDU gern abschätzig als „Mutti“ bezeichneten Bundeskanzlerin. Meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, es wird Ihnen nichts nützen. Wer erschöpft und verbraucht ist, wird zu jedem Datum abgewählt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Horst Klee (CDU): Immer die gleiche Debatte! – Manfred Pentz (CDU): Sie haben Angst vor dem Wahltermin!)

Jetzt, Herr Kollege Bellino, beantworte ich gern Ihre Zwischenfrage.

Holger Bellino (CDU):

Herr Kollege, können Sie sich daran erinnern, dass es die Opposition war, die vor wenigen Monaten das Zusammenlegen von Landtags- und Bundestagswahl gefordert hat? Haben Sie das vergessen?

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Wagner, bitte.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Bellino, ich kann mich daran erinnern, dass die Fraktionen von CDU, FDP und LINKEN in dieser Frage einig waren. Das macht Ihnen, glaube ich, mehr Probleme als uns, wenn ich Ihre Positionierung dazu richtig verstehe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, wir begrenzen heute – –

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Was sind Sie denn so aufgeregt?

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um etwas Aufmerksamkeit bitten. Ich weiß gar nicht, warum dies Anlass zur Aufregung ist. Alle Sprecher sagen das Gleiche zum gleichen Thema. – Bitte, Herr Kollege Wagner hat noch das Wort, dann ist Feierabend.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Auch ich verstehe die Aufregung nicht. Wenn ich jetzt gesagt hätte, mit LINKEN, CDU und FDP wachse zusammen, was zusammengehört, dann hätte ich die Aufregung vielleicht verstanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie müssen die Gemeinsamkeiten mit den LINKEN jetzt einfach aushalten.

(Clemens Reif (CDU): Sie können ja gar nicht mehr an sich halten!)

Das ist nicht unser Problem. Heute begrenzen wir die Leistungen für Abgeordnete. Wir stellen heute noch einmal fest: Die Landesregierung ist erschöpft, verbraucht und will sich hinter der Bundeskanzlerin verstecken. Wir stellen auch fest: Es wird ihr nichts nützen, denn Hessen will den Wechsel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, damit ist diese interessante und aufschlussreiche Debatte beendet.

Wir sind uns einig, dass dieser Dringliche Gesetzentwurf dem Ältestenrat zur weiteren Behandlung überwiesen wird? – Das ist so. Dann machen wir das so.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 31 auf – –

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren

(Clemens Reif (CDU): Herr Präsident, Sie können sich gar nicht durchsetzen!)

– Herr Kollege Reif, zu Ihnen wird mir noch etwas einfallen, aber es ist ja die Woche der Senioren –,

(Heiterkeit)

ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 31** auf:

Antrag der Landesregierung betreffend Zweite Verordnung über die Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 – Vorgaben zur Nutzung der Windenergie; hier: Zustimmung durch den Hessischen Landtag – Drucks. 18/7123 –

Die Redezeit beträgt 7,5 Minuten. Das Wort hat Herr Kollege Gremmels, SPD-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Die Landesregierung!)

– Eigentlich müsste die Landesregierung den Antrag erst begründen. Herr Kollege Rentsch, würden Sie das machen? – Das ist lieb von Ihnen. Herr Kollege Rentsch, dann dürfen Sie das auch; der Staatsminister hat das Wort.

(Timon Gremmels (SPD): Ich hätte auch für die Landesregierung gesprochen; an mir hätte es nicht gelegen!)

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! – Herr Kollege Gremmels, genau das wollen wir verhindern, dass Sie für die Landesregierung reden. Insofern habe ich gleich das Wort ergriffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Timon Gremmels (SPD): Na ja!)

– Nicht „Na ja“, so ist es. Wir wollen nicht, dass der Kollege Gremmels für die Landesregierung redet, und wir werden weiterhin versuchen, dass das in diesem Land so bleibt.

Der Landesentwicklungsplan, Teilplan Energie, ist die Umsetzung dessen, was wir zugesagt haben: Wir treiben die Energiewende in Hessen voran.

(Beifall bei der CDU)

Was haben wir in den letzten Monaten nicht alles gehört? Das würde nicht funktionieren, wir würden es nicht schaffen, und diese wirklich starren und sehr engen Vorgaben, die wir gemacht haben, würden dazu führen, dass die Energiewende nicht kommt.

Jetzt haben wir einen Landesentwicklungsplan vorgelegt, der genau das ermöglicht, der genau diesen Bereich forciert. Ich glaube, das zeigt, dass wir die Energiewende wollen, sie aber nicht nur mit heißem Herzen, sondern ordentlich, mit kühlem Verstand durchsetzen. Dass wir dieses Thema mit so viel Sachverstand umgesetzt haben, ist etwas, worauf wir in Hessen stolz sein können.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer es glaubt!)

Der runde Tisch des Ministerpräsidenten ist ein gesamtgesellschaftlicher Konsens gewesen. Ich glaube, dass wir uns sehr bewusst auf die Seite 9 des Energiegipfelpapiers beziehen können, in dem es heißt – ich zitiere –:

Je effizienter und innovativer die benötigte Energiemenge von Windenergieerzeugungsanlagen erreicht werden kann, umso geringer wird der Anteil an der Landesfläche ausfallen können.

Genau dieses Ziel haben wir umgesetzt: Wir wollten, dass die Energiewende passiert, dass sie aber so passiert, dass sie auch unter Effizienzgesichtspunkten den richtigen Weg geht. Das bedeutet bei der Windenergie, dass wir auf Flächen setzen, wo Wind weht, wo es sich lohnt, ein Windrad hinzustellen. Wir verteilen nicht aus ideologischen Gründen Windräder über das Land, wo gar kein Wind weht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir dies am 11. März mit der Änderung des Landesentwicklungsplans 2000 als Rechtsverordnung beschlossen. Sie ist jetzt im Landtag, weil wir wissen, dass der Landesentwicklungsplan in Hessen vom Landtag mit Gesetzeskraft versehen wird.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Wir haben damit die wesentlichen landesplanerischen Grundlagen geschaffen, damit jetzt Standorte für Windenergieanlagen ausgewiesen werden können. Wir regeln, dass vor allen Dingen auch die Flächen Ausschlussflächen sind, die nicht als Windenergievorranggebiete festgelegt werden, d. h. dass diese Flächen langfristig von Windenergieanlagen freigehalten werden müssen.

Wir haben diesen Prozess gehabt, in dem alle Anhörungen und Offenlegungen zumfassenden Stellungnahmen animiert haben, z. B. die Stellungnahmen der drei Regionalversammlungen, der Regierungspräsidien, von über 100 Gemeinden und 13 Landkreisen. Diese sind ausgewertet worden. An dieser Stelle kann ich zusammenfassend sagen, dass die Auswertung keinen Änderungs- und Ergänzungsbedarf bei der Festlegung hat erkennen lassen.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Auch das zeigt: Die Festlegungen der Landesentwicklungsplanänderung, die auf den Empfehlungen des Hessischen Energiegipfels basieren, stellen sicher, dass wir für die Windenergienutzung jetzt Flächen ermitteln können, die erstens die höchste Akzeptanz in der Bevölkerung haben, zweitens wirtschaftlich am effizientesten sind und drittens – in der Reihenfolge steht dies bestimmt nicht an dritter Stelle, sondern ist genauso wichtig wie die anderen beiden Punkte – für Natur und Landschaft am verträglichsten sind. Das ist ein Erfolg, auf den wir im Landtag gemeinsam stolz sein können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Die Akzeptanz der Bevölkerung ist einer der wesentlichen Punkte. Die Energiewende wird uns nicht gelingen, wenn die Menschen nicht mittragen, was wir hier machen. Die Diskussion in Wiesbaden und im Rheingau-Taunus-Kreis über Windkraftträder auf den Taunushöhen ist ein Thema, das Menschen mobilisiert. Deshalb haben wir gerade bei der Frage des Mindestabstands der Windvorranggebiete von 1.000 m zu Siedlungsgebieten eine eher starre und harte Grenze eingezogen. Das stimmt. Wir machen dies auch deshalb, weil wir die Akzeptanz der Bevölkerung für diese Energiewende nicht verlieren wollen, nicht weil wir die Energiewende nicht wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gab im Beteiligungsverfahren, so will ich den Zwischenruf von vorhin werten, natürlich auch Stellungnahmen, die geringere Abstände gefordert haben. Während insbesondere Privatpersonen die Mindestabstände hierfür als zu gering ansehen, dass also die 1.000 m nicht ausreichen, ist vor allen Dingen von Kommunen, aber auch von Verbänden Kritik geübt bzw. gefordert worden, die Abstände zu verringern.

Meine Damen und Herren, wir halten an den Mindestabständen fest, denn es ist ein Prinzip der vorsorgenden Konfliktbewältigung, wenn wir den 1.000-m-Abstand weiterhin beibehalten. Auf der anderen Seite sehen wir, dass wir auch mit diesen restriktiven Vorgaben über 2 % der Landesfläche für Windkraft werden zur Verfügung stellen können.

Zweites Thema: wirtschaftlich effizienteste Flächen. Zu geringe Windgeschwindigkeiten bergen die Gefahr, dass Anlagen unwirtschaftlich sind, dass es eine mangelnde Effizienz und somit auch einen Wertschöpfungsausfall gibt. Eines will ich ganz konkret sagen: Diese Energiewende wird auch dann nicht funktionieren, wenn die regenerativen Energien nicht wirtschaftlich eingesetzt werden können. Auch daran haben wir gemeinsam ein Interesse – nämlich dass das, was wir aufstellen, auch volkswirtschaftlich effizient ist.

Deshalb haben wir mit der Mindestwindgeschwindigkeit von 5,75 m/s in 140 m Höhe eine Effizienzvorgabe gemacht, die von Ihnen auch scharf kritisiert worden ist. Aber wir halten sie weiterhin für absolut richtig. Wir wollen, dass Windenergieanlagen dort aufgestellt werden, wo Wind weht, und nicht dort, wo kein Wind weht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diesem Maßstab sind wir gefolgt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Ausnahme gilt für bestehende Windenergiestandorte. Diese Standorte können auch bei Windgeschwindigkeiten von 5,5 m/s aufgrund der sogenannten Repowering-Maßnahmen berücksichtigt werden. Auch damit würdigen wir die großen Anstrengungen, die in den letzten Jahren beim Thema Energiewende in diesem Land unternommen worden sind.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich glaube, dass wir damit Kriterien festgelegt haben, die dazu beitragen werden – Herr Al-Wazir, ich glaube, dar-

über können wir uns gemeinsam freuen –, dass dieses Thema zum Schluss auch den volkswirtschaftlichen Nutzen erreicht, den wir brauchen; denn für ein Industrieland ist diese Energiewende nur dann ein Erfolg, wenn sie wirtschaftlich passiert – es darf nicht unwirtschaftlich werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich bin der Umweltministerin sehr dankbar, dass wir im Bereich von Natur und Landschaft nur auf die verträglichsten Flächen setzen. Das ist ein sehr, sehr schwieriger Punkt. Mit dem Ausschluss der für Natur und Landschaft besonders wertvollen Flächen unterstützt dieser Landesentwicklungsplan die Realisierung einer besonders umweltverträglichen Windenergienutzung.

Aufgrund ihres besonderen Schutzniveaus sollen vor allem Flächen von Nationalparks, Naturschutzgebiete, der Nahbereich von Naturdenkmälern, nach Forstrecht gesicherte Schutz- und Bannwälder, Kern- und Pflegezonen, Biosphärenreservate sowie die Kernzonen der Welterbestätten von Windenergieanlagen frei gehalten werden. Ich glaube, wenn Sie die Menschen hier im Saal fragen, die uns heute als Zuschauer besuchen, werden es alle richtig finden, dass wir an dieser Stelle so handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Eine besondere Bedeutung kommt aus landesweiter Sicht natürlich den Räumen mit Schwerpunkten oder seltenen Einzelvorkommen der gegenüber der Windkraftnutzung besonders empfindlichen Vogel- und Fledermausarten zu.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Minister, ich muss Sie an die Redezeit der Fraktionen erinnern.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Vielen Dank. – Dieses Thema hat für uns eine besondere Bedeutung. Die entsprechenden Räume dokumentiert der Landesentwicklungsplan. Anregungen und Bedenken wurden unter anderem dahin gehend vorgebracht, dass einzelne, aus Sicht der Stellungnehmenden besonders wertvolle Naturräume im Landesentwicklungsplan nicht als Abschluss definiert wurden.

Kritisiert wurde auch, dass Auswirkungen von Windenergieanlagen auf das Landschaftsbild nicht hinreichend ermittelt worden sind. Ich gebe zu bedenken, dass der Landesentwicklungsplan nur Kriterien zur Ermittlung von Vorranggebieten festlegt. Die räumliche Ermittlung der Vorranggebiete erfolgt dann durch die nachfolgenden Planungsebenen bzw. durch die Regionalplanung auf der einen und die regionale Flächennutzungsplanung auf der anderen Seite. Deshalb werden wir diese Ebene der Beeinträchtigung erst auf dieser zweiten Ebene konkret ermitteln können. Auch das zeigt, dass diese Grundlage des Landesentwicklungsplans richtig ist. Die Detailarbeit wird aber noch weitergeführt werden müssen.

Abschließend habe ich mich gefreut, als ich etwas gelesen habe. Wir haben in Hessen mit einer schwarz-gelben Landesregierung dieses Thema an einem runden Tisch vorangetrieben, dann ist die Opposition ein bisschen ausgebüxt.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da waren wir ehrlicher als Sie!)

Trotzdem haben wir uns von unserem Weg nicht abbringen lassen, die Energiewende in Hessen voranzutreiben.

Dann gibt es einen Brief, in dem steht: „Landesregierung macht sich lächerlich“. Das bezieht sich nicht auf Hessen, sondern auf Baden-Württemberg. Allerdings nicht von der Opposition in Baden-Württemberg, sondern vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Schmiedel. Dazu wurde vor Kurzem geschrieben:

Nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Schmiedel droht die Energiewende im Südwesten zu scheitern. Mit dem Bau von „acht bis zehn“ Windrädern mache sich die Landesregierung lächerlich, schreibt er an Ministerpräsident Kretschmann. ... Der Fraktionsvorsitzende der baden-württembergischen SPD ... hat in einem Brandbrief an Ministerpräsident Kretschmann (GRÜNE) vor einem Scheitern der Energiewende – vor allem beim Ausbau der Windenergie – gewarnt. Der Aufbruch, der zum Ausbau der Windenergie nötig sei, bleibe in einem „Stacheldrahtverhau aus Bedenken und Ausschlussgründen“ stecken, schreibt Schmiedel ... Mit dem Bau von „acht bis zehn Anlagen“, so der SPD-Politiker, mache sich die grün-rote Landesregierung lächerlich. Schmiedel verlangt von Kretschmann und auch der grünen Landtagsfraktion weitere Gesetzesänderungen im Naturschutzrecht ...

Meine Damen und Herren, da sieht man einmal, was passiert, wenn Grün-Rot regiert, viel von der Energiewende redet, sie aber nicht durchsetzt. Deshalb kann man sagen, die besseren Grünen wohnen auf jeden Fall in dieser schwarz-gelben Landesregierung; wir setzen die Energiewende durch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat sich Herr Gremmels von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Gremmels, Sie haben das Wort.

Timon Gremmels (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzige, der sich hier heute lächerlich gemacht hat, ist Wirtschaftsminister Rentsch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können sich doch nicht hierhin stellen, den Landesentwicklungsplan aus dem Zusammenhang reißen und es sozusagen als Ihr Meisterwerk der Energiewende feiern, wenn gleichzeitig, am morgigen Tag, beim Energiegipfel bei Frau Merkel die Vorschläge von Herrn Rösler und Herrn Altmaier zur Diskussion stehen und dies – wenn sie durchkommen – das Ende der Windkraft in Hessen bedeutet. Das dürfen Sie doch nicht einfach ignorieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Judith Lannert (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich stimmt das, das werde ich Ihnen auch gleich beweisen. – Lassen Sie mich aber zunächst einmal zu dem LEP etwas sagen.

Es gibt drei Punkte, die wir daran kritisieren. Wir haben auf dem Energiegipfel gemeinsam beschlossen, 2 % der Landesfläche als Windvorrangfläche auszuweisen. Was machen Sie? Sie hintertreiben es, indem Sie das im LEP nicht mehr als verbindliches Ziel hineinschreiben, sondern als einfachen Grundsatz, von dem abgewichen werden kann. Damit öffnen Sie sperrangelweit eine Hintertür. Würde das Realität, würde es bedeuten – gerade in Südhessen –, dass weniger Windkraft möglich wäre, als sinnvoll erscheint. Deswegen haben Sie schon einmal an diesem Punkt den Energiegipfel verlassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Judith Lannert (CDU): Das hätten Sie wohl gern!)

Herr Rentsch, das war ganz großes Kino. Sich hierhin zu stellen und zu erklären, der Staat müsse eine Vorgabe an die Wirtschaft machen, ab wann sich Windkraft wirtschaftlich betreiben lässt – meine Damen und Herren, wenn ich es nicht besser wüsste, würde ich sagen, das ist Planwirtschaft, oder besser: planlose Wirtschaft, was Sie hier betreiben. Das müssen wir doch der Wirtschaft überlassen. Die Wirtschaft wird doch kein Windkrafttrad aufbauen, wenn es sich nicht wirtschaftlich nutzen lässt.

(Zurufe von der CDU)

Das ist doch die Entscheidung. Die Wirtschaft soll sehen, wo man Windkraft installieren kann.

Dazu sage ich Ihnen: Hessen ist unterschiedlich. Wir in Nordhessen bekommen das mit 5,75 m/s hin, wir haben genügend Flächen. In Südhessen sieht das schon etwas anders aus.

(Zuruf von der FDP)

– Ja, aber dafür haben wir auch die Regionalpläne. Man kann es durchaus differenzieren. Wir müssen nicht ganz Hessen über einen Kamm scheren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie würden sehr viel Druck aus den Diskussionen im Taunus nehmen, wenn Sie diese Vorgabe aufweichen und sagen würden, das sei eine wirtschaftliche Entscheidung, die man den Unternehmern überlässt. Dann ließen sich mehr Flächen an anderen Stellen ausweisen, wo vielleicht etwas weniger Wind weht, sich Windkraft aber immer noch wirtschaftlich betreiben lässt. Das ist der zweite Punkt, an dem Sie den Energiegipfel verlassen; denn wir haben auf dem Hessischen Energiegipfel nichts davon gesagt, dass es Mindestwindgeschwindigkeiten von 5,75 m/s geben müsse.

Der dritte Punkt. Auch zur Abstandsregelung sage ich Ihnen, dass wir mit 1.000 m bundesweit an der Spitze liegen. Sie sagen: Jawohl, wir wollen die Akzeptanz der Bevölkerung. – Das ist natürlich richtig. Aber die alte Regelung war doch gut. Nach der alten Regelung – auf diese haben wir im Abschlusspapier des Energiegipfels verwiesen – konnte in begründeten Ausnahmefällen, wenn sich alle einig wären, auch bei 950 m geschaut werden. Darin steht aber auch, dass im begründeten Einzelfall auch ein höherer Abstand angewendet werden kann. Warum verlassen Sie den Konsens auch an dieser Stelle? Warum meißeln Sie die

1.000 m in Stein? Warum sind Sie hier nicht flexibel, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKEN))

Wir dürfen diesen LEP nicht im luftleeren Raum diskutieren. Wenn diese sogenannte Strompreisbremse von Herrn Altmaier und Herrn Rösler kommt, wird für die Windkraft an Land das Totenglöckchen läuten.

Ich sage Ihnen das ziemlich deutlich. Es sind auch nicht nur wir, die das sagen. Ich gehe einmal davon aus, dass alle Kollegen den Brief von der Stadtwerke Union Nordhessen bekommen haben. Die haben uns angeschrieben:

Werden diese Vorschläge umgesetzt, würden die allermeisten Windparks im Binnenland wirtschaftlich unrentabel. Ihr Bau würde gestoppt werden.

Ein weiteres Zitat:

Besonders dramatisch ist die Situation für bereits in Umsetzung befindliche Projekte. So liegt für den Windpark Söhrewald-Niestetal der Städtischen Werke aus Kassel die Genehmigung vor, und mit der Umsetzung wurde bereits begonnen. Das Projektvolumen liegt bei über 35 Millionen €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Ministerpräsident Bouffier morgen bei dem Energiegipfel der Kanzlerin zustimmt, setzen sie hier richtiges Geld in den Sand. Sie bremsen die Energiewende aus.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – René Rock (FDP): Wir schützen die Bürger!)

Das sagt nicht nur die Stadtwerke Union Nordhessen. Das sagt auch ein CDU-Landrat. Ich habe hier einen Brief vom Landrat Robert Fischbach aus Marburg-Biedenkopf.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Welcher Partei gehört er an?)

– Der CDU. – Er schreibt, die geplanten Kürzungen würden damit im Ergebnis zu einem Ausbaustopp für die Windkraft in Mittelhessen führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Thomas Spies (SPD): Guter Mann! – Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Weiter schreibt er, dass fast alle Projekte in Hessen unwirtschaftlich werden. Das sei im Zusammenhang mit der sogenannten Energiewende völlig unverständlich. – Unterschrieben ist das von Robert Fischbach, CDU.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie schon nicht auf uns hören, dann hören Sie wenigstens auf Ihre Kommunalpolitiker.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Schade, Herr Bouffier war bis eben noch im Saal. Aber vielleicht muss er sich auf die Gespräche mit Frau Merkel morgen vorbereiten. Aber heute den LEP einzubringen und morgen der Windkraft in Hessen den Garaus zu machen, das ist wirklich eine große Farce.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Diese Landesregierung ist auch völlig dabei gescheitert, die Akzeptanz für Windkraft auszubauen. Ihre starren Vorgaben, die unnötige Ballung von Windkraftanlagen, der Verzicht, Kommunen und Bürger an der Energiewende zu beteiligen, die Entscheidung, den Staatsforst auszusperren für Kommunen, keine genossenschaftliche Beteiligungsformen im Staatsforst anzubieten, das führt doch dazu, dass die Menschen misstrauisch werden.

(Peter Stephan (CDU): So ein Schwachsinn! – Kurt Wiegel (CDU): Das ist wirklich unterste Schublade! – Gegenrufe von der SPD)

– Ach, Herr Wiegel, da haben wir den Richtigen. – Ich finde, dass Sie ein doppeltes Spiel spielen. Herr Kollege Dr. Arnold ist jetzt nicht hier. Er saß mit mir und Herrn Al-Wazir in der Arbeitsgruppe – –

(Dr. Walter Arnold (CDU), winkend: Hallo!)

– Doch, da sind Sie, wunderbar, umso besser. – Herr Dr. Arnold, Sie haben zusammen mit mir beim Energiegipfel in der Arbeitsgruppe von Herrn Al-Wazir und Frau Puttrich gegessen.

(René Rock (FDP): Ich auch!)

Sie haben das 2-%-Ziel mit vereinbart. Sie sitzen mit mir in der Regionalversammlung Nordhessen. Wir haben einstimmig die Regionalplanung zur Offenlegung beschlossen. Aber was sagen Sie in der „Fuldaer Zeitung“ vom 14.03.?

Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Walter Arnold hat den Dammersbachern gestern zugesagt, sie in ihrem Kampf gegen Windräder auf der Roßkuppe voll zu unterstützen. ... „Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, diese Pläne zu verhindern ...“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Doppelmoral: Hier im Landtag, in der Regionalversammlung für Windkraft zu stimmen und vor Ort zurückzurudern,

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

so kriegen wir keine Akzeptanz für die Energiewende, so nicht.

(Zurufe von der CDU)

Das trifft nicht nur Sie, sondern es gibt auch in der FDP Leute, die sehr doppelzüngig argumentieren. So sagt z. B. Herr Sürmann im „Mannheimer Morgen“ vom 19.03.:

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssten zum Ende Ihrer Rede kommen.

Timon Gremmels (SPD):

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Als Stückwerk und unausgeglichenes Konzept kritisierte die Bergsträßer FDP die Energiewende.

Sie haben sie kritisiert, Herr Kollege Sürmann. Jetzt weiter, letztes Zitat, Frau Präsidentin:

„Man hätte das Moratorium wie geplant abwarten sollen, unsere Kernkraftwerke waren sicher“, sagte ... [Herr Sürmann].

(Brigitte Hofmeyer (SPD): Unglaublich – Weitere Zurufe der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kommen wir wieder zu dem Punkt. Wir sind mittlerweile wieder da, wo wir vor fünf Jahren waren. Wir sind nicht weit davon, dass CDU und FDP wieder die „Windkraftmonster“ plakatieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können und sie wollen die Energiewende nicht. Das ist einmal mehr deutlich geworden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Gremmels. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Dr. Arnold von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Herr Dr. Arnold, Sie haben zwei Minuten Redezeit.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt bin ich gespannt!)

Dr. Walter Arnold (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann das, was Herr Gremmels zu mir gesagt hat, so nicht stehen lassen, vor allem nicht die Bezeichnung Doppelmoral. Es wäre gut gewesen, wenn Sie vielleicht die Hintergründe erfragt hätten. Aber ich will sie kurz nennen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was für eine wohlthuende Ruhe!)

Wir haben im LEP die Abstandsregelung von 1.000 m zu bewohnten Siedlungen festgelegt in der Annahme – und so steht es auch im Entwurf –, dass sich damit gerade betriebsbedingte Geräuschemissionen und optische Auswirkungen von Windenergieanlagen nicht auswirken, dass das damit sozusagen abgeprüft und erledigt ist. Wenn also eine Windkraftanlage 1.000 m Abstand von einer Wohnbebauung hat, gibt es keine Belästigung – das ist die Annahme, aufgrund derer diese Annahme im LEP getroffen worden ist.

Im speziellen Fall Dammersbach geht es um eine Wohnsiedlung, die unten im Tal ist. Dann haben wir oben die Roßkuppe. Die 1.000 m sind eingehalten. Trotzdem gibt es bei einer Windkraftanlage mit 140 m Nabenhöhe klare Erkenntnisse dafür, dass der Schlagschatten nicht nur die Bebauung erreicht, sondern sich darüber hinaus sogar auf den gegenüberliegenden Hang erstreckt. Dann habe ich großes Verständnis dafür, dass die Bevölkerung darum bittet, dass diese Dinge überprüft werden. Aus diesem Grunde habe ich volle Unterstützung zugesagt, weil es nicht unsere Absicht ist, dort solche Belastungen auf die Bevölkerung sich ergehen zu lassen, wenn sich das vermeiden lässt.

(Norbert Schmitt (SPD): Da muss die Sonne aber sehr tief stehen!)

– Ja, die steht dann tief, Herr Kollege, genau die untergehende Sonne. Herr Schmitt, es zeichnet Sie leider Gottes aus, dass Sie Einwürfe machen, obwohl Sie keine Ahnung haben von den gegebenen Umständen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Dr. Arnold, Sie müssen zum letzten Satz kommen.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Ich sage noch einen Satz. – Wir wollen Windenergie in Hessen haben, auch die 2 %, aber wir wollen als CDU nicht, dass es gegen berechnete Interessen der Bevölkerung geht, und das ist hier ein spezieller Fall.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Dr. Arnold. – Herr Kollege Gremmels, Sie haben ebenfalls zwei Minuten, um auf Herrn Dr. Arnold zu reagieren. Bitte schön.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aber bitte leise!)

Timon Gremmels (SPD):

Sehr geehrter Herr Dr. Arnold, ich erhalte meinen Vorwurf der Doppelmoral aufrecht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie haben alle Gelegenheit gehabt. Wir haben uns in der Regionalversammlung Nordhessen über eineinhalb Jahre mit dem Regionalplan Nordhessen befasst. Wir sind sehr kleinteilig alle Suchräume in jedem Landkreis Stück für Stück durchgegangen. Herr Herr war mit in dem Arbeitskreis Energie. Es war eine sehr kleinteilige Betrachtung. Wir haben alles abgewogen. Da kam von Ihnen kein Wort dazu.

Dann haben wir den Regionalplan beschlossen, es gibt etwas Gegenwind, und nun fallen Sie um. Ich finde, ein Politiker muss auch einmal für eine Überzeugung stehen und argumentieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Sie müssen Ihre Überzeugung auch verteidigen. Ich glaube, das zeichnet einen Politiker aus.

Dann sage ich Ihnen noch ein ganz praktisches Argument, auch zum Thema Schlagschatten. Wenn Sie sich mit der Materie auseinandergesetzt haben, dann hätten Sie auch darauf kommen können: Es gibt heute Möglichkeiten. Für die ganz kurze Zeit, zu der die Sonne in der Jahreszeit so steht, dass es womöglich Schlagschatten gibt, kann man Vereinbarungen treffen, dass in dieser Zeit das Windrad abgeschaltet wird.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Gremmels, erlauben Sie eine Zwischenfrage? Ich weiß, Sie haben nur zwei Minuten Redezeit.

(Timon Gremmels (SPD): Bitte, ich stelle mich der Debatte!)

Dr. Walter Arnold (CDU):

Vielen Dank. – Herr Kollege, Sie sprachen gerade davon, dass wir in der Regionalversammlung den Regionalplan Nordhessen verabschiedet haben. Wir haben den Entwurf besprochen, verabschiedet und jetzt ausgelegt, sodass gerade jetzt unter Beteiligung von Öffentlichkeit und Behörden Gelegenheit besteht, diese Dinge anzugehen.

Timon Gremmels (SPD):

Herr Dr. Arnold, zur Richtigkeit. Wir haben in der Regionalversammlung den Plan nicht nur zur Offenlage durchgewunken

(René Rock (FDP): Wir sind im Landtag!)

– Herr Kollege Rock, ich beantworte eine Frage von Herrn Dr. Arnold –, sondern wir haben proaktiv darüber abgestimmt. Wir hatten ein einstimmiges Votum. Stehlen Sie sich hier nicht aus der Verantwortung, Herr Dr. Arnold.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Bitte der letzte Satz.

Timon Gremmels (SPD):

Sie haben dort mitgestimmt. Das gehört zur Wahrheit. – Danke.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Gremmels. – Als nächste Rednerin hat sich Frau Kollegin Dorn für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Dorn, Sie haben das Wort.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Landesentwicklungsplan haben Sie den Konsens des Energiegipfels verlassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Landesentwicklungsplan ist ein Beweis dafür, dass auf Ihr Wort kein Verlass ist. Sie nennen sich vielleicht bürgerlich, aber bürgerliche Tugenden sind für Sie ein Fremdwort.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ministerpräsident Bouffier hat ja die Politik des großen Konsenses ausgerufen. Übrig geblieben ist eine leere Worthülse. Dieser Landesentwicklungsplan beweist: Sie wollen die Windkraft weiterhin verhindern. Sie wollen und Sie können die Energiewende nicht umsetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Landesentwicklungsplan sollte das Herzstück der Energiewende in Hessen werden. Herzstück deshalb, weil wir hier wirklich eine echte landespolitische Kompetenz besitzen. Wir könnten beim Ausbau der erneuerbaren

Energien schnell vorankommen, effizient und wirkungsvoll. Wir brauchten nicht mehr das traurige Schlusslicht bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu sein. Aber Sie torpedieren die Energiewende, wo es nur geht.

Vor eineinhalb Jahren haben wir beim Energiegipfel gemeinsam beschlossen, dass wir ein kraftvolles Herz wollen – ein kraftvolles Herz für diese Energiewende. Wir haben gesagt: Wir wollen 2 % der Landesfläche für Windenergie reservieren.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das haben wir doch ins Gesetz geschrieben!)

– Nein, eben nicht. Da steht irgendwo die Zahl 2, und bei all den Vorgaben steht, dass wir diese 2 % nicht erreichen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Das steht doch im Gesetz! Im Energiegesetz steht es!)

Mit einem kraftvollen Herzen, Herr Kollege Arnold, hätten wir Hessen mit sauberer Energie versorgen können. Wir hätten klamme Kommunen gesund machen können. Wir hätten die Wirtschaft ankurbeln können. Wir hätten die Energiewende in die Hände der Bürgerinnen und Bürger geben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe bei der CDU)

Wir haben Ihnen dieses schlagende, dieses kräftige Herz hingelegt. Wir haben Ihnen gezeigt, wie es geht. Was hat Wirtschaftsminister Rentsch gemacht? Er hat es achtlos weggeworfen und eine lahme Pumpe eingesetzt, die von Beginn an verbraucht und erschöpft war.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Lieber Gott!)

Sie wollen Hessen weiterhin mit dreckiger Kohleenergie versorgen. Sie wollen, dass die Energiekonzerne gewinnen, obwohl gerade diese Energiekonzerne einen Rachefeldzug gegen uns wegen des Ausstiegs aus der Atomenergie führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie wollen einen Landesentwicklungsplan mit Hürden und Fallstricken vorlegen. Herr Kollege Gremmels hat Herrn Dr. Arnold ja schon zitiert; das wollte ich ebenfalls tun. Noch einmal bestärkend: Wenn es Ihnen darum ginge, den Bürgerinnen und Bürgern wirklich Gehör zu verleihen und etwas zu prüfen, dann können Sie das gerne prüfen. Aber Sie haben wortwörtlich gesagt – ich zitiere –: „Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, diese Pläne zu verhindern“. Hier geht es nicht um Prüfung. Es geht darum, von vornherein zu verhindern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Lieber Timon, du hast gerade gesagt: Irgendwann kommt es noch so weit, dass wieder „Windkraftmonster“ plaktiert werden. Leider ist es schon so weit.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Kollegin Dorn, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wiegel zu?

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gerne, im Anschluss.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

Sie wissen ja: In der FDP Wiesbaden ist unser Wirtschaftsminister Rentsch Vorsitzender. In Wiesbaden wird gerade diese Kampagne aufgelegt:

(Die Rednerin hält ein Plakat hoch.)

Damit soll Angst geschürt werden: Ein Windrad, das Feuer fängt.

(Minister Florian Rentsch: Von wem ist das?)

– Das ist von Ihrer FDP in Wiesbaden.

(Minister Florian Rentsch: Von wem denn genau?)

– „FDP Wiesbaden“. Da sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Minister, bitte nicht von der Regierungsbank dazwischenfragen.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das ist der Vorsitzende der Wiesbadener FDP. Unter diesem Namen –

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Bitte ein wenig mehr Ruhe. – Frau Dorn, das geht jetzt nicht von Ihrer Redezeit ab. Sie haben das Mikrofon und können jetzt sprechen. Bitte schön.

(René Rock (FDP): Mannomann! Wenn GRÜNE von Wirtschaft reden!)

Sie hätten trotzdem nicht dazwischenreden dürfen. – Bitte schön, Frau Dorn.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Rentsch, natürlich können Sie nachher sehr gerne noch einmal sprechen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Sie verhindern Windkraft nicht nur vor Ort, Herr Rentsch, Sie verhindern Windkraft mit dem Landesentwicklungsplan. So werden wir die 2 % nicht erreichen. Es gibt verschiedene Gründe, warum wir das nicht tun werden.

Zum einen geht es um die Windgeschwindigkeit, die Sie unnötig hoch angesetzt haben. Dabei hat der Wirtschaftsminister doch extra ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem steht: Auch mit 5,5 m/s kann Windkraft wirtschaftlich betrieben werden.

Dass die FDP nun diejenige ist, die plötzliche keine wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit mehr haben möchte, wenn Investitionen getätigt werden sollen, ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Sie sagen, dass 2-%-Ziel stehe doch überall drin. Sie haben ein 2-%-Ziel hineingeschrieben, das Sie hundertprozentig rechtsunsicher machen wollten.

Sie haben den Naturschutz missbraucht. Ich fand es gerade göttlich, dass Sie, Herr Rentsch, sich plötzlich hierhin stellen und über Naturschutz sprechen – derjenige, der Naturschutz dauernd verhindert. Sie missbrauchen den Naturschutz gerade dazu, die Energiewende zu torpedieren. Alle hier im Saal wissen es: Klimaschutz und Energiewende sind die einzigen Möglichkeiten, echten Naturschutz voranzubringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der CDU – Kurt Wiegel (CDU): Wer hält den Naturschutz hoch?)

Wissen Sie, es gibt für den Naturschutz so viele Konfliktlösungen vor Ort, die Sie alle nicht sehen wollen. Sie sagen von vornherein: Wir schließen das aus. – Das geschieht aus dem einzigen Grund, dass Sie die Energiewende torpedieren wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann setzen Sie einen rigorosen Abstand von 1.000 m fest. Ein Regelabstand von 1.000 m ist sehr richtig, aber wir hatten beim Energiegipfel etwas anderes vereinbart. Wir haben gesagt, dass Ausnahmen möglich sein sollen. Ich kann das gerne zitieren; auch das habe ich mitgebracht – falls Sie schon wieder sagen, Herr Rock, Sie hätten das nicht gesagt. In der Veröffentlichung zum Energiegipfel steht auf Seite 9/10: Der Abstand zu Siedlungsgebieten soll „gemäß den Handlungsempfehlungen des Hessischen Ministeriums“ festgesetzt werden.

In den Handlungsempfehlungen steht dann auf Seite 2 – –

(Unruhe bei der CDU)

– Wenn Sie mir einmal zuhören würden, dann könnte ich Ihnen auch sagen, was wir eigentlich einmal vereinbart hatten und wovon Sie sich gerade klammheimlich davonestehlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wir haben vereinbart:

Es wird empfohlen, generell von einem Abstand von 1.000 m zu vorhandenen oder geplanten, gemäß ... der Baunutzungsverordnung dem Wohnen dienenden Gebieten auszugehen.

Aber:

Die Abstände können je nach Lage des Einzelfalls verringert oder vergrößert werden.

Darauf haben wir uns geeinigt – und Sie machen einen Bruch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Herr Rentsch, Sie sagten gerade, es gebe so viele positive Stellungnahmen und kaum negative. Haben Sie eigentlich

eine einzige Stellungnahme gelesen? Wer hat sich nicht alles kritisch geäußert – das ist doch nicht nur unsere Kritik.

(Janine Wissler (DIE LINKE), einen Stapel Unterlagen hochhaltend: Ja!)

Die Regionalversammlungen Mittel- und Südhessen – in Mittelhessen übrigens fraktionsübergreifend, darunter sind auch CDU- und FDP-Kommunalpolitiker –, der Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main, das Regierungspräsidium Gießen – ich glaube, CDU-geführt –, die IHK und mindestens 50 Gemeinden sowie private Projektentwickler: Sie alle haben Ihre rigorosen Kriterien kritisiert. Und was machen Sie, Herr Rentsch? Sie werfen all diese Einwände einfach in den Papierkorb und tun so, als würden sie nicht existieren. Wie ignorant kann man eigentlich sein?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Ja! – Widerspruch bei der CDU)

Jetzt findet die Offenlegung der Teilregionalpläne in Mittel- und Nordhessen statt. Dort sind gerade einmal 2 % geschafft worden. Wir alle wissen: Nach der Offenlegung werden noch ganz viele Flächen dahinschmelzen. Bestes Beispiel dafür sind Sie, Herr Dr. Arnold.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ich bin keine Fläche!)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Unser größtes Sorgenkind ist das dicht besiedelte Südhessen. Dort wird es richtig schwierig. Wenn Sie bei dieser Vorgabe bleiben, werden Sie die Energiewende dort in die Knie zwingen. Wir haben Sie gewarnt. Wenn Sie die Vorrangflächen mit Ausschlusswirkung durchsetzen, dann werden wir im Nachhinein Probleme haben.

Wir haben einen Vorschlag vorgelegt. Machen Sie eine Prüfkategorie Eignungsgebiete. Dann könnte man danach noch flexibel reagieren. Aber Sie wollen die Energiewende nicht und können sie auch gar nicht umsetzen. Wir können das. Deswegen brauchen wir den Wechsel. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dorn. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Stephan von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Zuruf von der SPD: Wir warten eigentlich noch auf eine Erklärung von Herrn Rentsch zu dem Plakat! Sonst ist er doch nicht so bescheiden! Rentsch kneift!)

Peter Stephan (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wer in der vergangenen Woche die SPD-Kollegin Faeser in der „Hessenschau“ erlebt hat, der weiß nun, wie SPD-Oppositionsarbeit und SPD-Wahlkampf funktionieren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Sie ist aufgetreten wie ein trotziges kleines Kind. Es hat gerade noch gefehlt, dass sie mit den Füßen aufgestampft hätte. Sie maulte herum, weil sie es nicht ertragen kann, dass die Hessische Landesregierung erfolgreiche Arbeit leistet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es passt nicht in das Weltbild der Opposition, dass die CDU-geführte Landesregierung hält, was sie verspricht – mehr noch: dass sie mehr erreicht, als sie versprochen hat.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich glaube, das ist die Rede für morgen!)

Und die GRÜNEN stehen der SPD in nichts nach. Frau Dorn, Sie argumentieren immer gebetsmühlenartig, die Landesregierung würde die Energiewende nicht wollen, sie würde die Energiewende nicht unterstützen. Das ist falsch. Sie machen das an den 2 % Windvorrangflächen fest. Ich werde Ihnen dazu noch einiges sagen. Ich sage jetzt nur: Windvorrangflächen bedeuten Windenergieentwicklung von heute bis in das Jahr 2050.

Liebe Kollegin Dorn und auch Herr Gremmels, zunächst empfehle ich Ihnen, einmal das Hessische Energiezukunftsgesetz zu lesen.

(Lachen des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Im Gesetz sind auf Seite 1 ganz oben die 2 % Landesfläche für Windenergie verankert. Frau Dorn, auch durch immerwährendes Wiederholen werden Ihre Botschaften nicht richtig. Sie sind falsch. Sie bleiben falsch.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Rede heute – so leid es mir tut, das sagen zu müssen – war deutlich ein unsachliches Geschwätz.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na! Benehmen Sie sich einmal ein bisschen! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Lieber Herr Gremmels, ich möchte Ihnen – –

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Meine Damen und Herren, ein bisschen weniger laut, mehr Ruhe. – Herr Stephan, „Geschwätz“ würde ich schon als unparlamentarisch bezeichnen. – Sie haben das Wort.

Peter Stephan (CDU):

Lieber Herr Kollege Gremmels, Sie haben dreimal hier gestanden und das Ende des Fotovoltaikzubaues prognostiziert. Jedes Mal hatten wir anschließend neue Rekordzubaute. Heute stellen Sie sich hin und sagen: Mit den vorgesehenen Änderungen im EEG wird der Windkraftausbau bedroht.

(Beifall bei der FDP – Timon Gremmels (SPD): Ich habe Herrn Fischbach zitiert!)

– Herr Gremmels, Ihre wirtschaftspolitische Vorstellung und das, was Sie dort leisten, sind einfach schlecht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Unterirdisch!)

Ein Zweites. Herr Gremmels, wenn Sie sich einfach einmal informieren: Bei zwei Drittel aller Flächen für Windener-

gieanlagen, für die Hessen-Forst Kontrakte abgeschlossen hat, sind die Kontrakte mit Kommunen, Genossenschaften oder mit Organisationen, wo Kommunen und Genossenschaften beteiligt sind, abgeschlossen. – Die Behauptung, Hessen-Forst würde auf die Wünsche der Kommunen und der Genossenschaften nicht Rücksicht nehmen, ist schlicht und einfach falsch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch zu ein paar weiteren Fakten kommen. Die Offenlage des Regionalplanes in Nordhessen weist 2 % Vorranggebiete aus – zusätzlich zu den bestehenden, also zusammen mehr als 2 %.

Der Regionalplan Mittelhessen, offengelegt, weist deutlich über 2 % Vorrangflächen aus.

Der in Erstellung befindliche Plan in Südhessen hat nach jetzigem Status bei einem Abstand von 1.000 m 5,5 % Windvorrangflächen. Nimmt man nun die 750 m, sind es 7,5 % der Flächen, also deutlich mehr als 2 %.

Selbst wenn die Verbandskammer Frankfurt keine Windvorrangflächen ausweisen würde, wären es in Südhessen noch über 2 %. Wir wissen aber, dass in Frankfurt selbst Windvorrangflächen ausgewiesen werden.

Ein Weiteres. Wir haben die Windkarte des TÜV Süd als Grundlage. Wir wissen auch aus der Offenlage in Nordhessen – Herr Gremmels, das müssten Sie wissen –, dass auf Nachweis bei mehr als 5,75 m/s Windgeschwindigkeit Flächen zusätzlich aufgenommen worden sind.

Das wird auch an anderer Stelle so sein. Das heißt, auch dort nützt Ihr ganzes grünes Jammern nichts, wir würden nicht die Ergebnisse des Energiegipfels umsetzen. Ja, wir setzen sie um. Wir machen die Energiewende. Wir können sie, und wir wollen sie. Aber wir wollen in dem Regionalplan ein abgewogenes Verhältnis zwischen regenerativer Energie, dem Schutz von Natur und Landschaft und den Menschen haben.

Wir bringen die Energiewende voran. Herr Minister Rentsch hat schon das Beispiel von Baden-Württemberg erwähnt. Das könnte ich jetzt gerade wiederholen. Nur fehlt eine Zahl dazu. In Hessen sind im gleichen Zeitraum, dem Jahr 2012, 53 Windenergieanlagen gebaut worden – acht in Baden-Württemberg, 53 in Hessen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wie kommen Sie dazu, dass die GRÜNEN Energiewende könnten und die Schwarz-Gelben nicht? Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist genau umgekehrt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die waren ja auch auf dem letzten Platz!)

Der zweite Kritikpunkt der GRÜNEN ist die Frage der Abstände. Wir haben darüber gesprochen. Für uns sind auch Belange der Menschen wichtig,

(Timon Gremmels (SPD): Bei uns doch auch!)

nicht nur die Belange der regenerativen Energien und nicht nur die Belange der Investoren. Ich sage an der Stelle auch eines dazu: Windenergieanlagen werden vor allem im ländlichen Raum gebaut, nicht in den städtischen Quartieren, wo die grünen saturierten Wohlstandsbürger leben. Geringere Abstände als 1.000 m belasten gerade die Men-

schen im ländlichen Raum, die von dem Strom nichts haben, weil er für diejenigen in der Stadt produziert wird.

(Timon Gremmels (SPD): Was, was?)

– Herr Gremmels, das ist der Punkt. Wir werden auf dem Land weitaus mehr Windenergie produzieren, als wir dort verbrauchen. Das wissen wir doch.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch das Ziel!)

Belastet werden die Menschen im ländlichen Raum. Deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass wir an diesen 1.000 m Abstand festhalten. Es ist für mich schon schmerzlich, dass das nur für Siedlungsflächen und nicht für Einzelgehöfte gilt. Mir wäre es am liebsten, das würde für jedes Haus gelten. Das lässt sich leider nicht darstellen.

Windhöflichkeit – dritter Kritikpunkt. Sie haben es auch angesprochen. Ich will Ihnen jetzt einfach nur eines sagen.

(Timon Gremmels (SPD): Nichts dazugelernt!)

Herr Rentsch hat es ausgeführt. Wir wollen die optimalen Standorte haben. Heute haben wir in Hessen Windenergieanlagen, die im Schnitt 1,15 MW leisten. Gestern ist in Nordhessen eine Windanlage genehmigt worden, die 7,5 MW leistet. Das ist das Sechsfache. Diese 7,5 MW sind schon das Doppelte von dem, was heute üblicherweise installiert wird. Das heißt doch, dass es mit dem, was wir ausweisen, möglich ist, die gesetzten Ziele der Energiewende zu erreichen, auch mit diesen größeren neuen Anlagen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie soll das denn gehen?)

Was Sie von den GRÜNEN wollen, sind wachswenige Formulierungen im Landesentwicklungsplan. Darauf basieren Regionalpläne, die so wachswenig sind, dass sie beklagbar sind, dass sie vor Gericht nicht standhalten, dass sie vor Gericht gekippt werden. Dann haben wir keine planerischen Vorgaben mehr. Dann haben wir wieder Wildwuchs. Dann haben wir wieder die Privilegierung des Bundesbaugesetzes.

Genau das wollen wir nicht – mit einer wohlabgewogenen, aber klaren Planungsvorgabe. Privilegierung heißt auch, dass die Schutzkriterien geringer sind als diejenigen, die wir im Landesentwicklungsplan vorgeben – Schutzkriterien, die geringer sind, was Landschaft betrifft, was Menschen betrifft, aber auch was die Natur betrifft. Sie wollen und zählen die Energiewende an Windrädern. Das tun wir nicht. Für uns gehört mehr dazu.

Ich will noch einen Satz anfügen, weil Sie Herrn Dr. Arnold vorhin auch angesprochen haben. Es gibt quer durch alle Parteien Menschen, die gegen Windenergie sind. Ich möchte aus dem „Lauterbacher Anzeiger“ vom 27.02.2013 zitieren. Windenergieplanung in Mücke: „Windräder stören nicht den Uhu, aber die Mücken GRÜNEN“. Kritik gegen solche industrielle Anlagen kam nur von den GRÜNEN.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ach, kannst du das noch einmal wiederholen?)

Liebe Freunde von den GRÜNEN, also schauen Sie sich bitte um. – Ich könnte das wiederholen, aber meine Redezeit ist gleich zu Ende.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Sie ist schon gleich zu Ende, aber wirklich gleich. Ein letzter Satz, Herr Kollege.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht aus jeder Mücke einen Elefanten machen!)

Peter Stephan (CDU):

Für unsere Fraktion steht über allem, dass wir eine abgewogene Planung für die Windenergie machen. Dazu dient der nun vorgelegte Entwurf des Landesentwicklungsplanes: Planungssicherheit, Beendigung des Wildwuchses und gesicherte und weitestgehend akzeptierte Windenergieplanung. Wir wissen, dass sie nicht überall auf Zustimmung stößt. Wir werden die Anhörung jetzt sorgfältig und positiv begleiten. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Stephan. – Für eine Kurzintervention hat sich Kollege Gremmels von der SPD-Fraktion noch einmal zu Wort gemeldet. Zwei Minuten, Herr Kollege.

Timon Gremmels (SPD):

Herr Kollege Stephan, natürlich gibt es in jeder Partei auch welche, die gegen Windkraft sind.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

Der Unterschied ist, dass Herr Dr. Arnold hier im Hessischen Landtag, in der Regionalversammlung dafür gestimmt und gesprochen hat und vor Ort etwas anderes macht. Das ist einmalig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Stephan, ich glaube, Sie haben die Energiewende immer noch nicht verstanden. Sie sagen, der ländliche Raum habe nichts davon, weil da die Energie für die Großstädte produziert wird. Wie absurd ist das denn? Die Energieproduktion vor Ort stärkt die Wertschöpfung im ländlichen Raum. Sie schafft Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Sie schafft, wenn man es ordentlich macht, für die klammen Kommunalhaushalte neue Einnahmequellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Stephan, darüber haben wir doch zwei Jahre im Energiegipfel miteinander diskutiert. Ich dachte, darüber wären wir uns einig, und Sie bestreiten das hier heute. Ich frage mich, ob die zwei Jahre Fortbildung für Sie überhaupt nichts gebracht haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch eines. Sie sagen hier, ich würde Panik machen, und das sei alles gar nicht so schlimm mit der Strompreisbremse, und wenn die Windkraftvergütung gestoppt wird, würde es nicht mehr genügend Windkraft geben. Ich erinnere an Ihre Umweltministerin, Frau Puttrich, die vor drei Wochen hier in ihrer Regierungserklärung gesagt hat, dass sie in Berlin gegen die Pläne von Herrn Altmaier intervenieren

wird, dass sie Bestandsschutz haben will, dass sie möchte, dass die Vergütung für bestehende Windkraftanlagen nicht im Nachhinein gestrichen wird.

Das haben Sie hier in der Regierungserklärung vor drei Wochen gesagt. Kein Ton – Sie widersprechen Ihrer Ministerin heute. Und ich bin sehr gespannt, was morgen in Berlin passiert. Wird der Ministerpräsident die Position von Frau Puttrich auch gegenüber der Kanzlerin vertreten? Heute kein Wort von Ihnen, und auch von Herrn Rentsch kein Wort, ob er diese Position von Frau Puttrich teilt.

All das lassen Sie im Ungefähren. Sie sind selbst heillos zerstritten. Sie wissen nicht, wie Energiewende geht. Sie können das hier heute auch nicht mehr schönreden. Wir brauchen einen Regierungswechsel. Dann zeigen wir Ihnen, wie das richtig funktioniert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Gremmels. Das war eine Punktlandung. – Herr Kollege Stephan, Sie haben ebenfalls zwei Minuten, um auf die Aussagen von Herrn Gremmels zu erwidern.

Peter Stephan (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen bei der Frage der Strompreisbremse zwei Dinge unterscheiden.

Erstens. Das hat Frau Puttrich hier ausgeführt. Wir wollen keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Rechte und Verträge. Herr Gremmels, das ist etwas völlig anderes als das, was Sie gesagt haben. Sie haben nämlich gesagt: Von heute an wird keine Windenergieanlage mehr gebaut werden. – Darin besteht der Unterschied zwischen dem, über das Frau Puttrich gesprochen hat, und dem, über das ich gesprochen habe.

Ich biete Ihnen weiterhin die Wette an, die ich Ihnen schon dreimal angeboten habe. Damals ging es um die Fotovoltaik. Trotz der Reduzierung, die möglicherweise kommen wird – ich weiß nicht, was beschlossen werden wird –, werden mehr Windenergieanlagen als in der Vergangenheit gebaut werden. Nehmen Sie die Wette endlich an. Dann könnten wir irgendwann einmal darüber reden, wer die wirtschaftspolitische Kompetenz hat, etwas zur Energiewende und zum Fortschreiten der Nutzung der regenerativen Energien zu sagen.

Herr Gremmels, ich habe das Zitat mit dem ländlichen Raum im Zusammenhang mit den Belastungen angeführt. Auch mir ist klar, dass die Wertschöpfung immer da entsteht, wo die Energie produziert wird. Das ist bei dem Kraftwerk Staudinger so. Das war in Biblis so. Das wird auch im ländlichen Raum so sein.

Wir haben aber über Folgendes gesprochen. Es geht in diesem Zusammenhang um die Abstandsregelung und um die Belastungen, die die Menschen empfinden. Das können wir bedauerlicherweise nicht objektivieren. Das müssen wir mit den Menschen besprechen.

Da sind die 1.000 m Abstand eine ordentliche Basis, um den Menschen zu sagen: Auch ihr habt einen ordentlichen Anspruch auf Schutz. – Die 1.000 m Abstand würden nur

nicht mehr für den Uhu, sondern auch für die Menschen gelten. Darum geht es bei der Frage der Belastungen.

Ich streite das nicht ab. Ich befürworte sogar die Aussage: Der ländliche Raum profitiert deutlich davon, beispielsweise auch von der Nutzung der Bioenergie. Dazu hat Frau Puttrich in ihrer Regierungserklärung und habe auch ich in meiner Rede sehr deutlich gesagt, dass wir nichts davon halten, bei dem Güllebonus einzugreifen.

Das war es, was ich ergänzen wollte. Wie gesagt: Ich biete Ihnen die Wette wiederum an. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Stephan, danke schön. – Als nächste Rednerin hat sich Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Frau Wissler, bitte schön, Sie haben das Wort.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Energiegipfel verkommt wirklich immer mehr zur Farce. Das war eine reine Inszenierung. Der Ministerpräsident hat immer wieder betont, wie toll es gewesen sei, dass so viele Menschen in den Arbeitsgruppen des Energiegipfels mitgearbeitet hätten. Sie hätten alle ihre Ideen und Vorschläge eingebracht.

Ich muss einmal eines sagen: Ich glaube, dass sich viele dieser Menschen, ehrlich gesagt, mittlerweile ziemlich verarscht fühlen.

(Holger Bellino (CDU): Das ist nicht parlamentarisch! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Wissler, das Wort möchte ich nicht gehört haben. Es ist nicht parlamentarisch.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Denn die Ergebnisse des Energiegipfels werden in dieser Form einfach überhaupt nicht umgesetzt.

(René Rock (FDP): Sie haben doch gar nicht zugestimmt!)

– Ja, wir haben nicht zugestimmt. Das ist richtig. Wir haben nicht zugestimmt, weil wir einige Punkte falsch fanden.

(René Rock (FDP): Sie sind doch dagegen!)

Aber nicht einmal die Minimalergebnisse des Energiegipfels setzen Sie um. Herr Rock, das ist doch das Problem.

Der Herr Minister hat hier gesagt, es habe gar keine Einwendungen der Stellungnehmenden zum Landesentwicklungsplan gegeben. Ich habe mir gerade eben noch einmal eine neunseitige Stellungnahme durchgelesen. Sie enthält lauter Änderungsvorschläge. Herr Minister, das ist gegenüber den Anzuhörenden doch wirklich ignorant.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Norbert Schmitt und Timon Gremmels (SPD))

Die Menschen fragen sich doch, warum sie an Anhörungen überhaupt noch teilnehmen sollen, wenn danach erzählt wird, alle hätten dem zugestimmt, obwohl es jede Menge Kritik gegeben hat.

Eines in Ihrer Rede fand ich ganz interessant. Sie haben gesagt, Sie wollten, dass die Energiewende passiert. Herr Minister, aber die Energiewende passiert nicht einfach. Sie fällt nicht vom Himmel und ist auf einmal da. Vielmehr muss sie organisiert werden. Das wäre die Aufgabe dieser Landesregierung. Dabei versagt diese Landesregierung leider vollkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie tun alles, um die Energiewende zu verschleppen und zu verzögern. Sie konterkarieren die Ergebnisse des Energiegipfels.

Ich will das an ein paar Beispielen noch einmal deutlich machen. Bei den Debatten auf dem Energiegipfel gab es zunächst einmal die Diskussion, die besagte, dass es mindestens 2 bis 3 % Vorrangflächen für Windkraftanlagen geben solle. Das war ursprünglich der Debattenstand. Daraus wurden dann mindestens 2 %. Mittlerweile heißt es, das solle in der Größenordnung von 2 % sein, davon könne aber abgewichen werden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das nächste Mal heißt es: maximal 2 %!)

– Das nächste Mal heißt es dann: maximal 2 %, um Gottes willen, bloß nicht mehr. – Sie weichen also schrittweise von dieser Vereinbarung des Energiegipfels ab.

Zu der Frage der Mindestabstände wurde schon etwas gesagt. Da gab es beim Energiegipfel eine andere Festlegung. Frau Kollegin Dorn und Herr Kollege Gremmels haben das ausgeführt. Da wurde nämlich gesagt, dass man in begründeten Ausnahmefällen von den 1.000 m Abstand abweichen kann, wenn es eine Einigung gibt.

Warum müssen Sie denn diese starre Regelung jetzt so festschreiben? – Herr Minister, denn an anderen Stellen reden Sie immer davon, dass man nicht so viele bürokratische Vorgaben machen sollte.

(Beifall des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Sonst predigen Sie immer von der Weisheit der Märkte. Hier wollen Sie sogar Vorgaben zu den Windgeschwindigkeiten machen. Das geschieht mit dem Argument, Investitionen sollten effektiv sein. Herr Minister, Sie wissen doch selbst, dass kein Investor Windräder dort aufstellen wird, wo kein Wind weht. Das ist doch vollkommen logisch. Dazu muss man doch keine Vorschrift machen. Das, was Sie hier erzählen, ist doch absurd.

Ich finde das wirklich auch deshalb bezeichnend, weil wir ab und zu einmal eine Diskussion darüber haben, wie viele Vorgaben man der Wirtschaft machen muss. Ich finde es da schon interessant, dass Sie hinsichtlich des Vergabegesetzes sagen: Natürlich müssen wir keine Ausbildungsquote festschreiben. – Ob die Produkte aus Kinderarbeit stammen, oder nicht, das sind alles keine Dinge, die wir regeln müssen. Die Frage, ob ein Unternehmen tariftreu ist, ist nicht wichtig. Aber bei der Windgeschwindigkeit wollen Sie exakt die Meter pro Sekunde festschreiben, ab denen ein Investor investieren darf. Das ist doch gaga. Das, was Sie da machen wollen, ist doch nicht sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministers Florian Rentsch)

Herr Minister, wenn Sie sich Sorgen um die Effektivität und die Kosten der Energiewende machen, dann schlage ich Ihnen vor: Machen Sie sich einmal dafür stark, dass die Förderung der Nutzung der Windenergie an Land gegenüber der Förderung der Offshoreanlagen bevorzugt wird. Das wäre wirklich effektiv. Denn wir wissen, dass die Energiegewinnung offshore viel teurer als die an Land ist. Dazu kommen dann auch noch die Transportwege.

Setzen Sie sich doch bitte dafür ein, dass es da effektiv und effizient wird. Herr Minister, es sollte eine größere Förderung der kostengünstigeren Energiegewinnung an Land geben.

Ich will noch etwas zu der Frage der Akzeptanz sagen. Ich denke, dass die Akzeptanz der Nutzung der Windenergie, aber auch der anderer erneuerbarer Energiearten, letztlich damit zusammenhängt, ob es Transparenz und die Einbeziehung der Menschen vor Ort auch hinsichtlich der Frage gibt, wo die Anlagen errichtet werden sollen.

Ich glaube, es geht dabei auch um die Fragen: Wem gehören diese Anlagen eigentlich, wer profitiert von diesen Anlagen? – Ich denke, es wäre deshalb entscheidend, die Arbeit der Kommunen, der Stadtwerke und der Energiegenossenschaften zu fördern. Man sollte deren Arbeit erleichtern. Man sollte sie unterstützen.

Auch das gehört für mich zur Energiewende: Man sollte die Marktstrukturen und die Macht der großen Vier offensiv infrage stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Rentsch, die Landesregierung macht leider das Gegenteil. Mit dem Erlass zur Windkraftnutzung im Hessischen Staatswald vom 25. Mai 2012 legt sie fest, dass windhöfliche Vorrangstandorte zur Nutzung der Windenergie im Staatswald des Landes unter marktgerechten Bedingungen vertraglich überlassen werden sollen. Nur wenn die Kommunen mit den Angeboten privater Investoren mithalten können, ist diesen der Vorzug zu geben.

Wir wollen, dass im Landesentwicklungsplan der Strukturförderung und der regionalen Wertschöpfung der Kommunen der Vorrang gegeben wird. Hessen-Forst soll den Wald weiter nutzen können, soll aber für Kommunen und Energiegenossenschaften auf die Pachteinnahmen verzichten. Wenn die Menschen vor Ort an den Einnahmen aus der Nutzung der Windenergie beteiligt würden und diese z. B. für die soziale Infrastruktur genutzt würden, dann würde selbstverständlich auch die Akzeptanz der Windkraftanlagen steigen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Das wäre eine ganz andere Situation, als wenn die Gewinne aus der Nutzung der Windkraftanlagen in die fernen Konzernzentralen fließen.

Sie wollen die Energiewende nicht. Ich habe das Plakat nicht ganz gesehen. Ich habe es nur im Augenwinkel gesehen. Das Plakat, das Frau Kollegin Dorn gezeigt hat, habe ich bisher nicht gekannt.

(Zuruf)

– Der Herr Minister hat es gleich eingesackt. – Herr Minister, ich fände es schon interessant, ob Sie dazu noch einmal Stellung nehmen wollen. Wenn ich es richtig gesehen habe, sollen da mit einem brennenden Windrad Ängste geschürt werden. Wenn Sie das in Wiesbaden plakatieren, wo Sie Kreisvorsitzender sind, und sich dann wieder hierhin stellen und sagen: „Na ja, das Problem ist doch, dass es keine große Akzeptanz für die Nutzung der Windkraft gibt“, dann ist das doch wirklich hanebüchen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen fände ich es schon sinnvoll, wenn Sie dazu noch etwas sagen würden. Vor allem sollten Sie auf Ihre Parteifreunde in Wiesbaden einwirken und sagen, dass es eine solche Kampagne nicht geben darf. Man darf den Menschen vor der Energiewende keine Angst machen. Das Gegenteil ist der Fall. Man muss die Chancen betonen, insbesondere die Chancen zur Entwicklung des ländlichen Raums und die Chancen, dass Arbeitsplätze entstehen können. Man kann da nicht permanent den Bedenkenträger geben.

Frau Präsidentin, zuletzt möchte ich noch eines ansprechen. Den Naturschutz und die Energiewende gegeneinander auszuspielen finde ich wirklich ziemlich absurd. Ihnen ist wirklich kein Argument zu schade. Ich will an der Stelle noch einmal sagen:

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Sie müssen jetzt zum Ende Ihrer Rede kommen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Die Energiewende ist eine Naturschutzmaßnahme. Denn nur so kann man den CO₂-Ausstoß senken. Nur so kann man dafür sorgen, dass die Energieerzeugung die Umwelt nicht mit schädlichen Abgasen und CO₂ immer weiter belastet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Zu einer Kurzintervention hat sich Kollege Wiegel von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Herr Kollege Wiegel, zwei Minuten.

Kurt Wiegel (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Frau Wissler, ich habe so das Gefühl: Ahnung haben Sie auch keine. Sie waren noch nicht einmal im Lande?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe)

Ich wundere mich schon: Ich habe von Ihnen – weder von LINKEN noch von GRÜNEN, noch von Roten – nie jemanden gesehen, der in Ulrichstein oder im Vogelsberg bei der Organisation Gegenwind war.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Helpershain!)

– In Helpershain? Haben Sie einmal mit Gegenwind diskutiert? Ich habe nichts davon gehört. Ich warte auf euch. Ich werde es Gegenwind sagen, sie sollen euch einladen.

Ein weiterer Punkt wundert mich eigentlich in der ganzen Diskussion. Sonst sind Sie doch alle so für die Bürger: Die Bürger müssen angehört werden. Es muss alles mit den Bürgern gemacht werden. – Wenn aber der Protest ankommt, dann ist auf einmal alles untergetaucht. Das ist doch wunderbar.

(Widerspruch bei der SPD)

– Doch, das ist so. Herr Schäfer-Gümbel, das ist so.

(Widerspruch bei der SPD)

– Tut mir leid, nein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Und zur Wirtschaftlichkeit kann ich Ihnen ganz klar sagen: Im Vogelsberg sind einmal drei Windkraftträder nach Norddeutschland verkauft worden, weil sie sich nicht gerechnet haben. In Kirtorf sind drei Windräder, die die Gemeinde aufgestellt hat, wieder an Hessen-Wind zurückgegangen, weil auch sie nicht wirtschaftlich waren. Hier also zu behaupten, Wirtschaftlichkeit spiele keine Rolle – Entschuldigung, das stimmt so nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Hier wurden die 5,5 m/s angesprochen. Sie haben das gesagt.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

– Jetzt komme ich doch vom Glauben ab. Sie wollen doch auf eine Windgeschwindigkeit von 5,5 m/s herunter. Dann sagen Sie mir doch, wo die Wirtschaftlichkeit bleibt – wenn die Windräder wieder abgebaut werden.

(Zurufe der Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) und Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein weiterer Punkt wundert mich natürlich ganz besonders.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Wiegel, die Redezeit ist zu Ende.

Kurt Wiegel (CDU):

Mein letzter Satz. – Im Vogelsberg gibt es das größte Vogelschutzgebiet Hessens, mit 63.000 ha. Jetzt auf einmal soll das alles nichts mehr wert sein? Das wundert mich schon. Die GRÜNEN sind immer hinter dem Natur- und dem Vogelschutz her: Wo bleibt ihr denn hier?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Wiegel. – Frau Kollegin Dorn, Sie haben zwei Minuten Zeit, zu erwidern. Bitte schön.

(Lebhafter Widerspruch – Janine Wissler (DIE LINKE), an Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gewandt: Ich kann es dir gerne abgeben, ich habe eh nicht verstanden, was er sagen wollte!)

– Frau Wissler, Sie haben die Möglichkeit, zu erwidern. Bitte schön.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte meine zwei Minuten Redezeit gerne an Frau Dorn abgegeben, denn eigentlich hat Herr Wiegel nichts zu mir gesagt, sondern ist auf Frau Kollegin Dorn eingegangen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gerade überlegt, was ich auf das, was Sie hier gesagt haben – Sie haben geredet, aber gesagt haben Sie eigentlich nicht viel – erwidern soll.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben hier beschrieben, dass es vor Ort Situationen gibt, in denen Menschen gegenüber Windkraftanlagen skeptisch sind. Das haben Sie festgestellt. Okay, das kann man zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Für einen Politiker finde ich das ein bisschen wenig. Herr Wiegel, weil Sie mich persönlich so freundlich zum Thema Kompetenz und Sachkenntnis angesprochen haben, will ich sagen: Durch besonders clevere energiepolitische Ausführungen sind Sie mir in diesem Haus bisher nicht aufgefallen. Das will ich doch einmal an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe am Energiegipfel teilgenommen. Das war wirklich eine gute Veranstaltung hinsichtlich des Niveaus der Debatten.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Ja, natürlich sind wir vor Ort und stellen uns den Diskussionen, selbstverständlich auch im Vogelsbergkreis. Natürlich wissen wir, dass es dort stellenweise kritische Diskussionen gibt. Selbstverständlich muss auch die Diskussion geführt werden, welcher Standort der beste für Windkraftanlagen ist und welcher vielleicht nicht. Deswegen braucht man Transparenz und die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Rock von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist doch eine sehr aufgeregte Debatte über ein eigentlich einfaches sachliches Thema. Das sollte man hier nicht mit rotem Kopf und schreiend oder bilderwinkend darstellen. Man sollte sich besser an die Fakten halten.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das wäre eine gute Voraussetzung, um ein Stück weit Klarheit und Transparenz in diese Debatte zu bekommen.

Ich möchte mich ausdrücklich bei Minister Rentsch für diese hervorragende Vorlage bedanken, die er hier eingebracht hat. Sie führt eindeutig dazu, dass die Energiewende in Hessen weiter vorangebracht wird.

Die krawalligen Auftritte der Opposition kennen wir schon. Wir haben das bei unserem Energiegesetz gesehen. Wir haben das bei der Kommentierung der Erfolge des Energiegipfels gesehen. Sie versuchen immer wieder, zu diskreditieren, dass wir hier planvoll und stringent an einem Strang ziehen und voranschreiten, um unsere Ziele zu erreichen. Umweltministerin Puttrich und Herr Rentsch führen zwar einen kritischen Dialog, handeln aber doch in die gleiche Richtung. Ich finde es klasse, wie sie hier die Landesregierung vertreten. Genau so kann die Energiewende gelingen, nicht anders.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was wir heute mit der Vorlage des Landesentwicklungsplans erleben, ist ein weiterer Schritt in der vereinbarten Abfolge. In diesem Landesentwicklungsplan haben wir sehr wichtige Kriterien festgelegt.

Ich möchte eine Seite beleuchten, die bei den anderen Rednern nicht so sehr im Mittelpunkt stand. Mir war es beispielsweise äußerst wichtig, dass wir die Ausschlusswirkung erzielen werden: dass wir mindestens 98 % der Fläche in Hessen als Ausschlussfläche definieren, auf der keine Windkraftanlagen errichtet werden dürfen. Der Kompromiss mit Ihnen damals war es, zu sagen: Wir verständigen uns auf 2 %.

Warum haben wir 2 % gewählt? Die Fachleute haben uns gesagt: Mit 2 % der Fläche können wir zwei Drittel des Stromverbrauchs in Hessen abdecken. – Genau das ist in diesem Landesentwicklungsplan umgesetzt. Deswegen braucht man sich nicht aufzuregen. Das kann man einfach nachlesen, und dann findet man genau diese Festsetzung.

Für uns als FDP war das ein zentraler Bestandteil.

(Unruhe)

Wir wollen, dass 98 % der Fläche nicht für die Windkraft zur Verfügung stehen, sondern dass Anlagen auf windreichen Flächen, wo es effizient ist, errichtet werden und dort künftig regenerativ Energie erzeugt wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie arbeiten sich immer an den drei wichtigen Kriterien ab, vor allem an zweien: einmal an der festgesetzten Windgeschwindigkeit und dann am Abstand, der aus meiner Sicht mindestens 1.000 m sein muss. Dazu gibt es noch die Frage der Bündelfunktion, also: Wie viele Kleinflächen sind überhaupt zulässig? – Das sind aus unserer Sicht die drei ganz wichtigen Kriterien. Sie sorgen dafür, dass wir eine vernünftige Flächenauswahl haben und dass wir auch nicht zu viel Fläche zur Verfügung stellen, denn Fläche ist nun einmal nicht vermehrbar. Mit ihr ist absolut sorgsam umzugehen. Darum ist es in jeder Landesplanung, in jeder Regionalplanung ein Oberziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren.

(Unruhe)

Darum ist es zentral wichtig, windhöfliche Flächen zur Verfügung zu stellen. Denn dann kann man seine energiepolitischen Ziele auf kleinerer Fläche, bei weniger Flächenverbrauch und mehr Umweltschutz erreichen. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass Sie das infrage stellen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zu dem aufgeregten Gekreische, das ich hier zum Teil erlebt habe, will ich Ihnen sagen: Im Landesentwicklungsplan haben wir für 4.000 zusätzliche Windkraftanlagen Raum geschaffen. Ich glaube nicht, dass die jemals gebaut werden. Ich glaube auch nicht, dass dieser Raum ausgenutzt werden wird. Wir haben einen Durchschnitt: In Hessen werden im Jahr 40 Anlagen zugebaut – nicht acht, wie in Baden-Württemberg, wo Sie regieren. In Hessen werden im längeren Schnitt 40 Anlagen pro Jahr zugebaut, im letzten Jahr waren es sogar ein paar mehr.

Wenn ich jetzt überlege: Jährlich werden 40 Anlagen zugebaut, und wir schaffen Platz für 4.000 Anlagen. Das heißt, bei dieser Ausbaugeschwindigkeit stellen wir für 100 Jahre ausreichend Raum zur Verfügung. Der Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne gelten für einen viel kürzeren Zeitraum. Hier also zu sagen, in irgendeiner Art und Weise könnten in Hessen keine Windkraftanlagen gebaut werden, und man könnte die Windkraftziele nicht erreichen, ist fachlich und sachlich einfach falsch. Das ist ganz leicht nachzuweisen. Kommen Sie also wieder herunter, und sprechen Sie seriös über dieses Thema. Hören Sie auf, solch komische Nebelkerzen zu zünden. Dieser Landesentwicklungsplan ist hervorragend geeignet, den Ausbau von Windkraft zu steuern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU
– Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Großartig!)

Wir müssen uns noch über ganz andere Themen Gedanken machen. Im letzten Jahr haben wir 33 Millionen € für Strom bezahlt, der nie in das Netz eingespeist worden ist. Das ist Strom, der weggeworfen, aber von den Bürgerinnen und Bürgern und von den Unternehmen in Hessen bezahlt worden ist.

Dazu sagen Sie vielleicht: Bei den Milliardensummen und den Billionen Euro, die da rumschwirren, was sind da schon 33 Millionen €? – Ich will Ihnen aber entgegenhalten, dass vom vorletzten Jahr zum letzten Jahr eine Steigerung um 100 % stattgefunden hat. Wenn Sie diese Entwicklung auf die nächsten Jahre prolongieren, sind Sie bei ganz anderen Summen. Daher muss die Struktur der entscheidende Faktor sein. Es ist keine Frage der Flächen. Dieses Problem haben wir jetzt gelöst. Die Förderungen haben wir jetzt über ein Gesetz geregelt. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Aber die wirklichen Herausforderungen für die Energiewende liegen noch vor uns. Sie von der Opposition diskutieren über Themen, die längst geregelt und gelöst sind, und versuchen, sich hier aufzuplustern. Auf die eigentlichen Fragen haben Sie doch überhaupt keine Antworten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU
– Lachen bei der SPD)

Wenn ich die GRÜNEN von Wirtschaft und von Marktwirtschaft im Zusammenhang mit der Energiewende und dem Ausbau der regenerativen Energien reden höre: Liebe GRÜNE, das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat doch Aspekte der Wirtschaftlichkeit und der Marktwirtschaft völlig ausgeschlossen und hat die größte Subventionsmaschine losgetreten, die Deutschland jemals gesehen hat. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sie bezahlen. Von daher gesehen, ist es ein Widerspruch in sich selbst, von Marktwirtschaft und von marktwirtschaftlichen Regeln zu sprechen, wo das EEG gilt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU
– Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deshalb müssen wir an der Stelle Grenzen setzen. Damit sind wir bei meinem Lieblingsspunkt. Aus meiner Sicht – da bin ich mit dem Wirtschaftsminister absolut einer Meinung – muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz auslaufen. Wir brauchen an dieser Stelle eine andere Lösung. Ich habe jetzt gelesen, im nächsten Jahr rechnet man mit einem Aufschlag von 6 Cent/kWh auf die EEG-Vergütung. Wir nähern uns mittlerweile einem Betrag von 20 Milliarden €, den wir in den nächsten 20 Jahren bezahlen müssen. Das ist eine Summe, die doch keiner mehr verantworten kann. Darum muss das EEG endlich auslaufen. Wir müssen an der Stelle endlich handeln. Es ist richtig, dass man sich in Berlin trifft, um die Explosion der Strompreise zu dämpfen und endlich eine Verzögerung des Anstiegs – es geht da ja nicht um eine Senkung, sondern nur um eine Verzögerung des Anstiegs – durchzusetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Gremmels, wenn Sie immer die Geschichte erzählen, es werde kein Windrad mehr gebaut: Schauen Sie doch einmal in das Erneuerbare-Energien-Gesetz. In den ersten fünf Jahren gibt es einen höheren Vergütungssatz für Windkraftstrom. Ansonsten liegt der Vergütungssatz für Windenergie schon unter dem Marktpreis. Man kann also Windkraftanlagen an einem vernünftigen Standort mit ausreichend viel Wind wirtschaftlich betreiben.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

René Rock (FDP):

Vielleicht kann man den Investoren in den ersten fünf Jahren nicht die höchste Rendite zahlen, weil man Abschreibungen einberechnen muss, aber wirtschaftlich betreiben kann man ein solches Windrad allemal. Sie führen eine Gespensterdiskussion. Da machen wir nicht mit. Akzeptanz bedeutet nicht, dass man sich zum Lautsprecher der Lobbyverbände der regenerativen Energien macht, sondern dass man die Ängste der Bürger ernst nimmt und sich mit den Bürgern auseinandersetzt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU
– Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Für eine Kurzintervention hat sich Kollege Al-Wazir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben zwei Minuten Redezeit.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Thema Lobbyismus sage ich nichts. Da kennt sich Herr Rock besser aus.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der FDP)

Ich habe mich zu Wort gemeldet, als Sie, Herr Kollege Rock, sagten, es war Ihnen unglaublich wichtig, dass es eine Ausschlusswirkung gibt. Ich will Ihnen sagen: Der Landesentwicklungsplan, wie er jetzt vorliegt, mit den Ausschlusskriterien, die er enthält – Windgeschwindigkeiten, Mindestabstände usw., all das war anders verabredet –, wird aus meiner Sicht dafür sorgen, dass wir hessenweit das 2-%-Ziel nicht erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, das ist von Ihnen so gewollt. Das bedeutet aber im Umkehrschluss – das muss jeder wissen –, dass auch die Ausschlusswirkung fallen wird. Jeder, der solche Kriterien aufstellt, muss wissen, dass dann, wenn wir das 2-%-Ziel nicht erreichen, die Ausschlusswirkung für die restlichen 98 bis 99 % nicht mehr gilt. Ob das am Ende wirklich das ist, was Sie wollen, diese Frage können Sie sich selbst beantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die zweite Frage, die angesprochen wurde, betraf den Naturschutz. Aus unserer Sicht gelten für jede Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energie alle Kriterien, die wir im Naturschutz an alle Projekte anlegen. Ich sage Ihnen aber auch: Es gibt viele Möglichkeiten, wie man diese Konflikte lösen kann, wenn man sie denn lösen will. Wenn aber ausgerechnet diejenigen, die, wenn es um eine Straße geht, am liebsten über jede Kröte und jeden Vogel fahren und dann auch noch den Rückwärtsgang einlegen würden,

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der FDP)

auf einmal ihr Herz für den Naturschutz entdecken, dann stimmt etwas nicht.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Uns ist der Naturschutz sehr wichtig. Er ist uns aber in allem wichtig. Wir sind lösungsorientiert. Wer aber vor einem halben Jahr den Rotmilan noch für einen serbischen Freischärler gehalten hat und auf einmal so tut, als sei er schon immer Ornithologe gewesen, dem sage ich: Da stimmt etwas nicht.

(Große Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Herr Rock, Sie haben zwei Minuten Redezeit zur Erwiderung.

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin! Herr Al-Wazir, wenn Sie keine Argumente mehr haben, dann flüchten Sie sich in die Polemik. Das ist Ihr Politikstil. Da kann ich nicht mithalten, da will ich aber auch nicht mithalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Ausschlusskriterien: Herr Al-Wazir, ich habe mich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. In dem Landesentwicklungsplan steht ja bewusst das Wort „grundsätzlich“. Es gibt eine genaue Struktur, nach der wir diesen Plan aufstellen. Wir müssen ihn gerichtsfest aufstellen. Das werden wir tun. In allen Regionalversammlungen gehen deutlich mehr als 2 % der Fläche in die Offenlegung.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Dann können die Kommunen ja kommen, von denen Sie uns erzählt haben, die mehr Flächen haben wollen. Wir werden keine Probleme bekommen. Wir müssen aber eine gerichts feste Abwägung vornehmen. Es wird nicht nach willkürlichen Kriterien, sondern nach nachvollziehbaren Kriterien abgewogen. Es geht darum, dass die Windkraft noch genug Raum zur Entwicklung hat. Ich habe Ihnen gesagt: Nach den jetzigen Ausbauzielen können Sie noch 100 Jahre lang Windkraftanlagen errichten – bei einem Plan, der für zehn oder zwölf Jahre gilt.

Herr Al-Wazir, zum Thema Naturschutz. Dass Sie den Naturschutz beim Thema Windkraft ansprechen, finde ich ein starkes Stück. Wenn ich gefordert hätte, einen Waldweg zu teeren, dann hätten sich die GRÜNEN an die Bäume gebunden, um das zu verhindern, weil die Versickerung des Wassers in den Boden gefährdet gewesen wäre. Jetzt wollen Sie 50.000 m³ Beton in den Waldboden gießen und erklären uns das mit dem Naturschutz. Es ist doch geradezu lächerlich, was Sie für Kapriolen schlagen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das verstehen nur noch Sie selbst. Wenn der Beton im Fundament einer Autobahn liegt, dann ist es böser Beton. Wenn der Beton im Fundament einer Windkraftanlage liegt, die eine Höhe von 220 m hat, dann ist es guter Beton. Das ist typisch grüne Ideologie. Es gibt die Guten, es gibt die Bösen, und die Welt ist ganz einfach. So ist aber nicht die reale Welt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Ende der Aussprache.

Wir überweisen den Antrag der Landesregierung betreffend Zweite Verordnung über die Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 – Vorgaben zur Nutzung der Windenergie, Drucks. 18/7123, an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und

Ordnung und des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz – Drucks. 18/7137 –

Vereinbarte Redezeit: fünf Minuten je Fraktion. Der Gesetzentwurf wird von Herr Greilich von der FDP-Fraktion eingebracht. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Greilich (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass es jetzt etwas ruhiger und sachlicher zugehen wird als bei der letzten Debatte. Der Kollege Rock war zwar extrem sachlich, aber es gab doch die einen oder anderen sonstigen Redebeiträge.

Jetzt geht es darum, dass ich Ihnen einen hervorragenden Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP vorstellen darf, mit dem wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umsetzen, das am 24. Januar 2012 zu dem Telekommunikationsgesetz des Bundes ergangen ist. Dieses Urteil macht es erforderlich, dass für bestimmte Auskunftsverfahren hinreichend klare und qualifizierte Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn eigentlich unbeteiligte Telekommunikationsunternehmen als sogenannte Nichtstörer in Anspruch genommen werden, also Bestandsdaten übermitteln sollen.

Dazu hat das Gericht klargestellt, dass Auskünfte nur dann verlangt werden können, wenn auch die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Nutzung dieser Daten gegeben sind. Man kann sich das in etwa wie eine Doppeltür vorstellen. Nur wenn beide Türen mit einer hinreichend klaren und verfassungskonformen Rechtsgrundlage zu öffnen sind, wenn es einen passenden Schlüssel gibt, dürfen Daten abgerufen werden bzw. darf die Übermittlung von Daten erfolgen.

Wir befassen uns heute mit dem sensiblen Bereich der Unterscheidung im Umgang mit Bestandsdaten einerseits und Verkehrsdaten andererseits. Das Bundesverfassungsgericht hat zwischen den Bestandsdaten einerseits, also Namen und Adressen, und den bei der Telekommunikation anfallenden Verkehrsdaten andererseits, also Daten über Verbindungen, Kommunikationszeiten und Ähnliches, klar differenziert.

Besonders heikel ist die Situation bei einer Abfrage seitens der Polizei dann, wenn sie sich auf eine IP-Adresse bezieht, die einem bestimmten Anschlussinhaber zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesen ist, also bei dynamischen IP-Adressen. Diese IP-Adressen regeln bekanntlich die Kommunikation zwischen Rechnern und sorgen für einen eindeutig nachvollziehbaren Datenfluss.

Das sind also Verkehrsdaten, die nur unter erhöhten Anforderungen verfassungskonform abgefragt werden können; denn die Übermittlung von Verkehrsdaten stellt einen Eingriff in die Telekommunikationsfreiheit nach Art. 10 Grundgesetz dar, während eine Abfrage von Bestandsdaten lediglich einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt. Dieser Eingriff ist im Vergleich dazu unter niedrigeren Voraussetzungen möglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden das im Ausschuss sicherlich noch im Einzelnen zu erörtern haben. Wir haben uns dazu entschlossen, neben der Regelung dieses Tatbestands dafür zu sorgen, dass ein Abgleich der IP-Adressen nach dem HSOG – dem hessischen Polizei-

recht – nur dann erfolgt, wenn eine gegenwärtige erhebliche Gefahrenlage gegeben ist. Eine solche „gegenwärtige“ Gefahr ist als eine Gefahr definiert, bei der eine Rechtsgutverletzung oder -schädigung schon eingetreten ist und noch andauert oder mit hoher Wahrscheinlichkeit in Kürze eintreten wird.

Zu dem weiteren Kriterium, das nach unserer Vorlage erfüllt sein muss: Es muss eine „erhebliche“ Gefahr drohen. Eine erhebliche Gefahr ist eine Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut – im Extremfall natürlich für das Leben – oder für ein anderes Rechtsgut, bei dem ein besonders hoher Schaden droht.

Lassen Sie mich hier hervorheben, dass wir mit unserer Regelung ein höheres Schutzniveau für die Bürgerinnen und Bürger festschreiben, als es die Strafprozessordnung derzeit vorsieht. Wir sehen einen Nachholbedarf; denn dort ist eine solche Regelung derzeit nicht vorgesehen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch auf der Bundesebene eine Auswertung der Verkehrsdaten nur unter verschärften Voraussetzungen erfolgen darf. Wir hoffen hierbei auf die Einsichtsfähigkeit unseres Koalitionspartners in Berlin. Das wird noch zu besprechen sein.

Zu dem hessischen Gesetzentwurf will ich abschließend nur noch eines sagen: Neben der Festschreibung dieser hohen Eingriffsschwelle haben wir ein Weiteres getan. Wir schreiben nämlich auch eine Mitteilungspflicht fest. Im hierzu einschlägigen § 29 Abs. 6 HSOG regeln wir auch diesen Fall und legen fest, dass speziell für die Abfrage von Bestandsdaten eine Benachrichtigungspflicht normiert wird, sodass Betroffene, deren Daten abgefragt werden, anschließend darüber in Kenntnis gesetzt werden müssen. Nur der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle erwähnt, dass unser hessisches Polizeigesetz einen Richtervorbehalt bei solchen Maßnahmen vorsieht.

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss und stelle in meinem Resümee fest, dass mit dieser Novelle, die der Beseitigung der Mängel des Telekommunikationsgesetzes dient, das geschieht, was im Umgang der Koalition mit dem Polizeirecht schon bekannt ist: Wir machen keine Abstriche, weder bei den Erfordernissen der Sicherheit unserer Bürger noch beim Schutz von deren Grundrechten. In dieser Tradition bleibt es dabei, dass wir in Hessen eines der modernsten und gleichzeitig liberalsten Polizeigesetze in Deutschland haben. Darauf können wir stolz sein, und darauf sind wir auch stolz.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Als nächster Redner hat sich Kollege Schaus von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Schaus.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen; denn die im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf aufgeworfenen Fragen können meines Erachtens erst in einer Sachverständigenanhörung geklärt werden. Der Gesetzentwurf kommt ein bisschen komisch daher. Er berührt möglicherweise zentrale Bürger-

rechte, und deshalb möchte ich kurz drei Punkte ansprechen.

Erstens. Mir ist nicht klar, warum wir schon wieder an das Polizeigesetz und an das Gesetz für den Inlandsgeheimdienst heranmüssen.

(Wolfgang Greilich (FDP): Dann hätten Sie zuhören müssen!)

Beide Gesetze wurden erst vor kurzer Zeit geändert. Herr Greilich, warum hat man das nicht gleich mit behandelt?

(Minister Boris Rhein: Das steht doch in der Begründung! Oh Gott!)

– Ja. Aber die Erklärung, die hier abgegeben wird, ist für mich nicht nachvollziehbar. Es ist Juristendeutsch, was wir hier gehört haben. Ich glaube, wir sollten durchaus andere Ansprüche an die Abgeordneten und an die Diskussion stellen.

Es heißt, man reagiere auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom Anfang des Jahres 2012. Die letzte von CDU und FDP durchgedrückte Gesetzesänderung fand aber erst im Dezember 2012 statt. Da konnte es Ihnen wegen der NSU-Debatte und der Verstrickung der Geheimdienste gar nicht schnell genug mit dem Geheimdienstgesetz gehen. Seine Geltungsdauer wurde dann verlängert. Aber nach nur drei Monaten müssen wir jetzt wieder ran, um eine über ein Jahr alte Rechtsprechung umzusetzen. Das verstehe ich nicht. Das wirkt konfus.

Zweitens. In dem vorliegenden Gesetzentwurf stehen zwei Platzhalter. Im laufenden Verfahren soll offenbar der Bezug auf ein Bundesgesetz eingefügt werden, das sich auch noch im Gesetzgebungsverfahren befindet. Ich habe es bisher noch nicht erlebt, dass in einem Gesetzentwurf Platzhalter stehen. Ich bin gespannt darauf, wie die Gesetzgebungsverfahren von Bund und Land formal und inhaltlich verzahnt werden sollen; denn man kann nur schlecht auf ein Gesetz verweisen, das es noch gar nicht gibt und das man daher auch nicht beurteilen kann. Darauf bin ich gespannt. Das müssen wir sehen.

Drittens. Eigentlich wird in Hessen jedem Gesetzentwurf ein Vorblatt vorangestellt, in dem, wie es in § 108 unserer Geschäftsordnung heißt, „in knapper Fassung die zu lösende Problemlage, die Grundzüge der vorgeschlagenen Lösung und die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen“ enthalten sein sollen. Diese wichtigen Vorbemerkungen fehlen hier. Ich frage mich, warum das so ist.

Ich frage mich auch, warum ein solcher Gesetzentwurf nicht, wie üblich, durch die Landesregierung eingebracht wird. Herr Innenminister, warum solche Eile? Warum solche Schludrigkeit? Was soll hier verborgen werden?

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Hat die Landesregierung etwas übersehen, z. B. dass die Übergangsregelung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts schon zum 30. Juni dieses Jahres ausläuft? Da es um Änderungen der Telekommunikationsüberwachung, also beim Zugriff von Polizei und Geheimdienst auf persönliche, sensible und schützenswerte Daten hessischer Bürgerinnen und Bürger, geht, werden wir sehr genau hinschauen und nachfragen. Sollen hier lediglich unproblematische Anpassungen an die aktuelle Rechtsprechung vorgenommen werden, oder handelt es sich um einen weiteren Schritt zum gläsernen Bürger? Das sind wichtige Fragen, die es in einer Sachverständigenanhörung zu klären gilt.

Ein Gesetzentwurf, in dem an zwei entscheidenden Stellen inhaltliche Bezüge zu einem noch nicht verabschiedeten Bundesgesetz hergestellt werden, ist für uns nicht zustimmungsfähig. Das Gleiche gilt, wenn sich herausstellen sollte, dass damit ein fortschreitender Abbau von Bürgerrechten auf dem Weg zum gläsernen Bürger beabsichtigt ist. Da werden wir im Ausschuss genau hinschauen. Herr Greilich, an dem, was Sie hier sagen, habe ich grundsätzlich erhebliche Zweifel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Als Nächste hat sich Frau Kollegin Faeser von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Nancy Faeser (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir nach der Bemerkung von Herrn Stephan vorhin in der Tat überlegt, ob ich zur Windkraft reden soll; denn das, was er zur Windkraft gesagt hat, hatte, glaube ich, etwas mit der inneren Sicherheit zu tun. Aber ich werde darauf verzichten und sachlich über den Gesetzentwurf sprechen.

Herr Greilich und Herr Schaus haben es schon gesagt: Es wäre hilfreich gewesen, wenn Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24.01.2012 gelesen hätten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE), ein Papier hochhaltend: Hier ist es!)

Dann hätten Sie nämlich gewusst, warum dieser Gesetzentwurf heute vorgelegt werden muss. Das Bundesverfassungsgericht hat sehr präzise Vorgaben gemacht: Wenn solche manuellen Auskunftsverfahren nach dem Telekommunikationsgesetz durchgeführt werden und die Auskünfte erteilt werden sollen, sind auch die Fachgesetze in den Ländern zu ändern, und zwar bis zum 30. Juni. Dann hätte man fast eher fragen können, warum erst jetzt, und nicht umgekehrt. Das hätten Sie allerdings im Urteil lesen können.

(Beifall des Abg. Daniel Mack (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das habe ich gefragt, wieso erst jetzt!)

Das Gericht hat zum einen die Abfragen von Auskünften über den Inhaber einer dynamischen IP-Adresse, wie Herr Greilich schon erwähnt hat, und zum anderen das Auslesen von Daten als verfassungswidrig eingeordnet, sodass diese Umsetzung jetzt erfolgen muss. Es war zum einen ein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung und zum anderen ein Eingriff in Art. 10 Grundgesetz. Deshalb muss der Gesetzgeber bei der Einrichtung eines Auskunftsverfahrens Rechtsgrundlagen sowohl für die Übermittlung als auch für den Abruf der Daten schaffen. Insbesondere sollte klarer und konkreter geregelt werden, wie und in welcher Form die Unternehmen Bestandsdaten an die Behörden weitergeben müssen.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat Auswirkungen auf die Bestandsdatenauskunft, d. h. die Auskunft über Namen und Anschrift der Anschlussinhaber, zugeteilte Rufnummern und andere Anschlusskennungen. Dies werten wir als unverzichtbares Ermittlungselement in

der Strafverfolgung für die Sicherheitsbehörden. Deswegen halten wir die Änderung auch für erforderlich.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Schaus, genau deshalb gibt es Handlungsbedarf, zum einen bei der Datenermittlung, der sogenannten ersten Tür, wie es auch im Gesetzentwurf steht, und zum anderen im Hinblick auf eine Abrufnorm, die sogenannte zweite Tür. Das heißt, es gibt zwei Arbeitsaufträge. Der eine Arbeitsauftrag liegt in der Tat beim Bund; denn die Datenermittlung ist im Telekommunikationsrecht des Bundes zu regeln. Der Bundesgesetzgeber befindet sich derzeit in der Beratung und hat just heute im Innenausschuss des Deutschen Bundestages mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD die Novellierung der Bestandsdatenauskunft geregelt. Insofern ist es ein schöner Anlass, dass wir heute, also am gleichen Tag, darüber reden, an dem auch der Innenausschuss des Bundestages darüber geredet hat.

Künftig sollen im Telekommunikationsgesetz aber nur noch die datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnis für die Telekommunikationsanbieter sowie die Verfahrensregeln geregelt werden. Die eigentlichen Erhebungsbefugnisse sind nach Abfragezweck spezifisch in den Spezialgesetzen der Strafverfolgungsbehörden zu regeln.

Die SPD hat – darauf sind wir stolz – in einem Änderungsantrag mit CDU und FDP erreicht, dass zukünftig der heimliche Zugriff auf Daten unter dem Richtervorbehalt steht – das ist etwas mehr rechtsstaatliche Kontrolle – und dass die Benachrichtigungspflicht geregelt wird. Ich glaube, das sind zwei gute Dinge, wenn es um sehr sensible Daten geht, dass man dann einen Richtervorbehalt und auch die Benachrichtigungspflicht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Greilich, ich darf das sagen: Es ist erfreulich, dass Sie an der Stelle anscheinend für die Sicherheitsbehörden mit entscheiden, weil wir bis heute ein rechtskonformes Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung vermissen. Insofern ist die FDP auf Bundesebene offensichtlich in diesem Bereich nicht handlungsfähig.

Die Schaffung der Norm für den Abruf der Daten richtet sich nach den Fachgesetzen in den Bundesländern, deren Änderung wir heute in erster Lesung beraten. Herr Greilich hat es gesagt: Es ist zum einen eine Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Es ist in der Tat richtig, wenn man regelt, wie Polizeibehörden auf die Telekommunikationsdaten Zugriff haben sollen, dass man dann auch Schranken einzieht. Da ist es sicherlich gut, wenn auch von „gegenwärtiger erheblicher Gefahr“ die Rede ist, dass das als Hürde für den Eingriff gewertet wird. Auch das sehen wir bislang positiv. Wir werden sehen, wie sich das in der Anhörung entwickelt. Aber das scheint ein guter Ansatz zu sein.

Im Gesetzentwurf für das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz sind die Eingriffsbefugnisse ähnlich geregelt. Auch da werden wir die Anhörung abwarten.

Meine Damen und Herren, ich will es aber nicht versäumen, am Ende noch darauf hinzuweisen: Da wir heute das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz ändern, wäre es eigentlich eine gute Idee gewesen, das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz heute umfangreicher zu regeln und zu novellieren. Denn ich glaube, da haben wir noch sehr viel zu tun. Da will ich Nordrhein-Westfalen

als Vorbild nennen. Herr Innenminister Jäger hat vor wenigen Tagen, auch um diese Fragen mit zu regeln, einen umfassenden Gesetzentwurf zur Novellierung des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz vorgelegt.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

Nancy Faeser (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Er hat ein transparentes und modernes Gesetz vorgelegt, um den Verfassungsschutz besser zu kontrollieren. Er hat auch gesetzliche Regelungen für V-Leute eingeführt. Ich denke, das wäre eine gute Gelegenheit gewesen. Da ist leider eine Chance verpasst worden. Meine Damen und Herren, da haben wir noch Hausaufgaben im Hessischen Landtag zu erledigen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Faeser. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Frömmrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen sind in weiten Teilen schon auf das eingegangen, was das Problem an diesem Gesetzentwurf ist. Ich will an ein paar Punkten deutlich machen, wo auch wir das als problematisch empfinden. Notwendig geworden – Frau Kollegin Faeser hat es gerade gesagt – sind diese beiden Gesetzesänderungen, weil das Bundesverfassungsgericht dazu geurteilt und Regelungen des Telekommunikationsgesetzes aufgehoben hat. Es müssen Regelungen getroffen werden, wer auskunftspflichtig und wer auskunftsberechtigt ist. Das soll mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nachvollzogen werden, auf der einen Seite das HSOG und auf der anderen Seite das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz zu ändern. – So weit, so gut.

Ich finde zwei Dinge in dem Gesetzgebungsverfahren merkwürdig. Herr Kollege Greilich, es ist mir noch nicht so oft vorgekommen, dass wir uns im Hessischen Landtag mit einem Gesetzentwurf befassen, der sich auf einen Gesetzentwurf bezieht, der sich im Deutschen Bundestag noch in der Beratung befindet. Das ist ein Vorgang, den ich schon sehr einmalig finde. Das habe ich hier noch nicht erlebt. Sie fügen Fußzeilen ein und sagen: Der Text kann erst eingefügt werden, wenn der Deutsche Bundestag abschließend beraten hat. – Der Bundestag hat erst in erster Lesung über den Gesetzentwurf beraten. Die Beratung ist gerade im Innenausschuss des Bundestages. Meines Wissens liegen zu dem Sachverhalt sogar Änderungsanträge von SPD und CDU vor. Ich halte es schon für äußerst grenzwertig, dass wir uns mit so einem Gesetzentwurf befassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Zweiter Punkt. Bei einer so komplexen und schwierigen Regelungsmaterie, wie alle vorher gesagt haben, hätte ich

mir gewünscht – wenn er schon im Ministerium auf Halde lag, weil spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts klar war, dass da etwas passieren muss –, dass die Landesregierung diesen Gesetzentwurf einbringt, um die fachliche Anhörung der Verbände und der sonstigen Institutionen in dem Gesetzgebungsverfahren zu ermöglichen. Das hat nicht stattgefunden. Das wird von unserer Fraktion ausdrücklich kritisiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Es ist klar, dass die Zeit bis zum 30. Juni kurz ist. – Ich habe schon wieder einen gelben Tinnitus im Ohr. Ich weiß auch nicht, irgendjemand muss hier mal ins gelbe Bällchenbad. Aber das werden wir vielleicht auch noch geregelt bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Es ist klar, dass die Änderungen bis zum 30. Juni beschlossen werden müssen. Trotzdem hätte uns eine Regierungsanhörung an dem einen oder anderen Punkt vielleicht Klarheit gebracht.

Die Problematik, um die es hier geht, was die Bestandsdaten angeht: Die Bestandsdaten sind zurzeit nur die Adresse der Teilnehmer, mehr nicht.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, bitte einen kleinen Moment. Ich finde, auf der rechten Seite wird es sehr laut. Bitte seien Sie etwas ruhiger. – Herr Kollege, das geht nicht von Ihrer Zeit ab. Bitte schön.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Demnächst sollen bei Bestandsdatenauskünften auch sogenannte PINs und PUKs einbezogen werden. Das ist, um es freundlich auszudrücken, mindestens bedenklich. Eigentlich sind Bestandsdaten im Unterschied zu Verbindungs- oder Verkehrsdaten nur solche Informationen wie der Name des Anschlussinhabers, seine Telefonnummer oder die Adresse, nicht aber Informationen wie Gesprächspartner, Aufenthaltsorte oder gar Gesprächsinhalte. Meine Damen und Herren, noch einmal: Das ist sehr bedenklich, zumal die Frage der IP-Adresse einbezogen wird.

In der Randnummer 116 des Urteils des Bundesverfassungsgerichts heißt es:

[Jedoch fällt die] ... identifizierende Zuordnung dynamischer IP-Adressen ... in den Schutzbereich des Art. 10 Abs. 1 Grundgesetz.

Das heißt, hier geht es um schwere Grundrechtseingriffe. Da hätte ich mir eine bessere Vorbereitung und eine grundständigere Debatte gewünscht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben auch die Datenschutzbeauftragten der Länder Stellung genommen. Ich will hier die brandenburgische Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Aktenein-

sicht zitieren, die im Namen von zwölf weiteren Landesdatenschutzbeauftragten Stellung genommen hat. Sie hält die angegriffene Norm, gemessen am Recht auf informationelle Selbstbestimmung, überwiegend für verfassungswidrig.

Ich glaube, dass wir uns in der Anhörung in diesem Bereich sehr intensiv mit dem beschäftigen müssen, was die Anzuhörenden zu diesem Gesetzentwurf sagen. Ich glaube, dass wir da noch einmal sehr genau schauen müssen, wie der Hessische Datenschutzbeauftragte diesen Bereich beurteilt und wertet. Wir freuen uns auf die Anhörung. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Als nächster Redner hat sich Kollege Bauer von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Bauer.

Alexander Bauer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorredner haben es schon genannt. Der Grund für diesen Gesetzentwurf ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Januar 2012, das sich mit dem Telekommunikationsgesetz befasst hat. Das hat eben auch Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung, und dem kommen wir mit dem entsprechenden Gesetzentwurf nach.

Sie wissen und haben es dargestellt, dass das Verfassungsgericht entschieden hat, dass der bisherige Gesetzespassus in der vorliegenden gesetzlichen Ausgestaltung mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung unvereinbar ist. Diese Entscheidung hat deshalb insbesondere auf die Bestandsdatenauskunft Auswirkungen – die Kollegen haben schon gesagt, was das ist –, die nach unserer Auffassung nach wie vor ein unverzichtbares Ermittlungsinstrument für die Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden ist.

Meine Damen und Herren, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung,

(Heiterkeit – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist schon spät!)

nein, informationelle Selbstbestimmung ist ein hohes Gut. Darunter wird bekanntlich das Recht des Einzelnen verstanden, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen.

Dieses Recht ist zwar nicht explizit im Grundgesetz geregelt, aber das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass das aus den allgemeinen Persönlichkeitsrechten entwickelt werden kann. Deshalb ist es auch eine besondere Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass etwaige Eingriffe nur dann mit dem Grundgesetz vereinbar sind, wenn eine qualifizierte Rechtsgrundlage für die jeweils auskunftersuchende Behörde geschaffen wird.

Genau das regelt der vorliegende Gesetzentwurf von CDU und FDP. Er schafft die normenklare Regelung, die auch für die auskunftspflichtigen dynamischen Internetprotokolle erforderlich ist. Es ist die Lösung einer sogenannten Doppeltür, die eben bezweckt, dass zum einen das Telekommunikationsrecht des Bundes und zum anderen das je-

weilige Fachrecht der Länder, also das HSOG und das LfV-Gesetz, wie Doppeltüren zusammenwirken.

Es muss also für alle Abfrager von Telekommunikationsdaten künftig zwei konkrete Rechtsgrundlagen geben, eine für den Abruf und eine für die Übermittlung der Daten. Konkret bedeutet das eine Anpassung des HSOG in § 15a und eine Ergänzung in § 4a Abs. 3 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz. Ich betone an dieser Stelle ausdrücklich: Es geht hier um eine neue gesetzliche Absicherung. Neue Befugnisse werden nicht geschaffen. Diese Regelung betrifft auch nicht das strittige Thema der Vorratsdatenspeicherung.

Meine Damen und Herren, die veränderte Rechtslage macht die Anpassung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz erforderlich, die heute erstmalig eingebracht und beraten wurde. Es dürfte unstrittig sein, dass wir auch künftig die Auskunft über Telekommunikationsdaten brauchen. Sie sind für unsere Behörden ein wichtiges Instrument im Rahmen der Strafverfolgung.

Der Gesetzentwurf sichert die bestehenden Eingriffsmöglichkeiten gesetzlich ab. Er schafft, wie gesagt, keine neuen Eingriffsbefugnisse. Er beschränkt sich, das betone ich abschließend noch einmal ausdrücklich, auf die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Kurzum, es ist ein notwendiger und daher begrüßenswerter sowie zeitgemäßer Gesetzentwurf, den wir natürlich im Fachausschuss ausgiebig beraten werden. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bauer. – Als nächster Redner spricht Herr Staatsminister Rhein. Bitte schön.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Verehrte Frau Präsidentin! Eigentlich ist dem nichts hinzuzufügen. Lassen Sie uns diesen Augenblick des Einvernehmens jedenfalls bis morgen früh genießen. Wir haben ihn zu selten, insoweit sollten wir das auch tun. Deswegen will ich die Dinge gar nicht mehr vertiefen.

Der Grund ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das qualifizierte Rechtsgrundlagen für entsprechende Maßnahmen verlangt, die auf § 113 des TKG, „Manuelles Auskunftsverfahren“, fußen. Insoweit müssten sowohl die GRÜNEN als auch die Linkspartei ganz besonders erfreut sein, dass wir jetzt hier Regelungen treffen, die gerade dafür Sorge tragen, dass die Dinge klarer, sogar normenklarer, geregelt werden. Insoweit kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, dass Sie sich hier nicht anschließen wollen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir sind da grundsätzlich weiter!)

Aber wahrscheinlich wird die Anhörung dazu führen,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nicht im Detail, sondern grundsätzlich!)

dass auch das dann stattfinden wird.

Das Bundesverfassungsgericht – Wolfgang Greilich, die Kolleginnen und Kollegen sowie

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bauer war das!)

Herr Bauer haben darauf hingewiesen – hat uns dazu auch eine Lösung angeboten, das sogenannte Doppeltürmodell, das dazu führt, dass der Bund mit § 113 TKG seine Hausaufgaben machen muss. Wenn er zugreifen will, dann muss er für den Bundesnachrichtendienst, den MAD und den Bundesverfassungsschutz die Grundlagen schaffen. Wir müssen das eben für unsere Organe entsprechend tun, d. h. einmal im HSOG und einmal im Verfassungsschutzgesetz, was dazu führt, dass wir § 15a HSOG und § 4a des Landesverfassungsschutzgesetzes anpacken müssen. Ich will es noch einmal sehr deutlich betonen: Neue Befugnisse werden ausdrücklich nicht geschaffen. Die alten Befugnisse werden auf eine einwandfreie rechtliche Grundlage gestellt.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Herr Schaus, Sie müssen es sich dann schon überlegen, ob Sie kritisieren, dass zu früh oder zu spät eingebracht wird, oder was an der Angelegenheit auch immer falsch ist.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist es auf jeden Fall!)

– Nein. – Natürlich ist es in dem Fall problematisch, dass das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgebern von Bund und Ländern eine Übergangsfrist gesetzt hat, und zwar den 30.06.2013, was Sie selbst erwähnt haben. Das Doppeltürmodell, über das wir eben gesprochen haben, zusammen mit dieser kurzen Übergangsfrist durch das Bundesverfassungsgericht, stellt Sie als Landesgesetzgeber natürlich vor besondere Herausforderungen, weil das zu schaffende Landesrecht notwendigerweise auf das ebenfalls neu zu schaffende Bundesrecht aufsetzen muss, was ein Grund dafür ist, dass es Platzhalter gibt. Das ist keine Frage.

Das neue Bundesrecht gibt es aber derzeit noch nicht. Es ist im Werden begriffen. Der Bund hat den Entwurf auf den Weg gebracht. Frau Faeser hat darüber berichtet, dass heute entsprechende Beschlüsse gefasst worden sind. Das bedeutet, dass das Bundesrecht vermutlich auch fristgerecht in Kraft treten wird. Wenn der Landesgesetzgeber jetzt aber mit einem eigenen Gesetzentwurf zuwarten würde, wie Sie es fordern, bis das Bundesgesetz verkündet ist, entstünde eine zeitliche Lücke. Diese würde ich für unvermeidbar halten, weil wir nämlich dann eine Schutzlücke hätten. Insoweit muss dieser Weg entsprechend gegangen werden, auch wenn es vielleicht kein üblicher Weg ist.

Ich begrüße es deswegen, dass sich die Fraktionen von CDU und FDP entschlossen haben, jetzt zu handeln und den Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, weil wir damit die wohl unvermeidliche Regelungslücke baldmöglichst schließen können. Das ist verantwortungsvolle Politik, und es wird die Rechtslage, die davor bestanden hat, im Wesentlichen wiederherstellen. Ich bin nicht gespannt, freue mich aber, und bin positiv gestimmt, was in der Anhörung herauskommen wird.

Ich bin insbesondere gespannt, was der Datenschutzbeauftragte dazu sagen wird. Ich denke aber, dass die Vorkehrungen, die wir geschaffen haben, da wir sehr wohl bewusst sehr datenschutzfreundliche und -affine Regelungen hinzugefügt haben, dazu führen werden, dass auch der Da-

tenschutzbeauftragte sagen wird: Das ist ein gutes Gesetz. Das ist ein verantwortungsvolles Gesetz, und damit kann man Schutzlücken, die entstehen würden, sehr rasch wieder schließen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der ersten Lesung.

Zur Vorbereitung der zweiten Lesung überweisen wir den Gesetzentwurf an den Innenausschuss.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 42** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 18/7090 –

Wer diesen Beschlussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Landtag. Dann sind diese Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen angenommen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 41** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft über die Genehmigung der Strafverfolgung gegen einen Abgeordneten des Hessischen Landtags – Drucks. 18/7109 –

Berichtersteller ist Abg. Peuser. – Ich gehe davon aus, dass auf die Berichterstattung verzichtet wird. – Nein, Sie wollen Bericht erstatten. Bitte schön.

Helmut Peuser, Berichtersteller:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Hauptausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, dem Ersuchen stattzugeben.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank. – Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Hessischen Landtag. Damit ist diese Beschlussempfehlung so angenommen worden.

Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass nun der Ältestenrat in Raum 501 A zusammenkommt. Ferner möchte ich Sie auf eine Veranstaltung aufmerksam machen: Im Restaurant des Hessischen Landtags findet der parlamentarische Abend des Verbands der Elektrotechnik, VDE, statt.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 18:40 Uhr)